Heft 9 September 2000 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

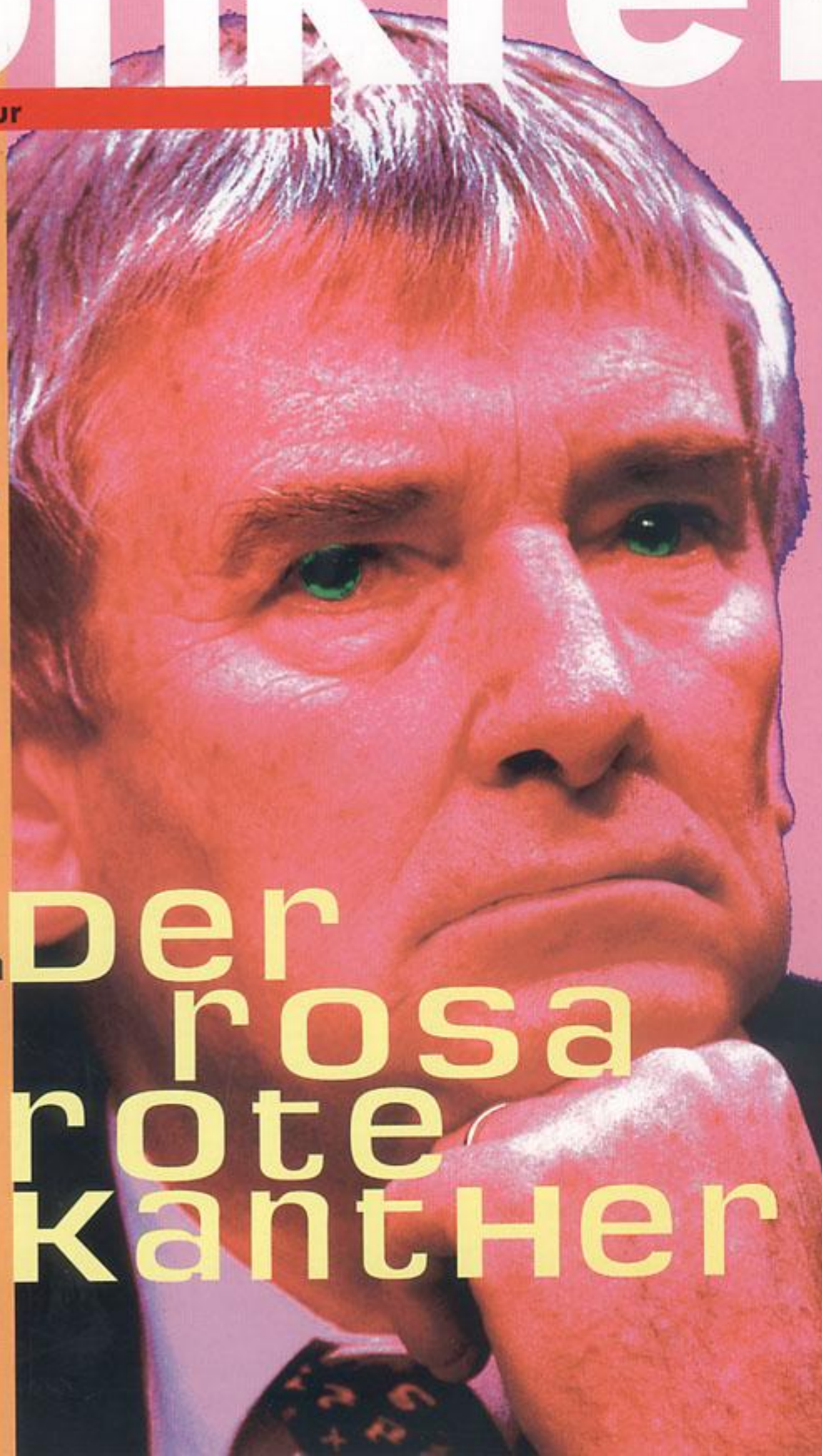
A ö5 68 · CH sFr. 8,– · L lfr 193 · I lr 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

Ruck gegen Rechts? Die rotgrüne Antifa-Lüge

Sex-Card für Russinnen?

Polit-Check Österreich: Alles im braunen Bereich

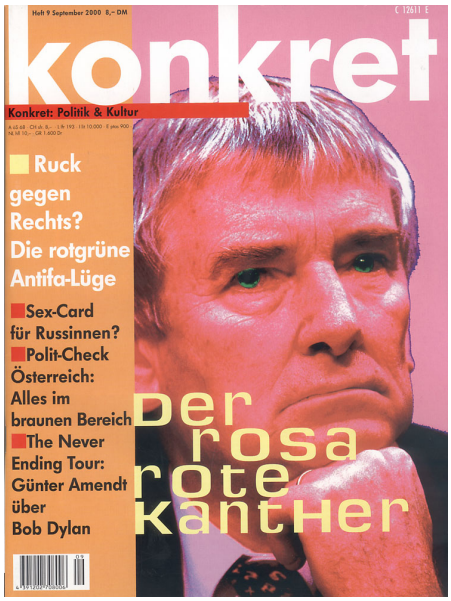
The Never Ending Tour: Günter Amendt über Bob Dylan



Der rosa rote Kanther

4 391202 708006 09

in konkret September 2000



hier konkret von Max Gallo

Das Beispiel des Kosovo macht Schule: Auch die baskische Eta will, wie die UCK 1998/99, mit verstärktem Terror die Internationalisierung des Konflikts erreichen, und ihre korsischen Waffenbrüder haben jetzt sogar einen wichtigen Etappensieg errungen. Anfang August kündigte die französische Regierung in einem Abkommen mit den Separatisten eine großzügige Autonomie für die Mittelmeerinsel an. Entschiedener Gegner dieser Autonomie ist das Mouvement des Citoyens (MDC), das als kleiner Koalitionspartner an der französischen Regierung beteiligt ist und mit Jean-Pierre Chevenement den Innenminister stellt. KONKRET sprach mit MDC-Mitbegründer Max Gallo. Der 68jährige war Berater von Präsident Mitterand und 1983/84 Sprecher der Regierung Mauroy. Er ist Autor zahlreicher Bücher und Biographien, unter anderen über Jean Jaures, Rosa Luxemburg und Charles De Gaulle

von konkret

an konkret

Walsers Kinder von Hermann L. Gremliza

herrschaftszeiten

Ruck gegen Rechts?Freund und Feind zugleich von Horst Pankow

Der staatliche Antifaschismus macht mobil, und allealleralle machen mit. Horst Pankow und Tjark Kunstreich über eine PR-Kampagne für die Berliner Republik

Ruck gegen Rechts?Das gleiche Pack von Tjark Kunstreich

Der staatliche Antifaschismus macht mobil, und allealleralle machen mit. Horst Pankow und Tjark Kunstreich über eine PR-Kampagne für die Berliner Republik

Der rosarote Kanther von Joachim Rohloff

Wenn’s gegen Nazis gehen soll, glaubt Bundesinnenminister Schily nicht mal dem eigenen Verfassungsschutzbericht

Verschweigen, vertuschen, verharmlosen von Helmut Schröder

Von über 120 Toten durch neofaschistischen Terror seit der Wiedervereinigung will der Bundesinnenminister nur 25 gelten lassen

Blut und Ehre von Redaktion des »Antifaschistischen Info-Blattes«

Blood & Honour ist die Schnittstelle von altgedienten Aktivisten der Kühnen-Bewegung und den neu entstandenen Freien Kameradschaften – das Zentrum des Rechtsterrorismus

Wahlverwandtschaften von Laura Benedict

Die V-Leute des Verfassungsschutzes in der rechten Szene waren an der Organisation und Durchführung schwerster Straftaten beteiligt. Die Reaktion der Auftraggeber: wegschauen, verharmlosen, weitermachen – und belohnen

Grenzenloser Frauenhandel von Gaby Hommel

Vom »Gastarbeiter« am Hochofen über den »Schein-Asylanten« in der Küche bis zum »Inder« am Computer: Geht es um »ausländische Arbeitskräfte«, wünscht die deutsche Wirtschaft Flexibilität. Dementsprechend debattiert die Bundesregierung zurzeit den »sozialverträglichen Einwanderer«. Um Frauen geht es dabei nicht – deren Ausbeutung ist bereits bestens organisiert

Die Kapitulation vor den Phäaken von Erwin Riess

Ein »EU-Weisenrat« soll die neue Regierung Österreichs auf ihre Menschenrechtstauglichkeit testen. Was, meinen Sie, wird dabei herauskommen?

Recht ganz rechts von Alfred Schobert
Einen Nazi einen Nazi zu nennen kann teuer werden in Österreich: Jörg Haider verklagt seine Kritiker

Der dritte Mann von Jürgen Elsässer
Von der »Operation Südwind« zur »Operation Potkova«: Die Spuren der deutschen Jugoslawien-Politik führen nach Wien

Kick Slobo von Thomas Becker
Die Wahlen in Jugoslawien gefallen der Nato nicht: Milosevic könnte sie gewinnen. Berlin unterstützt deshalb die Abspaltung Montenegros

Arafats va banque von Karl Selent
Mit Maximalforderungen haben die Palästinenser die Friedensverhandlungen in Camp David zum Platzen gebracht. Die deutsche Presse sieht das natürlich anders

In diesem Sinne - Antifa:Jetzt geht's looooos! von Peter Köllert

In diesem Sinne - Böse Onkels von Ralf Schröder

In diesem Sinne - Alle wieder hinlegen von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth

Sein Leben von Rayk Wieland
Kulturkolumne

Die Konsensmaschine von Georg Seeßlen
Die Berliner Ausstellung »Sieben Hügel« inszeniert das totalitäre Weltbild der Neuen Mitte

Papa, was hast du im Krieg gemacht? von Otto Köhler
Was deutsche Historiker über das Engagement ihrer Ziehväter für den Nationalsozialismus denken. Eine Revue zum Historikertag in Aachen

Was hat er? Was treibt ihn? von Matthias Thieme
Der Schriftsteller und Satiriker Eckhard Henscheid läuft aus dem Ruder

Buch des Monats von René Martens
Achim Laude/Wolfgang Bausch: Der Sport-Führer. Die Legende um Carl Diem. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2000, 240 Seiten, 34 Mark

FilmTheater von Daniel Petersen
Cube - Pitch Black

Bewußtsein ohne Gehirn? von Colin Goldner
Mit großem Vergnügen sonnen sich deutsche Spitzenpolitiker im Glanz seiner Heiligkeit, des Dalai Lama, eines speziellen Freundes alter Nazis

Friends and their strangers von Günter Amendt
Über Bob Dylans »never ending tour«

Melodie & Rhythmus von Gerald Düwelsdorf
FM Einheit; FM 451 (Compilation)

Melodie & Rhythmus von Uli Mentz

Kai Sichtermann/Jens Johler: Keine Macht für Niemand. Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 2000, 320 Seiten, 29,80 Mark

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf

Joe Jackson: Ein Mittel gegen die Schwerkraft. Musikalische Wanderjahre. Aus dem Englischen von Andreas Wostrack und Ursula Barth. Satzwerk Verlag, Göttingen 1999, 336 Seiten, 45 Mark

Problem Kontext von Jörg Sundermeier

Antwort auf Kai Degenhardts Kritik der linken Musikkritik (KONKRET 8/2000)

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/00, S. 3

Max Gallo

hier konkret

Das Beispiel des Kosovo macht Schule: Auch die baskische Eta will, wie die UCK 1998/99, mit verstärktem Terror die Internationalisierung des Konflikts erreichen, und ihre korsischen Waffenbrüder haben jetzt sogar einen wichtigen Etappensieg errungen. Anfang August kündigte die französische Regierung in einem Abkommen mit den Separatisten eine großzügige Autonomie für die Mittelmeerinsel an. Entschiedener Gegner dieser Autonomie ist das Mouvement des Citoyens (MDC), das als kleiner Koalitionspartner an der französischen Regierung beteiligt ist und mit Jean-Pierre Chevenement den Innenminister stellt. KONKRET sprach mit MDC-Mitbegründer Max Gallo. Der 68jährige war Berater von Präsident Mitterand und 1983/84 Sprecher der Regierung Mauroy. Er ist Autor zahlreicher Bücher und Biographien, unter anderen über Jean Jaures, Rosa Luxemburg und Charles De Gaulle

konkret: Sie haben entschieden Stellung gegen das Autonomie-Abkommen für Korsika bezogen. Warum?

Gallo: Mit diesem Abkommen werden Leute salonfähig gemacht, die ein völlig anderes Wertesystem haben. Sie respektieren weder das Leben noch das Recht. Schon durch die Verhandlungsaufnahme mit ihnen hat sich die Regierung Jospin erpreßbar gemacht. Es handelt sich um eine Kapitulation vor Leuten, die niemals auf den bewaffneten Kampf verzichtet haben und die weiterhin die Morde an französischen Beamten verteidigen, wie zum Beispiel den Mord am korsischen Präfekten Erignac.

konkret: Warum hat die Regierung mit diesen Leuten überhaupt Verhandlungen aufgenommen?

Gallo: Natürlich kann man auch mit Leuten diskutieren, die die Unabhängigkeit wollen, aber nur wenn sie demokratische Verfahren akzeptieren. Die korsischen Nationalisten aber sind mit den roten Brigaden oder der Action Directe in Frankreich vergleichbar. Das heißt: Sie sind eine Minderheit, die sich aus verschiedenen Gründen im Besitz der Wahrheit wähnt und alle die, die diese Wahrheit nicht teilen, als Verräter betrachtet, die man töten oder bedrohen muß.

konkret: Sie haben in Korsika nie mehr als 20 Prozent der Stimmen erhalten...

Gallo: ... und trotzdem halten sie sich für repräsentativ, für die Mehrheit. Mit bewaffnetem Kampf wollen sie erreichen, was sie für das Ziel der Geschichte halten: die Korsisierung der Insel und insbesondere die Forderung nach einer Korsisierung der Arbeitsplätze. Das sind Forderungen, die sonst nur die extreme Rechte vertritt.

konkret: Im Abkommen über den künftigen Status Korsikas ist auch die Einführung der korsischen Sprache in den Grundschulen vorgesehen.

Gallo: An dieser Frage wird die ganze Heuchelei des Abkommens deutlich. Offiziell wird die korsische Sprache an den Schulen nicht obligatorisch sein, aber alle werden in ihr unterrichtet, und nur auf Wunsch der Eltern können die Schüler davon befreit werden. Aber de facto heißt das, daß die Teilnahme am Unterricht zwingend ist, da sich aufgrund der korsischen Verhältnisse niemand trauen wird, hier nein zu sagen.

konkret: Als Reaktion auf das Korsika-Statut gibt es in anderen Regionen Frankreichs mittlerweile ähnliche nationalistische Forderungen.

Gallo: Solche Forderungen gibt es, aber sie sind absolut minoritär. Kurz: Man sollte die Bedeutung dieser Bewegungen nicht übertreiben. Aber: Korsika schlägt eine Bresche in die französische Republik. Alle haben registriert: Wenn wir gewaltsame Methoden anwenden, wird der Staat kapitulieren.

konkret: In deutschen Zeitschriften wie dem »Spiegel« sind schon neue Landkarten mit einem ethnisch zerstückelten Frankreich abgedruckt. Welche Rolle spielen die deutsche Konzeption einer europäischen Föderation, wie sie insbesondere Außenminister Fischer vertritt, und die deutschen Konzepte eines Europas der Regionen für die Separatisten in Frankreich?

Gallo: Persönlich lehne ich das Europa der Regionen ab. Aber man kann in der Tat verschiedene Konstruktionsmodelle Europas diskutieren. Das Problem ist jedoch, wie man zu diesen Modellen gelangt und mit welchen Methoden, weil die angewandte Methode auch ein bestimmtes Ergebnis präfiguriert. Die ethnischen Nationalisten werden ein mafiöses, rassistisches und fremdenfeindliches Europa erreichen. Ich ziehe dem Europa der Regionen ein Europa der Nationen vor, weil ich glaube, daß nur die republikanische Nation eine Nation sein kann, die Rassismus und Fremdenfeindlichkeit überwindet und die freie Entscheidung des Individuums ermöglicht. Die entscheidende Frage ist, ob man für ein Europa der ethnischen Minderheiten eintreten kann, in dem jede ethnische Minderheit sich gegenüber einer anderen mit Gewalt durchsetzt. Ich denke, nein.

konkret: Von korsischen Nationalisten wird Korsika mit dem Kosovo verglichen.

Gallo: Das finde ich sehr amüsant. Im Prinzip wurde der Krieg der Nato auf dem Balkan im Namen der Verhinderung ethnischer Säuberungen geführt. Die korsischen Nationalisten, die sich auf das Kosovo beziehen, sind aber gerade Parteigänger der ethnischen Säuberung. Der französische Staat verhandelt also mit Leuten, die für ethnische Säuberungen

eintreten. Es gibt da einen Widerspruch: Einerseits protestiert man gegen die Beteiligung der Haider-Partei an der österreichischen Regierung und gegen die Wahl der Präsidenten der Regionalräte mit Hilfe von Stimmen des Front National, andererseits setzt man sich mit Leuten an den Tisch, die dieselbe Ideologie vertreten.

Konkret 09/00, S. 4

von konkret

Um sich ein wenig fit zu machen fürs ungewohnte Engagement gegen die Nazis, liest heute manch einer in KONKRET nach, was er Anfang der neunziger Jahre noch nicht so genau hatte wissen wollen. »Damals gab der KONKRET-Herausgeber Hermann L. Gremliza zu bedenken«, erinnert sich etwa Edo Reents in der »Süddeutschen Zeitung«, »man müsse sich im Kampf gegen die Neonazis auf die Wirtschaftsvertreter verlassen, weil diese noch am entschiedensten Maßnahmen forderten. Ähnlich ist es heute.« Oder auch nicht – wie man in diesem Heft auf den Seiten 8 und 9 lesen kann.

»Lebhaften Zuspruch fand eine ... Podiumsdiskussion ›Glatzenpflege oder akzeptierende Soziale Arbeit mit rechten und gewaltbereiten Jugendlichen?‹. Auf dem Podium saßen ein Journalist (Jürgen Elsässer von KONKRET), der die Rolle des ›Provokateurs‹ (›Schluß mit dieser Art von akzeptierender Arbeit‹) übernahm, ein Fan-Projekt-Sozialarbeiter (Andreas Buderus) und ein FH-Professor, früher selbst in der Jugendarbeit tätig (Titus Simon)«, schreibt die Zeitschrift »Sozial-extra« in ihrer Ausgabe 5/6 und druckt die Diskussion gekürzt nach. Kontakt/Bestellung: info@sozialextra.de.

Das Gläschen Yarden-Wein, das Karl Selent auf den »israelischen Golan« und die Niederlage der deutschen Hisbollah-Fraktion trinken wollte (»Von der Hisbollah lernen«, KONKRET 8/2000), ist der »Jungen Welt« sauer aufgestoßen. Der Historiker und »JW«-Autor Werner Röhr, Arbeitsschwerpunkt »Der ›kommunistische‹ Antikommunismus des Herrn Elsässer«, begehrt zu wissen, »warum Gremliza als Herausgeber dem unter dem Namen Karl Selent schreibenden Chauvinisten das Wort erteilt hat«. Aber wie soll man das einem erklären, der offenkundig weder vom Golan noch vom Wein eine Ahnung hat? Röhr will außerdem erfahren haben, daß »militante Siedler gern mit Jürgen Elsässer und/oder ›Karl Selent‹ anstoßen würden«, und zwar auf die »Nicht-Rückgabe« palästinensischen Gebiets. Leider hat er nicht verraten, wo diese Verkostung stattfinden soll. Läßt sich das nachholen?

Pünktlich zur Frankfurter Buchmesse erscheinen in den ersten beiden Oktoberwochen die Bände 27 und 28 der **konkret-texte**-Reihe. Jürgen Elsässers Buch *Kriegsverbrechen* beschäftigt sich auf knapp 200 Seiten mit den tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihren Opfern im Kosovo-Krieg; es enthält ein Dossier zum Fall der Moslem-Enklave Srebrenica.

In *Orgasmus und Alltag*, seinem dritten Band für die **konkret-texte**-Reihe, unternimmt Georg Seeßlen Kreuz- und Querzüge durch den medialen Alltag. Er trifft dabei u.a. auf das Phantom der Neuen Mitte, den Media-Proll, Bertolt Brecht in Hollywood, allerlei Katastrophen und pornographische Inszenierungen, die Presse des populistischen Massenkapitalismus und einen Biersee, in dem man nicht umfallen kann.

Auch das Sonderheft LITERATUR KONKRET erscheint, wie in jedem Jahr, rechtzeitig zur Buchmesse. Ab 29. September ist es am Kiosk zu haben (Abonnenten erhalten es zusammen mit dem Oktoberheft bereits am 22. September). Schwerpunktthema ist, aus gegebenem Anlaß, Österreich, genauer: das radikal-kritische Engagement österreichischer Schriftsteller/innen gegen jene Eigenschaften ihres Landes, die mit der Machtergreifung der Haiderschen FPÖ wieder virulent geworden sind.

Alle Publikationen können ab sofort beim Verlag bestellt werden. Die **konkret-texte**-Bände kosten im Buchhandel bzw. beim Verlag 22,80 Mark (im Abonnement 15,80); LITERATUR KONKRET kostet am Kiosk 7,80 Mark – bei Bestellungen beim Verlag bitte 3 Mark Porto nicht vergessen.

Fehlerlese KONKRET 8/2000: Seite 5, 1. Spalte, 3. Zeile von unten: »Matthias Wedel« heißt Mathias Wedel. Seite 7, Impressum: Das Titelfoto stammt von Lutz Winkler. Seite 28, 1. Spalte, 4. Zeile von unten: Nicht im Bundes*tag* hatte die SPD unter Kohl und Waigel eine Mehrheit, sondern im Bundes*rat*. S. 32, 3. Spalte, 13. Zeile von oben: Die »UZ« ist zwar faktisch die Zeitung der DKP, heißt aber im Untertitel nicht so, sondern »Sozialistische Wochenzeitung«. Seite 33, 1. Spalte, 8. Zeile von unten: Nicht der »Alliierte Kontrollrat«, sondern die westlichen Militärgouverneure Clay (USA), Koenig (F) und Robertson (GB) überbrachten im Auftrag der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz den westdeutschen Ministerpräsidenten den Auftrag für das Grundgesetz. S. 47: Das Foto stammt vom DIZ, München. S. 47, 1. Spalte, 2.-4. Zeile: Die Redaktion bittet um Rat: Wieviele Silben hat das Wort »nationalkonservativ«? Nach Meinung der Duden-Sprachauskunft 7, nach Meinung des Autors 8. Anders gefragt: Wieviele Silben müssen von »nationalkonservativ« abgezogen werden, um bei »nati« anzukommen? Joachim Rohloffs ursprüngliche 6 von 8? Bei den redaktionellen 5 von 7 jedenfalls landet man beim witzlosen »natio«. Gibt’s eine Lösung?

KONKRET international: Martin Hantkes Interview mit dem Nato-»Verräter« Pierre Bunel (KONKRET 8/2000) wurde nachgedruckt von »Albanian Daily News« (Tirana), »PaginaUno« (Mexico-City), »Kyodo Agency« (Tokio), »Vesti« (Belgrad/Frankfurt) und »Target« (Amsterdam).

Konkret 09/00, S. 6

an konkret

Für Ihre Geldanlage

KONKRET 6/2000: »Goldrausch« von Stephan Günther; KONKRET 7/2000: von KONKRET

»›Fehlt nur noch, daß die Zeitschrift KONKRET, Bollwerk des Antikapitalismus, die Zeichen der Zeit erkennt und Herausgeber Hermann L. Gremliza vom Sprachkritiker zum Stockpicker mutiert. Gremlizas Börsenexpress? In diesen Tagen muß einen wirklich nichts mehr wundern.‹ Keine Sorge: Marmor, Stein und Eisen bricht, aber dieses Bollwerk nicht.« (KONKRET 7/2000)

Bitte, bitte, wat wollt ihr eigentlich?? Ein Artikel wie Stephan Günthers verrät die Klarsicht, die ich mir von meinem Bankbetreuer wünschen würde. Die DeBeers mit ihrem Anfall von Ehrlichkeit gehen mit ihrer Aktie in den Keller seit Frühjahr und erholen sich nur sehr langsam von 24 Euro zu 26 Euro, wo sie schon mal war. Ich meine, wer will schon wirklich wissen, wo Diamanten herkommen und durch welche Hände sie gehen. Dahingegen scheint mir Elf-Aquitaine mit ihrer Skrupellosigkeit ein echt guter Tip zu sein. Deren Aktien hatten bei Erscheinen des Hefts einen Kurs von 190 Euro, der jetzt bei 225 Euro ist.

Christian Maul

Tatura, Australien

Für Denkfreiheit

KONKRET 7/2000: »Joschka und die Mullahs« von Wahied Wahdathagh; KONKRET 7/2000: »Marter Allah Arten« u. a.

Ihre Beiträge zum Islam fand ich sehr gut – besonders klasse die Idee, einige Gesetze der Mullahs kommentarlos aufzulisten. Es demaskiert Chatami und zeigt, wie menschenverachtend das System mit Andersdenkenden umgeht – nämlich so, daß sogar das Denken selbst im Iran, wenn es nicht im Sinne des Mullahs geschieht, verboten ist.

Wer den Herrn Außenminister Fischer, »Basisdemokrat a. D.«, in diesen Tagen für die einzige erleuchtete Person in Sachen Menschenrechte und Mullahs hielt, dem muß man nur die sogenannten linken Zeitungen wie die »Frankfurter Rundschau« und die »Taz« vor die Nase halten. Die »Taz« hat sogar Chatamis Rede gedruckt, in der er Khomeini als Verwirklicher der Menschenwürde rühmt.

Zur Erinnerung:

1. Die höchste Autorität ist seit dem Tod Khomeinis 1989 Chamenei.

2. Pressefreiheit im demokratischen Sinne besteht im Iran nicht.

3. Erst kürzlich wurde das Erscheinen von mehr als zwölf Zeitungen der »sogenannten Reformpresse« verboten.

4. Justizverfahren gegen Regimegegner werden nicht nach rechtsstaatlichen Maßstäben geführt und enden mit der Todesstrafe.

5. Ein kurzer Blick in die iranische Verfassung reicht, um zu wissen: Auch wenn man Chatami den Willen zur Demokratisierung des Landes unterstellt, ist er für diese Änderungen die falsche Person. Es sei denn, man hat soviel Geduld und wartet, bis er der religiöse Führer ist, und hofft, daß er sich nicht geändert hat. Etwas, was mir unvorstellbar ist.

Seien wir ehrlich, es geht um Geld, um viel Geld. Die Deutschen ärgern sich jetzt schon darüber, daß sie die Nachzügler in dieser Beziehung sind. Deshalb werden die Volksmudjaheddin und ihre Mitstreiter gegen die Mullahs, die sich für die Meinungsfreiheit, die Einhaltung der Menschenrechte und für die Trennung von Religion und Staat einsetzten, als »gewaltbereite Kräfte« eingestuft. Sie haben friedlich in Berlin demonstriert.

Die Regierungen in Paris und Rom haben auch ihre Erfahrungen mit Chatami gemacht. Das liegt in der Natur der Sache, nämlich: Wenn man einen Repräsentanten einer Diktatur der schlimmsten Sorte einlädt, muß man seine rechtsstaatlichen Prinzipien beiseite legen. Die Bundesregierung eiferte den Franzosen und Italienern nach, wenn man nur an das Aufheben des Schengener Abkommens denkt: verschärfte Kontrollen an Flughäfen bis zum Einreiseverbot für Iraner, Durchsuchungen der Polizei und Androhung von rechtlichen Schritten, falls man an der Demo teilnimmt. Gut 42.000

Bundesbürger sind dem Aufruf des iranischen Widerstandsrates zum Boykott der Mullahschaft gefolgt. Das hat mich als Exil-Iraner, der seit etwa 15 Jahren hier ist, gefreut, und deshalb ein dickes Dankeschön!

Nikou

per e-mail

Für Vati

KONKRET 5/2000: »Der Streicher des Sex« von Peter Kratz; KONKRET 6/2000: »Kein Denkmal für Magnus Hirschfeld?« von Andreas Pretzel; KONKRET 8/2000: »Schwarz Rosa Gold« von Peter Kratz

Peter Kratz zog in KONKRET gegen Magnus Hirschfeld als dem »Streicher des Sex« ins Feld und ordnete ihn dem »Umfeld der Täter« zu. In der Zeitschrift »Gigi« hat er indes seine Vorwürfe erweitert, unterstützt durch deren Herausgeber Eike Stedefeldt, der im vergangenen Jahr ein »Wissenschaftlich-humanitäres Komitee« neu begründete. Die Zeitschrift versteht sich als dessen Vereinsorgan.

Nun hat Kratz eine Antwort auf meine Replik folgen lassen, die im Windmühlenkampf gegen »Vaterfiguren« sexueller Emanzipation ein Gedenken an Hirschfeld wegzustreichen sucht mit den Worten: »Sein Denkmal brauchen wir nicht.« Welch Vaterschaftskonflikt offenbart sich hier! – Kratz' Attacke wie auch der Feldzug der neuen WHK-Vertreter nehmen zunehmend absurde Züge an: Wie ernst zu nehmen ist ein Verein, der den Namen des ehemaligen »Wissenschaftlich-humanitären Komitees« beansprucht, zugleich aber dessen Begründer und Repräsentanten Hirschfeld verdammt? Wenn die von Hirschfeld vertretene Programmatik so verfluchenswert erscheint, wozu dann die historische Referenz? Es enttäuscht und erbost mich, daß die großenteils berechtigte Kritik von Kratz wie von Stedefeldt und anderen WHK-Mitgliedern an gegenwärtigen Entwicklungstendenzen und politischen Machtkonstellationen in der Homosexuellenbewegung in Form eines aggressiven Stellvertreterkrieges geführt wird. Skandalös, wie Magnus Hirschfeld indes zum Feindbild gerät, obgleich eine andere Gegnerschaft gemeint ist. Das beachtliche Wirken Hirschfelds bleibt darüber erhaben: Was kümmert es ein Denkmal, wenn ein Hund daran pinkelt?

Andreas Pretzel

Berlin

Für Tissy, die Tänzerin

KONKRET 8/2000: »Von Irrwegen und Abweichlern« von Stefan Kreutzberger und Werner Rügemer

Vergeßt mir die Tussi Tissy nicht! Tissy Bruns, ehemaliges Mitglied des MSB-Spartakus-Bundesvorstandes, nach einigen journalistischen Umwegen (u. a. Kurzgastspiel beim »Stern«) heute Korrespondentin beim Berliner »Tagesspiegel« und Bewunderin der Herzogschen und Rauschen Tanzkünste. Eröffnet sie doch regelmäßig tänzerisch als Vorsitzende der Bundespressekonferenz mit dem Bundespräsidenten den jährlichen Bundespresseball. Im übrigen: 80 Prozent der ehemals führenden Funktionäre des MSB Spartakus haben sich doch inzwischen als Gesocks ohne Moral und Rückgrat erwiesen.

Bernd Haake

Münster

Für »Bild«

KONKRET 8/2000: »Ernst ist das Leben, August die Kunst« von Hermann L. Gremliza

Zu Ihrem Artikel sei die Information hinzugefügt, daß sich die »Bild«-Zeitung das Bild des sich erleichternden Prinzen Ernst-August für die lächerliche Summe von 2.000 DM von einem Schüler, der zufällig am selben Tag mit seiner Klasse die Expo besuchte, exklusiv gesichert hatte. Es ist davon auszugehen, daß von den Erlösen der Abdruckgenehmigungen an andere Zeitungen die Damen und Herren ihre/n A..., F..., V..., Sch... oder gegebenenfalls Anus praeternaturalis zentimeterdick mit Blattgold haben belegen lassen.

Dirk Herbrechter

Hatten-Sandkrug

Für’n Arsch

KONKRET 8/2000: »Versöhnung mit den Vätern« von Otto Köhler

Glücklicherweise müssen Journalisten ja nicht immer alles selbst recherchieren. So sei Otto Köhler auf diesem Wege mitgeteilt, daß es das bei ihm so beliebte Klopapier der Freien Universität Berlin heute höchstens noch im Besitz von besonders sorgfältigen Archivaren gibt. Schade eigentlich: So mancher Student der heutigen Generation würde die Freiheit gerne an der wohl geeignetsten Stelle vorfinden. Früher war eben doch einiges besser ...

Dirk Hempel

per e-mail

Konkret 09/00, S. 8

Hermann L. Gremliza

Walsers Kinder

»Deutschland ist erschüttert, Deutschland ist fassungslos.«

Gerhard Schröder, Bundeskanzler

Was ist geschehen? Hat ein Ausländerwohnheim gebrannt, wurde ein Afrikaner erschlagen, ein jüdisches Grab geschändet? Aber das kann doch einen Staatsmann nicht erschüttern. Es ist ein Flugzeug abgestürzt, dessen Insassen Deutsche waren (es hätte schlimmer kommen können), und weil es Deutsche waren, rief der Kanzler der Deutschen: Deutschland, Deutschland! Daß seinem Ruf die jüngste Welle nazistischer Gewalttaten folgte, wird Zufall gewesen sein. Ein Zufall, der weiß, was Konsequenz ist.

Was nämlich zeichnet den Nazi aus, noch vor all seiner Brutalität? Seine Feigheit. Nie wagt er sich an einen Starken, noch um einen einsamen kranken Obdachlosen totzutreten, braucht er ein halbes Dutzend Komplizen. Er bedarf, soll er sich in die Öffentlichkeit und zur Tat wagen, dauernder Ermutigung. Die muß ihm das sichere Gefühl geben, daß die Mehrheit mit ihm ist, daß auch diese die Ausländer zum Teufel wünscht, keine Juden mag, Schwule haßt, Obdachlose verachtet, Behinderte weghaben will. Und daß Deutschland, Deutschland über allem ist.

Seit ihrem Amtsantritt hat die rotgrüne Regierung viel getan, dies Gefühl zu stärken. Sie hat das Asylrecht abgeschafft und deutsche Soldaten auf die Spuren der Wehrmacht geschickt. Sie hat die von der CSU vorgeschlagene Einteilung der Ausländer in solche, die »uns nützen«, und solche, die »uns ausnützen«, in dienstbare Geister und Schmarotzer (»unnütze Esser« hieß das einmal), zu ihrer Green-Card-Politik gemacht. Sie hofiert die Nachfolger der sudetendeutschen Henlein-Nazis und verhöhnt die überlebenden Zwangsarbeiter. Im Streit um das Holocaust-Mahnmal hat ihr Kanzler unmißverständlich zu erkennen gegeben, für wen sein Herz nicht schlägt, im Fall Walser hat er sich auf die Seite des Antisemiten gestellt und auch jede andere Gelegenheit wahrgenommen, Deutschland, Deutschland hochleben zu lassen.

Die Opposition und der Kulturbetrieb haben die Regierung dabei kräftig unterstützt. Die CDU sammelte Unterschriften gegen Ausländer und erfand die glatzen-kompatible Parole »Kinder statt Inder«, die CSU, deren Vorsitzender ein »homogenes«, nicht »durchraßtes« deutsches Volk sich wünscht, feierte den Historiker Nolte, der den Holocaust mit der These gerechtfertigt hatte, die Juden hätten Deutschland den Krieg erklärt. Die Sozialforscher, die mit ihrer Totalitarismus-Theorie Revolution (»Klassenmord«) und Judenvernichtung (»Rassenmord«) zu gleichwertigen Taten erklärten, machten aus Horst Wessel einen frühen Che Guevara und damit aus dem Mord an einem Afrikaner in Dessau eine Tat, die sich hinter dem Attentat auf Battista ethisch nicht zu verstecken braucht.

An jenem 28. Juli dieses Jahres, dem Tag, als zu melden war, daß in Düsseldorf sieben Juden bei einem Mordversuch schwer verletzt worden waren, demonstrierte die führende Tageszeitung des Landes, was über allem ist. Sie machte ihre Frontseite mit der Nachricht auf, sie, die »Zeitung für Deutschland«, habe beschlossen, zur echten deutschen Rechtschreibung zurückzukehren. Als in einer Sendung von SAT.1 meine Meinung zur Rechtschreibreform gefragt war, hatte ich geantwortet, ein denkender Mensch lasse diese Debatte an sich vorbeistreichen wie den Furz im Wind, 99 Prozent der Deutschen hätten die alten Regeln nicht gekonnt und würden die neuen nicht lernen. Was schon damals stank, waren nicht die Einwände gegen die neuen Regeln, sondern der liter-arische Tenor der Einwender, allen voran des deutschnationalen Paukers Denk und seines Mentors Walser, der sich auch jetzt wieder meldet, um die Meinung kundzutun: »Es gehört Mut dazu, einen Fehler, der sich durchgesetzt hat, zu korrigieren. Mal sehen, ob Mut ansteckend wirkt oder ob der organisierte Opportunismus siegt.« Denn wie der dumme Nazi vorm Ausländerheim müssen auch der nationale Dichter in seiner Zehn-Zimmer-Klause und die größte Tageszeitung des Landes sich ständig Mut attestieren und machen gegen eine Welt von Feinden, den organisierten Opportunismus bzw. das linke Meinungskartell, obwohl wie dort die händereibende Mehrheit so hier die gesamte Kollegenschaft und drei Viertel der gewöhnlichen Analphabeten den Mutigen das Händchen halten.

Deutschland, die verfolgende Unschuld: Daran hat die neue Rechtschreibung nichts geändert und wird die Rückkehr zur alten nichts ändern. Die kahlgeschorenen Horden seien, hat der Mutmacher Walser schon nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen gesagt, doch keine Nazis, sondern »unsere Kinder«, die nur ein bißchen Verkleiden spielen, »Kostümfaschisten«. Auch diese Sprachregelung hält sich. Auf die Frage der »Bild«-Zeitung: »Wie wird man ein rechtsradikaler Schläger«, antwortet der »Extremismusforscher« Hajo Funke von der FU Berlin, ohne ein Wort über die einschlägigen Verdienste des Hauses Springer und den Rassismus der »Bild«-Zeitung zu verlieren: »Die Jungs haben Probleme in der Schule, Streit mit ihren Eltern ... Es ist oft so, daß diese Jugendlichen Beschädigungen erlebt haben in der Familie und im Freundeskreis ... Es ist ein Versagen der Umwelt, der Eltern, der Lehrer ... An den Schulen müssen die

Jugendlichen mit der sinnlosen Gewalt gegen Ausländer konfrontiert werden.« (Sinnlose Gewalt? Ob man sie in den Polizeidienst übernehmen sollte, um bei Razzien und im Abschiebeknast sinnvolle Gewalt gegen Ausländer zu lernen?)

Gewiß spielt bei der Rekrutierung neuer Nazis soziale Verelendung eine Rolle, aber erstens sind die meisten eben gerade nicht, wie's der sozialforschende Achtundsechziger gern hätte, Arbeitslose aus zerrütteten Familien, sondern, Beispiel Bremerhaven, bürgerlich-wohlbehütete Söhne von CDU-Bürgermeistern, zweitens haben auch die andern die Wahl, statt des schwarzen Arbeitnehmers den weißen Arbeitgeber anzugreifen, und drittens ziemt es einem beamteten Professor nicht, die Verhältnisse unterm Kapital, die er gegen jeden Angriff (auf sein Portemonnaie) zu verteidigen entschlossen ist, hintenrum mies zu machen. Es ist einfach so bzw. so einfach: Wo das soziale Klima rauher ist, sind es auch die Phänomene. Bei allen siebendundzwanzig rasend interessanten historisch-psychologischen Differenzen zwischen West und Ost wie zum Beispiel der, daß der Osten mehr Nazis und der Westen mehr Antisemiten hat, sind sich im wesentlichen beide gleich: Was die überwiegende Mehrheit in Ost wie West (noch) von ihren Nazis trennt, ist deren unordentliches Auftreten. Sie stören Ruhe und Ordnung. Was die Mehrheit mit ihren Nazis verbindet, sind die Gefühle, die sie Negern, Juden und Krüppeln gegenüber hegen.

Wenn Michel Friedman sagt: »Ich bin überzeugt, daß wir das Problem bewältigen können, wenn alle Menschen in Deutschland die Bekämpfung rechtsextremer Gewalt zu ihrer Sache erklären«, macht er einen zwar unfreiwilligen, aber teuflisch guten Witz. Wenn Ralph Giordano zum »unmißverständlichen Mut einer Mehrheit« aufruft, sich gegen die »gewalttätige Minderheit samt ihren Hintermännern und Finanzmäzenen« zu wehren, fühlt man sich schon auf dem Kirchentag oder in der Forscherstube des »Extremismusexperten« Eckhard Jesse, Professor an der TU Chemnitz, der den Befund präsentiert: »Die Ablehnung aller Formen des Rechtsextremismus ist gesellschaftlicher Konsens.«

Glücklicherweise gibt es außer den Überbauarbeitern auch noch die Basis, das Kapital, das für Dummheit bezahlen muß und deshalb die Wirklichkeit sich nicht zurechtlügen kann wie der Walser, der Giordano und der Jesse. »Die deutsche Industrie«, berichtet die »Welt«, die gerade noch Rat bei Jesse eingeholt hat, »fürchtet erhebliche negative Folgen durch den Anstieg rechtsextremistischer Übergriffe auf Ausländer. Der Deutsche Industrie- und Handelstag verurteilte die zunehmenden Übergriffe aufs Schärfste ... Holger Wenzel, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels: ›Die rechtsextremistischen Übergriffe und Gewalttaten sind eine Schande für unser Land, die kein Pardon verdienen.‹ Die hierzulande lebenden Ausländer seien eine wichtige Kundengruppe. BDI-Geschäftsführer Ludolf Georg von Wartenberg sagte, die Industrie sei tief besorgt über die Fremdenfeindlichkeit, weil die Exportnation Deutschland nur als weltoffenes, humanes Land bestehen könne ... Bart J. Groot, Geschäftsführer der zum US-Konzern Dow gehörenden BSL Olefinverbund GmbH in Schkopau bei Halle hält es für praktisch unmöglich, Menschen afrikanischer oder südamerikanischer Herkunft hier unterzubringen. Und – ›wenn ich meine Konzernzentrale in den USA bitten muß, einen bestimmten Mitarbeiter auf Grund der Ausländerfeindlichkeit nicht hierherzuschicken, so kommt das sehr negativ an.‹«

Materielles Interesse verdrängt die ideellen Vorlieben, in älterer Fassung: Das Sein bestimmt das Bewußtsein ... Nicht daß die ans Humane grenzenden Anwandlungen einiger Firmen und Verbände die Analysen des Kapitals und zumal des deutschen dementierten, im Gegenteil: Wenn anders kein Profit zu erzielen wäre, würde die Offensive gegen Fremdenfeindlichkeit notfalls wieder von einer jener Offensiven zur Beschaffung von fremden Zwangsarbeitern abgelöst, deren letzte Opfer von den nutznießenden Ausländerfreunden des BDI bis heute nicht entschädigt worden sind. Ausbeutung ist das Ziel, in beiden Fällen: im einen wird ausgeraubt und totgeschlagen, im anderen nur ausgeraubt. Die Furcht deutscher Banken und Konzerne, der Standort Deutschland und seine Exportwaren könnten international in Verruf geraten, erhöht die Chance, daß es noch einige Zeit beim Ausrauben bleibt und vielleicht lange genug, die zivilisiertere Umwelt an Exempeln der Rostocker, Peenemünder und Sachsenhausener Art lernen zu lassen, was es mit dieser lieblichen Nation auf sich hat, immer noch und wieder.

Der letzte Absatz stand hier schon einmal – im November 1992. Neu ist das Glück im Unglück, das es bedeutet, daß acht Jahre und hundert ermordete Ausländer später der Kanzler dieser Republik persönlich zwar ein völkischer Ignorant, beruflich aber ein Laufbursch des VW-Vorstands ist.

Konkret 09/00, S. 10

herrschaftszeiten

Wandel ...

24. Juli, »Die Welt«:

Für Furore sorgte der russische Präsident mit einem überraschenden Kurswechsel in der Balkanpolitik. Putin ging in Japan erstmals auf Distanz zu dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic. Schröder selbst warf Milosevic vor, mit der jüngsten Verfassungsänderung »ein Ermächtigungsgesetz« geschaffen zu haben. Milosevic werde erkennen müssen, daß Putin »kein Mentor mehr für ihn ist«, sagte Schröders außenpolitischer Berater Michael Steiner. »Rußland ist bereit, in einer gemeinsamen Anstrengung mitzuhelfen, einer Eskalation (innerhalb Jugoslawiens) entgegenzuwirken«, sagte Steiner. Putin habe betont, daß Rußland in dieser Frage »in einem Boot mit der G 8 sitzt«.

... und Handel

24. Juli, »Die Welt«:

60 Milliarden Mark schulden die Russen den Deutschen ... Putin konnte zufrieden heimkehren, denn einer Streckung der russischen Schulden haben die Deutschen in Okinawa zugestimmt ... Nach den Vereinbarungen soll Rußland ... die Rückzahlung von rund acht Milliarden Mark bis zum Jahre 2016 erlassen werden.

Deutschland vor (1)

24. Juli, »Die Welt«:

Fusion zu Europas größter Filial-Bank perfekt – Hypo-Vereinsbank und Bank Austria fusionieren zu einem der größten Finanzgiganten in Europa. Deutschlands Bank Nummer zwei steigt zu 100 Prozent beim österreichischen Marktführer ein.

Deutschland vor (2)

25. Juli, »Die Welt«:

Die Deutsche Telekom hat den Einstieg in den US-Telekommunikationsmarkt geschafft: Für 106 Milliarden Mark erwirbt Europas größte Telekommunikationsgesellschaft den amerikanischen Mobilfunkanbieter Voice Stream.

Deutschland vor (3)

25. Juli, »Die Welt«:

Rußland sieht einer »strahlenden Zukunft« entgegen – Atomminister will 30 neue Kernkraftwerke bauen – Siemens im Gespräch ...

Betrag dankend erhalten

27. Juli, »Die Welt«:

Die rot-grüne Regierung ist im Ansehen der deutschen Führungskräfte enorm gestiegen. Nach einer Umfrage des Allensbach-Instituts steckt die Union dagegen in einer Identitätskrise.

Wenn Effenberg es ablehnt, für sein Land anzutreten, hat er auch das Recht verwirkt, in einer deutschen Klubmannschaft zu spielen.

Dieter Krein, Präsident von Energie Cottbus

Mutterkreuzer

28. Juli, »Frankfurter Allgemeine«:

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Stoiber hat die Einführung eines Familiengeldes gefordert, das in den ersten drei Lebensjahren eines Kindes an dessen Eltern ausbezahlt werden soll. In einem Gespräch mit dem Fernsehsender »N 24« und der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« bezifferte Stoiber die Höhe des wünschenswerten

Familiengeldes mit 1.000 Mark pro Kind und Monat.

Sondereinsatz

29. Juli, »Bild«-Zeitung:

Ungarn: Deutsche Polizisten passen auf deutsche Urlauber auf – Acht Wochen Sondereinsatz: Oberkommissar Albert Urschler und Hauptmeister Stefan Klafsky mit ihren ungarischen Kollegen auf dem Velencei-See – Zwei deutsche Polizisten in deutscher Uniform in Ungarn auf Streife – Was machen die da eigentlich? Urschler und sein Kollege Klafsky aus Offenburg – in der Urlaubssaison arbeiten die beiden Beamten am Velencei-See bei Budapest. Auf Bitten der ungarischen Regierung wurden die Männer (mit vier weiteren Kollegen) nach Ungarn versetzt, sollen die Ungarn bei der Verbrechensbekämpfung unterstützen. »Immer mehr Deutsche machen hier Urlaub – man kann hier sehr günstig wohnen, essen und auch trinken!« so Urschler. »Täglich werden Autos aufgebrochen, Handtaschen geraubt.« Klafsky: »Die ungarischen Kollegen auf dem Revier sind oft überfordert, verstehen die Touristen nicht.« Bis jetzt! Polizeihauptmeister Klafsky, in Ungarn geboren, spricht beide Sprachen. Kommissar Urschler hat Ungarisch an der Volkshochschule gepaukt. Die beiden Polizisten sind im Sondereinsatz der Stuttgarter Landesregierung unterwegs ...

Entwertende Ausländer

29. Juli, »Frankfurter Allgemeine«:

Sinti und Roma kämpfen schon lange für ein »Holocaust-Mahnmal« an zentraler Stelle. Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen (CDU) hatte dies mit der Begründung abgelehnt, daß er keine »Mahnmal-Meile« mitten in der Hauptstadt wolle. Eine Gedenkstätte für die Sinti und Roma in unmittelbarer Nähe des Denkmals für die ermordeten Juden könnte dieses »entwerten«.

Jüdische Ausländer

29. Juli, »Frankfurter Allgemeine«:

Noch keine Hinweise auf Täter und Motiv – Einen Tag nach der Bombenexplosion von Düsseldorf hat die Polizei noch keine konkreten Hinweise auf das Tatmotiv. Ein fremdenfeindlicher Hintergrund werde nicht ausgeschlossen, sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Johannes Mocken. Nach seinen Angaben sind alle neun Opfer Ausländer, sechs davon jüdischen Glaubens.

Deutschland endlich wieder Spitze – In allen Zukunftsbranchen haben wir die Nase vorn.

Schlagzeile der »Bild«-Zeitung«

Unnütze Ausländer

30. Juli, »Welt am Sonntag«:

Nach der ersten Sitzung der CDU-Zuwanderungskommission ist in der Union eine Debatte über die Reform des Asylrechts ausgebrochen. Nach den Worten des stellvertretenden Fraktionschefs Wolfgang Bosbach ist eine Mehrheit der Partei dafür, das im Grundgesetz verankerte individuelle Grundrecht auf Asyl abzuschaffen und durch eine institutionelle Garantie zu ersetzen. In Artikel 16a des Grundgesetzes soll es künftig nur noch heißen: »Die Bundesrepublik Deutschland gewährt Asyl. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.« Damit könnte der einzelne kein Grundrecht mehr einklagen. Zusätzlich müsse auch der Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes geändert werden, um einen langen Instanzenweg durch die Gerichte auszuschließen, sagte Bosbach.

Friedhofschaffende Maßnahme

31. Juli, dpa:

Knapp sieben Monate nach dem Sexualverbrechen an einer elf Jahre alten Kosovo-Albanerin muß sich ein amerikanischer Soldat wegen Mordes vor einem Militärgericht in Würzburg verantworten. Der 36 Jahre alte Soldat der Kfor-Truppen hatte gestanden, das Mädchen Mitte Januar nahe der Stadt Vitina sexuell mißbraucht und getötet zu haben. Die Militärführung habe ein Todesurteil »in Abwägung aller Umstände« schon im Vorfeld des Prozesses ausgeschlossen.

Zivilgesellschaft (Süd)

1. August, »Frankfurter Allgemeine«:

»Hier haben wir sie unter Kontrolle, wir lassen sie nicht raus, aber sie haben freie Unterkunft und zahlen keinen Strom, nur das Essen. Die Kleidung besorgt ihnen meine Frau.« Freimütig erzählt der Chef eines Bordells in Buenos Aires, wie er mit seinem »Personal« umgeht. Noch erschreckender ist das Geständnis des Mannes, er zahle monatlich umgerechnet 36.000 Mark an »Bestechungsgeldern für Polizisten und Politiker«, damit sein illegales Gewerbe ungestört funktioniert. Seit seinem siebzehnten Lebensjahr sei er »im Geschäft«, fügt er hinzu und rühmt sich, der erste gewesen zu sein, der Mädchen aus Paraguay »besorgt« habe. Die Jugendlichen sind vierzehn bis fünfzehn Jahre. »Niemand hat uns gezwungen, in den Bordellen zu arbeiten«, behaupten einige von ihnen. Sie seien gekommen, weil sie »in Paraguay verhungert wären«.

Ich mag es nicht, wenn Menschen das Etikett ihrer Anzüge nach außen tragen oder bei der Zigarre die Binde nicht abmachen. Das finde ich peinlich.

Michel Friedman (CDU) über Gerhard Schröder (SPD)

Zivilgesellschaft (Ost)

1. August, »Frankfurter Allgemeine«:

Gerüchte über Sobtschaks Tod – Angeblich Alkohol im Blut gefunden / Anlaß zu Mordspekulationen – Die Witwe Anatolji Sobtschaks, des ehemaligen Bürgermeisters von Petersburg, nannte nach dessen Tod am 19. Februar die Namen der Schuldigen: Der prominenteste unter ihnen war Sobtschaks Nachfolger in Petersburg, der Gouverneur Wladimir Jakowlew, dem sie die Teilnahme an der Beerdigung untersagte. Hinzu kamen einige Personen aus der Umgebung Jelzins, die nach Sobtschaks Auffassung die treibenden Kräfte einer Intrige gegen ihn waren, mit der seit seiner Abwahl 1996 seine weitere politische Karriere verhindert werden sollte. Interimspräsident Putin, dessen politischer Ziehvater Sobtschak war, äußerte sich in Worten, die als Zustimmung zu dieser Behauptung gedeutet werden konnten. In einer Umfrage der Zeitung »Segodnja« gaben 79 Prozent von 1.691 Befragten an, sie glaubten, Sobtschak sei ermordet worden.

Zivilgesellschaft (West)

2. August, »Frankfurter Allgemeine«:

Der jugoslawische Informationsminister Matic hat binnen weniger Monate gleich zwei Komplotte aufgedeckt. Nachdem im November 1999 fünf Männer festgenommen worden waren, wurden vor gut zwei Wochen vier Holländer verhaftet. Beiden Gruppen wird zur Last gelegt, sie hätten den jugoslawischen Präsidenten Milosevic ermorden wollen. Nach Darstellung des Informationsministeriums waren die fünf Männer vom französischen Geheimdienst ausgebildet worden und gedungen, Präsident Milosevic umzubringen. Ganz ähnlich steht es nach offiziellen Angaben um die vier Holländer ... In diesem Fall soll der britische Geheimdienst für die Ausbildung der Killer zuständig gewesen sein ... Auf den von Matic vorgeführten Filmaufnahmen gibt einer der in Militäruniform gekleideten »Terroristen« zu, sie hätten Milosevic oder den ehemaligen Führer der bosnischen Serben Karadzic entführen und zum Internationalen Kriegsverbrechertribunal nach Den Haag schaffen wollen. Ein anderer Holländer gibt zu, sie hätten geplant, Milosevic oder Karadzic »in einer auf ein Auto montierten Skibox zur Botschaft oder außer Landes« zu bringen. Ein dritter schließlich läßt wissen, einer von ihnen hätte die Idee gehabt, im Falle des Scheiterns einer Entführung Milosevic zu töten und »den Kopf in einer Kiste« in die Niederlande zu schicken.

Beim internationalen Kriegsverbrechertribunal für das frühere Jugoslawien in Den Haag, bei dem Milosevic wegen Kriegsverbrechen angeklagt ist, hieß es im Zusammenhang mit der Festnahme der vier Niederländer, es gebe »keinen Kommentar« hierzu. Nach Angaben der Zeitung »Trouw« bezeichneten es Militärexperten als sehr unwahrscheinlich, daß die vier Festgenommenen professionelle Soldaten seien. Diese hätten beispielsweise nie ihren Plan mitgeteilt. Es sei die Mutmaßung geäußert worden, daß es sich vielleicht um Abenteurer handeln könnte. In dem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß Anfang der neunziger Jahre während des Krieges in Kroatien verschiedene niederländische Söldner auf kroatischer Seite mitgekämpft hätten, die häufig aus rechtsextremistischen Kreisen stammten. Auch werde es für möglich gehalten, daß die vier Niederländer auf die Belohnung aus gewesen seien, die Washington für Informationen, die zur Ergreifung von Milosevic führen, ausgesetzt habe.

Neue Weltordnung

4. August, »Süddeutsche Zeitung«:

Die Entwicklungsländer sind höher verschuldet als je zuvor. 1998 betrug die Gesamtsumme fast 2,5 Billionen Dollar – rund 5.000 Milliarden Mark. Am stärksten mit der Rückzahlung von Krediten belastet sind die Regionen Ostasien und

Lateinamerika; es folgen Osteuropa, die ehemaligen Sowjetrepubliken und Afrika. Viele Entwicklungsländer geben mehr Geld für die Tilgung von Schulden aus als für Soziales. In Sambia etwa werden nur zehn Prozent der staatlichen Mittel für das Gesundheits- und Erziehungswesen verwendet, 30 Prozent fließen in den Schuldendienst.

Deutschland vor (4)

4. August, »Bild«-Zeitung:

Die bittere Wahrheit in deutschen Betten: Mein Mann kann mich nicht befriedigen –

Neueste Untersuchungen und Umfragen ergaben: Fast jede zweite Frau zwischen 18 und 59 Jahren sagt: Mein Mann, mein Partner kann mich nicht (oder nur selten) befriedigen. Liebe »Bild«-Leserinnen, haben Sie ähnliche Erfahrungen gemacht? Schreiben Sie an »Bild«, Kennwort »Traurig im Bett«.

Wir müssen anfangen, gemeinsam mit den rechten Jugendlichen Fußball zu spielen, als immer nur Fußballspiele gegen Rechts zu organisieren.

Jörg Schönbohm (CDU), Innenminister von Brandenburg

Konkret 09/00, S. 12

Horst Pankow

Ruck gegen Rechts? Freund und Feind zugleich

Der staatliche Antifaschismus macht mobil, und allealleralle machen mit. Horst Pankow und Tjark Kunstreich über eine PR-Kampagne für die Berliner Republik

Als Paul Spiegel Anfang August erklärte, er vermisse einen »Ruck, der durch die gesamte deutsche Bevölkerung geht«, denn schließlich richte sich die Gewalt deutscher Neonazis »nicht nur gegen Ausländer, Juden und andere Minderheiten, sondern gegen die ganze Gesellschaft – gegen alles, was seit 1945 mühsam aufgebaut worden sei« (»Frankfurter Rundschau«), da schien dies aus mindestens zwei Gründen eine krasse Fehleinschätzung zu sein. Einerseits werden auch deutsche Rechtsradikale niemals müde, die Aufbauleistungen ihrer Nation als Beweis deutscher Überlegenheit in den höchsten Tönen zu loben; gerade diese wollen sie ja gegen den unterstellten Mißbrauch durch Ausländer, Juden usw. verteidigen. Andererseits nimmt für die deutsche Öffentlichkeit seit Mitte Juli – dem »vulkanartigen Ausbruch der Empörung über rechtsextreme Umtriebe« (»Tagesspiegel«) – die Abwehr der »braunen Gefahr« einen Spitzenplatz in der Hitparade der wichtigen Dinge ein.

Vorbei scheinen die Zeiten, als man hierzulande nach jedem rechten Anschlag die Warnungen vor einer staatlichen Überreaktion zu hören bekam. Daß der Naziterror ein »soziales« resp. »psychosoziales« Problem sei und ein solches nicht mit polizeilichen Mittel allein bewältigt, sondern vor allem mit geduldiger Überzeugungsarbeit angegangen werden müsse, war der Tenor demokratischen und zivilgesellschaftlichen Problembewußtseins in den 90er Jahren. Damit soll jetzt Schluß sein. Schluß auch mit »akzeptierender Sozialarbeit«, der »staatlich subventionierten Glatzenpflege«, wie linke Kritiker zu Recht die sozialpädagogische Aufwertung von Naziumtrieben vor allem in der Ostzone bezeichneten. Die neue Devise heißt »Null Toleranz!« und soll einen Befreiungsschlag einleiten. Der publizistische Kampfhund Hans Christoph Buch bringt dies im »Tagesspiegel« auf den Punkt: »Die Zeit des Herumeierns ist vorbei: Die Regierung hat Neonazi-Provokationen zu lange geduldet, das Problem durch Wegschauen zu lösen versucht. ... Unser Staat hat gewalttätigen Jugendlichen keine Grenzen aufgezeigt. Bis hierher und nicht weiter! Ziehen wir eine Grenze und machen unmißverständlich klar, wo sie verläuft.«

Wie eine solche Grenze am effektivsten zu ziehen ist, wissen gerade die ehemaligen Linken unter den in der Reife ihrer Jahre zum späten Antifaschismus Berufenen am besten. So schreibt beispielsweise Bernd Pickert in einem »Taz«-Kommentar: »Wer sich als junger Mensch selbst politisch betätigt hat, kann sich vielleicht noch erinnern, welche Wirkung staatliche Kriminalisierung gehabt hat: Politisierung und Radikalisierung bei einem – kleineren – Teil der Szene, angstvolles Zurückweichen bei – den meisten – anderen. Legal, illegal, scheißegal: Es waren schon damals nur wenige, die das konsequent umgesetzt haben. Woher kommt eigentlich die Vermutung, das sei bei den Jugendlichen, die sich heute für Nazizeug interessieren, so viel anders?«

Auf den ersten Blick schon verweist dieser Analogieschluß auf den Spießer, der mit dem Hinweis, im frühen Alter erhaltene Schläge und Demütigungen hätten ihm nicht nur nicht geschadet, sondern geradezu die Herausbildung seiner unverwechselbaren Persönlichkeit gefördert, die eigene Bereitschaft zu Gewalttätigkeit und vor allem die Bereitschaft zur Unterordnung unter wirklich starke Gewalttätige artikuliert. Gelungene »Identifikation mit dem Aggressor« (Freud) enthält immer eine starke Portion Selbstverachtung. Aber eben auch eine Chance, die Selbstverachtung in der Verachtung anderer aufgehen und allgemein werden zu lassen. Die Gewißheit darüber, daß alles, was einem selbst angetan wurde, auch bei anderen seine Wirkung nicht verfehlen werde, wird nur von jener Sicherheit übertroffen, die weiß, daß die anderen sich dessen genauso gewiß sind wie man selbst. Dies verdeutlicht die am 5. August Fernseh-öffentlich abgelegte Selbstkritik eines bisherigen Anhängers pädagogischer Integration neonazistischer Killertypen. »Ich habe bitter dazugelernt«, flennte Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe im ZDF-Länderspiegel. »Ich habe begreifen müssen, daß hier doch eine gewisse Gefahr besteht, daß sich das ausweitet und daß hier gehandelt werden muß.«

Stolpe verschweigt auch nicht, wer ihm das begreiflich machte. Der bayerische Innenminister Beckstein sei mit seiner »Initiative«, die NPD vom Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen, auf dem richtigen Kurs und werde von ihm – Stolpe – nun von ganzem Herzen unterstützt: »Wenn er genug Material zusammenhat, dann soll er das in jedem Fall versuchen. Und dann bin ich sicher, dann werden auch andere, etwa im Bundesrat, das unterstützen.« Wer die politische Biographie des Reuigen kennt, weiß auch, daß in seinem, in bestem Schröder-Deutsch vorgetragenen, Bekenntnis – »Wenn es gelingen würde, dieses Verbot durchzuziehen, dann macht das durchaus Sinn« – »dieses Verbot« durch irgend etwas anderes ersetzt werden könnte, ohne daß man annehmen müßte, der Mann sei ein anderer geworden. Unter diesen Voraussetzungen könnte es als eine glückliche, wenngleich äußerst zufällige Fügung erscheinen, daß die deutschen

Neonazis derzeit offenbar gleichermaßen politisch wertlos wie kontraproduktiv für die deutsche Elite erscheinen, daß man sie anstelle der bisherigen Linksextremisten, Sektenanhänger, Kinderschänder, Kampfhundehalter etc. den politischen und publizistischen Kretins zum Fraß vorwirft.

Aber das große Fressen soll ja – zumindest dem Tenor der regierungsnahen Medien zufolge, und das sind die meisten, denn Macht *macht* Sinn – den staatlichen und sozialen Repressionsorganen vorbehalten bleiben. Sind also ähnliche Repressionswellen wie gegen Linke zwischen Anfang der 70er und Mitte der 80er Jahre nun gegen Neonazis zu erwarten, inklusive Berufsverboten, gezielter polizeilicher Todesschüsse und mehrfach lebenslänglicher Isolationshaft? Vielleicht. Einiges spricht dafür. Neben Politikern und Journalisten plädieren derzeit vor allem die für Traditionslinke wichtigen Organisationen von Kapital und Arbeit für ein härteres Vorgehen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) appelliert an seine Mitglieder, zunächst die rechtsradikalen unter den überflüssig werdenden Arbeitern zu entlassen. IG-Metall- Chef Zwickel findet das noch zuwenig und fordert eine »große Koalition gegen Rechts«. Anderen, wie der »Taz«-Kommentatorin Annette Rogalla, geht das BDI-Ansinnen nicht weit genug: »Das Bundessozialgericht hat bereits bestätigt, daß eine Kündigung wegen rechtsradikaler Sprüche und Beleidigungen rechtens ist. Insofern ist der BDI-Appell alles andere als mutig.« Ob mutig oder nicht, der DGB hat verstanden, auf wen es jetzt ankommt, und auf seine beliebte anstellige Art meldet er sich mit konstruktiven Vorschlägen zu Wort: »Solche Kündigungen könnten ausgesprochen werden, wenn der ›Betriebsfrieden‹ durch entsprechende Aktivitäten in den Betrieben gestört werde, sagte ein Sprecher des DGB. Betriebsräte könnten daran mitwirken, daß Kündigungen leichter ausgesprochen werden. Sie könnten mit den Geschäftsleitungen ihrer Betriebe vereinbaren, was eine ›Störung des Betriebsfriedens‹ darstellt« (»FR«). Die gute alte Basis in den Betrieben ist also zum Handeln aufgerufen, eine Basis, die, wie es sich für eine solche im zivilgesellschaftlichen Sinne gehört, deutsches Unternehmertum und deutsche Arbeit in demokratischem Geist vereint: »In den Betrieben können Arbeitgeber und Gewerkschaften den Neonazis die geeigneten Argumente liefern, den Knüppel aus der Hand zu legen« (»Taz«).

Das ist vielleicht für Basisaktivisten schon ein wenig zu weit gedacht. Plaudert dieses Szenario einer argumentativen Entwaffnung doch zuviel über gemeinsame Interessen der Kontrahenten aus und unterschlägt, daß deutsche Arbeit auch ein selbstverständliches Anrecht auf eigenverantwortlichen Verfassungsschutz hat. Da ist die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) schon weiter. Sie »stellte in der Debatte um den Rechtsextremismus Einschränkungen des Briefgeheimnisses zur Diskussion. DPG-Sprecherin Sigrun Schmied sagte dem ›Tagesspiegel‹, es gehe darum, ›nicht nur nach der Außenseite der Sendung, sondern auch nach dem Inhalt entscheiden zu können‹. Nur nach neonazistischer Propaganda auf dem Umschlag zu gehen, öffne Rechtsextremisten Tür und Tor, den Inhalt zu kaschieren« (»Tagesspiegel«). Sollte also demnächst Abonnenten dieser Zeitschrift mitgeteilt werden, die weitere Zustellung sei aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken der Postsortierer und -zusteller nicht mehr möglich, brauchten sie sich nicht zu wundern, denn das Legalitätsprinzip nicht nur der Post ist grundsätzlich egalitär.

Hans Christoph Buch hatte schon in seinem zitierten »Tagesspiegel«-Beitrag gewünscht, »der glaubwürdige und starke Staat, von dem man sich eine entschiedenere Bekämpfung der Neonazis erhofft, könnte auch andere Gruppen ins Visier nehmen: Autonome, die am 1. Mai in Kreuzberg Randale machen, gewaltbereite junge Russen oder Türken, bestechliche Abgeordnete, Bauunternehmer, die Schwarzarbeiter beschäftigen, Umweltsünder, die illegal Müll entsorgen«. Also gegen das ganze Schädlings- und Parasitenpack, gegen das die Neonazis bisher nur mit beschränktem Erfolg vorgehen konnten. Bereits Mitte Juli hatte der »Taz«-Kommentator Severin Weiland die Grünen aufgerufen, nicht »auf halbem Wege stehen (zu) bleiben«. Grünen-Sprecherin Renate Künast war nach einem Besuch des von Nazis mit Brandbomben angegriffenen Flüchtlingsheims in Ludwigshafen mit Forderungen für verstärkte »Repression« gegen Rechte an die Öffentlichkeit getreten. Das sei jedoch nur die halbe Miete, befand der »Taz«-Kommentator: »Dabei ist wahr, daß auch von Linken Gewalt ausgehen kann.« Auch wenn verständlich sei, daß man es sich »mit Teilen der Partei nicht verscherzen« wolle, einer »Juristin wie Künast« müsse »klar sein: Repression ist nicht teilbar. Polizisten können eben nicht nur dann gut sein, solange sie gegen die anderen vorgehen, schlecht, wenn sie den Knüppel gegen die eigene Klientel schwenken.« Schöner hätte wohl kaum ein »FAZ«- oder »Welt«-Kommentator die einstmals beliebte Phrase von der »Unteilbarkeit der Menschenrechte« auf ihren politischen Kern reduzieren können.

Wenn in Deutschland unüblicherweise gegen Rechte Stimmung gemacht wird, kann sich diese niemals gegen Rechte allein richten. Selbst sogenannte Linksliberale beschwören das volksgemeinschaftliche Konsensprinzip; eine Abweichung davon bedeutet so etwas wie »Hochverrat«. So schreibt Astrid Hölscher in der »Frankfurter Rundschau«: »Die Demokratie der Bundesrepublik, so lautet der Gründungsschwur (!), sollte eine streitbare, wehrhafte sein. Anders als die Weimarer, die keine Abwehrmöglichkeiten gegen Verfassungsfeinde kannte ... . Diese zweite deutsche Republik erlaubt keine Fundamentalopposition.« Der radikalen Linken hingegen war es einmal gleichgültig, ob der Staat eine Fundamentalopposition erlaubte oder nicht, schließlich ging man von ihrer Notwendigkeit aus. Doch auch die letzten Reste fundamentaloppositioneller Linker scheinen sich unter dem Eindruck der aktuellen Anti-Rechts-Kampagne in die wehrhafte Demokratie einzugliedern. Ging man gerade in Antifa-Kreisen nach dem Nato-Überfall auf Jugoslawien davon aus, künftig nicht mehr mit Repräsentanten der Grünen – solche der SPD galten sowieso als degoutant – zusammenarbeiten

zu wollen, sieht man das jetzt offenbar nicht mehr so eng. Über die knapp eine Woche nach dem Splitterbombenanschlag auf jüdische Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion in Düsseldorf stattgehabte Demonstration schreibt die »Junge Welt«: »Vertreter der SPD, der Grünen und der PDS, die Jüdische Gemeinde in Düsseldorf und Organisationen von Ausländern in Deutschland hatten den Demonstrationsaufruf der antifaschistischen Gruppen unterstützt.« Ein breites Bündnis also, und wer so etwas gut findet, meldet Kritik nur noch an Randerscheinungen an: »In die Rhetorik der Veranstalter mischten sich jedoch auch nationale Töne, die ›das Ansehen Deutschlands gefährdet‹ sahen oder ›Gefahren für den Wirtschaftsstandort‹ beschworen« (»JW«). Wer hätte das gedacht. Da läßt man sich auf das bizarre Vergnügen ein, mit Freunden des Nato-Bombenterrors gegen Nazi-Bombenterror zu demonstrieren, und statt mit Anerkennung kommen einem diese Leute mit »nationalen Tönen«.

Einen Schritt weiter ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Mit »nationalen Tönen« hatte der traditionslinke Verband, der anstelle der wehrhaften eine antifaschistische und soziale Demokratie wünscht, bisher keine Schwierigkeiten; nur »nationalistisch« durften sie nicht sein. Jetzt scheint alles bestens zu laufen: »In den Parteiverbotsforderungen mehrerer Politiker sehen die Antifaschisten eine Bestätigung ihrer eigenen Position. Es sei jedoch bedauerlich, daß es erst zu dieser Eskalation von Gewalt kommen mußte« (»FR«).

Zu den Bestätigern der antifaschistischen Position gehört neben anderen der bayerische Innenminister Günther Beckstein. Seine Rhetorik ist gelegentlich noch etwas antifaschistischer als die der Vereinigungs-Antifaschistinnen und -Antifaschisten. Beispielsweise wenn er der Bundesregierung vorwirft, bei weiteren neonazistischen Anschlägen müsse sie sich »eine moralische Mitschuld daran zurechnen lasse«, weil sie eine unentschlossene Haltung gegenüber seiner Forderung nach Verbot der NPD einnehme (»Taz«). Derselbe Beckstein hält aber auch eine »Begrenzung der Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten für unabdingbar«, um »die Identität unseres Landes zu bewahren«. Das faktisch kaum noch existierende individuelle Grundrecht auf Asyl will er auch nominell abschaffen, um »Spielräume für Ausländer, die uns nützen, zu schaffen«. Darin unterscheidet er sich nicht von seinem moralisch gefährdeten Kollegen, dem SPD-Bundesinnenminister Otto Schily.

Ein ähnliches politisches Kaliber wie Beckstein verkörpert der Berliner Innensenator Eckart Werthebach. In einem Anfang Juli an seine CDU-Parteifreunde verteilten »Grundsatzpapier« mit dem Titel »Staatsräson verlangt nach einer vernunftbegabten Ausländerpolitik« fordert er, der »Wille zur Selbstbehauptung unserer Nation« müsse sich endlich gegenüber einer »permanenten Selbstzerfleischung« durchsetzen. Ausländerpolitik dürfe »nicht länger als Reparationsleistung für die Rassenpolitik des Dritten Reiches betrieben und als unabwendbare Kriegsschuldfolge angesehen werden«. Sie müsse sich ausschließlich an den »deutschen Interessen orientieren«. Werthebach will Einwanderer, »die Deutschland nutzen und nicht belasten, ohne daß die Gesamtzahl der nach Deutschland kommenden Ausländer zunimmt« (zit. n. »Berliner Zeitung« v. 10.7.). Obwohl Werthebachs »Grundsatzpapier« eine gelungene Synthese der Positionen von Schily und denen der NPD darstellt, ist sein Autor einer der eifrigsten Verfechter eines harten Kurses gegen den »Rechtsextremismus«. Erfolgreich aber ist er vor allem bei der Abwehr einer Überfremdung der Reichshauptstadt. Mit Hilfe des rotgrünen Meisterwerkes »Neues Staatsangehörigkeitsrecht«, das im Januar dieses Jahres in Kraft trat, hat Werthebach es nach eigenen Angaben geschafft, die Zahl der in Berlin gestellten Einbürgerungsanträge innerhalb eines halben Jahres um 15 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres zu senken. Der Innensenator einer CDU/SPD-Koalition hatte den Bezirksämtern »empfohlen«, bei jedem Einbürgerungsantrag den Bewerber vom Verfassungsschutz durchleuchten zu lassen, was bislang als Regelanfrage aber nur von zwei Bezirksämtern praktiziert wird. Wirksamer ist da die vom rotgrünen Staatsangehörigkeitsrecht vorgesehene Deutschprüfung; sie wird in Berlin von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Standesämter vorgenommen. Für Werthebach sind profunde Deutschkenntnisse Ausdruck von »eigenständigen Integrationsleistungen« seitens der Antragsteller, mit denen diese nicht früh genug beginnen können. So wurde eine sich um die deutsche Staatsbürgerschaft bewerbende Türkin aufgefordert, ihre beiden Kinder im Alter von drei und fünf Jahren zwecks Überprüfung ihrer Deutschkenntnisse aufs Standesamt zu bringen. Eine aus Jugoslawien stammende Germanistin wurde zum Deutschtest geladen, weil ihr Diplom von einer Universität auf dem Territorium des heutigen serbischen Feindstaates ausgestellt worden war.

Beckstein und Werthebach repräsentieren beispielhaft die aktuellen Emanationen der deutschen Volksseele: gegen Ausländer *und* Ausländerfeinde zugleich. Der Einwand, daß es sich bei diesen Innenpolitikern schließlich um Vertreter des sogenannten rechten Flügels ihrer Partei handele, zieht nicht. Man muß, um die Allgemeingültigkeit ihres Denkens und Handelns festzustellen, sich nicht unbedingt nur mit den inhaltlich gleichen Verlautbarungen z. B. Schilys und Merkels beschäftigen, man kann auch einen Blick auf deutsche Kommunalpolitik werfen. Mit den Stimmen von CDU, Republikanern, SPD, einer freien Wählergemeinschaft und Grünen hatte der Celler Stadtrat schon im Februar beschlossen, eine mannshohe Mauer um ein Flüchtlingsheim zu errichten. Dessen Bewohner stellen für die Celler Bürger eine Bedrohung dar, weil sie angeblich mit Drogen handeln. Trotz einiger polizeilicher Durchsuchungen konnte bisher zwar nichts juristisch Verwertbares festgestellt werden, doch das ändert nichts: Für die deutschen Nachbarn der Flüchtlinge ist es »auffällig, daß einige Bewohner ›extrem teure Sportkleidung tragen‹« (»FR«). Wahrscheinlich wird der Mauerbau die Celler Stadtratsparteien nicht daran hindern, gemeinsam eine Resolution gegen »Fremdenfeindlichkeit, Haß und

extremistische Gewalt« zu verabschieden. Ebenso wahrscheinlich werden sie die Republikaner nicht mitunterzeichnen lassen, denn die sind ja extremistisch und fremdenfeindlich.

So hat Paul Spiegel doch nicht völlig unrecht, wenn er vom Ausbleiben eines Anti-Nazi-Rucks redet. Es ruckt zwar derzeit mal wieder gewaltig in den Hirnen deutscher Politiker und Journalisten. Doch geht es vor allem darum, wer mit welchen Mitteln die national bekömmliche Zusammensetzung des Staatsvolkes bestimmen darf. Dem »wilden« und unkontrollierten Rassismus der Neonazis werden nun möglicherweise gewisse Grenzen gezeigt. Für den legalen und zivilgesellschaftlichen Rassismus des demokratischen Staates wird die im Zuge der Anti-Rechts-Kampagne sich vollziehende juristische und mentale Aufrüstung eine willkommene Stärkung sein, er kann seine selbstgestellten Aufgaben um so effektiver erledigen.

Horst Pankow schrieb in KONKRET 8/2000 über die Endlagerung der Anti-Atompolitik

Konkret 09/00, S. 15

Tjark Kunstreich

Ruck gegen Rechts? Das gleiche Pack

Der staatliche Antifaschismus macht mobil, und allealleralle machen mit. Horst Pankow und Tjark Kunstreich über eine PR-Kampagne für die Berliner Republik

Drei Jugendliche schlagen in der Nacht zum 15. Juli ein Parterre-Fenster einer Flüchtlingsunterkunft in Ludwigshafen ein und werfen einen Molotow-Cocktail in den Raum dahinter, in dem drei Kinder aus dem Kosovo schlafen. Nur weil die Bewohner sehr schnell reagieren, gibt es keine Toten; zwei Kinder erleiden schwere Verbrennungen. Einen Tag später beginnt Renate Künast in Berlin mit der staatlichen Antifa-Offensive. Die neue grüne Vorstandssprecherin sieht ihre Chance gekommen: scharfe Verurteilung, Abscheu, Empörung usw.

Aber was ist anders im Vergleich zu den letzten Jahren? Seit langem sind Bestrebungen der Nazis bekannt, bewaffnete Strukturen zu etablieren; über die »national befreiten Zonen« in Ostdeutschland hat selbst die damalige Ausländerbeauftragte Schmalz-Jacobsen schon 1997 berichtet. Die ganze Aufregung wirkt wie angedreht: Noch anläßlich des brutalen Mordes an Alberto Adriano am 17. Juni in Dessau war es regierungsoffiziell ziemlich ruhig geblieben. Jetzt aber wird sogar Kritik an der »akzeptierenden Jugendarbeit« mit Rechten laut; Manfred Stolpe übt sich in Selbstkritik, er habe das Ausmaß des rechten Terrors unterschätzt; Matthias Platzeck, der Potsdamer Bürgermeister, macht darauf aufmerksam, daß die rassistische Ideologie in den Familien tradiert werde; kurz: Man könne nicht umhin einzugestehen, daß es im Osten ein Problem gebe. Nach zehn Jahren rechtem Terror und über hundert Toten ...

Mit einemmal kommt all das, was von antirassistischer und linker Seite den Regierenden seit 1992 kritisch vorgehalten wird, aus deren Mündern – verbunden mit dem Ruf nach dem starken Staat, hat es jedoch einen anderen Klang: Postgeheimnis und Demonstrationsrecht sollen eingeschränkt werden, das Jugendstrafrecht verschärft, das Kündigungsrecht liberalisiert; der BGS wird zur Nationalgarde ausgebaut. »Mit allen Mitteln«, dekretiert Gerhard Schröder von Mallorca aus, müsse der »Rechtsradikalismus« bekämpft werden – frei nach dem Motto »Antifa heißt Angriff«.

Einer der unmittelbaren Gründe für die plötzliche Antifa-Offensive ist, daß Teile des Staatsapparates mittlerweile – nach der Ermordung von drei Polizisten durch einen Nazi-Amokläufer – vom Übergang der rechten Szene zum Terrorismus ausgehen. Daß das realistisch sein könnte, wird am 27. Juli kurz nach drei Uhr nachmittags offenbar, als in Düsseldorf eine Bombe hochgeht: Zehn Menschen werden zum Teil lebensgefährlich verletzt, als sie zur S-Bahnstation Wehrhahn im Stadtteil Fingern gehen. Alle zehn besuchten täglich einen Sprachkurs Deutsch für Ausländer, alle kommen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion und sind Juden und Jüdinnen sowie deren nichtjüdische Angehörige. Schon am späten Abend gibt es erste Spekulationen über einen gezielten Anschlag von Nazis. Einen Tag später kündigt die Polizei – wie immer in solchen Fällen – an, »in alle Richtungen« zu ermitteln, und gibt zu, daß ein »rechtsextremistischer Hintergrund nicht auszuschließen« sei; man habe aber keinerlei Anhaltspunkte in die eine oder andere Richtung, gerade die Rechtsextremisten seien in Düsseldorf nicht groß in Erscheinung getreten. Der Düsseldorfer Antifa-Koordinationskreis (Antifa-KOK) weist diese Darstellung in einer Presseerklärung vom selben Tag zurück: Ein Nazianschlag liege nahe, die »Kameradschaft Düsseldorf« sei eingebunden in die bundesweiten Nazistrukturen, in denen über terroristische Aktionen diskutiert werde. Und: »An Waffen und Sprengstoff heranzukommen war für die Neonaziszene noch nie ein Problem, was auch auf die Düsseldorfer ›Kameraden‹ zutrifft. Das ›Survival Security & Outdoor‹-Geschäft auf der Gerresheimerstr. 51 des ›Sicherheitsausrüsters‹ Ralf Spies, ein von der neonazistischen ›Kameradschaft Düsseldorf‹ regelmäßig frequentierter Anlaufpunkt, ist hierfür nur ein bekanntes Beispiel. Der Ladeninhaber Spies, wiederholt wegen rassistischer Delikte verurteilt, gilt selbst in seinem Bekanntenkreis als ›rassistischer Amokläufer‹. Er handelt unter anderem mit ›Polizei-, Armee-, Sicherheit-Zusatzausrüstungen‹ und bietet einschlägige Trainings an.«

Innenminister Otto Schily hält das Naheliegende für naheliegend und einen »rassistischen Hintergrund« für wahrscheinlich. Auch diese Reaktion ist neu, bislang wurde so lange abgewiegelt, bis sich niemand mehr für die Wahrheit interessierte. Das offensive Bekenntnis verrät jedenfalls, daß Schily einen Nazianschlag dieser Dimension für möglich hält – was bislang nur von Leuten behauptet wurde, die selbst in linken Kreisen als ansatzweise paranoid galten.

Am 29. Juli demonstrieren in Stuttgart 300 NPD-Anhänger legal gegen die »Homo-Ehe« und für die deutsche Familie. Die Demonstration richtet sich direkt gegen die am selben Tag stattfindende Christopher-Street-Parade (und damit natürlich nicht »nur« gegen die Homo-Ehe, sondern gegen Schwule und Lesben allgemein). Die NPD will – wie schon anläßlich der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft – diejenigen mobilisieren, die nicht willens oder in der Lage sind, ihre Ressentiments zu rationalisieren. Die Polizei schützt die Faschisten, gegen drei Antifas laufen Ermittlungsverfahren.

Es wird bekannt, daß es in den Wochen vor dem Bombenanschlag Drohungen und Schmähbriefe gegen Jüdische Gemeinden in NRW gegeben hat, am 25. Juli auch eine Bombendrohung in Duisburg. Das Gemeindehaus mußte geräumt werden, die Polizei fand nichts. Antisemitische Drohungen sind ebenso alltäglich wie rassistischer Terror – und wie soll man unterscheiden, was »normal« ist und was »ernstgemeint«? Schließlich hindern meist nur fehlende materielle Voraussetzungen die Antisemiten an der tätlichen Umsetzung ihrer mörderischen Absichten.

Alle, die gefragt werden, und auch die, die nicht gefragt werden, geben nun ihren Senf dazu. Die Kampagne bekommt eine klare Stoßrichtung: Rechte Gewalt muß ausgegrenzt werden, weil sie erstens dem Standort Deutschland schaden und sich zweitens auch gegen die Demokratie richten könne. Außenminister Joschka Fischer verurteilt rechte Gewalt und ruft dazu auf, den Ruf Deutschlands zu verteidigen. Soviel hat die rotgrüne Bundesregierung schon erreicht: Nur ein halbes Jahr im Amt, da war Deutschland schon kriegsverwendungstauglich. Nach nur anderthalb Jahren wurde mit dem Vertrag über die Almosen für die letzten Zwangsarbeiter ein fulminanter Schlußstrich gezogen. Noch ein bißchen Holocaust-Denkmal hier, ein wenig Bekenntnis dort: So normal war Deutschland noch nie – das war wenigstens die rotgrüne Hoffnung. In den vergangenen Monaten beklagten sich Schröder, Fischer und Michael Naumann jedoch darüber, wie lebendig die deutsche Vergangenheit im Ausland immer noch sei. Während die Erinnerung in Europa und den USA langsam verblaßt, gibt es in anderen Ländern frischere Eindrücke: Der aktuelle deutsche Rassismus ist Tagesthema in vielen Ländern des Südens, die bislang als besonders deutschfreundlich galten und der Bundesrepublik einen Sitz im Weltsicherheitsrat verschaffen sollten. Die indischen Computerspezialisten lassen schon jetzt auf sich warten.

In der Sendung »Christiansen« wird am 30. Juli über Rechtsextremismus geplaudert. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm befindet sich in guter Gesellschaft. Über seine Abschiebepolitik, über seine Bemerkungen (noch als Berliner Innensenator), es gebe in Berlin Gegenden, in denen man meine, nicht mehr in Deutschland zu sein – kein Wort. Alle sind sich einig, gegen die Nazis helfe nur der starke Staat. Zum Ende der Sendung fordert Sabine Christiansen die Zuseher auf: »Schauen Sie nicht weg!« Das ist der Ton der Debatte: Im Ausland soll der Eindruck erweckt werden, als seien die Deutschen nur zu feige, es ihren Nazis mal zu zeigen. Deswegen wird so getan, als regierten die Nazis im Osten nur mit Terror. Aber gerade dort, wo sie sich das Gewaltmonopol angeeignet haben oder mit der Polizei teilen, regieren sie wie Schröder und sein Kabinett: außerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie, aber mit ganz viel Konsens.

Schilys Vorschlag an den rassistischen Mob, die prospektiven Opfer sicherheitshalber nach der Green Card zu fragen, um das erfolgreiche Bündnis, welches seinerzeit Elite und Mob gegen die »Asylanten« eingingen, neu zu beleben, ist allerdings nicht nur deswegen zum Scheitern verurteilt, weil Differenzierung dem Mob naturgemäß schwerfällt. Ein bißchen Rassismus ist immer funktional, um ein paar Flüchtlinge von den Mühen der illegalen Einreise abzuschrecken. Das aber reicht dem Mob nach seinen Erfolgen nicht mehr. Wenn Juden und Penner ins Visier geraten, ist die Grenze vom dumpfen Euro-Rassisten zum bekennenden Nazi-Faschisten überschritten. Und damit die von europäischer »Normalität« zu deutschen Spezifika. Das ist der reale Kern der staatlichen Kampagne. Der rassistische Mob war noch integrierbar, weil der Staat beweisen konnte, daß er dessen Geschäft, die Ausländer rauszuschmeißen, besser erledigt. Der faschistische Mob, der sich gegen die Demokratie richtet, ist jedoch nur mit eben dem Mittel zu integrieren, mit dem man ihn bekämpfen will: dem Ordnungsstaat.

Am 2. August nimmt die Polizei Ralf Spies in Düsseldorf fest und durchsucht sein Geschäft, das etwa 300 Meter vom Tatort entfernt liegt. Der »Militaria-Händler« sei nicht als Nazi bekannt, behauptet die Polizei, vier Tage nach der Presseerklärung des Antifa-KOKs. Spies wird nach mehrstündigem Verhör freigelassen. Er gilt weiterhin als »Beschuldigter«, ein dringender Tatverdacht bestehe jedoch nicht. Die Polizei gibt außerdem bekannt, daß es sich bei dem Sprengsatz um eine Handgranate handelte, wie sie sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite zum Einsatz kam. Ohne Zündmechanismus versehen, sind die Dinger legal zu erwerben – auch Spies soll dieses Modell geführt haben. Die Granate wurde mit TNT, dem Sprengstoff, der unter anderen meist von der Bundeswehr verwandt wird, und mit Splittern gefüllt. Ob es sich um einen Zeitzünder oder eine Fernzündung gehandelt hat, hat die Polizei bisher nicht ermitteln können. Sollte es sich um eine Fernzündung gehandelt haben, hieße dies, daß die Täter sich in der Nähe aufhielten und gezielt diese Gruppe angegriffen haben.

Weiterhin wird »in alle Richtungen« ermittelt und ein »rechtsradikaler Hintergrund« nicht ausgeschlossen. Vier Tage hatte die Polizei mit dem Naheliegendsten, nämlich mit Ermittlungen in der rechten Szene, gewartet. Schließlich gibt es ja – bis auf die Opfer – keine Hinweise auf mögliche Nazis als Täter. Dabei hatte es wenigstens einen Probelauf für die Benutzung von Sprengstoff durch Nazis gegeben: Als im Dezember 1998 der Grabstein von Heinz Galinski in die Luft gejagt wurde, mußte auch die Polizei zugeben, daß der Anschlag Tote hätte fordern können, wäre die Bombe an einem belebteren Ort explodiert. Berlins Innensenator Eckart Werthebach sprach von einer eindeutigen »Spontanhandlung«. Ein Verdächtiger aus der Naziszene wurde nach wenigen Tagen wieder entlassen. Damals – gerade hatte Ignatz Bubis sich bei Martin Walser entschuldigen müssen – wurde ebenfalls »in alle Richtungen« ermittelt und ein »rechtsradikaler Hintergrund« nicht ausgeschlossen. Das Verfahren ist mittlerweile eingestellt. Wie schon bei den Ermittlungen wegen der Anschläge auf das Denkmal für die deportierten Juden in der Großen Hamburger Straße in Berlin-Mitte 1997/98 oder den Verwüstungen der

jüdischen Friedhöfe im Prenzlauer Berg 1997 oder in Berlin-Weißensee 1999: nicht einmal ein »Einzeltäter« konnte präsentiert werden.

Die Düsseldorfer Polizei scheint tatsächlich von der Tatsache überrascht zu sein, daß es militante Antisemiten in NRW gibt. Dabei hat man auch in Düsseldorf nach dem Tod von Ignatz Bubis gefeiert. Erst Ende Mai wurden 45 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof von Detmold zerstört. Die Polizei schloß einen antisemitischen Hintergrund aus, weil man einen Schuhabdruck der Größe 37 gefunden hatte, was auf kindliche Zerstörungswut hindeute. Niemand hatte etwas gehört, die Täter hatten keine Schmierereien hinterlassen – weitergehende Nachforschungen gab es nicht. Die Düsseldorfer Ermittlungen scheinen in den gleichen Bahnen zu laufen wie die zu anderen Anschlägen, die eindeutiger eine antisemitische Motivation vermuten lassen. Die antisemitische Aggression ist mehr noch als die rassistische ein Beleg für das Fortdauern der Vergangenheit in der Gegenwart. In der Verwüstung eines jüdischen Friedhofs spricht das Deutsche sans phrase. Sollte sich herausstellen, daß der Düsseldorfer Anschlag auf Juden zielte, wäre wieder ein bißchen mehr Lack ab von der Berliner Republik. Da ist es wohl besser, nichts zu überstürzen.

Die NPD meldet Anfang August mehrere Kundgebungen für den 27. Januar 2001 in Berlin an. Neue Wache, Brandenburger Tor und der Bauplatz des Holocaust-Denkmals sollen zum fünftenmal Ziel eines antisemitischen Aufmarsches werden. Werthebach spricht von einer »Provokation« – dabei war er es, der die letzten vier Nazimärsche möglich machte, indem er nur halbherzige Verbotsanträge bei den Gerichten stellte. Er schlägt nach rechts, um links zu treffen, denn sein Ziel ist die Einschränkung des Demonstrationsrechts. Für dieses Ziel ließ er die Nazis am 15. Januar 2000 sogar durchs Brandenburger Tor marschieren – die ausländische Presse berichtete ausführlich. Ganz Deutschland war überrascht über die empörten Reaktionen, so sehr hatte man sich schon an die öffentliche Präsenz der Nazis gewöhnt.

2.000 Leute demonstrieren am 5. August in Düsseldorf gegen die faschistischen Strukturen in der Region. Staatliche Umarmungsversuche bleiben weitgehend aus, weil man schließlich im Interesse Deutschlands hofft, doch noch auf ein »unpolitisches« Motiv zu stoßen. Außerdem beugt der Aufruf dem vor, indem die Verharmlosung der faschistischen Organisierung durch staatliche Stellen benannt wird. Zwei Wochen zuvor hatte sich die »FR« beschwert, daß in Ludwigshafen nur 1.200 Bürger den Weg zur offiziellen Abscheu-Bekundung fanden, und fragte so blöd wie scheinheilig: »Wo sind die Lichterketten, die es zu Beginn der Übergriffe gegen Ausländer noch gab?« Konstruktive Vorschläge, die dazu beitragen, den Standort Deutschland in Sachen Rassismus auf europäisches Niveau zu heben, sind jederzeit willkommen. Das Problem dürfte nur darin bestehen, daß deren Umsetzung eben jenen Ungeist heraufbeschwört, den sie zu vertreiben suchen. Die dieser Tage häufig beschworenen Lichterketten führten zwar zu einem Rückgang rassistischer Gewalt, aber nur deshalb, weil sie gleichzeitig Zustimmung zur staatlichen Asylpolitik bedeuteten. Und wie die Verhandlungen um den »Entschädigungsfonds« einmal mehr bewiesen, daß das ständige Schuldbekenntnis nichts anderes als Apologie ist, wird auch dieser Antifa-Sommer nur zeigen, daß »Zivilgesellschaft« ein ausländisches Wort für Fahndungskollektiv ist. Schon sind Videoüberwachung öffentlicher Plätze, die Einrichtung einer Zentralkartei und andere sicherheitsstaatliche Maßnahmen fast beschlossen. Jetzt muß das Volk nur noch mitmachen.

Bislang spricht niemand von den geistigen Brandstiftern, die für die Zustände mitverantwortlich sind, in denen rassistische und antisemitische Anschläge möglich wurden und werden. War es nicht Stolpe, der immer wieder abwiegelte und den Mob von Gollwitz 1997 in Schutz nahm, als das Brandenburger Dorf den Zuzug jüdischer Kontingentflüchtlinge verhinderte? Schwieg Rotgrün nicht kollektiv zu Walsers apologetischen Bekenntnissen? Ist es nicht der derzeitige Ober-Antifaschist Schily, der die endgültige Abschaffung des Asylrechts zugunsten eines an Konkurrenzfähigkeit orientierten Einwanderungsrechts betreibt?

Fatal wäre es, wenn sich die antifaschistischen Gruppen und Organisationen der staatlichen Kampagne anschlössen. An Einladungen fehlt es nicht, jetzt mal fünfe gerade sein zu lassen und sich ganz realpolitisch an der Lösung eines »gesellschaftlichen Problems« zu beteiligen. Die rotgrüne Kampagne soll, indem sie die faschistische Barbarei denunziert, die demokratische nach dem Prinzip des »kleineren Übels« legitimieren, d. h. in erster Linie die europäische Angleichung des Ausländerrechts auf einem Repressionsniveau, das die jetzigen Regelungen liberal erscheinen läßt.

Die Verbindungen zwischen Pogrom und Abschiebung, zwischen toten Flüchtlingen an der Oder und antisemitischen Aufmärschen, zwischen Standortkonkurrenz und völkischem Wahn, zwischen der Versöhnung mit der Nazivergangenheit und dem halboffiziellen Antitotalitarismus zu benennen und damit die Scheinalternativen faschistische oder demokratische Barbarei zurückzuweisen wird zunehmend schwerer. Den Kritikern der deutschen Zustände eine Entscheidung für die Berliner Republik abzuzwingen ist nämlich ein integraler Bestandteil der Kampagne. Dies zeigt ein bezeichnender Vorfall auf der Ludwigshafener Kundgebung, den der Ludwigshafener Bürgermeister Wilhelm Zeiser (SPD) »genauso erschreckend wie den Anschlag selbst« fand. Als der rheinland-pfälzische Innenstaatssekretär Ernst Thelen (SPD) reden wollte, stürmten Antifas das Podium und entzogen ihm das Wort. Ihre einfache, aber richtige Begründung: »Nazis morden, der Staat schiebt ab: Das ist das gleiche Rassistenpack!«

Tjark Kunstreich beschrieb in KONKRET 6/2000 Neues von der Versöhnungsfront

Konkret 09/00, S. 18

Joachim Rohloff

Der rosarote Kanther

Wenn's gegen Nazis gehen soll, glaubt Bundesinnenminister Schily nicht mal dem eigenen Verfassungsschutzbericht

Was ihn trieb, sich während der 80er Jahre in der grünen Partei mit den Ebermännern zu plagen, um doch im SPD-Ortsverein Unterhaching zu landen, von dort aus aber einen erneuten und schließlich erfolgreichen Angriff aufs Innenministerium zu beginnen, verrät das Munzinger Archiv. Er arbeitete nicht nur an einer politischen Karriere, sondern vor allem an der Bewältigung eines Kindheitstraumas: »Zur prägenden Erinnerung wurde für den jungen Sch., daß Hitlers Schergen 1941 im Haus seiner Eltern, die Anthroposophen waren, Bücher beschlagnahmten.« So etwas durfte nie, nie wieder geschehen, jedenfalls nicht in seinem Haus. Nun ist er auf der sicheren Seite, und andere müssen ihrem Nachwuchs klarmachen, daß man auch im Kinderzimmer nicht »Fuck!« sagen darf, denn Onkel Otto hört alles, und daß im Falle, die Beamten des Ministers kommen, diese die Guten sind und Mama und Papa die Bösen.

Ob seine Frau und seine beiden Töchter ihn seit fast zwei Jahren als den Herrn Bundesminister des Inneren anreden müssen, weiß man nicht. Er jedenfalls spricht von sich selbst gern in der dritten Person: *Ich bestreite nicht, daß sich eine Situation ergeben kann, wo der Minister gut daran tut, sich an einen solchen Ort zu begeben. Vielleicht tut er es demnächst auch.** Gemeint waren in diesem Satz: Otto, Schily, Otto Schily, der Bundesinnenminister und Dessau, der Tatort eines rassistischen Mordanschlags. Während mancher womöglich erschräke bei der Beobachtung, daß er selbst nicht zu Hause bleiben kann, wenn der Bundesinnenminister eine Dienstreise unternimmt, ist Otto Schily einfach nur stolz: *Ich bin der erste sozialdemokratische Innenminister der Bundesrepublik Deutschland. Ich verstehe es als große Auszeichnung, als der erste sozialdemokratische Innenminister einer traditionsreichen Partei zu fungieren.* Also wird er wohl in die Geschichte eingehen oder doch wenigstens in die Statistik. Denn künftige Historiker werden es schwer haben, im Oktober 1998 den Anbruch einer neuen Epoche deutscher Innenpolitik auszumachen. Fest steht nämlich schon heute, daß ebenso wie seinem Vorgänger auch dem Minister Schily kein anderer folgen wird und daß auch dieser, ebenso wie jene beiden, dereinst wird sagen können: *Ich habe meinen Dienst für das Vaterland getan.*

Kurz vorm Ende seiner Karriere, das Schily aufs Jahr 2002 datiert, läßt sich noch immer nicht entscheiden, ob er in der Politik jemals etwas anderes wollte als dieses hohe Amt. Vielleicht wollte auch er einst die Gesellschaft zivilisieren, und erst als sich herausstellte, daß es damit wohl nichts werden würde, kam ihm die Idee, dem Vaterland zu dienen. Hat er denn wenigstens während seiner Entwicklung vom Rechtsaußen der Grünen zum Rechtsaußen der SPD ein paar eigene Gedanken gefaßt? Aber allemal: *Jede begangene Mordtat birgt die Gefahr der Wiederholung in sich.* Das ist zumindest originell, doch sollte er sich gelegentlich von einem Experten des BKA erklären lassen, was man unter einem Doppelmord versteht. Sein freihändiges Impromptu über die Ästhetik des Staates besticht durch die kausale Verknüpfung von Stil und Macht: *Der Staat muß auch repräsentieren, muß unter Beweis stellen, daß er Stil-Vermögen hat. Ich denke daran, eine Arbeitsgruppe »Staat und Stil« ins Leben zu rufen. Denn der Staat, der ja auch das Recht verkörpert, darf nicht als ohnmächtiges Gebilde im Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Kräften dastehen. Heute droht nicht eine Übermacht, sondern eher eine Ohnmacht des Staates. Deshalb sollte er durchaus selbstbewußt auftreten.*

Auch der Machtmensch ist irgendwo ein Mensch und braucht sich seiner Tränen nicht zu schämen. Otto Schily bewies es, als er im Bundestag über die Wehrmachtausstellung sprach und unversehens von seiner Familiengeschichte überwältigt wurde. Peinlich aber ist es, wenn der Mensch nach der Macht strebt und dann auch noch dafür bedauert werden will, daß er sie endlich hat: *Es gibt Entscheidungen, die sind sicher schwierig, weil sie mit Konsequenzen verbunden sind, die mit dem Leben von Menschen und deren Gesundheit verbunden sind. Das sind die schwersten Entscheidungen, die ich in meinem Leben habe treffen müssen. Dazu gehören nicht zuletzt die, auf dem Balkan militärisch zu intervenieren. Die waren eine große Belastung.*

Innenpolitiker wollen wiedergewählt werden, weil das Problem, zu dessen Lösung sie gewählt wurden, sich während ihrer Amtszeit verschlimmert hat. Irgendwann muß so etwas auffallen. Otto Schily allerdings fiel am Minister Kanther gar nichts auf, und noch heute bekennt er anstandslos, daß er gegen ihn nie etwas Substantielles vorzubringen hatte. Die Enthüllung, der Ordnungsfanatiker sei selbst kriminell, überraschte und enttäuschte Schily womöglich als einzigen weit und breit, sie ließ ihn trotzdem nicht an seinem Willen irre werden, Kanthers Politik unverändert fortzusetzen. Schon vor Jahren, als der große Lauschangriff verhandelt wurde, stand Schily dem amtierenden Minister näher als der eigenen Partei. Obwohl auch damals galt: *Kanther denkt immer vom Staat her. Ich denke von beiden Seiten und ziehe auch die Schutzrechte der Bürger in Betracht.* Den Bürger aber, darüber herrschte Einigkeit seit je, schützt der starke Staat am besten, und deutsche Innenpolitik, von welcher Seite sie auch gedacht wird, bleibt immer dieselbe. Denn *das Argument: Das hat Herr Kanther auch gesagt, interessiert mich nicht. Erstens schätze ich Herrn Kanther, und zweitens stimmt es nicht.* Und drittens darf es einem Asylbewerber wohl gleichgültig sein, ob er vom einen, vom andern oder von beiden als *Wirtschaftsflüchtling* beschimpft und abgeschoben wird.

Die Grünen, könnte überhaupt etwas sie noch beleidigen, müßten den Anblick Schilys am Kabinettstisch als fortgesetzte tätliche Injurie empfinden. Versprochen haben sie uns eine liberalere Innenpolitik und insbesondere eine liberalere Ausländer- und Asylpolitik. Gegeben haben sie uns Otto Schily und eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die für so gut wie niemanden eine Erleichterung bedeutet und weit davon entfernt ist, einen *realistischen Begriff der Nation* zu etablieren. Das ius sanguinis wird nicht abgeschafft, es werden lediglich einige streng definierte Ausnahmen zugelassen. Wer lange genug in Deutschland gelebt hat, nicht straffällig geworden ist, keiner Sozialhilfe bedarf und ein besseres Deutsch spricht als Helmut Kohl, über den kommt der deutsche Paß wie ein Geschenk, das ihm aber auch wieder genommen werden kann. Und was die politische Betätigung von Ausländern betrifft, rühmt Schily sich sogar einer *Verschärfung der bestehenden Rechtslage*.

Von Integrations- und Antidiskriminierungsgesetzen will Schily nichts wissen. Aufs sogenannte Flughafenasyl, von Kanther ererbt, möchte er nicht verzichten. Ob beitrittswillige Staaten würdig sind, in die EU aufgenommen zu werden, mißt Schily an ihrer Bereitschaft und Tüchtigkeit, ihre Grenzen im deutschen Interesse abzudichten; notfalls hilft er mit Mahnungen und Experten nach. Er forciert im sogenannten Konsultationsverfahren Abschiebungen in die Türkei und verläßt sich dabei, einer Kantherschen Gewohnheit folgend, auf die Versicherung der türkischen Regierung, Abgeschobene würden nicht verfolgt. Daß die Wirklichkeit anders aussieht, stört ihn wenig. Er teilt den traditionellen deutschen »Vorbehalt« gegen die UN-Kinderrechtskonvention, der zur juristischen Grundlage dient, minderjährigen Flüchtlingen Aufenthaltsrechte zu verweigern. Aber nicht dafür bekam er den Schweineorden der Stadt Oldenburg, sondern für seine Fähigkeit, größere Mengen Grünkohl zu vertilgen.

Wenige Tage nach seiner Ernennung erklärte Schily, die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung sei überschritten, und *selbst wenn wir heute ein Zuwanderungsgesetz hätten, müßte eine Zuwanderungskommission die Zuwanderungsquote auf null setzen*. Seitdem arbeitet er an der weiteren Demontage des Asylrechts. Zunächst erwog er dessen Umwandlung in eine »institutionelle Garantie« unter Ausschluß des Rechtswegs und vertraute einer »europäischen Harmonisierung« auf niedrigstem Niveau. Ein Einwanderungsgesetz lehnte er ab. Inzwischen aber mußte er sich von interessierten Kreisen belehren lassen, daß es auch brauchbare Einwanderer gibt. Also kamen die Green Card und Schilys Einwanderungskommission. Ließe diese das Asylrecht wider Erwarten und gegen Schilys Wunsch unangetastet, so gälte für sie wohl dasselbe, was einst für die SPD galt, als sie ihn zur Abschaffung des Flughafenverfahrens aufforderte: *Ein Parteitag beschließt einiges ...* In diesem Fall aber fände der deutsche Innenminister Unterstützung bei seinen europäischen Kollegen: *Europa wird nicht einfach unsere Regelungen übernehmen. Ein subjektives Recht auf Asylgewährung wird die EU nicht akzeptieren.*

In diesen Tagen, Anfang August, sind die Neonazis plötzlich so gefährlich, wie es vor drei Wochen nur die Kampfhunde waren, und eine Welle antifaschistischer Empörung geht durchs Land. Schily sortiert die Menschen in Deutsche und Nichtdeutsche, in Nützliche und Überflüssige und wundert sich, daß die Neonazis dasselbe tun. Stoiber, Däubler-Gmelin und Merz fordern ein Verbot der NPD. In Brandenburg sollen jüdische Friedhöfe und öffentliche Plätze demnächst von Videokameras überwacht werden. Auch der Minister Trittin ist um einen Beitrag zum Widerstand gegen braune Gewalt nicht verlegen und erwägt ein Pfand auf Getränkedosen und Einwegflaschen. Nur der zuständige Schily mag sich nicht entschließen. Auf den Vorhalt des »Spiegels«, dem Terror der RAF seien in zwanzig Jahren 33 Menschen zum Opfer gefallen, dem Terror der Nazis in zehn Jahren über hundert, trotzdem reagiere der Staat vergleichsweise »matt«, antwortet Schily: *Die Sachverhalte sind doch völlig verschieden. Die RAF wollte einen Umsturz. Heute handelt es sich um eine sehr diffuse Szene – Einzeltäter, Exzeßtaten sind darunter, häufig spielt der Alkohol eine Rolle.* Und was die Möglichkeit betrifft, die NPD zu verbieten, um wenigstens deren öffentlichen Aufmärsche verhindern zu können, neigt Schily *eher zur Skepsis. Zumal man sich die Frage stellen muß, wie führe ich dann die Auseinandersetzung mit einer solchen Partei, wenn sie in den Untergrund gedrängt wird? Die Gefahr ist groß, daß ich ihre Militanz noch weiter erhöhe. Wir werden gleichwohl die Länder einladen, uns ihre Ergebnisse zu übermitteln, die für ein Verbot sprechen könnten.* (Zum Vergleich: *Die generalstabsmäßig ausgeführten Gewalttaten der kurdischen Organisation PKK sind für die Bundesregierung der unwiderlegliche Beweis dafür, daß das von der früheren Bundesregierung verhängte Verbot der PKK richtig war und daß die Entscheidung der neuen Bundesregierung, das PKK-Verbot aufrechtzuerhalten, ebenfalls richtig ist*.)

Schily glaubt, die Nazis wollten keinen Umsturz, und nach Argumenten für ein NPD-Verbot muß er sich erst einmal erkundigen, also hat er den letzten Verfassungsschutzbericht zwar verantwortet und präsentiert, aber nicht gelesen: »... enge Affinität der von der NPD angestrebten Volksgemeinschaft zum Nationalsozialismus ... die von der NPD erstrebte ›neue Ordnung‹ mit ihrem vom Nationalsozialismus entliehenen kollektivistischen Modell der ›Volksgemeinschaft‹ ist unmittelbar gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet ... aggressive, rassistisch bestimmte Fremdenfeindlichkeit ... verletzt die Menschenwürde und verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes ... die NPD agitiert antisemitisch ... relativiert darüber hinaus nationalsozialistische Verbrechen – bis hin zur Leugnung des Holocaust.«

Was also ist zu tun? Wer den Nazis mit adäquaten Mitteln begegnet, wird vom Staat kriminalisiert und mit seinen Feinden unter dem Begriff des »Extremismus« subsumiert. Ein herausragend dummes Beispiel findet sich im besagten

Verfassungsschutzbericht, der auch die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)«, den »Bund der Antifaschisten (BdA)« und – auf Schilys besondere Weisung – die PDS im antitotalitären Sinne würdigt: »Extremisten von links und rechts mißachten in ihren Zielen und in ihrer Agitation die Würde des Menschen. Bezeichnend für diese die Würde verletzende fremdenfeindliche Agitation ist die Verwendung des Begriffs ›Neger‹ für alle Farbigen oder die Gleichsetzung von Ausländern und Tieren, wie hier in einem Text der Partei ›Die Republikaner‹: ›Die Deutschen werden verunfähigt und als Extremisten abgestempelt. Auf ihnen wird herumgetrampelt und aus der Mitte des Volkes geekelt, um Ausländern, Asylanten und Tieren Platz zu machen.‹ Linksextremisten zeigen immer wieder durch die Verherrlichung von Gewalt, daß sie die Menschenwürde nicht achten. So erklärt die linksextremistische ›Autonome Antifa (M)‹: ›Gewaltfreiheit ist ein ideologischer Begriff, der in totalem Gegensatz zu autonomer Politik steht.‹« Im Jahr 1999, von dem der Verfassungsschutz hier berichtet, war also jede Kritik am herrschenden Gewaltbegriff schon ein Angriff auf die Menschenwürde, und jeder, der etwa von »struktureller Gewalt« sprach oder »Gewalt gegen Sachen« schlicht Sachbeschädigung nannte, unterschied sich nur unwesentlich von einem Rassisten. Heute – man glaubt es nicht – ist auch die Antifa bloß noch zu matt: *In den neuen Bundesländern hat sich eine Szene entwickelt, gegen die man mit den üblichen Ansätzen nicht ankommt, ob das Antifa, Rock gegen rechts oder sonst was ist. Das ist ein defensiver Ansatz, der nicht funktioniert.*

Schily empfiehlt nun den Bundesgrenzschutz – *wir haben ja keine Nationalgarde* – und ein besonderes Codewort, mit dem Eisenbahnschaffner die Annäherung gewaltbereiter Frisuren melden sollen. Wenn die Privatmänner Heye, Spiegel und Friedman diesen Maßnahmen mißtrauen und mit ihrer Initiative »Gesicht zeigen« die Bürger zu mehr Courage animieren, so übersehen sie, daß Schily bereits im März entschlossen zur Offensive überging und ein »Bündnis für Demokratie und Toleranz« gründete. Es richtet sich *gegen die vagabundierende Gewalt, gleichermaßen gegen Gewalt von rechts und von links.* Es wendet sich an *eine sprechende Mehrheit, die sich gegenseitig zum Handeln ermutigt. Gefordert sind Menschen, die ihre Gleichgültigkeit überwinden, die sich etwas zumuten und zutrauen, die Gewalt nicht dulden, die Demokratie auch als Selbstbeherrschung verstehen*. Es umfaßt inzwischen mehr als hundert Vereine und Gruppen – vom »Afghanistan Zentrum für die kulturelle und soziale Betreuung, Bonn« über die »Behörde für Inneres, Polizei Hamburg, Landespolizeischule, Hamburg«, den »DGB Bundesvorstand«, die »Gesellschaft für Bedrohte Völker, Berlin« und das »Radio Kaktus im Bürgerfunk, Münster« bis zum »Zentralverband der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland und Europäischen Sektionen e.V., Augsburg«. Und obwohl Schilys Offensive sich auf dem Berliner Gendarmenmarkt mit allerhand Folkore und Handwerk einer mäßig interessierten Öffentlichkeit vorstellte, dürfte kaum ein Neonazi von diesem machtvollen Bündnis etwas bemerkt haben. Das soll sich ändern, sobald es gelingt, *mit den Fernsehanstalten eine Sendung zu konzipieren, die ähnlich wie »Der 7. Sinn« in der Verkehrserziehung die Probleme der Integration anspricht*.

Bündnisfähig im Sinne Schilys ist neuerdings auch »Bild«. Ein täglicher Kasten auf der ersten Seite soll mich zur Einsicht verführen, daß es nützliche Ausländer gibt, die man nicht erschlagen darf: Zladko, Arabella Kiesbauer oder »Nancy Dietz (31). Die Kenianerin besitzt in Stuttgart ein Studio für Haar- und Nageldesign. Jeden Tag macht sie deutsche Frauen schöner und gibt Tips für das perfekte Make-up. Nancy lebt seit zwölf Jahren bei uns, hat einen deutschen Freund und zwei Kinder (3 und 5).« Ich fühle mich nicht angesprochen. Denn ich bestehe darauf, trotz aller Unterschiede der Herkunft und des Geschlechts mit Nancy Dietz immer noch mehr gemein zu haben als mit einem Bundesinnenminister oder einem »Bild«-Redakteur. Wer mich zu größerer Toleranz bewegen wollte, müßte mir also sagen: Otto Schily (69) und Udo Röbel (50) leben bei uns. Sie machen die Welt nicht schöner. Aber wir müssen sie wohl aushalten, auch wenn es schwerfällt.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 8/2000 über den Historiker Horst Möller

Konkret 09/00, S. 21

Helmut Schröder

Verschweigen, vertuschen, verharmlosen

Von über 120 Toten durch neofaschistischen Terror seit der Wiedervereinigung will der Bundesinnenminister nur 25 gelten lassen

»Die neue Bundesregierung wird die politische Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung von Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt machen« (Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung vom 20.10.1998).

Die beliebteste Methode der Kohl-Regierung beim Kampf gegen den Rechtsextremismus war die Leugnung von dessen Gefährlichkeit. Selbst nach dem rassistisch motivierten Brandanschlag in Solingen 1993, bei dem fünf Menschen starben, meinte ein Regierungssprecher: »Wir werden jetzt wochenlang Aufklärungsarbeit leisten müssen, um dem Anschein neonazistischer Gefahr in Deutschland entgegenzutreten.«

Wer nun erwartet hatte, daß die neue rotgrüne Bundesregierung eine andere Politik verfolgen werde, der sah sich getäuscht. Wenn heute Justizministerin Däubler-Gmelin beklagt »es gebe viel zu viel Wegschauer«, dann müßte sie damit eigentlich auch den Verantwortlichen im Kabinett meinen. Denn Innenminister Schily setzt die alte Politik der Verharmlosung der Nazigewalt im Stile seiner Vorgänger Kanther und Seiters fort.

Nach antifaschistischen Recherchen und Recherchen der PDS-Bundestagsfraktion wurden im Jahre 1999 elf Menschen Opfer neofaschistischer und rassistischer Gewalt. Die Bundesregierung gibt für dieses Jahr nur zwei Todesopfer an. Für das Jahr 2000 (bis Juli) kommen antifaschistische Recherchen auf acht Todesopfer mutmaßlich oder tatsächlich neofaschistisch motivierter Gewalt. Die Bundesregierung gibt für diesen Zeitraum nur ein Todesopfer an – die drei im Mai in Dortmund getöteten Polizeibeamten und die drei auf Usedom ermordeten Obdachlosen fehlen bis dato. Allein für 1999 und das erste Halbjahr 2000 ergibt sich also ein gravierender Unterschied: 19 Tote nach antifaschistischen Recherchen, drei laut Statistik der Bundesregierung.

Ein besonders beeindruckender Fall von Ignoranz ist die Einstufung des Mordfalles vom 13. Februar 1999 im brandenburgischen Guben. Eine Gruppe von elf neofaschistischen Jugendlichen jagte an jenem Abend den algerischen Asylsuchenden Omar Ben Noui in den Tod. Auf Trauerfeiern warnten der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe und andere Personen des öffentlichen Lebens vor Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Die Bundesregierung indes will diese Straftat mit Todesfolge nicht als rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierte Tat einstufen. In ihrer Aufstellung über rechtsextreme und fremdenfeindlich motivierte Tötungsdelikte für das Jahr 1999 wird Guben nicht erwähnt (Antwort der Bundesregierung vom 28.1.2000). Statt dessen wertet sie die tödliche Hetzjagd lediglich als »Landfriedensbruch« (Antwort der Bundesregierung vom 20.4.1999).

Auch die Ermordung eines Vietnamesen im brandenburgischen Fredersdorf am 31. Januar 1997 wird von der Bundesregierung »nicht mehr als fremdenfeindlich motivierte Straftat eingestuft« (Antwort vom 28. Oktober 1999). Der Täter hatte ursprünglich angegeben, er wolle »Fidschis plattmachen«, »Fidschis« müßten »raus aus Deutschland«. Ein späteres Dementi hat die Bundesregierung überzeugt.

Rotgrün verharmlost aber nicht nur den rechten Terror in zu ihrer Amtszeit, sondern im nachhinein auch noch jenen in der Ära Kohl. Im März 1999 stellte die PDS-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zu den politischen Morden von Rechts in der BRD seit 1990, also seit der Wiedervereinigung. In der Antwort der Bundesregierung heißt es in bemerkenswerter Offenheit: »Nach Angaben des Bundeskriminalamtes wurden – mit Stand 1. April 1999 – seit 1990 insgesamt 16 vollendete Tötungsdelikte aus rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Motivation begangen. Aufgrund datenschutzrechtlicher Löschungsfristen für polizeiliche Datensysteme sind ehemals gespeicherte Tötungsdelikte nicht mehr nachvollziehbar. Diese Löschungen liegen in der Zuständigkeit der Bundesländer; dem BKA liegen über die Größenordnungen eventueller Löschungen keine Erkenntnisse vor. Insofern kann nicht von einer Vollständigkeit der Statistik im vorliegenden Fall ausgegangen werden« (Antwort der Bundesregierung vom 20.4.99).

Mit dieser Antwort hat die Bundesregierung ihre Unlust demonstriert, Morde von Rechts zu dokumentieren. Allein der Verweis darauf, daß polizeiliche Daten nach acht Jahren gelöscht werden, zeigt das ganze Desinteresse an einer gewissenhaften Aufklärung. Denn mit einem äußerst geringen Aufwand von wenigen Minuten hätte man die Statistiken zusammentragen können, die die alte Bundesregierung erstellt hatte, meist in Antworten auf Kleine Anfragen der PDS.

lIn ihrer Antwort vom 16. September 1993 mußte die damalige Bundesregierung feststellen, daß ihr von Oktober 1990 bis Ende 1992 23 Tötungsdelikte gemeldet worden seien.

l1993 starben nach Auskunft der damaligen Bundesregierung sieben Menschen (siehe ihre Antwort vom 13. Oktober 1994).

Mit anderen Worten: Der alten Bundesregierung waren bis Ende 1993 30 Tötungsdelikte mit rechtsradikalem Hintergrund bekannt. Die rotgrüne Bundesregierung kommt jedoch in ihrer Übersicht für diesen Zeitraum nur auf 15 vollendete

Tötungsdelikte mit insgesamt 21 Opfern. Antifaschistische Recherchen und Recherchen der PDS-Bundestagsgruppe hingegen erreichneten für diese drei Jahre 68 Tote.

Im Zeitraum danach bis zum April 1999 will die rotgrüne Bundesregierung nur noch ein einziges Tötungsdelikt festgestellt haben. In der Summe sind das seit der Wiedervereinigung insgesamt 25 Tote – 21 bis Ende 1993, ein einziges zwischen 1994 und Ende 1998, drei – siehe oben – 1999 und 2000. Damit kommt die rotgrüne Bundesregierung auf weniger Tote, als die Kohl-Regierung nur für den Zeitraum 1990 bis 1993 angab, und auf sehr viel weniger, als nach Recherchen der PDS-Bundestagsfraktion in den letzten zehn Jahren zu beklagen sind (über 120).

Ein spektakuläres Beispiel, wie unterschiedlich die PDS-Bundestagsfraktion einerseits und das Innenministerium andererseits Ereignisse bewerten, ist der Amoklauf von Kay Diesner. Am 23. Februar 1997 erschießt der bekennende Nationalsozialist, Mitglied in verschiedenen militanten rechtsextremen Organisationen, einen Polizeibeamten bei einer Verkehrskontrolle in Schleswig-Holstein. Wenige Tage zuvor hatte Diesner einen Buchladen in einem Haus in Berlin-Marzahn, in dem sich eine Geschäftsstelle der PDS und das Wahlkreisbüro von Gregor Gysi befindet, überfallen und den Buchhändler Klaus Baltruschat mit einem halbautomatischen Gewehr schwer verletzt. Der von Diesner getötete Polizeibeamte wird von der Bundesregierung nicht als Opfer eines rechtsextrem motivierten Tötungsdelikts anerkannt; die Bundesregierung sieht hier »eine Tat zur Verdeckung einer anderen Straftat« (Antwort der Bundesregierung vom 19.Oktober 1999).

Zieht man eine Bilanz des Umgangs der Bundesregierung mit den Morden von Rechts, dann muß man zu folgendem Schluß kommen: Das Innenministerium erkennt so wenig wie möglich Tötungsdelikte als rechtsextrem motiviert an. Dies hat die Bundesregierung bisher davor bewahrt, Schritte zur Bekämpfung des neofaschistischen Organisationsgeflechts einzuleiten und eine präventive Aufklärungsarbeit zu betreiben. Die Taten des Neofaschismus und die real von ihm ausgehende Bedrohung zu leugnen, bedeutet, auch die eigene Tatenlosigkeit zu verteidigen. Die neue Bundesregierung ist in dieser Hinsicht noch ignoranter und lustloser als die alte.

Helmut Schröder lebt und recherchiert im Raum Köln/Bonn

Konkret 09/00, S. 22

Redaktion des □ Antifaschistischen Info-Blattes□

Blut und Ehre

Blood & Honour ist die Schnittstelle von altgedienten Aktivisten der Kühnen-Bewegung und den neu entstandenen Freien Kameradschaften □ das Zentrum des Rechtsterrorismus

Gibt es in Deutschland rechtsterroristische Strukturen? Laura Bendedict konnte sich in KONKRET 8/2000 zu keiner eindeutigen Aussage durchringen. Kaum verwunderlich, denn ihr Artikel klammert wesentliche Entwicklungen in der deutschen Neonaziszene aus und bleibt auf dem Stand der frühen 90er Jahre stehen.

Im Gegensatz zu der von Benedict behaupteten »nationalen Rückbesinnung« deutscher Neonazis muß man feststellen, daß internationale Kontakte für den militanten Flügel des deutschen Rechtsextremismus in den 90er Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Bestes Beispiel hierfür ist die länderübergreifende Zusammenarbeit von Combat 18 und Blood & Honour (B&H). Blood & Honour, ursprünglich als Neonazi-Musiknetz gegründet, steht für eine Weiterentwicklung militanter neonazistischer Strukturen der späten 80er und frühen 90er Jahre. Sogenannte Divisionen gibt es in fast allen osteuropäischen Ländern sowie in England, Deutschland und Skandinavien. Seit einigen Jahren gilt B&H in der rechten Szene als Avantgarde. Jugendliche Einsteiger werden mit Propagandamaterial versorgt □ etwa mit indizierten CDs oder den sogenannten »Kriegsberichter«-Videos, in denen offen der Mord an politischen Gegnern und Schwarzen propagiert wird. Kulturell bietet Blood & Honour den rechten Kids Abenteuer in Form von konspirativen organisierten Konzerten mit Bands zum Anfassen. Ein Drittel der 105 rechtsextremen Konzerte, die im vergangenen Jahr in Deutschland stattgefunden haben, wurde laut Bundesamt für Verfassungsschutz von B&H Deutschland organisiert.

Auch politisch ist Blood & Honour Trendsetter: B&H-Sektionen tauchten vermehrt mit eigenen Transparenten bei NPD-Aufmärschen auf; die deutsche B&H-Publikation interviewt inhaftierte Neonazi-Terroristen und berichtet seitenweise von Wehrsportübungen der einzelnen Sektionen. Welches Selbstverständnis dahintersteht, erklärt einer der Gründungsväter der skandinavischen B&H-Sektion unter dem Pseudonym Max Hammer in dem Strategiepapier »The way forward □ Der Weg in die Zukunft« im Internet: »Die Zeit des Geredes ist wirklich vorbei. Wir haben ein Stadium erreicht, in dem *jegliche* Form der Aktion der Inaktivität vorzuziehen ist. ... Laßt uns unsere Schreibtische verlassen und das multikulturelle Inferno von ZOG zerstören.« (ZOG steht im Nazislang für Zionist Occupation Government, Zionistische Besatzungsregierung).

In »The way forward« wird Combat 18 die Rolle des »bewaffneten Arms« und der »Armee« von B&H zugewiesen. Aus dem Umfeld von Combat 18 wurden letztes Jahr in Großbritannien drei Bombenanschläge durchgeführt, bei denen drei Personen getötet und über 100 verletzt wurden. Bestandteil der B&H-Kaderausbildung sind Wehrsportübungen und der Umgang mit Waffen und Sprengstoff. In den letzten zehn Jahren haben Hunderte von deutschen Neonazis derartige Trainings □ nicht nur bei B&H □ durchlaufen, sei es in den brandenburgischen Wäldern, der Lüneburger Heide, beim südafrikanischen Arischen Widerstandsbund AWB, als Söldner in Kroatien oder als gelehrige Schüler von prominenten Rechtsterroristen wie Ekkehard Weil und Peter Naumann. Wenn diese »politischen Soldaten« zuschlagen, dann nicht als Mitglieder einer festen Gruppe oder Organisation, sondern unter dem Kampfbegriff »Weißer Arischer Widerstand« (WAW), unter dem sich der Individual- und Kleingruppenterror aus dem harten Kern von B&H und Freien Kameradschaften ein identitätsstiftendes Label gezimmert hat. So verstand sich auch Kay Diesner als WAW-Krieger □ im Kampf gegen die »jüdische Weltregierung« schoß er 1997 auf einen PDS-Buchhändler und ermordete einen Polizisten.

Im November vergangenen Jahres trafen sich deutsche, schwedische, englische und norwegische Neonazis aus dem B&H-Netzwerk in der Nähe von Oslo. Wesentlicher Programmpunkt des Treffens: Die Koordinierung internationaler Anti-Antifa-Aktivitäten und des damit verbundenen klandestinen Terrors. Die anwesenden Deutschen baten um Unterstützung bei Aktionen gegen »politische Gegner«. Einen Monat später warnte das niedersächsische LKA in Göttingen mehrere linke Wohngemeinschaften und den DGB-Kreisvorsitzenden vor rechten Briefbomben. Kein Wunder, hat doch der im nahe gelegenen Northeim ansässige langjährige Neonazikader Torsten Heise als einer der ersten deutschen Rechtsextremisten Konzerte für B&H organisiert; er verfügt außerdem über beste Kontakte zu Combat 18.

Die Mehrzahl der Personen, die sowohl in Deutschland als auch in Skandinavien die B&H-Struktur prägen, kommt aus dem Netzwerk der von Neonaziführer Michael Kühnen ab Ende der 80er Jahre aufgebauten Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front (GdNF) und deren Hintergrundstruktur, der illegalen NSDAP/AO. Zum Beispiel Christian Worch, der als Nachfolger des verstorbenen Kühnen und Kopf der Freien Kameradschaften dessen Konzept buchstabengetreu umzusetzen versucht. Oder Oliver Schweigert, der seit zehn Jahren die Anti-Antifa-Arbeit in Berlin koordiniert. Oder Eite Homann, der in den Niederlanden lebt und von dort seit fünfzehn Jahren Logistik und Infrastruktur für deutsche Neonazis organisiert □ beispielsweise in Form von Postfächern, wie zuletzt im Dezember für die bundesweite Anti-Antifa-Liste »Werwolf«.

Laura Benedict behauptet, dieser Kaderkreis wäre bei Jungnazis völlig unbekannt. Das Gegenteil ist der Fall, es gibt zahlreiche Überschneidungen: Die Berliner Anti-Antifa-Struktur etwa hat in den vergangenen fünf Jahren zum einen wichtige Funktionen bei der NPD und den Freien Kameradschaften übernommen, zum anderen eigene Projekte wie das

Radio Germania betrieben und drittens terroristische Aktionen vorbereitet – fast alle Mitglieder der Gruppe wurden wegen Besitzes von Bombenbauanleitungen und Sprengstoff bzw. wegen Körperverletzung angeklagt, einige sogar verurteilt.

Die oben beschriebenen Entwicklungen und Beispiele lassen unserer Ansicht nach darauf schließen, daß es sich zum einen bei Blood & Honour um eine Weiterentwicklung des GdNF-Konzeptes handelt und daß zum anderen die alte GdNF-Struktur – und nicht, wie Laura Benedict behauptet, der Verein Die Nationalen e.V. – entscheidend zum flächendeckenden Aufbau der Freien Kameradschaften beigetragen hat. Laut staatlicher Zählungen existieren davon mittlerweile in Deutschland rund 150. Dieses Netzwerk – in das nach sorgfältiger Auswahl auch jüngerer Nachwuchs aus ost- und westdeutschen Neonazigrüppchen eingebunden wird – treibt mittlerweile die NPD vor sich her. Die zugelassene Partei dient als legaler Rahmen für Aufmärsche und Versammlungen und für kommunale Aktionen. Ziel ist, wie von der GdNF vorgegeben, die Aufhebung des NSDAP-Verbots.

Die enge Zusammenarbeit von Blood & Honour und den Freien Kameradschaften zeigt, daß unterschiedliche organisatorische Ansätze sowie verschiedene subkulturelle Orientierungen explizit erwünscht sind. Gegen staatliche Verbote à la 1992 und 1993 sind diese Strukturen nahezu immun.

Laura Benedict irrt im übrigen, wenn sie meint, ideologische Grundlage militanter Neonazis sei ein »nationaler Sozialismus«. Vielmehr gehen deutsche Neonazis wie auch ihre internationalen Gesinnungsgenossen von der Notwendigkeit eines »heiligen Rassenkrieges« und von einem eliminatorischen Antisemitismus aus.

Das »Antifaschistische Info-Blatt« (AIB) erscheint fünfmal jährlich (Kontakt: aib@mail.nadir.org). Die Redaktion ist Mitherausgeber des Buches *White Noise – Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour*, Hamburg/Münster 1999/2000

Konkret 09/00, S. 24

Laura Benedict

Wahlverwandtschaften

Die V-Leute des Verfassungsschutzes in der rechten Szene waren an der Organisation und Durchführung schwerster Straftaten beteiligt. Die Reaktion der Auftraggeber: wegschauen, verharmlosen, weitermachen – und belohnen

Die Sommerlochkampagne gegen den Rechtsextremismus treibt unerwartete Blüten. Die hohe Führung der Staatsdiener auf Landesebene erwacht aus dem Dauerschlaf, entdeckt verwundert allenthalben braunes Gesocks und schreit nach Repression. Besonders putzig muten Sendungsbewußtsein, gute Ratschläge und Tatendrang bei den Innenministern aus Thüringen, Bayern und Brandenburg an. Daß die kleinen und großen deutschen Rechtsextremisten seit Jahrzehnten quasi repressionsresistent sind, ist sekundär – Hauptsache, man hat in der Mitte der Legislaturperiode ein Thema gefunden, um Aktivismus vorzutäuschen und den Wirtschafts-, Handels- und Wissenschaftsstandort Deutschland zu retten.

Zu den Kriegsgewinnlern soll der teuerste deutsche Zeitungsausschnittsdienst gehören – der Verfassungsschutz. Der Steuerzahler darf also auch in Zukunft bekennende und praktizierende Rechtsextremisten alimentieren – die braunen V-Männer dieser Republik. Offiziell heißt das Verfahren »entgeltliches Abschöpfen« und soll suggerieren, daß die Geheimräte das Heft fest in der Hand haben.

Man glaubt kaum, wie viele kleine Fische sich als »Selbststeller« den IV. Kommissariaten der Kriminalpolizei andienen. Ein Vorwand ist schnell gefunden: die Anmeldung einer Veranstaltung, die Bitte um Begutachtung einer Flugschrift oder des Textes einer Musikproduktion. Doch in der Regel spricht der VS den Nazi an, um ihn dann zu hegen. Erst kürzlich sind zwei besonders schmuddlige braune Typen als Informanten geoutet worden. In Thüringen der ehemalige »politische Gefangene« Thomas Dienel (international als Prisoner of War und Märtyrer der Bewegung gefeiert) und in Brandenburg der Westimport Carsten Szczepanski.

»Da gibt es ein schönes Lied, das stammt

leider nicht von mir:

Auschwitz, Dachau und Buchenwald,

Da machen wir die Juden aufs neue kalt.«

O-Ton Dienel, Panorama 1992

Thomas Dienel hat eine schillernde Vita anzubieten. Dem linientreuen FDJ-Sekretär gelang für DDR-Verhältnisse wahrhaft Spektakuläres, nämlich die Erhöhung der Mitgliederzahl seiner HO-Grundorganisation von 15 auf 110 binnen kürzester Zeit. Selbstverständlich diente der Genosse Dienel freiwillig drei Jahre in der NVA, besuchte anschließend die Bezirksparteischule in Erfurt, gehörte zum Weimarer Stadtausschuß der Nationalen Front, führte den Wohnbezirksausschuß an und saß bei den Volkswahlen im Wahlausschuß. Wenige Wochen vor dem Fall der Mauer besuchte der gläubige Thomas noch das sozialistische Vietnam. Dann fiel der antifaschistische Schutzwall, und Dienel mutierte zum militanten Ausländerfresser und wild pöbelnden Rassisten. Allerdings über einen kleinen Umweg: Er stieg zwischenzeitlich vom Kreis- zum Landesgeschäftsführer der Deutschen Sexliga auf. Bereits 1990 opferte Dienel als Landesvorsitzender der NPD das gesamte Spargeld für den Wahlkampf seiner neuen politischen Heimat. In der eigenen Kneipe in Daasdorf am Berge (Landkreis Weimar) hielt am 15. Dezember 1990 die Nationale Offensive, die neue Partei für die frustrierten FAP-Abweichler hinter Michael Swierczek, ihren ersten Parteitag ab und feierte die Gründung der ersten ostdeutschen Parteigruppe. Am 9. November 1991 lud Dienel die rechtsextreme nationale und internationale Prominenz nach Halle ein, wo er neben dem notorischen Auschwitz-Leugner David Irving und dem Wiederbetätiger Gottfried Küssel aus der »deutschen Ostmark« als Hauptredner mit goebbelsschem Pathos die Restauration eines »heiligen deutschen Reiches ... von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt« forderte.

Als Dienel bemerkte, daß sich in der überalterten, undynamischen NPD nicht rasch Karriere machen ließ, gründete er in der Nacht zum 20. April 1992 in Wechselburg am Lagerfeuer mit Hakenkreuzfahnen und unter dem Absingen unfrommer Lieder die Deutsch-Nationale Partei, die als legal arbeitende Nachfolgerin der verbotenen NSDAP bewertet werden kann. Dienels Programm ist in weiten Strecken sogar noch schärfer formuliert als das 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920 und verstößt gegen eine Vielzahl von gesetzlichen Bestimmungen der Bundesrepublik. Begriffe wie »wert« und »unwert« tauchen auf, der »Volksgenosse« wird definiert als »Bürger deutscher Rasse und Kultur«, dazu zählen »alle Deutschen, die deutsch sprechen, deren Eltern beide deutscher Abstammung sind, mit einer abendländischen Kultur und Religion«. Dem Revisionismus wird offen das Wort geredet, Kriegsverbrechen sind durch »die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und des Zionismus« erfundene »Greuelmächen«. Die DNP fordert die Abschaffung des Asylrechts, den Kampf gegen »zersetzende« Einflüsse in der Kultur (»Deshalb sehen wir in den Kräften, die einen multikulturellen Staat

anstreben, Staatsfeinde Nr. 1. Es gilt, sie für immer aus dem politischen Leben auszuschalten«). Das Parteiprogramm schreibt die Schaffung eines »Sicherheitsamtes ... zur Bekämpfung des roten Unrates, ... zur Aufklärung der Gruppen, Öffentlichmachung ihrer Köpfe und deren Ausschaltung« fest. Angekündigt wurde schon mal prophylaktisch die Ermordung von Helmut Kohl, Gregor Gysi und Otto Graf Lambsdorff. Bis heute ist die DNP nicht verboten.

Nach dem Tod des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, warf Dienel mit drei Naziskins am 20. Juli 1992 zwei Schweinsköpfe in den Hof der Erfurter Synagoge; auf Handzetteln steht: »Jedes Schwein stirbt, auch Du, Heinz« und »Dieses Schwein Galinski ist endlich tot. Noch mehr Juden müssen es sein«. Im August 1992 meldete Dienel gleichzeitig in 16 thüringischen Städten einen Rudolf-Hess-Gedenkmarsch an, der dann aufgrund eines »Verwaltungsfehlers« am 15. August in Rudolstadt ohne Störungen durch die völlig »überraschte« Polizei stattfinden konnte. Bereits in der Nacht zuvor hockten die Herren Dienel und Worch (Nationale Liste Hamburg) vergnügt zusammen und hielten über Handys Anhang und Presse auf dem laufenden. Nach dem Gedenkmarsch ließ Dienel vor laufenden Kameras noch markigere Worte fallen: »Leider hat die junge Generation noch keinen Juden umgebracht ... Noch mehr Fidschis und Neger müssen brennen.« Für die Staatsanwaltschaft war dies kein Grund, aktiv zu werden. Dienel wurde erst aus dem Verkehr gezogen, nachdem er in einem achtminütigen Beitrag für »Spiegel-TV« im September 1992 eine (gestellte) Wehrsportübung vorgeführt und während einer Pressekonferenz in Saalfeld die Gaskammern von Auschwitz geleugnet und zum Terror gegen die Vertreter des »Judentums« und der »Jüdischen Weltverschwörung« aufgerufen hatte. Zwei Jahre und acht Monate, mit anderen Strafen aufgestockt auf drei Jahre und fünf Monate »Gesinnungshaft« wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener folgten. Dabei hielt ihm das Gericht zugute, daß er geständig sei.

Im Dezember 1995 durfte Dienel das Gefängnis auf Beschluß des Thüringer Oberlandesgerichtes vorzeitig verlassen. Einem Antrag der Bundesregierung auf Vorschlag von Bundesinnenminister Seiters vom 9. Dezember 1992, Dienel die Grundrechte gemäß Paragraph 18 Grundgesetz abzuerkennen, folgte das Bundesverfassungsgericht 1996, als der Fall endlich verhandelt wurde, nicht. Die Auguren von Karlsruhe vermeinten sogar eine »günstige Sozialprognose« abgeben zu können. Dienel sieht hier einen Zusammenhang mit seinen vertraulichen Diensten fürs verhaßte Vaterland, die just zu dieser Zeit in ihre heiße Phase eintraten. 80 Hinweise kaufte das Thüringer LfV für 25.000 DM und versprach obendrein Straffreiheit. Nun gehörte Dienel in die Spitzelkategorien 1 und A und investierte folgerichtig die Staatsknete »massenweise« in Propagandamaterial. Angeblich wurde die Kollaboration beendet, als Dienel seinen Auftraggebern eine Personenliste verscherbeln wollte, die der Staatsschutz zusammengestellt hatte. Wo mag er die wohl herbekommen haben? 1998 wurde ebenfalls ruchbar, daß das Land Thüringen seinen reichstreuen Mitbürger auch sonst nicht im Regen stehen ließ. 23.000 DM Existenzgründerbeihilfe spendierte das Sozialministerium für das rechtsextreme Verlagsprojekt »Neues Denken«, 2.000 DM Lohnkostenzuschuß das Arbeitsamt pro Mitarbeiter.

Der Chef des Thüringer Verfassungsschutzes, der bis Juni 2000 von den Innenministern Dewes (SPD) und Köckert (CDU) auf seinem Stuhl gehalten wurde, ist mittlerweile vom Dienst suspendiert. Seine öffentlichen Beifallsäußerungen für vermeintlich positive Errungenschaften des Nationalsozialismus und sein Verfolgungswahn gegenüber Gewerkschaftern und dem Thüringer Flüchtlingsrat spielten bei der Suspendierung keine Rolle.

»Advent, Advent,

Ein Türke brennt,

Erst der Kopf, dann das Bein,

dann das ganze Türkenschwein.«

Graffito in Berliner S-Bahn, 20. Juni 1993

Der größte Skandal in der Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit Rechtsextremisten ist der Fall Bernd Schmitt aus Solingen. Trotz Observation im Stadtteil Gräfrath konnte der Brandanschlag, dem in der Nacht vom 28. zum 29. Mai 1993 fünf Menschen zum Opfer fielen, nicht verhindert werden. Gelernt hat die Behörde offenbar bis heute nichts daraus.

Bereits zwei Tage nach dem Mordbrand in der Unteren Wernerstraße begann ich mich für die Thai-/Kickboxschule »Hak Pao Gym« zu interessieren, in der zahlreiche Rechtsextremisten aus ganz Nordrhein-Westfalen ihre Wehrertüchtigung erhielten, Personenschutz- und Anti-Terror-Training absolvierten. »Sportdirektor« der Kampfsportschule war Bernd Schmitt, seit gut einem Jahr umtriebiger Vertreter der »Bewegung« von Nordrhein-Westfalen. Zu den »Kampfkünstlern« gehörten drei der Brandstifter und eine Reihe von Aktivisten aus dem Umfeld der Nationalistischen Front (NF), der Deutschen Liga für Volk und Heimat und der Freien Wählergemeinschaft Düsseldorf.

Im Juniheft 1992 der stramm rechten Zeitschrift »Nation + Europa« warb ein Inserat für die Deutsche Kampfsportinitiative (DKI), einen »Zusammenschluß patriotisch denkender Kampfsportler, die es sich zum Ziel gesetzt haben, den Sport bzw. Kampfkünste im Nationalen Lager bundesweit zu fördern«. De facto war die DKI nichts anderes als eine Zelle des

Deutschen Hochleistungskampfkunstverbandes (DHKKV), der militanten Vorfeldorganisation der Nationalistischen Front. Cheftrainer Bernd Schmitt ließ die Interessenten in seinem Werbeblatt wissen: »Leider sind die meisten Deutschen zu bequem geworden, sich einem intensiven sportlichen Training zu unterziehen. In den meisten Clubs und Schulen in Deutschland liegt der Ausländeranteil bei über 80 Prozent. Sollte dies nicht zu denken geben?« Sollte es, denn seit dem 25. März 1992 hatte Schmitt feste Bindungen an das Innenministerium in Düsseldorf. Nur ungewöhnliche neun Tage dauerte der Sicherheitscheck des V-Mannes, der vom polizeilichen Staatsschutz mit besten Empfehlungen an den Verfassungsschutz weitergereicht wurde. Seit dem 3. April war Schmitt vorerst »Gelegenheitsinformant«. Wer ist der Mann, dem der Geheimdienst uneingeschränkte »Nachrichtenehrlichkeit« bescheinigte?

Bernd Artur Günter Schmitt, geboren 1944 in Solingen, verlor nach eigenen Angaben schon als Sechsjähriger sein Herz an den Kampfsport. Der »Diplom-Sportlehrer 8. Dan« legt eine atemberaubende Liste seiner angeblichen Graduierungen vor.

Die Angaben über Schmitts Qualifikationen wurden von den Budo-Fachverbänden geprüft: Sie entsprechen »nicht der Wahrheit«. Der »Diplom-Sportlehrer« erwarb seinen Titel in Holland bei dem Titelhändler Carrell, der von sich behauptet, ein direkter Nachfahre von Dschingis-Khan zu sein. Die German Thai Boxing Association Muay-Thai Bund Deutschland e.V. schloß Schmitt bereits am 27. Januar 1992 aus. Auf Anfrage teilte der Muay-Thai Bund am 22. Juni 1992 mit, daß Schmitt für das Thai-Boxen nie eine Trainerlizenz erworben habe. Zwei Tage später ging ein Schreiben des Chefredakteurs des Budo-Fachmagazins »Shogun« an die Stadtverwaltung Solingen, Stadtsportamt, in dem mitgeteilt wurde, »daß Herr Schmitt in Solingen eine ›Hak Pao Gym‹ (Kampfsportschule) führt, in der Personen aus der rechtsextremen Szene trainiert werden ... Aus diesem Grunde sei hier aus Ihrer Sicht sicherlich eine Nachprüfung zwingend, zumal es in Solingen eine Konzentration von Neonazis gibt, die ihr Unwesen auch grenzüberschreitend treiben ... Schmitt schützt mit seinen Schülern politische Gruppierungen, die nichts mit dem deutschen Gedankengut gemeinsam haben. Ihre Ziele liegen vielmehr in der Vernichtung von Ausländern in Deutschland ... In der Hoffnung, daß Sie unser Schreiben ernst nehmen, indem Sie eine sorgfältige Nachprüfung, gegebenenfalls durch die Polizei, vornehmen werden.« Dieser Brief blieb unbeantwortet, in Solingen änderte sich nichts, die Stadtverwaltung vermietete weiter unverdrossen an Bernd Schmitt. Auf das Schreiben angesprochen, verteidigte sich der zuständige Beamte nach dem Brandanschlag mit dem lapidaren Hinweis, bei der vielen eingehenden Post könne er schließlich nicht alle Briefe kennen.

In der April/Mai-Ausgabe 1993 des Internationalen Kampfkunstmagazins »Shogun« distanzierten sich die Budo-Fachverbände »entschieden« von Schmitt und dem DHKKV. Dort heißt es: »In diversen Werbeschreiben des DHKKV sind rechtsradikale Tendenzen und ausländerfeindliche Äußerungen zu entnehmen. Außerdem sind Verbindungen zur FAP nachweisbar. Da die seriösen Budo-Fachverbände die Ausübung der Kampfkünste als völkerverbindend betrachten und Herkunft, Rasse und Religion bei der Ausübung der Budokampfkünste nicht ausschlaggebend sein dürfen, distanzieren sich diese Verbände in jeder Weise von Bernd Schmitt und seinen Organisationen.« Letzte Warnung vor dem Brandanschlag, ebenso folgenlos wie dessen anonyme Ankündigung: »Morgen in zwei Wochen brennt das Türkenhaus.«

Was war der Deutsche Hochleistungskampfkunstverband DHKKV, in dessen Solinger Dependance jeden Freitag »kanackenfrei gegen Kanacken« trainiert wurde? Ende 1991 fühlte sich die Nationalistische Front so sicher, daß Generalsekretär Meinolf Schönborn offen die Gründung sogenannter Nationaler Einsatzkommandos (NEKs) propagieren konnte, die den militärischen Arm der Kaderpartei bilden sollten. Aufgescheucht suchte der VS hektisch nach »Kameradenschweinen« im Umfeld von Schönborn; angeblich sollen Honorare bis zu 5.000 DM zuzüglich monatlicher Gratifikationen in Höhe von 1.400 DM geboten worden sein. Am 24. Januar 1992 leitete der Generalbundesanwalt ein Verfahren nach Paragraph 129a ein, das zwar nach Hausdurchsuchungen im Sande versickerte, aber zum großen Schisma innerhalb der Nationalistischen Front und am 28. November 1992 zur Verbotsverfügung führte. Träger der NEKs sollte der aus Schmitts Security hervorgegangene DHKKV werden, um die NF aus der Repressionslinie zu nehmen.

Schmitt, der Diener zweier Herren, genoß die Bedeutung, die ihm plötzlich zuteil wurde. Das Salär war üppig, die Vergütung durch die Behörden bewegte sich auf dem Niveau eines Monatslohnes für Stahlarbeiter am Hochofen. Im Ergebnis vernetzte der Spitzel unter der Schirmherrschaft des Verfassungsschutzes und mit Kenntnis und Duldung durch das »14. K in Wuppertal« die rechtsextreme Szene in Nordrhein-Westfalen und organisierte sowie trainierte militant-terroristische Ordner- und Sabotagetrupps. Innenminister Schnoor verteidigte seinen V-Mann noch im Juni 1994 ohne jedes Zeichen von Unrechtsbewußtsein. Dieser habe sich nur »szenetypisch« verhalten.

Bemerkenswert ist, daß Bernd Schmitt seine einzige exakt nachweisbare Budo-Qualifikation nie erwähnt hat. Seine Spur taucht zuerst im Jahr 1975 auf, und zwar im 1970 eröffneten Sportzentrum der »Budo-Akademie Europa« (BAE) in Jever/Ostfriesland. Die BAE war die erste privatrechtliche Organisation für asiatische Kampfsportarten. Dort trainierte Schmitt bei dem ehemaligen Fremdenlegionär Horst Weiland, der von sich behauptet, nie im Dschungel in Indochina, »wohl aber in Sibirien/Rußland, Afrika und in diversen europäischen Ländern« gewesen zu sein. Anderslautende Berichte sprechen allerdings von koreanischen und vietnamesischen Ausbildern in Indochina. Im Mai 1975 wurde Schmitt als Lehrer/Meister mit dem 1. Dan in Taekwondo-Do registriert. In der Liste der anerkannten Sportschulen und Clubs in der BRD taucht die Organisation »Budo-Akademie Europa« mit Solingen als Standort bereits auf. Aber in der Schlosserstraße

23 in Jever trainierte Schmitt interessantere Dinge: Anti-Terror-Kampf, »die realste und modernste Selbstverteidigungsart der Neuzeit«. Horst Weiland hatte diese »in fünf Jahren an der Akademie im Studio der Selbstverteidigung Wilhelmshaven entwickelt, getestet und schematisiert auf unsere europäische Mentalität. Dieses erste europäische System wurde von mir ›Anti-Terror-Kampf‹ benannt, weil man in diesem System auch schon beim Training radikal und direkt am Partner trainiert, also keine Ansätze imitiert ... Das Anti-Terror-Kampfsystem basiert auf schockierenden Schlägen und Tritten im direkten Angriff in Verbindung mit den Reißtechniken, insbesondere durch gleichzeitigen Druck auf das Nervensystem ... Anti-Terror-Kampf ist insbesondere für Polizei, Bundesgrenzschutz, Vollzugsbeamte und soldatische Kommandos gedacht.« Ursprünglich hieß die Kampfsportart »Terrorkampf« und wurde erst 1973 »zweckgebunden« umbenannt. Symbol der Anti-Terror-Kämpfer ist die goldene Kralle, eingetragen beim Amtsgericht Wilhelmshaven als gesetzlich geschütztes Emblem. Die zur Kralle geformte Hand des Anti-Terror-Kämpfers reißt mit den Nägeln faktisch wie die Pranke eines Raubtieres. Hier ein paar markante Techniken:

» – Reißtechnik am Körper (nach sechsmonatiger Trainingszeit – 3. Schülergrad): Handkralle schlägt in den Kehlkopf des Angreifers, drei Finger der Hand fassen hinter die Luftröhre und drücken die Nerven zusammen. Die linke Hand faßt in die Haare und reißt den Kopf weit nach hinten. Die zusammengepreßten Finger drehen sich etwas und reißen im Ernstfall die Kehle auf. –

Messerangriffsaktion von hinten (nach zehnmonatiger Trainingszeit – 5. Schülergrad): Linke Handkralle schlägt von hinten in die Augenhöhlen, Kopf nach hinten reißen, während die rechte Messerhand die Kehle des Gegners durchschneidet.«

Horst Weiland und seine Frau Hanna boten ihren Schülern »die modernste und härteste Ausbildung des 20. Jahrhunderts«, was die Anti-Terror-Kämpfer quasi zur »Elite« im europäischen Maßstab erhob. Der Anti-Terror-Kämpfer übt alle erlernten Techniken auch »intensiv« im Gelände. Der Gelände-Nahkampf ist nichts weiter als eine modifizierte Ranger-Ausbildung mit Überlebenstraining. Dazu gehören unter anderem Zwei-Tages-Märsche mit Übernachtung im Gelände in selbstgebauten Unterkünften aus Ästen und Zweigen oder Schnee, Übersetzen auf Flüssen mit selbstgebauten Flößen, Übernachtung im Gelände ohne Verpflegung, Pflanzenernährung, Tarnen, Anschleichen, Karten- und Geländekunde, Waffenkunde, Schießlehre, Hindernisläufe, Hindernisse und Fallenstellen sowie Kampfaktionen von bis zu acht Stunden Dauer.

1975 unterhielt die »Budo-Akademie Europa« in der Bundesrepublik bereits 51 Schulen, von denen mindestens 18 auch Anti-Terror-Training angeboten haben. Hanna Weiland erlangte als erste Frau unter 70 Prüflingen aus der Bundesrepublik im schweizerischen Grenzgebiet unweit von Lörrach die Lehrbefähigung. Geleitet wurden die Prüfungen von Offizieren des Reservistenverbandes der Bundeswehr. Zum Trainings- und Prüfungsprogramm gehörte auch das Schießen mit Pistolen, Gewehren, Maschinengewehr und Maschinenpistole. Sind wir also in einer deutschen Abteilung des Nato-Aufstandsbekämpfungsprogramms »Gladio« angekommen?

Nicht umsonst bestand bereits vor zwanzig Jahren ein Verdacht gegen das Sportzentrum des »Terror-Apostels«, wie sich Weiland gern titulieren ließ. Am 12. Juli 1972 mußte sich der niedersächsische Landtag mit den Kampfsportlern auf Anfrage der SPD-Opposition befassen. Innenminister Lehners wußte nur wenig Konkretes zu berichten, außer daß bereits 4.000 Schüler durch Weilands Kurse gegangen wären und er über die Zusammensetzung der Lehrgangsgruppen nichts Genaues wisse. Allerdings räumte er ein, daß die von Weiland entwickelten »Kampfarten ... nicht mehr als Sport anzusehen sind«. Unzufrieden mit der Antwort, wurde der Abgeordnete Simion deutlicher: »Herr Minister, ... gibt es keine rechtlichen Möglichkeiten, die Ausbildung an militärischen Waffen, wie etwa MP und automatischen Waffen, in diesen Nahkampfschulen oder in als Sportverbänden getarnten Organisationen zu verbieten?« Eine angemessene Antwort blieb der Innenminister schuldig, ebenso wie auf die Frage nach der Verbindung der Kampfsportschule zu politischen Gruppierungen und Parteien. »Es liegen unseren Verfassungsschutzbehörden keine Erkenntnisse darüber vor.« Ausgangspunkt der Anfrage im Landtag sei der Hinweis gewesen, daß in Jever auch führende Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe ausgebildet worden sein sollen, konkret ging es um Andreas Baader. Weiland erzählte jedem, daß in einer seiner Schulen (St. Augustin) sogar die GSG 9 trainiere.

20 Jahre später konnten die rechtsgestrickten Mitglieder der »Hak Pao Gym« Solingen »Anti-Terror-Kampf« nach Weiland bei Sportdirektor Schmitt trainieren. Zutritt nur für Deutsche und mit enger personeller Verflechtung in die organisierte rechte Szene. Der Einsatz erfolgte als Saal- und Personenschützer für FAP, Nationalistische Front und Ku-Klux-Klan, Deutsche Liga und NPD, Verbindungsstränge führen zur Wiking-Jugend, zur DVU, den Republikanern, zahlreichen kleineren Splittergruppen bis hin zur noblen Düsseldorfer Herrenrunde, einem Industriellenclub.

Das Sumpfloch Rechtsextremismus/Verfassungsschutz ist bodenlos und stinkt erbärmlich. Erstaunlich, wie auf parlamentarischer Ebene die Koalitionen um den V-Mann-Einsatz funktionieren. Von Tiefschwarz bis Rot hat man keine Berührungsängste und beruhigt das Gewissen mit der alten Jesuitenregel: »Der Zweck heiligt die Mittel.« Ein Geheimdienstler erklärte mir vor einigen Jahren süffisant die Aufgabe seiner Behörde: »Aufklären, unterwandern, funktionalisieren!« Cherchez l'agent!

Laura Benedict schrieb in KONKRET 8/2000 über Rechtsterrorismus

Konkret 09/00, S. 28

Gaby Hommel

Grenzenloser Frauenhandel

Vom »Gastarbeiter« am Hochofen über den »Schein-Asylanten« in der Küche bis zum »Inder« am Computer: Geht es um »ausländische Arbeitskräfte«, wünscht die deutsche Wirtschaft Flexibilität. Dementsprechend debattiert die Bundesregierung zurzeit den »sozialverträglichen Einwanderer«. Um Frauen geht es dabei nicht – deren Ausbeutung ist bereits bestens organisiert

Auf dem Weg nach Prag, kurz hinter der deutsch-tschechischen Grenze, stehen Gartenzwerge am Straßenrand aufgereiht. In der nächsten Kurve sind es Frauen. Und so geht es weiter. Kilometer um Kilometer auf der alten Europastraße 15. Gartenzwerge und Frauen; Frauen und Gartenzwerge. Es ist Herbst 1996. Ein Jahr später nehmen zwei Männer aus Bochum die gleiche Strecke. 3.000 Mark zahlen sie dem Verkäufer einer 19 Jahre alten Tschechin und packen sie gleich ins Auto. Auf der Rückfahrt ins Ruhrgebiet, so berichtet die »Westdeutsche Allgemeine Zeitung«, stellte sich für den Fahrer des Wagens »Verdruß« ein. »Während er am Steuer saß, verlustierte sich der Begleiter auf dem Rücksitz mit dem Mädel. Auch zu Hause, in seiner Wohnung in der City, lief nicht alles wie erhofft. Schnell merkte der ehemalige Lackierer (jetzt berufsunfähig), daß die Frau gar nichts von ihm wollte. Frustriert strich der 41jährige der jungen Tschechin über das Haar. Mehr war nicht. Brav schlief man nebeneinander ein. Das einzige, was sich abspielte, war völlig unerotisch. Im Rhein-Ruhr-Center, wo der Bochumer am nächsten Tag einkaufen wollte, alarmierte die Tschechin die Polizei. Die Frau gab an, man habe sie mit Gewalt zur Prostitution zwingen wollen. Folge: Der Bochumer saß 40 Tage in U-Haft. Sein Kumpan ist verschwunden. Die Tschechin ist inzwischen auch unauffindbar. Die 1. Strafkammer machte der kuriosen Geschichte gleich am ersten Prozeßtag ein Ende: Verfahren eingestellt.«

Im Privatgespräch erklärt der Autor des zitierten Artikels seinen Bericht mit den Worten: »Der Angeklagte war doch selbst bloß Opfer.« Eine seiner Kolleginnen titelte vor vier Jahren über einen anderen Fall von Menschenhandel: »Frau gegen BMW getauscht.« Unter dem Pseudonym »Elvira S.« wurde damals die Geschichte einer dieser vielen Frauen bekannt. Geboren 1974 in Litauen, Schulbesuch, weiterführende Ausbildung, Fall der Mauer, Arbeitslosigkeit, die Hoffnung auf Einkommen im Westen. Bekannte von Bekannten versprechen ihr eine Stelle in der deutschen Gastronomie. Sie läßt sich über die Grenzen bringen. Nach Auffassung des Bochumer Landgerichts ein Akt, der dem Charakter der Frau entspricht: »Gleichermaßen intelligent wie naiv.« Hier angekommen, wird Elvira S. in Privatwohnungen, Clubs und Bordelle gesperrt, geschlagen, vergewaltigt, zur Prostitution gezwungen von deutschen, polnischen, russischen und türkischen Männern. Beim kleinsten Widerstand erlebt sie zusätzliche Mißhandlungen; ein erster Fluchtversuch bringt ihr Todesdrohungen ein. Drei Monate lebt die Absolventin einer Handelsfachschule wie eine Sklavin. »Dem Mädchen mußte ganz Deutschland wie eine kriminelle Vereinigung vorkommen«, steht anläßlich des späteren Verfahrens gegen ihre Peiniger in der Zeitung zu lesen. »So entpuppten sich selbst zwei (angebliche?) Frauenärzte als Freunde der Zuhälter.«

»Elvira S.« heißt in Wirklichkeit Irina und darf sich glücklich schätzen. Ihr Gesicht ist nicht entstellt, die meisten Nächte schläft sie wieder traumlos, morgens geht sie zur Arbeit in den Kindergarten, in der Tasche hat sie eine Aufenthaltsbefugnis. Zu verdanken hat sie dies dem Umstand, daß sie in die Fänge eines internationalen Ringes von Autoschiebern geriet, dessen Aktivitäten vor allem den deutschen KFZ-Versicherern ein Dorn im Auge waren und von einer Sonderermittlungsgruppe der Polizei entsprechend interessiert beobachtet wurden. Gerichtsverwertbare Ergebnisse kamen nicht heraus, bis sich Irina befreien und zur Freude der Fahnder detaillierte Angaben über das verzweigte Geschäft der Gruppe machen konnte. Anders als 98 Prozent der behördlich bekannten Opfer von Menschenhandel gelangte die Litauerin ins Zeugenschutzprogramm, erhielt die Gelegenheit, als Nebenklägerin vor Gericht aufzutreten, und nach Abschluß des Verfahrens die seltene Erlaubnis, in der Bundesrepublik zu bleiben. Zuvor allerdings stand sie einen Prozeß durch, in dem – außergewöhnlich genug – schwerer Menschenhandel angeklagt war, peinlichste Befragungen der Betroffenen durchgeführt wurden, sie selbst und ihre Familienmitglieder in der Heimat massiven Einschüchterungen ausgesetzt waren. Das juristische Ergebnis jedoch lautete für fünf von sechs Angeklagten auf Haftstrafen zwischen einigen Monaten und vier Jahren wegen Versicherungsbetruges und Autohehlerei. Der Vorwurf des Menschenhandels blieb in lediglich zwei Fällen bestehen, die zudem abgetrennt und irgendwann genauso nebenbei abgehandelt wurden wie die fraglichen Frauen von den Tätern. Als gängiges Zahlungsmittel nämlich, wenn die Abnehmer westlicher Luxuslimousinen im Tausch gegen die begehrten Schlitten lebende Ware anboten. »Drei Stück«, erklärte einer der Beschuldigten, seien gegen rund 10.000 Mark zu haben und der Nachschub von jenseits der Oder unbegrenzt.

Vor dem Fall der Mauer waren es hauptsächlich Frauen von den Philippinen, aus Thailand, Kenia, Ghana, Brasilien und der Dominikanischen Republik, die über den Sextourismus, den internationalen Heiratsmarkt oder mit dem Versprechen auf eine Anstellung als Hausmädchen in die Bundesrepublik geschleust wurden. Mit dem generellen Ausverkauf Osteuropas änderte sich das Bild rapide. Laut Lagebericht »Menschenhandel« des Bundeskriminalamtes, der seit 1994 regelmäßig erstellt wird, stammen heute rund 90 Prozent der Opfer aus Polen, der Ukraine, der Tschechischen Republik, Rußland, Litauen, Ungarn, Weißrußland, Bulgarien und Lettland. Wobei in die Statistik lediglich solche Frauen aufgenommen

werden, die im Rahmen von Ermittlungen wegen Menschenhandels aktenkundig wurden. Im Jahr 1998 waren dies nicht mehr als 1.265 bundesweit. Demgegenüber stehen nicht minder offizielle Zahlen von 300 Polinnen im Rahmen eines einzigen Verfahrens. Während der »Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozeß e.V.«, dessen zwei Dutzend Mitgliedsgruppen nur einen Bruchteil der Betroffenen betreuen können, für den genannten Zeitraum 845 »Klientinnen« zählt. Entsprechend weit über den amtlichen Angaben liegen Schätzungen von sonstigen Nichtregierungsorganisationen, wonach Jahr für Jahr rund 500.000 Frauen und Mädchen mehr oder weniger gezwungen zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in die Staaten der EU wandern. Korrespondierende Aussagen von Sachverständigen des Deutschen Bundestags beziffern den europaweiten Gewinn aus dem Deal mit Frauen auf jährlich mindestens sieben Milliarden Mark.

Das Muster, nach dem dabei verfahren wird, sieht in der Regel ähnlich aus. Die Frauen werden mit falschen Versprechungen – Arbeitsmöglichkeiten als Köchinnen, Kellnerinnen, Haushaltshilfen – , mit Heiratsaussichten oder auch harmlos klingenden Urlaubseinladungen ins Ausland gelockt. Viele kommen mit einem Touristenvisum im Zielland an; andere werden illegal über die Grenzen geschafft, manche sind gar mit Arbeitserlaubnis und -vertrag ausgestattet. So griff etwa kürzlich der Bundesgrenzschutz an der deutsch-holländischen Grenze zwei klassisch ausgebildete Ballett-Tänzerinnen auf, die über eine scheinbar achtbare Theateragentur in den Westen vermittelt worden waren. Mitarbeiterinnen einer Beratungsstelle in Herne sind Fälle bekannt, in denen Frauen Kontrakte zur Weinlese in der Tasche hatten. Der gängigen Auffassung, daß der Mehrzahl der zur Prostitution bestimmten Frauen bekannt sei, was sie erwartet, widerspricht auch eine aktuelle Erhebung des Düsseldorfer Landeskriminalamtes. Danach verlangten immerhin zwei Drittel der Opfer, die im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen im Rahmen von Menschenhandelsverfahren verhört wurden, eine konkrete Beschreibung ihrer zukünftigen Arbeitsstelle, bevor sie sich zur freiwilligen Ausreise aus ihrem Heimatland bewegen ließen. Insgesamt 17 Prozent erklärten, daß sie gewußt hätten, als Prostituierte beschäftigt zu werden, über die Umstände jedoch getäuscht wurden.

Zu diesen zählt üblicherweise, daß den Frauen die Ausweispapiere weggenommen, sie in schäbige Unterkünfte verfrachtet und rund um die Uhr bewacht werden. Mit physischer und sonstiger Gewalt wird ihnen beigebracht, daß sie zunächst »Reisekosten« und »Vermittlungsgebühren«, später sonstige »Schulden« abzutragen haben. Einige werden genötigt, Asylanträge zu stellen oder Scheinehen einzugehen. Viele wandern ohne jeden bürokratischen Aufwand von Hand zu Hand, bleiben versteckt in Bordellen, Bars, Privatwohnungen oder Flüchtlingsheimen, wo sie sich zum Standardpreis von 50 Mark im Fließbandverfahren benutzen lassen müssen. Bis zu 15 Vergewaltigungen in 24 Stunden sind keine Ausnahme, ebensowenig Schwangerschaften und sonstige körperliche »Risiken« der Mißhandelten, deren Alter in der Mehrzahl der Fälle zwischen 18 und 25 liegt. Doch ist auch die Vergewaltigung von Minderjährigen und Kindern nicht ungewöhnlich. Hans-Jürgen Mertha, früher Kriminalbeamter und heute Mitarbeiter der PDS-Fraktion im sächsischen Landtag, besuchte im März diesen Jahres eine tschechische Kleinstadt nahe der bayrischen Grenze. Seine dortigen Erlebnisse gab er im »Spiegel« vom 17. Juni diesen Jahres wieder: »Keine Gasse, kein Straßenzug ohne kleinere Gruppen minderjähriger Mädchen, zum Teil hochschwanger, abgehärmt, von Rauschgiften und Krankheiten gezeichnet. Wir sprachen mit einer 15jährigen Mutter, die drei Tage zuvor entbunden hatte, vom Zuhälter jedoch aus dem Krankenhaus geholt und auf die Straße geschickt wurde. Wir hörten von Zeugen, ohne es selbst gesehen zu haben, daß Eltern ihre Säuglinge deutschen Männern zum Filmen, Fotografieren, aber auch zum körperlichen Mißbrauch überlassen.«

Innenminister Otto Schily läßt sich in derselben Ausgabe des Magazins zum Problem aus: »Diese Verbrechen sind abscheulich, die Dunkelziffer ist ungeheuer hoch.« Schuld daran tragen seiner Auffassung nach vor allem die Behörden der Nachbarstaaten, welche nicht in ausreichendem Maße mit den deutschen Dienststellen kooperieren und eigenständig vor Ort tätig würden. Mehr Razzien seien notwendig und die Verhängung abschreckender Freiheitsstrafen. Daß er besser vor der eigenen Tür kehren sollte, zeigen Zahlen aus seinem eigenen Haus, denen zufolge seit Jahren bundesweit kaum mehr als 1.000 Fälle von Menschenhandel registriert werden, von denen die wenigsten zu ernsthaften Ermittlungen oder Verurteilungen in der Sache führen. »Wir haben Spezialdienststellen für illegalen Waffenhandel, Rauschgiftdelikte und Falschgeldverbreitung«, monierte ein Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes schon 1997, doch die Einrichtung einer Sonderabteilung zur Bekämpfung des Menschenhandels sei nicht absehbar. Statt dessen liegt die Verantwortung bis heute beim »Wald- und Wiesenkommissariat für Sittenwidrigkeit«, wie sich der Kölner Oberstaatsanwalt Egbert Bülles ausdrückt. In einer öffentlichen Anhörung vor dem »Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend« erklärte er: »In einer Vielzahl von Anklagen wegen Menschenhandel ergaben die Hauptverhandlungen, daß lediglich eine Förderung der Prostitution oder eine Zuhälterei nachweisbar war. Dies hat eine Fülle von Ursachen, die u. a. auf die fehlende Zusammenarbeit der Strafverfolgungs-, Ausländer- und Sozialbehörden zurückzuführen sind.«

Aus Sicht der Opfer und ihrer Unterstützerinnen stellt sich das Problem genau andersherum dar. Sie erleben ein Zusammenspiel von Exekutive und Legislative, vom überforderten Polizeibeamten über den zynischen Staatsanwalt und gelangweilten Richter bis zur phantasielosen Sachbearbeiterin in der Kommunalverwaltung. Das Resultat ist kein Fehler im System, sondern entspricht dem gesellschaftlichen Wollen. Streng gesetzmäßig und allen großangelegten Operationen im »Rotlichtmilieu« zum Hohn landen – ähnlich allen sonstigen illegal im Land angetroffenen Personen – auch »befreite

Sexsklavinnen« auf direktem Wege im Polizeigewahrsam und in fast allen Fällen ohne weitere Prüfung, einzig mit der Unterschrift des Ausländeramtes versehen, über Nacht im Abschiebeknast. Sich von dort aus noch bemerkbar zu machen ist ein mehr als seltenes Kunststück. Doch immerhin: Aufgrund der »erhöhten Sensibilität« der zuständigen Behörden, von denen Frauenberatungsstellen in jüngster Vergangenheit zu berichten wissen, gelingt es einigen wenigen der Festgesetzten, sich in die Obhut von wohlmeinenden Betreuerinnen zu bringen. Vorrangig in Nordrhein-Westfalen, das für seine richtungsweisende Politik nicht zuletzt in »Ausländerfragen« bekannt ist, mittlerweile aber auch in zahlreichen anderen Bundesländern werden in diesen Fällen vorübergehende Duldungen von vier Wochen ausgesprochen. Den Nutznießerinnen gibt dies Gelegenheit, nicht zwangsmäßig außer Landes geschafft zu werden, sondern sich »freiwillig« zu verabschieden. Sei es mit Hilfe der in jedem Rathaus ansässigen IOM, der »International Organization for Migration«, oder auf eigene Faust. Von weiteren »aufenthaltsbeendigenden Maßnahmen« wird nur dann abgesehen, wenn Frauen zu Aussagen bereit sind, und nur so lange wie man braucht, diese zu verwerten. Längstens bis zum Abschluß eines Strafverfahrens können sie derweil irgendwo unterkriechen, meistens in einem Frauenhaus. Sozialhilfebezug läßt sich für einen solch überschaubaren Zeitraum durchsetzen, die Aufnahme von Arbeit oder einer Ausbildung selbstverständlich nicht. »Welche Perspektive können wir den Frauen bieten?« fragen unisono kirchliche und autonome Gruppen, die hinter jeder einzelnen stehen, die den beschriebenen Weg einschlägt. Guten Gewissens dafür werben können sie nicht. Denn Fakt ist, daß die herrschende Gesetzeslage sich paart mit dem Interesse und dem langen Arm der Menschenhändler. Kaum einer der Betroffenen wird eine Zukunft in der Bundesrepublik ermöglicht. Früher oder später werden sie fast alle ins Herkunftsland zurückgeschickt. Und dort warten nicht selten schon die ihnen bekannten Typen, um sie weiterzuverwenden. Oft wie gehabt, wahlweise aber auch als Anwerberin oder zur Transportbegleitung von »Frischfleisch«, wie es im Jargon von Händlern und Kunden heißt.

Die dabei eingeschlagenen Routen sind unspektakulär und werden per Auto, Bus, Bahn, Schiff oder Flugzeug absolviert, seltener zu Fuß oder schwimmend. Todesopfer en gros wie bei der letzten Ladung chinesischer Männer in Dover sind nicht zu vermelden. Zwar finden sich unbekannte weibliche Leichen in der Oder, einer Gosse in Frankfurt oder auf einer Müllkippe im Ruhrgebiet, darunter aller Wahrscheinlichkeit nach auch eine Bekannte von Irina. Doch im großen und ganzen bleiben die kriminell gehandelten Frauen am Leben, hängen geradezu an ihrer Existenz. Ähnlich ihren bürgerlichen Schwestern lassen sie sich der Freiheit berauben, mißachten und quälen – ihren Eltern, Geschwistern und Kindern zuliebe. Der Familie eine materielle Zukunft zu eröffnen, dem Bruder das Studium, der kleinen Schwester eine »anständige Heirat«, Vater und Mutter ein halbwegs sorgenfreies Alter, das sind neben Angst und Scham die beherrschenden Motive, ihr »Schicksal« auszuhalten. »Mami, warum zahlst du den Männern nicht deine Schulden zurück«, lautet die Tonbandaufzeichnung eines Kindes, das einer nicht fügsamen Polin vorgespielt wurde. Viele Frauen berichten von ähnlichem Psychoterror, ihnen selbst und den Angehörigen gegenüber. Filmaufnahmen von Vergewaltigungen, die mit der Drohung aufgenommen werden, sie an Verwandte der Mißhandelten zu schicken, gehören zum Repertoire. Das wird an den Fällen mißhandelter Afrikanerinnen deutlich, die eine Fußnote des aktuellen »Lageberichts Menschenhandel« des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts so zusammenfaßt: »Mit Voodoo-Ritualen wurden nigerianische Opfer bereits in den vergangenen Jahren genötigt. Ihnen schnitten TV (Abkürzung für »Tatverdächtige«, G.H.) Teile der Fingernägel und Haare ab, mitunter erfolgte eine Blutentnahme. Weigerten sich die Opfer, der Prostitution nachzugehen, drohten die TV damit, die Fingernägel, Haare sowie das Blut zu Voodoo-Priestern nach Nigeria zu schicken, um die Frauen mit einem Fluch zu belegen.«

Spezielle Schulungen von Polizeibeamten, die Installierung von Verbindungsstellen in ausgewählten Herkunftsländern der Opfer, der internationale Behördenaustausch und das Gespräch mit Selbsthilfeprojekten hier wie dort sind einige der Maßnahmen, mit denen man dem weltweiten Frauenhandel neuerdings zu Leibe rücken will. Hinzu kommen medienwirksame Operationen im »Rotlichtmilieu« und nicht minder voyeuristische Beschreibungen von der Qual ausgesuchter Frauen respektive Kinder. Regierungs- und Stammtischrunden geraten in Schweiß angesichts der sexuellen Praktiken, von denen sie da erfahren. Gelechzt wird nach harten Methoden, gezieltem Eingreifen und Austrocknen der Szene. Auf dem Tisch liegt dabei eine renommierte Zeitung, in der für eine »exotische junge Schönheit« oder »anschmiegsame Russin, still und bescheiden« geworben wird. »Wähle 0190/Sex, Sex, Sex« kennt jedes Kind. Gibt es Männer, die noch nicht in einem Puff waren? Auf rund eine Million »Freier« pro Tag kommen allgemeine Schätzungen für die Bundesrepublik Deutschland. In Hamburg dienen ihnen nach Angaben des »Nordelbischen Frauenwerks« zu mindestens einem Drittel ausländische Frauen. Allein in Köln werden seit den 90er Jahren zwischen 3.000 und 4.000 Nicht-Deutsche gezählt, die der Prostitution nachgehen (müssen). Eine jugoslawische Bekannte, die als »Kellnerin« in einem Club einer sauerländischen Kleinstadt arbeitet, berichtet: »Bei uns gibt es alles. Nur deutsche Schlampen haben wir kaum.«

Der Trend im Gewerbe geht zur »ausländischen Ware«. Aufgrund mangelnder Kenntnis von Sprache, gesellschaftlichen Regel und gesetzlichen Vorschriften bzw. Möglichkeiten in einem für sie fremden Land, fernab von der Familie und anderen Sicherheiten, ist ihre Vermarktung ungleich risikofreier und ertragreicher als die von einheimischen Frauen. Die restriktive Ausländergesetzgebung innerhalb der Festung Europa, die kaum eine genehmigte Einreise, sehr wohl aber mannigfaltige Wege der Abschiebung vorsieht, tut ein übriges. Migrationswilligen Frauen bleibt kaum eine andere Chance,

als sich von Händlern, Schleppern und illegalen Strukturen abhängig zu machen. Da wäre es doch eine Alternative, Einreisekontingente festzulegen und Arbeitserlaubnisse zu gewähren, wie sie im Moment für andere nützliche Personengruppen im Gespräch sind. Nach dem Motto: Sex-Card für Russinnen.

Gaby Hommel schrieb in KONKRET 11/99 über die deutsche Abschiebepraxis

Konkret 09/00, S. 31

Erwin Riess

Die Kapitulation vor den Phäaken

Ein »EU-Weisenrat« soll die neue Regierung Österreichs auf ihre Menschenrechtstauglichkeit testen. Was, meinen Sie, wird dabei herauskommen?

»Der Weisenbericht wird im wesentlichen positiv ausfallen müssen.«

Benita Ferrero-Waldner, 21.7.2000

In den Nebeln der Vorzeit erhoben sich von den gegenüberliegenden Enden der Erde zwei Adler; sie überquerten Wüsten und Ozeane, Gebirge und Steppen und trafen einander am Fuße des Parnaß in Delphi. So entstand der antiken Überlieferung nach der Mittelpunkt der Erde. Ein Stein markierte den Punkt, an dem die Adler sich niederließen. Eine riesige Schlange, Python genannt, bewachte den Ort. Apollon, den die Götter zum Schutzherrn des heiligen Ortes bestimmten, tötete sie, worauf die Weisheit des Tiers auf eine alte Priesterin, Pythia, überging, die fortan, auf einem Dreifuß hockend und von Erdgasen umwölkt, die Kunst des Orakelspruchs ausübte. Pythia, der viel daran gelegen war, den gutbezahlten und mit einer Reihe von Annehmlichkeiten versehenen Job bis zur Rente zu behalten, machte ihre Arbeit umsichtig und professionell. Sie hütete sich vor eindeutigen Aussagen; meist gab sie einen gedanklichen Rahmen vor, der einer poetisch gefärbten Zusammenfassung geschichtlicher und politischer Erfahrungen entsprach, und zwang die Menschen, die zu ihr kamen, um die Verantwortung für ihr eigenes Schicksal zu delegieren, zu selbständigem Handeln. In der Verbindung von Mythos und gesellschaftlicher Vernunft verwirklichte sie eine Frühform von bürgerlicher Aufklärung. Die klügeren unter den Heerführern und Staatsmännern pilgerten zu ihr in der Hoffnung, den Schlüssel zur Entdeckung bislang unerschlossener Geisteskapazitäten ausgehändigt zu bekommen. Wer bereit war, sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen und seine Rolle in der Geschichte wahrzunehmen, machte mit Pythia gute Erfahrungen. Wer aber, wie der lydische König Krösus, das Orakel als Telefonauskunft zu mißbrauchen suchte und einen Dispens für eigene Denkfaulheit begehrte, wurde dafür mit dem Verlust des Reiches bestraft.

Dieser Tage untersuchen drei Experten – ein finnischer Altpräsident, ein spanischer Altdiplomat und ein deutscher Jurist – die neue österreichische Regierung, auf der seit dem Tage ihrer Angelobung am 4. Februar 2000 ein zivilisatorischer Fluch, genannt »EU-Sanktionen«, lastet. Zwei Fragen sollen die drei Weisen klären. Zum einen soll untersucht werden, ob Österreich in Gesetzesvollzug und politischer Praxis minderheitenfeindlich, rassistisch oder menschenrechtsverletzend agiert. Mehr Aufmerksamkeit erregte die zweite Frage, sie hat die »Entwicklung der Natur der FPÖ« zum Gegenstand.

Die Beschaffenheit der Sanktionen und die Geschichte ihres Zustandekommens sind von eigentümlicher Art, bei der zu verweilen lohnt, will man verstehen, was es mit diesem in der Europäischen Union bisher unerhörten Schritt, der ein Mitgliedsland unter zivilisatorische Kuratel stellt, auf sich hat. Was nämlich von den einen Groteske und Farce und von anderen unzulässige Einmischung in staatliche Souveränität genannt wird, ist, wiewohl es von beidem Momente aufweist, wie im folgenden gezeigt werden soll, keins von beiden.

Die Sanktionen wurden erlassen, als die ÖVP sich weigerte, die teils vehementen, teils flehentlichen Warnungen der Staatengemeinschaft vor der Regierungsbeteiligung einer rechtsextremen Partei zu beherzigen, die noch dazu – und dies wurde in Österreich beharrlich negiert – tief im nationalsozialistischen Politik- und Kulturerbe verwurzelt ist. Obwohl die FPÖ mit wachsender Stärke in den letzten Jahren auch einen wirtschaftsliberalen und sozialdarwinistischen Flügel ausbildete, dem hochrangige Funktionäre wie der alerte neue Finanzminister angehören, der sich gerade unter dem Beifall von Kapital und Presse anschickt, Maggie Thatchers Wirtschafts- und Sozialpolitik rechts zu überholen, und sich dabei auf Hayek, Friedman und die Gurus der *new economy* beruft, erfreut sich der alte, nicht nur unter niederen Chargen verbreitete, rechtsextreme Flügel nach wie vor jugendlicher Frische. Keine Woche, in der nicht irgendein FPÖ-Kader mit NS-Sprüchen um sich wirft, mißliebige Personen als Parasiten bezeichnet (Jörg Haider über Lehrergewerkschafter) oder, wie der Wiener FPÖ-Führer Hilmar Kabas, den Staatspräsidenten, der Haiders Angelobung mit saurer Miene vollzog, öffentlich einen Lumpen schimpft. Daß Oppositionspolitiker, die im Ausland wahrheitsgetreu über Österreich berichten, ins Gefängnis geworfen werden sollten, ist wieder eine Forderung des »einfachen Parteimitglieds« Haider.

Bei der Beurteilung der FPÖ sollte auch berücksichtigt werden, daß Paragraph 2 des FPÖ-Parteistatuts eine Politik auf Grundlage »echter Volksgemeinschaft« fordert und der jeweilige Parteiführer qua Satzung Zugriff nicht nur auf Funktionäre, sondern auf jedes Parteimitglied hat. Eine »demokratische Vorzeigepartei« (FPÖ-Klubobmann Westenthaler) eben, über deren Natur nachzudenken ebenso sinnvoll ist wie das Nachsinnen über die Natur eines Dolchs. »Unsere Ehre heißt Treue« – mit diesen Worten ehrte der eben gewählte niederösterreichische FPÖ-Führer Ernest Windholz verdiente Altnazis. Am folgenden Tag darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Wappenspruch in jeden SS-Dolch eingeritzt war, verwies der 40jährige auf sein Alter, und FPÖ-Vizekanzlerin Riess-Passer setzte daraufhin die FPÖ-Entschuldigungstriade

in Gang: Erstens habe Windholz nicht gewußt, was er sagt, zweitens habe er sich entschuldigt, und drittens sei sie es satt, dauernd mit dem Nazivorwurf konfrontiert zu werden, nur weil eine Reihe von Spitzenfunktionären ständig Nazisprüche klopfe. So viel zur Natur der gereiften Regierungspartei FPÖ.

Wolfgang Schüssel war jahrelang Außenminister der Großen Koalition. Wenn jemand wußte, wie die europäischen Partnerstaaten auf den Regierungseintritt der Haider-Partei reagieren würden, dann er. Die österreichische Diplomatie war gehalten, sehenden Auges in die Schande zu laufen. Binnen zweier Tage war das Land, das sich so gern als Tanzsaal Europas sieht, isoliert. Die lange Reihe ausländischer Staatsgäste auf dem diesjährigen Opernball umfaßte den kasachischen Staatschef und die Frau des weißrussischen Präsidenten. Sozialistische Verschwörung, Hochverrat, rief die neue Regierung. Die FPÖ plakatierte in Riesenlettern »Sozialistische Österreichbeschmutzer«, die EU wurde als finstere Verschwörerclique zur Geißelung eines unschuldigen Kleinstaates mit selbstverliehener kultureller Weltgeltung hingestellt. Es wäre nicht die österreichische Sozialdemokratie, wenn sie nicht gleich darauf umgefallen wäre und sich in Gestalt des neuen Parteivorsitzenden Gusenbauer in den europäischen Hauptstädten für die Aufhebung der Sanktionen eingesetzt hätte. Es sind sozialdemokratische Sektionschefs, die FPÖ-Finanzminister Grasser bei seinen Gehversuchen in der *new economy* an der Hand führen. Das Verhältnis des jugendlichen Stürmers zu seinen soignierten roten Spitzenbeamten könnte besser nicht sein, jeden Tag zum Gabelfrühstück überraschen sie einander mit neuen, noch radikaleren sozialen Sparvorschlägen.

Rudolf Burgers Mahnung, daß in entwickelten Staaten außenpolitische Fragen im Konsens von Regierung und Opposition behandelt werden sollten, ignoriert, daß Österreich nach wie vor nur beschränkt einem entwickelten westlichen Staat entspricht. Zwar ist die Ökonomie im üblichen Ausmaß mit den Weltmärkten verflochten, die Politik aber hinkt Jahrzehnte hinterher, und die neue Regierung, die historisch eine Neuauflage des Bürgerblocks der Ersten Republik darstellt und regionalpolitisch den Sturm der katholischen und deutschnationalen Provinz auf die linke Metropole, das »Rote Wien«, vorstellt, ist schon aus diesen beiden Gründen ein einziger Anachronismus. Burger übersieht dies geflissentlich, so wie er sich weigert, die nationalsozialistischen Wurzeln der FPÖ in Rechnung zu stellen, und Haider statt dessen zum Repräsentanten einer nebelhaften List der Vernunft, zu einem Aufklärer wider Willen, ernennt.

Die Rückstufung der bilateralen Beziehungen auf eine rein technische Ebene, der Ausschluß der österreichischen Diplomatie aus dem informellen Konsultationsmechanismus der EU – das war und ist der Kern der Sanktionen – schlossen viel politische Symbolik und wenig materielle Wirkung ein. Die Tourismusindustrie blieb von den Maßnahmen unberührt, nur das Kongreßgeschäft mußte Einbußen hinnehmen. Josef Schwarzmeier, Professor an der Universitätsklinik für Interne Medizin in Wien, klagt in der »Presse« (25.7.2000), daß Wien kürzlich die Ausrichtung des weltweit wichtigsten biomedizinischen Kongresses entzogen wurde. »Seitens der internationalen, im wesentlichen amerikanischen, Mitglieder des Kongreßkomitees wurden als Gründe für den Boykott ins Treffen geführt, daß noch immer nicht zurückgezahlt sei, was Juden vor sechzig Jahren gestohlen wurde, daß die Unterstützung von SS-Gedankengut durch ein Drittel der österreichischen Wähler unerträglich und die Ausrichtung des Kongresses nicht möglich sei, solange die Haider-Partei an der Regierung ist.« Wann wird endlich Vernunft einkehren, ruft der Internist der Welt zu und wird dabei nicht schamrot. Kein Nazi, gewiß. Kein Rechtsextremer, ohne Zweifel. Nur ein österreichischer Liberaler mit einem Stich ins Antisemitische.

Es dauerte keine Woche, da wurden die Sanktionen gegen die Regierung zu einer Beleidigung der Nation umgelogen. Die FPÖ verstand es, sich als mit dem Staatsganzen verschmolzen zu präsentieren, ja, die Sanktionen wirkten geradezu als staatliches Initiationsritual der vorher isolierten Partei. Jene, die früher nicht ins Vorzimmer der Macht durften, stellen sich jetzt schützend vors ganze Haus. Die »EU-14«, so heißt Europa jetzt in Österreich, als handle es sich um eine kriminelle Gang, hätte wissen müssen, daß sie mit ihren Maßnahmen, die als »ungerecht«, »unüberlegt« und »kontraproduktiv« bezeichnet wurden, einem »nationalen Schulterschluß« der Österreicher Vorschub leistet. Ein pharisäerhaftes Argument: Es gesteht zu, daß es etwas Schlimmes niederzuhalten gelte, verschiebt die Verantwortung dafür aber ins Ausland. Wenn 27 Prozent der Wähler rechtsextrem wählen oder sich nicht daran stoßen, Rechtsextreme mitzuwählen, dann, so die Überlegung der EU, ist, unbeschadet aller Seitenargumente (wie die jahrzehntelange Blockade des politischen Systems durch die Große Koalition) ein Damm gebrochen, die Zeiten guten Zuredens und des Zudrückens beider Augen vor dem politischen Eskapismus des zentraleuropäischen Kleinstaats sind vorbei.

Die Sanktionen seien heuchlerisch, dienten nur dazu, vom eigenen Rechtsextremismus abzulenken und spiegelten die Arroganz der Großen gegenüber den hilflosen Kleinen wider, geifern empörte Patrioten in Kommentaren und Leserbriefen. Die EU solle eine Verrechtlichung ihres Wertekanons vornehmen, ergänzen die Besonnenen um Alexander van der Bellen, ein rechtsstaatliches Verfahren würde der Sache die politische Brisanz nehmen und böte für die Zukunft ein Mittel zur Kontrolle unliebsamer politischer Strömungen gerade in den künftigen Beitrittsstaaten. Wieder andere, unter ihnen Karl-Markus Gauß, schlagen eine Hinterfragung der europäischen Werte vor, in deren Namen die EU gegen Österreich tätig wurde. Mehmet Daimagüler, Mitglied des Bundesvorstandes der FDP und Vorsitzender der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung, schreibt im »Standard« vom 20.7.: »In Österreich gibt es eine Bundesregierung, die mir nicht gefällt. Aber es trachtet mir dort niemand nach Leib und Leben.« Zwar forderten Rassismus und Rechtsextremismus auch in Österreich Tote wie die Roma als Bombenopfer in Oberwart und Marcus Omofuma im Abschiebeflugzeug, dennoch scheine die

rechtsextreme Szene im Vergleich zu Deutschland schwach und unkoordiniert. »Negerklatschen« ist in Österreich kein Breitensport. Die Ursache dafür liegt aber nicht so sehr in der Friedfertigkeit der österreichischen Rechten begründet, sondern in der Tatsache, daß in diesem Land der Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt und ein Viertel der Parlamentssitze innehat.

Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Sanktionen um sich werfen, rufen die österreichischen Kommentatoren in Presse und TV und weisen mit dem Finger auf »Vlaams Block«, »Front National« oder die »Alleanza Nazionale«. Aber worauf läuft dieses Argument hinaus? Darauf, daß Sanktionen ein Mittel der Politik sind. Politik ist die Verhandlung von Interessen innerhalb und zwischen Staaten, eine Verhandlung, für die bestimmte Regeln gelten. Erst die Artikulation von Interessen macht Politik berechen- und handhabbar. Alles oder nichts wird nurmehr in der politischen Peripherie gespielt, im Kosovo, in Eritrea und seit kurzem am Wiener Ballhausplatz, der der EU mit Volksabstimmung und Vetopolitik droht. Folglich ist das Vorhandensein durchschaubarer Motive bei den Sanktionsstaaten kein Argument gegen, sondern für sie. Politischer und diplomatischer Pragmatismus braucht nicht altruistisch zu sein.

Zweifellos wäre die Verrechtlichung zwischenstaatlicher Zivilisationsregeln wünschenswert, aber es existiert ja längst eine Vielzahl völkerrechtlich verbindlicher Verträge, die gesittetes Benehmen vorschreiben. Wie immer bei Verrechtlichungsprozessen gibt es einen Pferdefuß: die Sanktionierung im Falle von Nichteinhaltung. Hier gilt, daß die Androhung von Sanktionen bereits die wirkungsvollste Sanktion selber ist. Nur Desperados zwingen dazu, Drohungen Wirklichkeit werden zu lassen. Die Reaktion fiel deutlich und geeint aus, und es war keine rechtliche Reaktion (die Mitarbeit Österreichs in den Gremien der Union stand zu keinem Zeitpunkt in Frage), sondern eine politische. Auf eine unerwünschte und als bedrohlich empfundene politische Entwicklung erfolgte eine politische Antwort. Hätten die EU-Staaten eine juristische Antwortung gewählt, wäre das unverhältnismäßig gewesen; die justitielle Behandlung von Politik ist keine demokratische, sondern eine diktatorische Maßnahme. Auf den zweiten Blick erweist sich also der Wunsch nach Verrechtlichung – in der Frage Österreich – als problematisch.

Karl-Markus Gauß ist recht zu geben, wenn er eine Hinterfragung der europäischen Werte anregt; vieles, worauf die EU sich in Deklarationen und Dokumenten beruft, ist hohl, verzopft und nicht selten Heuchelei. Jeder Einwand, der die Europäische Union an ihren Deklarationen mißt, hat Gewicht. Dennoch wohnt auch diesem Argument ein zweifelhaftes Moment inne, denn es setzt, weitergedacht, nichts weniger als eine ideale Union voraus, die sich ihrer historischen Bedeutung als kapitalistische Friedensordnung zu jedem Zeitpunkt bewußt ist und mit diesem Erbe pfleglich umgeht. Nun existiert aber keine ideale, sondern eine reale Union, und man soll aus ihr nicht mehr machen, als sie zum gegebenen Zeitpunkt noch ist: eine Wirtschaftsgemeinschaft, in der das Kapital seit Jahrzehnten mit der Politik Katz und Maus spielt. Daß die Ökonomie der Politik vorausstürmt, ist eine Binsenweisheit, die nur dann Schaden anrichtet, wenn man sie bedauert. Das Beharrungsvermögen der Politik hat nämlich auch seine Meriten, denn politische Entscheidungen sind, sofern sie nicht von politischen Desperados getroffen werden, die Synthese einer ungleich größeren Zahl von Faktoren, als es in der Ökonomie der Fall ist.

Die drei Weisen werden in ihrem Bericht einige erschreckende Tatsachen über die FPÖ und manche Aspekte der österreichischen Minderheiten- und Fremdenpolitik anführen – wie den Umstand, daß Minderjährige bis zu sechs Monaten im Schubhaftgefängnis sitzen und daß abgelehnte Asylbewerber, die nicht außer Landes gebracht werden können, auf der Straße landen. Sie werden darauf verweisen, daß Österreich die Schutz- und Förderbestimmungen für ethnische Minderheiten, wie sie aus dem Staatsvertrag von 1955 resultieren, nicht erfüllt hat und zweisprachige Ortstafeln erst dieser Tage im Burgenland aufgestellt werden. Nichts werden die drei Weisen von der prekären Situation behinderter Menschen in Österreich erfahren. Barrierefreies Bauen ist nach wie vor eine Freiübung und nicht verpflichtender Bestandteil der Bauordnungen, und die sozialen Transfers (Pflegegeld) werden von der neuen Regierung in Frage gestellt. Unter den über dreißig Honoratioren, die den drei Weisen ihre Aufwartung machen durften, waren zwar acht Religionsvertreter von vier Weltreligionen, die Vorsitzende der Richtervereinigung und der Präsident des Verfassungsgerichtshofs – Minderheitenvertreter aber wurden nicht vorgelassen.

Der Bericht der drei Weisen wird keine Empfehlung für oder gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen beinhalten, er wird den Sanktionsstaaten aber die Möglichkeit geben, noch während der französischen, spätestens aber während der schwedischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2001 die Sanktionen zu beenden. Eine Institutionenreform der EU, die als Voraussetzung für die anstehende Osterweiterung gilt, wird ohne Österreich nicht zustande kommen. Wahrscheinlich ist, daß die angekündigte Volksabstimmung in Österreich durchgeführt wird, sicher ist, daß damit eine Woge des Chauvinismus und Provinzialismus durchs Land ziehen wird, als sicher gilt ebenso, daß die FPÖ ihre dringend benötigte Mobilisierungschance bekommt und die Regierung hinter dem Paravent des patriotisches Protests ihre reaktionären gesellschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen durchsetzen wird. Organisierten Widerstand braucht sie dabei nicht zu befürchten. Die Gewerkschaften sind nach einem einstündigen Warnstreik, der von niemandem bemerkt wurde, am Ende ihrer Kampfkraft; die SPÖ ist auf Jahre hinaus mit ihrer finanziellen Entschuldung und der Bewältigung des Oppositionstraumas befaßt, und die Grünen sonnen sich in der Gewißheit, daß ihre Umfragewerte mit anhaltender Absenz von der Politik steigen. In einem halben Jahr wird nicht nur Europa, sondern auch der sogenannte österreichische

Widerstand den Kampf gegen Haider aufgegeben haben. Zwar wird Europa Österreich nicht mehr die Rolle des verhätschelten Kulturkasperls zuteilen, sondern eher die des entfernten Verwandten, neben dem man nicht gern zu sitzen kommt, weil er streng riecht. Die Österreicher wird das aber nicht sehr treffen, denn sie sind ohnehin am liebsten unter ihresgleichen, und was Europa angeht, so gilt hierzulande schon lange der Satz: Man geht sich gern aus dem Weg.

Ob die Regierung menschenrechtsverletzend agiert und dies in einem Ausmaß, das den europäischen Durchschnitt übertrifft, ist eine Frage, deren Beantwortung auch Pythia vor Probleme stellen würde. Zu Österreich befragt, würde sie wohl lange in den Rauch starren, die Stirn runzeln und dann von den glücklich und isoliert lebenden Phäaken erzählen, die den Zorn Poseidons hervorriefen, als sie gestrandete Seefahrer für sich schuften ließen und damit den Meeresgott um seine Beute brachten. Die europäischen Honoratioren werden es ähnlich schwer haben wie Pythia. Zuerst werden sie sich über den Bericht der drei Weisen wundern, dann werden sie sich am Kopf kratzen, und schließlich werden sie sich auf die gemeinsame Position verständigen, daß man das kleine Phäakenland am härtesten trifft, wenn man es sich selbst überläßt.

Erwin Riess beschrieb in KONKRET 4/2000 die Bemühungen Wolfgang Schüssels um Rehabilitierung der österreichischen Kultur

Konkret 09/00, S. 34

Alfred Schobert

Recht ganz rechts

Einen Nazi einen Nazi zu nennen kann teuer werden in Österreich: Jörg Haider verklagt seine Kritiker

Ist er nun ein Nazi, ein Faschist, ein Rechtsextremist, Antisemit, ein Förderer des Nazismus, einer, der bestimmte Seiten des Nazismus salonfähig macht, oder nicht? Falsche Antworten auf diese Fragen könnten die richtigen sein, richtige die falschen. Denn die Wahrheit hat ihren Preis.

Jörg Haider hat über seinen Anwalt, Dieter Böhmdorfer, eine Reihe von Privatklagen gegen die Wissenschaftler und Publizisten Anton Pelinka, Wolfgang Neugebauer vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Hans Rascher, das Magazin »Profil« und den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Ariel Muzicant, eingereicht. Diese gehen nun unter Führung, pardon: ministerieller Aufsicht des FPÖ-Justizministers Dieter Böhmdorfer ihren »freiheitlichen« Gang.

Erstes Opfer ist der Innsbrucker Politologe Anton Pelinka. Er wurde am 11. Mai 2000 von einem Wiener Gericht zu einer Strafe von 60.000 Schilling nebst Übernahme der Prozeßkosten verurteilt wegen folgender Interview-Äußerung im italienischen Fernsehen: »Haider hat in seiner Karriere immer wieder Aussagen gemacht, die als Verharmlosung des Nationalsozialismus zu werten sind. Er hat einmal die Vernichtungslager Straflager genannt. Insgesamt ist Haider verantwortlich für eine neue Salonfähigkeit nationalsozialistischer Positionen und bestimmter nationalsozialistischer Äußerungen.«

Was soll falsch daran sein? Haider sprach im Kontext des Sprengstoffattentats in Oberwart, bei dem vier burgenländische Roma ums Leben gekommen waren, von »Straflagern des Nationalsozialismus«. Das verharmlost den Charakter der Vernichtungslager und impliziert zudem, es habe sich um – womöglich berechtigte – »Straf«-Maßnahmen gehandelt. Nicht auszuschließen, daß Haider als Sohn von Nazis – wenn nicht der ersten, so doch einer frühen Stunde – diese Verharmlosungen des Nazismus »wohl als Kind zu Hause gehört« habe, wie Simon Wiesenthal mit großer Plausibilität öffentlich spekulierte.

Nicht vergessen ist auch Haiders Preisung der »ordentlichen Beschäftigungspolitik« der Nazis am 13. Juni 1991 im Kärtner Landtag. Dieser »Sager«, wie man in Österreich so was nennt, kostete ihn, auch wenn er ihn zum »Ausrutscher« herunterredete, damals seinen Posten als Kärtner Landeshauptmann. Das Verfahren wegen »Wiederbetätigung« wurde nach Vorermittlungen eingestellt, da man ihm die »subjektive Tatseite«, sprich die Absicht der Wiederbetätigung, nicht nachweisen konnte, zumal er seine Äußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen hatte. Dadurch ermutigt, konnte Haider kurz darauf, im September 1991, erneut zulangen: Im Interview mit der »Jungen Freiheit«, geführt von seinem damaligen Parteifreund, dem vormaligen Neonazi Jürgen Hatzenbichler, warf er seinen Kritikern »ein gestörtes Verhältnis zur Geschichte« vor. Und Haider bekräftigte seine Äußerung: »Es wird auch immer deutlicher, daß das, was ich gesagt habe, eine historische Tatsache ist, an der es nichts zu rütteln gibt, und daß in Österreich Leute an der Macht bleiben, die stehlen, die betrügen, die vor Gericht lügen, aber jene, die die historische Wahrheit sagen, die werden zum Rücktritt gezwungen.«

Der Nachweis der subjektiven Tatseite wäre in diesem Fall leichtgefallen, doch dieses Interview Haiders wurde nicht Gegenstand erneuter staatsanwaltlicher Ermittlungen wegen Wiederbetätigung; überhaupt haben Exekutive und Justiz dem antifaschistischen Verfassungsauftrag und dem 1992 novellierten Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945 die scharfen Kanten längst abgeschliffen.

Umgekehrt läuft nun die juristische Offensive. Gegen Pelinka ist noch ein weiteres Verfahren anhängig. CNN sendete am 27. September 1999 ein Interview, das Haider zum Anlaß für eine Privatklage nahm. Hier sagte Pelinka über den erfolgreichen Dressman des völkischen Nationalismus: »Comparing immigrants to parasites is what the Nazis did regarding to the Jews. I don’t claim that Haider is thinking that he will build an Auschwitz-death-camp somewhere for immigrants, but he is using the same prejudices, the same sentiments as the Nazis had to win popular acceptance exploiting xenophobian racism.«

Pelinka gehört bereits seit etlichen Jahren zu den bevorzugten Feinden Haiders. Wie er, damals persönlich gemünzt auf die Historikerin Erika Weinzierl, bei seiner Ulrichsbergrede 1990 meinte, es werde »die Zeit kommen, wo solche Historiker nicht mehr zeitgemäß sind«, so giftete Haider gegen Pelinka, nachdem dieser die NS-Vergangenheit des von FPÖ und pangermanistischen Kameraden hochgejubelten Hans Steinacher aufgezeigt hatte: »Für Geschichtsfälscher und Österreichbeschimpfer muß die Zeit ein Ende haben.«

Ein Ende haben soll aus der Perspektive Haiders auch die Kritik am Antisemitismus der FPÖ, wie er im Nationalratswahlkampf des Jahres 1999 zum Ausdruck kam. Ariel Muzicant machte die FPÖ und ihre Agitation gegen »Überfremdung« explizit dafür verantwortlich, daß das antisemitische Aggressionspotential angestiegen war, was sich in

der Zunahme antisemitischer Drohbriefe und Pöbeleien zeigte. Das brachte dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde eine Privatklage Haiders ein, die voraussichtlich Mitte August vor Gericht verhandelt worden sein wird. Von Haider wegen der Kritik am Antisemitismus der FPÖ vor Gericht gezerrt wird auch Wolfgang Neugebauer, der als Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands seit Jahren mit Klagen überzogen wird. Der Historiker hatte Haider einen »Antisemitismus der besonders perfiden Art« bescheinigt. Das bezog sich auf Haiders Abwehr israelischer Kritik an seiner Politik; es handle sich, so der FPÖ-Obmann, um »hysterische Akte« und »Drohungen«, die nicht in eine »zivilisierte Welt« paßten. Schließlich waren für Haider Jüdinnen und Juden am Antisemitismus selbst schuld: »Es gibt genügend Leute, die sagen: ›Wir wissen jetzt, warum Antisemitismus entsteht.‹« Als hätte es noch eines illustrativen Beispiels bedurft für Adornos Feststellung in seinem Text »Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute«: »Wird einem dem Sinne nach gesagt, ›wo viel Rauch ist, da muß doch auch ein Feuer sein‹ (wenn es soviel Antisemitismus gibt, dann muß es doch auch an den Juden liegen), so muß man entfalten, daß dies Sprichwort vorweg zur Abwehr durch Verschiebung dient, daß es nicht wahr, sondern Ideologie ist.«

Nun ist es nicht neu, daß Haider, der routinierte Austeiler und Diffamierer, überaus feinfühlig auf Kritik reagiert und fast serienmäßig Prozesse anstrengt. Geld spielt für den dank der Erbschaft eines NS-Profiteurs reichsten Politiker des Landes dabei keine Rolle. Vor Jahren spottete ein Kritiker, »nur besonders eifrige Journalisten« führten über Verfahren noch Buch. Nach dem Regierungseintritt der FPÖ und dem Einzug des Haider-Anwalts ins Justizministerium bekommen die anstehenden Verfahren allerdings eine neue Qualität.

Schon in der bisherigen kritischen Literatur über Haider bestimmte allergrößte Vorsicht den Ton – das vielbeschworene »freie Wort« lag bereits an der kurzen Leine mit Würgehalsband. Zuweilen erwecken Texte den Eindruck, die Autorinnen oder Autoren hangelten sich eher krampfhaft denn intellektuell einsichtig an Formulierungen entlang, die bereits juristisch Bestand hatten.

So schreibt ein Autor: »Die Bezeichnungen ›nazistisch‹ und ›neonazistisch‹ folgen der österreichischen Rechtssprechung. Tatbestände, die in Gerichtsurteilen als ›nazistisch‹ oder ›neonazistisch‹ gewertet werden, sind auch in diesem Buch so genannt. Als ›Neonazi‹ werden darüber hinaus Personen bezeichnet, bei denen ein Gerichtsurteil diese Bezeichnung rechtfertigt oder die als Funktionäre bzw. Aktivisten einer gerichtlich als neonazistisch eingestuften Partei oder Gruppierung in Erscheinung getreten sind und sich vom neonazistischen Gedankengut nicht distanziert haben. ... Die Verwendung all dieser Begriffe ... ist in keinem Fall in ehrverletzendem Sinn zu verstehen.«

Eine Autorin sieht sich zu folgender Anmerkung genötigt: »An dieser Stelle muß aufgrund juristischer Erfahrung mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß mit dem Begriff Rechtsextremismus keinerlei Diffamierung oder Beleidigung von Personen verbunden ist, insbesondere wird damit niemandem der Vorwurf einer ›verächtlichen Gesinnung‹ im Sinne von § 111 StGB gemacht. Weder Verlag noch Autorin setzen Rechtsextremismus mit Nationalsozialismus, Neofaschismus oder Neonazismus gleich.«

Die Konsequenz solcher Eiertänze ist, daß *wissenschaftliche* Fragen der Terminologie letzten Endes vorrangig hinsichtlich ihrer juristischen Bestandsfähigkeit diskutiert werden – allein dies schon führt auf die Leimrute der Extremismusforschung. Wissenschaft findet nicht mehr im Wissenschaftsbetrieb statt, sondern im Justizapparat. Das ist keine Kritik an den Autorinnen und Autoren (darum sind die Zitate anonymisiert), sondern an den Zuständen, die diese Vorsichtsmaßnahmen nahelegen.

Mit der jetzigen Prozeßwelle könnten, wenn die Gerichte »freiheitlich« spuren, Forschung und Publizistik in Österreich an die Kette gelegt werden. Das spürt die Opposition, und so regt sich langsam Protest. Anfang Juni veröffentlichte die Plattform »Universität und Demokratie« (Sprecher: Prof. Gerhard Botz, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte an der Universität Wien) den Aufruf »Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit in Gefahr in Österreich«. Er richtet sich gegen »Klagen vor Strafgerichten, die Aussagen über den Charakter der FPÖ unterbinden sollen, die den Konsens der historischen, sozial- und sprachwissenschaftlichen Forschung artikulieren«. Dieses Vorgehen verstoße »eklatant gegen das Demokratiegebot der Bundesverfassung und die Präambel der Regierungserklärung vom Februar 2000. Wir verurteilen schärfstens alle Versuche einer Kriminalisierung politischer und wissenschaftlicher Kritik!«

An der Universität Klagenfurt wurde von mehreren Lehrenden eine Unterschriftenliste in Umlauf gebracht. Die Unterzeichner des knappen Textes bekunden, sie halten die seitens des Wiener Gerichtes beanstandete Aussage Pelinkas »für wissenschaftlich gerechtfertigt«. Nicht unwahrscheinlich, daß Haider nun zu Privatklagen in Serienproduktion übergeht, eine Klagenflut in Klagenfurt.

Auch in den USA meldeten sich 35 Wissenschaftler, darunter Seyla Benhabib, Geoff Eley, Charles Maier und Andrei S. Markovits, mit einem offenen Brief an den österreichischen Bundespräsidenten Klestil zu Wort. Ausgehend von einem Grundverständnis der politischen Kultur, demzufolge Politiker im Amt generell auf Prozesse als Mittel der politischen Auseinandersetzung verzichten sollten, bittet man Klestil, »von der moralischen Autorität« seines »Amtes Gebrauch zu machen, um nicht nur Pelinka in Schutz zu nehmen, sondern auch um einen möglichst breiten Spielraum für politische

Kritik an Inhabern öffentlicher Ämter zu schaffen und zu bewahren«. Auf diese zaghafte Bitte ließ Klestil lediglich verlauten, er lehne es ab, Urteile unabhängiger Gerichte zu kommentieren.

Entschiedener zu Sache geht ein von Jacques LeRider initiierter und von akademisch einflußreichen französischen Germanisten und Österreich-Spezialisten unterzeichneter Appell, der Anfang Juni in »Le Monde« erschien. Die Unterzeichner stellen sich ausdrücklich hinter Pelinkas Äußerung. Pelinka habe »nur die reine Wahrheit zum Ausdruck gebracht, ohne jede Übertreibung. Die Unterzeichner des vorliegenden Textes werden ihrerseits nicht anders über Herrn Haider sprechen.« Das Urteil gegen Pelinka sei eine »Schande für die österreichische Rechtssprechung, die einen desaströsen Justizirrtum begangen hat«, und eine »Schande für eine Gesellschaft«.

»Österreich, das heute Anton Pelinka verurteilt, verurteilt sich selbst«, meinen LeRider u. a. und wenden sich konsequent dem Thema »Sanktionen« zu: Man wolle »die impertinenten Propagandisten nicht mehr hören, die ausländische Intellektuelle einladen, den Vorhang zu heben und den ›Sanktionen‹, wie man gemeinhin das Einfrieren der bilateralen Beziehungen mit Österreich nennt, ein Ende zu machen«. Das geht ans Eingemachte, denn auch die parlamentarische Opposition jammert in Österreich über die ›Sanktionen‹. So betonte der neue SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer gegenüber dem SPD-Blatt »Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« zwar, »daß für die außenpolitische Isolation Österreichs einzig und allein die jetzige Regierung verantwortlich« sei, fügte aber gleich an, es sei »ohne Zweifel kontraproduktiv, wenn von seiten einzelner EU-Staaten ... die Kooperation von Wissenschaftlern eingeschränkt wird«.

Kritische Resonanz fand die Verurteilung Pelinkas auch in Schweden durch ein Statement des Verbandes Studieförbudet Näringsliv och Samhälle. Nur aus Deutschland sind bisher keine öffentlichen Reaktionen bekannt. Als wäre es hierzulande irrelevant, wenn man künftig über Haider gerade noch sagen dürfe, der Dressman sei braun gebrannt.

Alfred Schobert ist Mitarbeiter beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

Konkret 09/00, S. 36

Jürgen Elsässer

Der dritte Mann

Von der »Operation Südwind« zur »Operation Potkova«: Die Spuren der deutschen Jugoslawien-Politik führen nach Wien

Außenminister Fischer hat ihn erhalten, Verteidigungsminister Scharping hat ihn verbreitet: den angeblichen serbischen Hufeisenplan. Mit ihm wollte die Bundesregierung Anfang April 1999 nach zehn Tagen Bombardierung Jugoslawiens beweisen, daß die Flucht und Vertreibung der Kosovo-Albaner nicht dem brachialen Eingreifen der Nato geschuldet war; vielmehr habe Milosevic schon Monate zuvor die »ethnische Säuberung« angeordnet. Alle anderen Nato-Staaten haben diese Argumentationsfigur erst sehr viel später übernommen, Nato-Generalsekretär Wesley Clark stritt noch am 19. April 1999 in einem BBC-Interview jede Kenntnis des Hufeisenplans ab.

Wer hat Fischer und Scharping also den Plan besorgt? Wer war der dritte Mann? Spätestens seit Scharpings Auftritt bei den »Mainzer Tagen der Fernsehkritik« Mitte Mai sind, so könnte man meinen, alle Zweifel beseitigt: »Im übrigen kam das (gemeint: der Plan oder was Scharping dafür hält, J.E.) ... das ist öffentlich bekannt, deswegen kann ich auch darüber reden, es kam über den österreichischen Geheimdienst, es wurde dem Außenminister übergeben, von ihm erhielt ich die Unterlagen am 4. oder 5. April (1999, J. E.).«

War also Wolfgang Schüssel, der heutige Kanzler und damalige Amtskollege Fischers, der Überbringer des Dokuments? Bereits Ende April 1999 hatte das Wochenmagazin »Profil« berichtet: »Er selbst, so Schüssel am Dienstag, habe die geheimdienstlich ermittelte Information über die ›Operation Hufeisen‹ bei einer EU-Außenministerkonferenz mündlich weitergegeben.« »Profil« legte Mitte April 2000 nach und präsentierte ein »Geheimpapier des österreichischen Nachrichtendienstes«. Darin heißt es: »Ein nahezu lückenloser Ablauf der Planung und Vorbereitung der Operation Potkova weist die jugoslawische Urheberschaft klar nach.« Damit war Scharping, der zur gleichen Zeit im Bundestag gegen öffentliche Zweifel ankämpfen mußte, »ob es den jugoslawischen Operationsplan ›Hufeisen‹ tatsächlich gab« (so einer seiner Generäle, der OSZE-Inspekteur Heinz Loquai, vgl. KONKRET 5/2000), aus dem Schneider, den Schwarzen Peter hatte wieder Milosevic.

Doch bei genauerem Studium enthält das »Geheimpapier« des Heeresnachrichtenamtes (HNA) nicht, was es verspricht: Schon die erneute Verwendung des Titels »Potkova« – »Potkova« ist ein kroatisches Wort, auf Serbisch heißt Hufeisen »Potkovica« – ist nicht gerade ein Ausweis für Seriösität. An keiner Stelle ist ein jugoslawisches Schriftstück oder auch nur ein Befehl dokumentiert. Was bleibt, ist eine chronologische Auflistung von freihändigen Interpretationen (»29.1.99: Der Plan zur großflächigen ethnischen Säuberung wird erkannt«) und sehr faktenarmen Erkenntnissen über Umgruppierungen jugoslawischer Streitkräfte (»10.2.99: Mobilmachung ... beginnt«). Jeder, der es wissen wollte, hätte schon einer Antwort des damaligen Verteidigungsministers Werner Fasslabend auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen im Juli 1999 entnehmen können, was das HNA herausbekommen hatte – und was nicht: »Vorbereitung und Durchführung der Operation ›Potkova‹ wurden ab Mitte Jänner d. J. in den wöchentlichen Berichtslegungen (des HNA, J. E.) dargestellt, ein spezieller, ausschließlich die Operation ›Potkova‹ betreffender Bericht wurde dazu nicht verfaßt.« Eine Ohrfeige für Scharping war überdies, was Fasslabend in derselben Antwort über die phantastischen Pressematerialien nebst Kartenskizzen geschrieben hatte, die das deutsche Verteidigungsministerium unter der Überschrift »Operation Potkova« am 8. April 1999 veröffentlicht hatte. Fasslabend stellte klar, diese stellten »nicht Planungen der Operation ›Potkova‹ dar, sondern eine graphische Aufarbeitung der von Jänner bis April 1999 aus offenen Quellen erkennbaren Ereignisse.« Außerdem, so Fasslabend durch die Blume, hätten die deutschen Kollegen in ihren Darstellungen einiges verpfuscht: Die von Scharpings Verteidigungsministerium »angesetzten Stärken der jugoslawischen Streit- und Sicherheitskräfte (sind) unrichtig und widersprechen auch allen öffentlich zugänglichen diesbezüglichen Informationen«.

Bei soviel Gegenwind aus der Alpenrepublik könnte Scharpings zitierte Äußerung, er habe den Hufeisenplan von den Österreichern bekommen, auch ein Revanche-Foul gewesen sein. Denn Fasslabend sagt ja klipp und klar, daß sein Geheimdienst weder einen serbischen Plan hatte noch selbst ein geschlossenes Dossier über einen möglichen serbischen Plan anlegen ließ. Was aber hat Scharping dann überhaupt aus Wien erhalten?

Die Frage ist nicht rhetorisch, dazu ist das HNA in der Balkanaufklärung zu leistungsfähig und mit dem BND zu eng verbandelt. Unter anderem kann sich der österreichische Geheimdienst auf ein in Jahrzehnten gewachsenes Informantennetz jenseits der Karawanken stützen. »Schon seit den frühen sechziger Jahren hat sich die österreichische Auslandsaufklärung auf das südliche Nachbarland konzentriert. Ein Nachrichtendienstler: ›Wir haben als junge Offiziere eingebleut bekommen, daß es zweieinhalb Aktionsfelder für uns geben könnte: Das halbe war der Westen; je ein ganzes waren der Osten und Jugoslawien‹« (»Profil«).

Der BDN als vorgesetzte Behörde

An das Neutralitätsgebot der Verfassung fühlte sich das HNA noch nie gebunden. »Seit jeher hatte der österreichische Geheimdienst also seine Antennen auch nach Südosten gerichtet. Die Hardware dafür bezahlten die Amerikaner. Schon Ende der fünfziger Jahre wurde mit US-Geldern an Österreichs Ostgrenze, auf der Königswarte bei Hainburg, eine potente Lauschstation errichtet ... Im Gegenzug für die Finanzhilfe mußte sich Österreich verpflichten, die Informationen an ›befreundete‹ westliche Dienste weiterzugeben. So geschah es dann auch: Viele Jahre hindurch wurden die entsprechenden Bänder nach Frankfurt weitergesandt, ohne daß sie in Österreich überhaupt ausgewertet wurden« (»Profil«).

Die Verbindungen ins Altreich haben eine lange Tradition. So heißt es in einem Protokoll einer BND/HNA-Besprechung aus dem Jahre 1957: Der BND-Vertreter »verwies ... darauf, daß die Funkaufklärung des BND trotz der ausreichenden personellen und materiellen Mittel nicht in der Lage sei, alle umfassenden Aufgabengebiete zu bearbeiten. Insbesondere der Süd-Ost-Raum (Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Teile von Ungarn usw.) könne teils aus personellen, teils aus empfangstechnischen Gründen schwer oder überhaupt nicht erfaßt werden.« Das Problem wurde gelöst – und wie! »Eingeweihten ist bekannt, daß die Aufgabenstellung für unsere Nachrichtendienste z.T. weniger von österreichischen Stellen als aus Pullach (der BND-Zentrale, J. E.) erfolgt. Nicht wenige HNA-Offiziere betrachten die Anstellung beim HNA nur als eine Pensionsberechtigung und als einen Deckmantel ihrer Haupttätigkeit für den BND«, schrieb 1979 ein HNA-Insider an den damaligen Verteidigungsminister Otto Rösch (zitiert nach: Hans Wolker: *Schatten über Österreich. Das Bundesheer und seine geheimen Dienste*. Wien 1993). Die Belgrader Zeitung »Nedeljni Telegraf« berichtete 1997: »Noch 1989 schlossen die Geheimdienste der USA, der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs eine vertragliche Zusammenarbeit auf dem Balkan.«

Operation Südwind

In der jugoslawischen Krise Anfang der neunziger Jahre funktionierte das HNA jedenfalls ganz im Sinne der von Bonn und Wien unterstützten Sezessionisten. Eine wichtige Rolle spielte dabei ein österreichischer Nazi aus dem Funktionärskader der Haider-Partei FPÖ. Über diesen FPÖ- und HNA-Mann Helmut Stubner berichtete »Profil« im August 1995: »Zehn Jahre lang war Stubner Ausbildungsoffizier im Wiener Landwehrstammregiment 21. Jahrelang bewegte sich der Mann im extrem rechten Umfeld. Erst unterstützte er die ›Aktion Neue Rechte‹, dann kam er an der Universität Wien mit rechten Burschenschaften zusammen – darunter auch mit dem Briefbomben-Angeklagten Franz Radl ... In den Jahren darauf betätigt sich Stubner mit einer Gruppe von Hardlinern als FPÖ-Bezirksrat ..., vorübergehend arbeitet er sogar in der Wiener Parteizentrale in der Umgebung von Obmann Rainer Pawkowicz ... Der deutschnationale Burschenschafter Stubner interessiert sich besonders für europäische Minderheitenfragen, zusammen mit Mitgliedern der Österreichischen Landsmannschaft setzt er sich für deutsche Minderheiten in Siebenbürgen und anderswo ein. Seine Völkerrechts-Diplomarbeit handelt vom ›Minderheitenschutz in Slowenien und Kroatien‹.«

Als sich am 1. Juli 1991 in Wien eine »Österreichisch-Slowenische Gesellschaft« (ÖSG) formiert, ist Stubner einer der Protagonisten, die sich die Anerkennung des Sezessionsstaates zum Ziel setzen. Die Gründungsmitglieder kommen zumeist aus der FPÖ, so unter anderem Günter Enzensdorfer, der Volksgruppen-Referent der Partei. Mit Haider selbst, so heißt es in einem späteren Aktenvermerk eines Wiener FPÖ-Funktionärs, soll Stubner mehrere Gespräche geführt haben. In einem Schreiben an den damaligen FPÖ-Generalsekretär Walter Meischberger brüstet sich Stubner im Februar 1992 mit dem Erfolg einer »großzügig konzipierten Operation« für den »Selbstbestimmungsweg Sloweniens und Kroatiens«. Was er damit gemeint haben mag? Einige Monate später fliegt Stubner wegen des Versuchs der Bildung einer Privatarmee in Südtirol auf. Seine zeitweiligen Bozener Gesprächspartner geben gegenüber der Staatsanwaltschaft Innsbruck zu Protokoll, was er ihnen gesagt hat: »Wenn Slowenien weitgehend ohne Kampfhandlungen die Unabhängigkeit erlangen konnte, dann sei das auf die jahrelange gute militärische Vorbereitung zurückzuführen gewesen, die durch den Heeresnachrichtendienst durchgeführt worden sei. Für den Tag X (Bürgerkrieg oder kriegerischer Konflikt mit Serbien) habe er, Stubner, im Auftrag des Heeresnachrichtendienstes mit anderen österreichischen Offizieren in Slowenien die Zellen für eine eigene Territorialverteidigung aufgebaut und geschult, mit Waffen versorgt und vorbereitet. Nur dieser guten Vorbereitung sei der Erfolg zu verdanken, daß Slowenien heute unabhängig sei« (»Profil«). Bei der Hausdurchsuchung wird auf Stubners Computer-Festplatte der »Entwurf eines Szenarios für die politische Zielfindung im aktuellen Sezessionskonflikt in Jugoslawien« gefunden. Dateiname: »Südwind«. In einer Adressenliste findet sich Name und Anschrift des slowenischen Geheimdienstchefs Renato Krajnc.

Daß Stubner kein Angeber ist, beweist nicht nur der Umstand, daß einer seiner ÖSG- und FPÖ-Spezln 1992 beim Waffenschmuggel nach Kroatien erwischt und trotzdem von der österreichischen Justiz freigesprochen wurde. Auch die Erkenntnisse, die die Konkurrenzorganisation Staatspolizei (Stapo) über das HNA gesammelt hat, lassen Stubner als Teil einer »großzügig konzipierten Operation« erscheinen. (Dazu muß man wissen, daß der HNA traditionell eine Domäne von ÖVP und FPÖ ist, während die Stapo, der die Inlandsaufklärung obliegt, eher unter SPÖ-Einfluß steht.) »Bei der Stapo erinnert man sich sehr genau daran, daß während des Angriffs der serbisch dominierten Bundesarmee gegen Slowenien HNA-Beamte einen fertigen Evakuierungsplan für die slowenische Regierung in der Tasche hatten. Im Fall des Falls hätten

die Slowenen in Österreich eine Exilregierung installieren sollen. Gattinnen slowenischer Spitzenpolitiker waren bereits in einem Versteck im Burgenland untergebracht« (»Kurier«, 15. Januar 1996).

Schon damals ging die Stapo von einer »Agentengruppe mit einem auffälligen Näheverhältnis zur FPÖ« (»Kurier«) aus, das HNA sei ein »unterwanderter Geheimdienst«. Neben Stubner soll(t)en auch die HNA-Brigadiers »W.« und Wolfgang Jung zu dieser Gruppe gehören. »W.« hat laut »Kurier« »beste Beziehungen zu Verteidigungsminister Werner Fasslabend«, Jung ist der Leiter von Haiders »sicherheitspolitischem Arbeitskreis« – und stellvertretender Chef der Auswertungsabteilung im HNA. »Über den Schreibtisch des ranghohen Offiziers wandern die heikelsten Verschlußsachen der Republik« (»Profil«).

Man weiß nicht, wie der ranghohe Offizier im Januar 1999 reagierte, als die HNA-Aufklärungsergebnisse aus dem Kosovo über seinen Schreibtisch wanderten. Ebensowenig, was sein Minister Fasslabend – der ÖVP-Mann mit den »besten Beziehungen« zu einem FPÖ-Brigadier – und die vielen HNA-Mitarbeiter, die gleichzeitig auch auf der Gehaltsliste des BND stehen, vorschlugen. Bekannt ist lediglich: Fasslabend sagt, es gab wöchentliche Berichtslegungen des HNA über das Kosovo (siehe oben). Scharping sagt, die Bundesregierung hat über Schüssel österreichisches Material bekommen (siehe oben). Bekannt ist weiterhin, daß weder Fasslabend noch Schüssel noch Scharping oder sonst irgend jemand den angeblichen serbischen Hufeisenplan vorlegen kann, daß aber drei Offiziere im deutschen Verteidigungsministerium versichert haben, ihr Kollege Oberst Karl Gunter von Kajdacsy, Referatsleiter des Führungsstabes der Streitkräfte, habe ihn zusammengepuzzelt. »Für mich war das Scharpings Schmied«, so einer der Offiziere über von Kajdacsy im März 2000 gegenüber dem »Hamburger Abendblatt«.

Bis alles in Scherben fällt

Liefert Österreich die Vorlagen, die Deutschland verwandelt? Das könnte auch in Zukunft klappen. Mitte Mai wurde im Rahmen des Nato-Programms »Partnerschaft für den Frieden« (PfP) eine »Working Group Balkan« gegründet. Ihr gehören unter anderem alle Nachbarstaaten Jugoslawiens an, die in das westliche Bündnis aufgenommen werden wollen. Den Vorsitz in der Arbeitsgruppe führt Österreich, verantwortlicher Leiter im Nato-Shape Oberammergau ist Oberst Gustav Gustenau.

Mit welchen Ideen der Österrei-cher die Planungsgruppe füttert, kann man der »Österreichischen Militärzeitschrift« (ÖMZ) entnehmen. Sie schreibt Klartext, wo sich die Fachpublikationen der Bundeswehr – noch – zurückhalten. In einer aktuellen Ausgabe (Nr. 4/2000) spricht sich Gustenaus Kamerad Erich Reiter nicht nur für die Eigenständigkeit des Kosovos aus, weil »der albanischen Bevölkerung sicher nicht mehr zugemutet werden kann, im serbischen Staatsverband zu leben«. Er deutet auch an, daß die Nato dafür weiteres Blutvergießen in Kauf nehmen müsse: »Es ist ... äußerst fraglich, ob Serbien eine faktische Unabhängigkeit Kosovos ... akzeptieren wird. Das heißt, der Konflikt ist noch nicht beendet und die Fortsetzung des Dramas ist in ihren Ergebnissen und Dimensionen noch unbekannt.«

Im Rückblick, so Reiter weiter, wäre es besser gewesen, der Westen hätte das Kosovo schon viel früher als unabhängigen Staat anerkannt, eventuell »bereits nach der Abschaffung des Autonomiestatuts« – also schon 1989/90. Die Sezession wäre zwar nur möglich geworden, wenn auch in diesem Fall die Nato Serbien militärisch zum Rückzug aus der Provinz gezwungen hätte. Trotzdem wäre ein Krieg zu einem solchen früheren Zeitpunkt vorzuziehen gewesen: »Man kann jedenfalls begründet annehmen, daß die negativen Ergebnisse und Folgen (wie insbesondere menschliches Elend und wirtschaftliche Schäden) im Falle eines vom Westen unterstützten Sezessionskrieges nicht größer gewesen wären als beim Luftkrieg 1999; es ist sogar durchaus Argumentationsraum dafür vorhanden, daß sie geringer hätten sein können.«

Der Vorschlag ist keineswegs nur eine retrospektive theoretische Erwägung, und er beschränkt sich auch keineswegs auf das Kosovo. Reiter räsoniert ganz prinzipiell, »ob eine dauerhafte Befriedung der Krisengebiete – insbesondere Kosovo und Bosnien – möglich ist, wenn man am multiethnischen Konzept und an den bestehenden Grenzen festhält«. Insbesondere Kosovo und Bosnien, mit anderen Worten: nicht nur. Die Sezessionsbewegungen in Montenegro, in den serbischen Regionen Sandschak und Vojvodina und im albanischen Teil Mazedoniens wissen nun, daß ihre Anliegen in der PfP-»Working Group Balkan« gut aufgehoben sind.

Und Schüssel, der dritte Mann bei der Operation Potkova, ist heute Kanzler.

Jürgen Elsässer zog in KONKRET 8/2000 Bilanz nach einem Jahre Kfor-Protektorat im Kosovo

Konkret 09/00, S. 39

Thomas Becker

Kick Slobo

Die Wahlen in Jugoslawien gefallen der Nato nicht: Milosevic könnte sie gewinnen. Berlin unterstützt deshalb die Abspaltung Montenegros

Am 24. September wird Slobodan Milosevic wohl erneut zum Präsidenten Jugoslawiens gewählt werden. Die Wahl wird auch eine Abstimmung über die im Juli verabschiedete neue jugoslawische Verfassung sein, die mehr direkte demokratische und weniger föderalistische Elemente enthält: So wird der Präsident erstmalig nicht mehr vom Parlament, sondern vom Volk direkt gewählt. Auch die Zusammensetzung des Parlaments wird künftig direkt den Mehrheitsverhältnissen im Gesamtstaat entsprechen – bis dato kamen seine Abgeordneten je zur Hälfte aus Serbien und Montenegro, obwohl Serbien ungefähr 15mal bevölkerungsreicher ist.

Die serbische Opposition befindet sich nach zehn Jahren nicht enden wollender Niederlagen in einem desolaten Zustand. Die bisher größte Oppositionspartei, die Serbische Erneuerungsbewegung (SPO) Vuk Draskovics, beteiligt sich mit einem eigenen Kandidaten an den Wahlen. Die anderen Oppositionsparteien haben sich erst Anfang August geeinigt und wollen Vojislav Kostunica von der Demokratischen Partei Serbiens (DSS), einer weniger westlich orientierten Abspaltung von Zoran Djindjics Demokratischer Partei (DS), als gemeinsamen Kandidaten ins Rennen schicken. Er ist der einzige Politiker in Serbien, der Milosevic schon einmal in einer Meinungsumfrage übertreffen konnte. Allerdings ist die serbische Opposition insgesamt aufgrund ihrer Zerstrittenheit nicht sonderlich populär.

Deswegen hofften die Milosevic-Gegner auf Rückenwind aus Montenegro, wo die mit Milosevic verbündeten Parteien bei den letzten republikweiten Wahlen nur etwa 40 Prozent der Stimmen bekommen konnten. Doch zeigten die Nachwahlen in zwei Kommunen vor kurzem, daß die Mehrheitsverhältnisse nicht stabil sind: In der Hauptstadt Podgorica gewannen die separatistischen Parteien zwar – wie beim letztenmal – knapp, aber Herceg Novi wurde ihnen von einem projugoslawischen Bündnis abgenommen. Damit wird zum erstenmal eine Stadt an der Adria von Milosevic-nahen Politikern regiert – bisher galt die Küste als Domäne der prowestlichen Kräfte, die Jugoslawisten wurden als rückständige Bergdörfler dargestellt. Wegen dieser Unwägbarkeiten will der montenegrinische Präsident Djukanovic die jugoslawischen Wahlen boykottieren.

Vergeblich versuchte die US-Außenministerin Madeleine Albright Anfang August, ihn zu einer Rücknahme des Boykottaufrufs zu bewegen. Die USA setzen eher auf einen Umsturz in Jugoslawien als auf dessen nochmalige Aufteilung, was sofort die Frage nach den künftigen Grenzen Albaniens gegenüber Montenegro, Kosovo und Mazedonien auf die Tagesordnung bringen würde. Ganz anders die deutsche Regierung: Sie hat bisher keinerlei Initiative gestartet, Djukanovic zu einer Beteiligung an den Wahlen zu veranlassen. Bei seinem Gespräch mit dem montenegrinischen Präsidenten Ende Juli qualifizierte Außenminister Fischer die Abhaltung der Wahlen in Jugoslawien als »legalistische Tarnung«, Kanzler Schröder sprach am Rande des G8-Gipfels gar von einer »Machtergreifung«: Milosevic »greife auf dieselbe Art nach der Macht wie Hitler« (Reuters). Totaler Bullshit, aber keiner hat’s gemerkt: Das neue jugoslawische Wahlgesetz ist in der Summe nicht besser oder schlechter als das US-amerikanische. Auch in den USA gibt es kein 50-Prozent-Mindestquorum für die Wahlbeteiligung – aus gutem Grund: nur zu oft wählen dort weniger – , und auch in den USA hat ein Mini-Staat wie Oregon mit relativ wenigen Wählern nicht dasselbe Gewicht wie das bevölkerungsreiche Texas.

Amerikanisch-deutsche Differenzen hatte es bereits im November letzten Jahres gegeben, als Montenegro die wirtschaftliche und politische Einheit Jugoslawiens durch die Einführung der Deutschen Mark und die Schaffung einer besonderen montenegrinischen Staatsbürgerschaft suspendiert hatte. Die Nachrichtenagenturen und Zeitungen berichteten damals, die US-Außenministerin habe »Verständnis« für die Währungsreform gezeigt. Tatsächlich organisierte Albright am 4. November ein Treffen in Washington zwischen Djukanovic und der serbischen Opposition und äußerte im Gegenteil Verständnis »für den Wunsch *aller* Jugoslawen in Serbien und Montenegro nach einer stabilen Währung«. Sie begannn ihre Pressekonferenz mit der Erklärung: »Die Vereinigten Staaten unterstützen ein demokratisches Montenegro in einem demokratischen und reformierten Jugoslawien.« Die deutschen Politiker und Zeitungen lobten dagegen die Einführung der Deutschmark. Die Tatsache, daß die Regierung Djukanovic dabei ohne Abstimmung, ja sogar ohne Konsultation des Parlaments vorgegangen ist, verführte Fischer und Schröder nicht dazu, von einem »Putsch« oder von einer »Machtergreifung« zu sprechen. Diese Ausdrücke sind für die Geißelung des »Milosevic-Regimes« reserviert – etwa wenn es sich erdreistet, mit parlamentarischen Mehrheiten ein neues Wahlgesetz mit mehr direkten demokratischen Elementen zu verabschieden.

Allerdings kann man sich auf die amerikanische Renitenz gegenüber den deutschen Plänen nicht verlassen. Schon einmal, so »Newsweek« im April 1999, hatte der CIA von Wien aus an einem Operationsplan »Kick Slobo« gearbeitet, nämlich im Sommer und Herbst 1998. Behutsam wurde mit serbischen Oppositionspolitikern, vor allem aber mit dem Militär Kontakt aufgenommen. Insbesondere der damalige jugoslawische Generalstabschef Perisic gab zur Hoffnung Anlaß: Beim Besuch

der Nato-Spitzengeneräle Clark und Naumann im Oktober 98 soll er sich sehr unzufrieden mit Milosevic geäußert haben. Doch die CIA-Strategie scheiterte, als Milosevic drei Wochen später Perisic und weitere wichtige Generäle feuerte und durch zuverlässigere Personen ersetzte. Gefrustet wechselten die USA die Strategie und wandten sich der UCK zu, die bisher vor allem von den Deutschen gehätschelt worden war. Nach »Kick Slobo« folgte »Free Kosovo« – mit allen bekannten Folgen.

Im Vorfeld der Wahlen mehren sich die Provokationen. Die jugoslawische Grenzpatrouille bringt Schnellboote auf, die ihre montenegrinischen Kollegen passieren ließen – man vermutet Waffenschmuggel. Anfang August wurden von der Bundespolizei zwei Briten und zwei Kanadier, die aus dem Kosovo nach Montenegro eindringen wollten, verhaftet und der Spionage für die Kfor beschuldigt. Zuvor waren schon vier Holländer festgenommen worden. Alles ausländerfeindliche Hysterie, mit der Milosevic Stimmung gegen den Westen und die pro-westlichen Parteien machen will? Dagegen spricht, daß die Holländer vor laufenden Kameras ausführlich berichtet haben, wie sie den jugoslawischen Präsidenten ermorden und anschließend das von Den Haag ausgesetzte »Kopfgeld« kassieren wollten. Nach Aussage der holländischen Antifa-Recherche-Gruppe »Kafka« ist einer der Festgenommenen Mitglied der Nazipartei CP ’86 (»NRC-Handelsblad«). Und was die Festnahme der Briten angeht: Ein paar Tage vorher berichtete ein Offizier der Sonderpolizei Djukanovics dem Londoner »Independent«, daß die 15.000 Mann starke Bürgerkriegsarmee von Spezialisten des SAS – der britischen GSG 9 – ausgebildet werde.

Thomas Becker schrieb in KONKRET 12/99 über den UCK-Führer Agim Ceku

Konkret 09/00, S. 40

Karl Selent

Arafats va banque

Mit Ma imalforderungen haben die Pal stinenser die Friedensverhandlungen in Camp David um Plat en gebracht. Die deutsche Presse sieht das nat rlich anders

Nie zuvor in der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts seit der Besetzung Ost-Jerusalems durch Israel 1967 war ein israelischer Regierungschef bereit, den Palästinensern so weitreichende Zugeständnisse zu machen und dabei so heftige Konflikte im eigenen Land in Kauf zu nehmen wie Ehud Barak. Zehn von 22 Ministern verließen aus Protest gegen Baraks Kompromißbereitschaft bei den Camp-David-Verhandlungen die Regierung. Drei Parteien, Israel B'Aliya, die Shas-Partei und die National-Religiöse Partei (NRP), ließen Baraks Regierungskoalition platzen – nur wenige Stunden nachdem der die Einladung des US-Präsidenten zum Gipfel mit Jassir Arafat angenommen hatte. Barak verlor seine Vormacht im israelischen Parlament, der Knesset, und ist seither auf wechselnde Mehrheiten angewiesen.

Erstmals in der Geschichte Israels wurde der Kandidat der Regierung für das Amt des Staatspräsidenten, Shimon Peres, in der Knesset abgelehnt. Statt dessen wählte sie den Kandidaten der größten Oppositionspartei Likud, Mosche Katsav. Außenminister David Levy weigerte sich gar, seinen Regierungschef nach Camp David zu begleiten. Weit mehr als 100.000 Demonstranten mobilisierte die Opposition zu einer Massenkundgebung gegen Baraks Kompromißbereitschaft – ausgerechnet auf dem Jitzhak-Rabin-Platz vor dem Rathaus in Tel Aviv, auf den bisher die Friedensbewegung abonniert war, und während der laufenden Friedensverhandlungen. Obgleich die israelische Verhandlungsdelegation also offensichtlich bereit war, für einen Frieden mit den Palästinensern, wie der Pariser »Figaro« schrieb, »seit Jahrzehnten unantastbare Grundsätze« aufzugeben, wollte die »Zeit« die Schuld für das vorläufige Scheitern von Camp David ausschließlich bei den Israelis suchen. Deren Angebot ziele nicht auf »Ausgleich, sondern Dominanz«, Arafat werde lediglich eine »Kapitulationsurkunde« offeriert. Israel betreibe ein »Spiel mit dem Feuer«. Schon zuvor hatte die »Bild«-Zeitung die Friedensverhandlungen in antisemitischem Tonfall mit den Worten diskreditiert, es werde »gefeilscht ... wie auf dem Basar«. Das »Neue Deutschland« meinte, Baraks Verhandlungsposition sei »starrsinnig«. Seine Forderungen seien »ungerechtfertigt«, ja sogar »widerrechtlich«. Dagegen entsprächen die palästinensischen Verhandlungspositionen natürlich, wie könnte es anders sein, »exakt dem Völkerrecht«. Ernsthaft wollte das Blatt seine Leser glauben machen, die Regierungspartner Baraks hätten die Koalition platzen lassen und die israelische Opposition »gebärdete sich wie toll« nur wegen der »paar winzigen Zuckererbsen«, die Barak den Palästinensern in Camp David angeboten hätte.

Drei Probleme standen offenbar im Mittelpunkt der Friedensverhandlungen. Die Siedlungen, die Flüchtlinge und der Status Ost-Jerusalems. Die »Zeit« behauptete, »vor allem« die Siedlungspolitik provoziere »neue Gewalt«. Sie sei »der Kern des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern«. Besonders »absurd« sei die Situation in Hebron. In dieser Stadt in der Westbank leben 30.000 Palästinenser, aber nur 450 Juden. Letztere seien, meinte die deutsche Zeitung, »fanatisch« und »gewalttätig«. Absurd ist die Situation in Hebron tatsächlich, aber aus ganz anderen Gründen, als die »Zeit« meint. Auch während der zwei Jahrtausende der Diaspora lebten in Hebron Juden, orthodoxe Juden. Zusammen mit denen in Jerusalem, in Safed oder in Tiberias am See Genezareth bildeten sie den alten Jischuw, die jüdische Gemeinschaft in Palästina. Diese Juden waren keine Zionisten. Zwar »beteten und flehten sie um die Rückkehr all ihrer Glaubensbrüder nach Zion. Diese Rückkehr durfte aber auf keinen Fall ›Menschenwerk‹ sein. ... Nur der Messias könnte ... die Diaspora beenden und einen neuen jüdischen Staat wiedererrichten.« Der Zionismus galt den orthodoxen Juden als »Gotteslästerung«. Sie wollten keinen Staat errichten, sondern beten und »in der Erde von Eretz Israel begraben werden« (Schreiber/Wolffsohn: *Nahost*, Opladen 1996). Dennoch wurden sie, die doch immer schon in Palästina gelebt hatten, 1928/29 Opfer einer im ganzen Land wütenden antijüdischen Terrorwelle. Die Juden Hebrons wurden von Arabern ermordet oder vertrieben. »Das schlimmste Gemetzel von Hebron gab es im jüdischen Krankenhaus Hadassa.« 1931 wurden nur drei Mörder der Pogrome von Hebron und Safed von einem britischen Gericht verurteilt. Die palästinensische Exekutive dagegen erklärte sie zu »unschuldigen Heiligen«. Erst seit 1980 leben wieder Juden in Hebron. Sie erbauten ihre Häuser »genau an der Stelle des 1929 zerstörten Hadassa Krankenhauses« (ebd.). Und der einzige Unterschied zu 1929 besteht darin, daß sie sich heute »gewalttätig« verteidigen. Schön, daß es noch eine anti-antisemitische Gerechtigkeit gibt. Die Wochenzeitung des deutschen Bildungsspießers aber kann, obwohl auf dem Gebiet der heutigen Westbank jahrtausendelang auch immer Juden lebten, in der Siedlung von Hebron und in anderen Siedlungen nur »ein einziges, nüchtern besehen, koloniales Ziel« erkennen, eben »Großisrael«.

Bei den Verhandlungen in Camp David waren die Siedlungen aber nicht der »Kern des Konflikts«. Beide Parteien kamen sich hier in ihren Kompromißlösungen trotz des beschriebenen heftigen Konfliktpotentials recht nahe. Die Israelis waren bereit, »mindestens neunzig Prozent des 1967 besetzten Gebietes dem palästinensischen Staat« zu überlassen. Im Gespräch war, eventuell nordisraelische Territorien mit arabischer Bevölkerung an der Grenze zur Westbank dem neuen Staat einzugliedern, um die 100 Prozent vollzumachen. Dafür waren wohl die Palästinenser bereit, auf die zehn grenznahen Gebiete der Westbank zu verzichten, in denen die überwiegende Mehrheit der jüdischen Siedler lebt. In den zentralen

Gebieten der Westbank sollten »Dutzende von jüdischen Siedlungen aufgegeben« oder zusammengelegt werden (»Allgemeine Jüdische Wochenzeitung«). Im Gegenzug sahen dann die Palästinenser endlich ein, daß ihr Staat nicht »judenrein« sein wird, und man verhandelte über langfristige Pachtverträge für die verbliebenen Siedlungen. Strittig blieb die Frage der Kontrolle über die Verbindungsstraßen zu ihnen.

Jedenfalls scheiterten die Verhandlungen nicht am Problem der Siedlungen, sondern an der Frage des Status für Ost-Jerusalem. Während allerdings auch hier die Israelis eine nie für möglich gehaltene Kompromißbereitschaft zeigten, erwies sich, daß die Palästinenser, beflügelt vom Sieg der islamistischen Hisbollah im Südlibanon, der als »erster arabischer Sieg über Israel« abgefeiert wurde, nicht bereit waren, von ihren Maximalforderungen abzulassen. Israel schlug vor, die arabischen Viertel Ost-Jerusalems der vollständigen zivilen Verwaltung der Palästinenser zu überlassen. Der Jerusalemer Vorort Abu Dis war als Hauptstadt des neuen Staates vorgesehen. Der »Spiegel« berichtete, »sogar über ein Büro für Arafat in der besonders umstrittenen Altstadt« sei verhandelt worden. Jassir Arafat aber beharrte stur auf der vollständigen staatlichen Souveränität über Ost-Jerusalem, vor allem natürlich über die Altstadt mit der Al Aksa Moschee und dem Felsendom.

In dieser Frage stand Arafat unter dem Druck der palästinensischen Islamisten von der Hamas über den Djihad bis zur Hisbollah. Zu einem Konflikt mit ihnen war er, wie schon so oft, nicht bereit. Seit Jahren schon kollaboriert der linksnationalistische Flügel der PLO, die DFLP und die PFLP, mit den Islamisten. Gleich mehrfach hat es gemeinsame Bündnisse und Aufrufe gegeben. Arafats PLO-Fraktion, Al Fatah, hatte des öfteren auf lokaler Ebene oder auf Konferenzen Kontakt zur Hamas. Arafat kann zwar Knall auf Fall neun »kritische Intellektuelle festnehmen lassen« (»FAZ«), weil die einen Aufruf gegen die Korruption in der palästinensischen Autonomiebehörde unterschrieben hatten, aber den Kampf gegen die Klerikal-Faschisten von der Hamas will er partout nicht aufnehmen. Hierin liegt das Haupthindernis für einen Frieden mit Israel.

Beim Problem des Status von Ost-Jerusalem war schließlich das Ende der Kompromißfähigkeit von Ehud Barak erreicht. Der Grund hierfür war jedoch keinesfalls, wie die »Zeit« erneut unterstellte, der »biblische Anspruch« Israels. Der israelischen Verhandlungsdelegation ging es nicht um den religiösen Hokuspokus rund um die Ruinen des ersten und zweiten Tempels unter der Al Aksa Moschee und dem Felsendom. Vielmehr mußte sie ganz profan das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in Israel berücksichtigen: Zwar unterstützt eine Mehrheit der Bevölkerung den Kompromißkurs der Regierung, aber eben keine besonders breite Mehrheit, und die Opposition verharrt in tiefer Unversöhnlichkeit.

Der Mord an Ehud Baraks Vorgänger Jitzhak Rabin offenbarte den tiefen Riß in der israelischen Gesellschaft. Erstmals in der Geschichte Israels schoß aus politischen Gründen ein Jude auf einen Juden. Schon hat die religiöse Gruppierung Kach, aus deren Umfeld der Mörder Rabins kam, Morddrohungen auch gegen Ehud Barak ausgesprochen. Eine weitere Vertiefung der Spaltung hätte keine israelische Regierung verantworten können, ohne die Existenz des Staates selbst zu gefährden. Und genau darauf spekuliert ja die andere Seite. Arafat hat mit seiner Drohung, spätestens am 13. September 2000 einen unabhängigen Staat Palästina auszurufen, einen ungeheuren, nicht nur zeitlichen Druck aufgebaut. Gleichzeitig gab aber sein Beauftragter für internationale Beziehungen zu, es stimme, »daß Barak mehr Konzessionen gemacht hat als Arafat« (»Spiegel«). Barak sei »mutiger und kreativer« gewesen als dieser, reagierte denn auch Präsident Clinton, alle offiziöse diplomatische Neutralität vergessend. An Barak sei der Gipfel nicht gescheitert. »Arafat is unrealistic«, hieß es auch in der »Washington Post«.

Welche dramatische Konsequenz eine einseitige Staatsgründung haben kann, das zeigte zuletzt das Beispiel Jugoslawien: Krieg. Möglich wurde die Entwicklung in Kroatien und Bosnien aber nur, weil die Separatisten erstens internationale Anerkennung fanden, vor allem wegen des Drucks des neuen Deutschlands, und zweitens Moskau als eigentliche Garantiemacht Jugoslawiens passiv blieb. Mit beiden Faktoren scheint die PLO aktuell jedoch nicht rechnen zu können. Zwar bemühte man sich um eine offizielle Anerkennung durch den altbewährten Verbündeten Deutschland. Schon war der Besuch Arafats beim palästinensischen Nationentag auf der Expo als offizieller Staatsempfang geplant. Kurzfristig sagte Arafat aber wieder ab. Die Garantiemacht USA hatte scharf auf die einseitigen Staatsgründungspläne reagiert. Sie drohte mit der sofortigen Kappung der Finanzhilfen für die palästinensische Autonomiebehörde.

Als »vor allem die Fatah, die Partei Arafats«, nach dem Scheitern von Camp David »ihre Anhänger mit Schußwaffen ausrüstete« (»Taz«), rief die israelische Armee Alarmstufe Rot aus und »gab sofort Waffen an jüdische Siedler in den besetzten Gebieten aus« (»Bild«). Noch nie waren sich Israelis und Palästinenser trotz des vorläufigen Scheiterns bei Verhandlungen so nahe gekommen. Die Palästinenser aber könnten, weil sie wie 1948 sich an populären Maximalforderungen berauschen, alles verlieren. Die »New York Times« wurde deutlich: »The last time the Palestinians used guns against Israeli guns was in a place called Lebanon, and it ended with the PLO on a boat to Tunis«.

Karl Selent schrieb in KONKRET 8/2000 über die deutschen Freunde der Hisbollah

Konkret 09/00, S. 42

Peter Köllert

In diesem Sinne - Antifa:Jetzt geht's looooos!

Die Bundesregierung will eine Offensive gegen Rechtsextremismus. Werbeträger sind bisher Veronica Ferres (»das schönste Gesicht des Antifaschismus«) und das Gesangsduo »Wildecker Herzbuben« (»Rock against Racism«), deswegen haben auch die Hormonindustrie und der Bundesverband der Kälberzüchter ihre Unterstützung zugesagt. Unverständlich eigentlich, warum die mutige Journalistin Sabine Christiansen und der polyglotte Lothar Matthäus nicht an der Spitze stehen. Auch der PDS-Vorstand will übrigens mitmachen – vielleicht schickt er ja die Puhdys ins Rennen?

Die gesellschaftliche Basis gegen Rechts zu mobilisieren ist ja durchaus ein guter Gedanke. Nur sind die Initiativen, die in den letzten Jahren genau das versucht haben, von den frisch gekürten Bannerträgern des Antifaschismus bislang bestenfalls belächelt, nur zu oft auch kriminalisiert worden. Noch im Januar bedurfte es der Ermahnung des Auslands, um die Behörden dazu zu bewegen, zögerlich und halbherzig gegen den Nazi-Marsch durchs Brandenburger Tor vorzugehen. Am 1. Mai hat der Berliner Innensenator Werthebach einen NPD-Auf-zug genehmigt, die gleichzeitige Antifa-Demo aber verboten. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) wurde bisher noch in jedem Verfassungsschutzbericht wegen ihrer staatsfeindlichen Umtrie-be aufgeführt, gegen Mitglieder der Antifaschistischen Aktion (AA/BO) wird wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt.

Aber das sind ja alles Dilettanten. Jetzt kommen die staatlichen Experten. Schon wird auf der Expo ein Großkampftag gegen Rechts vorbereitet, die Telekom ruft zu einer Lichterkette im Internet auf, und Tante Käthe trimmt die Nationalmannschaft auf Angriff ausschließlich über die Mitte-Links-Achse. Die Bewegung wird immer breiter: Leni Riefenstahl dreht einen Videoclip mit ausgesucht schönen Negerkindern, die Böhsen Onkelz geben ein Benefizkonzert auf dem Obersalzberg, Martin Walser stiftet den Erlös seines neuen Buches. Die Bundeswehr plant sogar eine Werbetournee ins Ausland, vermutlich auf den Balkan. Gestern gab der Verteidigungsminister das Motto bekannt: »Kein Faschismus in Deutschland – und auch nicht anderswo!«

Konkret 09/00, S. 42

Ralf Schröder

In diesem Sinne - Böse Onkels

Wie anderwo auch werden in Amerika die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher. Wie anderswo auch schafft die Regierung in Amerika mal mehr, mal weniger Kriegsgerät an, und wie anderswo auch laufen in Amerika Politiker herum, die Abtreibung verbieten wollen und Fremdlinge hassen. Alle vier Jahre nimmt etwa die Hälfte der erwachsenen Amerikaner an einer Abstimmung teil, die darüber entscheidet, wer das Land regieren soll. Immer wenn diese Abstimmung bevorsteht, werden die Deutschen hellhörig. Man wüßte nur zu gerne, was die Amerikaner wieder vorhaben. Die meisten Deutschen, erst recht die Linken, mögen eher Figuren wie Kennedy, Carter oder Clinton, weil: Die wirken irgendwie menschlich.

Für das Amerika der CIA-Schurkereien, der internationalen Verschwörungen, der Kriegstreiberei, der gnadenlosen kapitalistischen Kartellwirtschaft usw. steht hierzulande traditionell das Präsidentenpersonal der Republikanischen Partei. Ty-pen wie Nixon, die vor nichts zurückschrecken. Vor beinahe zwanzig Jahren bekämpfte die schwarzrotgoldene Friedensbewegung, überzeugt von der baldigen Entfesselung des »atomaren Holocaust« durch den amerikanischen Präsidenten, ihre Furcht vor dem Dämonischen durch einen phantasievollen Sprechgesang: »Sonne statt Reagan«.

Als vor ein paar Wochen die Republikanische Partei den reaktionären Trottel George W. Bush (jun.) zu ihrem Präsidentschaftskandidaten erkor, waren die üblichen Reflexe zu beobachten. Die Linke witterte echtes Unheil. In der »Jungen Welt« war feindselig vom »Todesstrafenkönig« die Rede, andere, die Clinton stets für einen – manchmal gerade verhinderten – Bruder im zivilgesellschaftlichen Geiste hielten, analysierten mit mehr Hingabe. In der »Zeit« warnte unter der Schlagzeile »Ronald der Zweite« ein amerikanischer Gastkommentator davor, Bushs Hinwendung zum Sozialpolitischen für bare Münze zu nehmen. In der »Taz« wurden Schandtaten prophezeit, die stark an die Avantgarde rotgrüner Gesellschaftspolitik erinnern. Bushs Programm sei »die Neuerfindung des Sozialstaats als Nachbarschaftshilfe – Gemeinschaft statt Gesellschaft«. Im »Freitag« stand, Bush und sein Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten, Cheney, seien als »Dream Team« der Ölindustrie und damit im Auftrag der Apokalypse unterwegs. Die Losung: »Nach uns die Sintflut.« Das deutet darauf hin, daß demnächst die hiesige linke Amerika-Kritik neue Blüten treiben könnte. Die ist traditionell fast so reaktionär und trottelig wie Bush. Keine schöne Aussicht.

Konkret 09/00, S. 42

Rayk Wieland

In diesem Sinne - Alle wieder hinlegen

Besonders mutig war es nun nicht gerade, daß die »FAZ«, nachdem sie ein ganzes Jahr in verkniffener Subordination die neueste deutsche Rechtschreibung auf Tausenden ihrer Seiten brav exekutiert hatte, jetzt großspurig und heldenhaft die Abweichung von der Reform bekanntgab und sich den Rückfall gleich als erstes selbst verordnete, denn welche anderen Sanktionen oder gar Gefahren waren denn zu befürchten als Beifall, Zustimmung und höchstes Lob? Keine unangenehmen jedenfalls, was aber etliche Autoren und Autorinnen nicht hinderte, der Redaktion der Zeitung des Großkotzbürgertums in nicht enden sollender Devotion ihre Aufwartung zu machen: »Es gehört Mut dazu« (M. Walser); »Die Sache triumphiert« (G. Kunert); »Loben und preisen muß man sie ... für Eigensinn, für den Nachweis von Autonomie, ja Autarkie« (E. Henscheid); »Gut, daß man« (Herta Müller); »Ich fühle mich bestätigt« (G. Grass); »Die FAZ zieht den logischen Schluß« (L. Rathenow); »Endlich können wir alleinstehenden Menschen uns nun, da wir nicht mehr allein stehend sind, wieder hinlegen« (E. Jelinek); »Ich beglückwünsche« (H. M. Enzensberger); »Ein grandioser republikanisch-demokratischer Akt« (M. Maron). Hier geht's, soviel ist leider klar, ums Eingemachte. Ein Jahr hatten die Damen und Herren die Hosen, die sie jetzt herunterlassen, voll. Kein schöner Anblick.

Deutschland war ja gewiß nie eine Gelehrtenrepublik, sondern immer bloß ein fliegendes Klassenzimmer, aber dieser gemeinschaftliche Widerstand gegen die Staatsgewalt geht über einen Schülerstreich weit hinaus, so daß der Verfassungsschutz mal prüfen sollte, ob hier nicht die Bildung einer terroristischen Vereinigung nach Paragraph 129a vorliegen könnte und geahndet werden müßte. Zumal sich drei alte Kommunisten gleich an die Spitze des Aufstands gesetzt haben, Peter Hacks, Stefan Heym und Hermann Kant, die in einem Telegramm an die Chefredaktion des »Neuen Deutschlands« die unmißverständliche Anweisung durchstellten: »Rückkehr zur deutschen Rechtschreibung kann betrachtet werden als möglicher erster Schritt einer Rückkehr zur deutschen Kultur. Erwarten uneingeschränkte Solidarisierung des Neuen Deutschland mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in der Orthographie-Sache.«

Die deutsche Kultur, deren Rückbeförderung qua »ND« hier veranschlagt wird, hatte seit der vorigen Rechtschreibreform, also seit Beginn des 20. Jahrhunderts, der unschönen Szenen doch etliche zu viele, als daß uns dieses Engagement in der »Orthographie-Sache« zu einer Herzensangelegeheit werden möchte.

Konkret 09/00, S. 44

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Netzpromo

Das Pressebüro Gebhardt-Seele, München, informiert: »Der unaufhaltsame Vormarsch des Internet hat aus der passiven Fernsehgesellschaft eine neue Generation herausdestilliert.« Aus der Brennblase schleuderte der Sturmlauf des WWW keine innovative Baureihe von Couch potatoes, sondern kroß angekohlte Matschbirnen, die eine die X- und die Golf- und die Gucciabräumende brandgeile Generation Jünger bilden, eine: »Wagnisgeneration«; eine, praktisch, Generation Garnison, die es riskiert, sich zur Zielgruppe zu bilden (bzw. bilden zu lassen): »Das aktive junge, entscheidungsfreudige und gutverdienende Mitglied jener neuen Generation, die auch für die Werbewirtschaft immer die interessanteste Zielgruppe bildet, ist endgültig nicht mehr das, was man bislang altväterlich den ›Verbraucher‹ nannte. Längst haben solche Leute aufgehört, willenlos der Werbung zu folgen, wahllos zu konsumieren oder kritiklos zu glauben, was ihnen die salbungsvoll-sülzigen Hochglanzbroschüren suggerieren wollen.«

Einen Schweinskopf ruft man eben unvermindert einen Kopf. Und der darf Manipulation als Innovation der »Kunst des Public Involvement« ausschreien: »Wie kriege ich Leute zum Mitmachen?« Das ist wirklich die falscheste sämtlicher Fehlfragen, heute.

Netzsprache

In-sein heißt Drin-sein, Internet Mitmachnepp. Die Welt, die den Kaufakt zum Ausweis – und zum einzig gültigen, zum letztgültigen – von Autonomie stilisiert, wird nicht betrogen. Sie weiß längst nicht mehr, daß es ihn einmal gab, den (nicht allzu freien) Willen. In jeden Hintern zu kriechen und den Lug der »Inhalte über den Lifestyle der Zukunft« (Preßbüro) zu inhalieren, zu internalisieren und zu infernalisieren muß dennoch gelernt sein. Um den Wechsel auf die Zukunft des Heute zu lösen, bedarf es der Beherrschung des New Speech. Die Homepage der Hypovereinsbank (changes.de) offeriert ein Wörterbuch der »New Economy«, zugedacht Ein-, Auf- und absturzgefährdeten Quersteigern. Das erbarmungslos heruntergedroschene und -geladene Stroh der saudummen Kerls, der Involver und Inventer, der Internatoren und Innovatoren, die keinem *Wörterbuch der Gemeinplätze* satisfaktionsfähigen Blähphrasen – sie »entstehen ... ganz subversiv auf Fluren und in Großraumbüros«, und dort ventilieren sie die wuschigen Schädel, die plietschen Weblauttreter. Jene machen »Betamaxen« beim »Blamestorming«, Folgen: »Brain Drain« und »Burn (Out) Rate« wg. »Daytrading«, »Data Mining«, »Domain Grabbing«, »Rational Overchoice« und pfeilspitzen »Targetings«. Da hilft auch keine »Win-Win-Situation«, höchstens »Inhalt«, welcher, allein, jetzt den Namen »Content« trägt: »Im Kampf um die Gunst des Kunden ist Content zu einer entscheidenden Schlüsselgröße geworden (›Content is the key!‹). Die Macht in der Wertschöpfungskette verlagert sich demnach zunehmend zu denjenigen, die die Nutzungsrechte am Content halten.«

Was da das Lemma »Marktkapitalisierung« verloren hat, weiß die Meise derer, die der »Glokalisierung« (»eine Haltung, die Weltoffenheit mit starker lokaler oder regionaler Verwurzelung verbindet«) dienen.

Netzethologie

Bei der Stange halten die Machthabenden die flexiblen Digital Worker durch artgerechte Aufzucht nach Maßgabe der gottnatürlich-kreatürlichen Nahrungskette: unten schuften, oben die Gewinne wuchten; aber immer mit Spaß an der Freud' und angesichts menschenwürdiger Dienstleisterbedingungen, sprich in »Cubicles«, so das Wörterbuch: »Legebatterieartige Aufteilung von Büroräumen in kleinere Einheiten durch Stellwände aus Pappe und Sperrholz. Cubicles sollen ... die Legeleistung der Mitarbeiter steigern.«

Netzethik

Das globale Arschlochhausen, das World Wide Web, braucht selbstredend eine Ethik, eine Verfassung der befreiten, freigesetzten Freethinker, und deshalb emittierten die Exwerber Levine, Locke, Searls und Weinberger das »Cluetrain-Manifest«. Nein, eine Philosophie der Sprache und der Sprechakte von Locke bis Searle intendieren die vier Musketiere nicht, eher in Luthers Deszendenz einen gerüttelt »pestartigen« (Karl Kraus) Anschlag auf den krümeligen Restverstand des wirren Virtual Age.

Verheuchelter heulte es selten. Der »Neuordnung der Wirtschaft durch das Internet« stemmen die Scheinheiligen ihr Credo »Zurück zum Menschen« entgegen, Kapitalismuskritik der Heilsarmee, die behauptet, die Geschäfte noch effizienter und gewinnträchtiger abwickeln zu können. Wo oder wer ist das Subjekt? »Entwickelt sich das Netz, oder wird es entwickelt?«

Und: »Ist das Internet Kultur?« – »Märkte sind Gespräche«, starten die Marktpimpfe up, denn, These zwei, »die Märkte bestehen aus Menschen«, und »Gespräche zwischen Menschen klingen menschlich. Sie werden mit menschlicher Stimme geführt.« Müßte meinen: Gebt den Märkten ihre menschliche Stimme zurück! Klingt aber so: »Hyperlinks untergraben Hierarchien.« Auf dem »diskursiven Marktplatz Internet«, der die kindische Kramladenutopie eines unreglementierten, horizontal selbstorganisierten, endlosen Netzgespräches realisiert, soll dem »Bedürfnis nach menschlicher Nähe und persönlichen Beziehungen« Geltung verschafft, derridaid das »metaphysische Konstrukt namens ›Firma‹« dekonstruiert, die »homogenisierte ›Stimme‹ des Geschäftslebens« gebrochen und Wilhelm von Humboldts lichte Dialogizität Wirklichkeit werden – gegen die »Marktschreier«, »Brüller«, »TV-Spots«, zugunsten einer »Öffentlichkeitsarbeit«, die den »Strukturwandel« (Habermas) ernst nimmt und die Tendenz zu »Unternehmen« mit »Sinn für Humor« und Märkten, die »von Lachen erfüllt sind« und »echte Werte« propagieren, forciert.

Der verblasen antiautoritäre »Schwindel der Kommunikation« (Adorno) kommt grotesk zu sich – in einem Webkommunitarismus, der den »Jahrmarkttricks« abschwört, die paranoiden, gepanzerten Altindustriekolosse therapiert, die wahre Gemeinschaft des redlichen Neuen Marktes inthronisiert und die kranke Welt kuriert: »Ein gesundes Intranet organisiert Mitarbeiter in vielerlei Hinsicht. Seine Auswirkungen sind radikaler als jedes Gewerkschaftsprogramm.«

Zwischen den Rechnern spinnen alle gleich.

Netzevolution

Die Gescheiten unter den Usern haben längst erkannt, daß Gefahren drohen. Eine unbekannte Form der Klassengesellschaft scheint sich zu etablieren. »Die Nutzer sind die globalen Gewinner, intelligente, gut versorgte, gebildete Eliten der westlichen Welt«, feiern die Deppen von brandeins.de den Clou des Cluetrain-Traktats, doch der Zug fährt für viele ab, Richtung Netznirwana.

»Geheimnisse, Herrschaftswissen«, so brandeins: passé. »In komplexen Strukturen gibt es keine Sieger und Verlierer, nur noch komplexe Strukturen. Und die sind gut für alle.« Und während Luhmann das leider nicht mehr erleben durfte, klafft die Kluft des »Digital Divide« (Hypovereinsbank). »Spiegelreporter« 8/2000 besorgt darob die nationale Besinnung und eruiert titelläutend: »Smarter, reicher, egoistischer – Die Internet-Deutschen«. Teilrepräsentiert durch den Leimener AOL-Leimsieder Becker, Boris, stehe das Land vor der Frage, »wie sich Deutsche mit Internet von Deutschen ohne Internet unterscheiden«. Die gewaltige Zahl der »Know-Nots« bereite Anlaß zu Kummer, denn jene, »die mehr wissen, mehr können, mehr erreichen«, enteilten jenen, denen zur Einlösung des »Menschenrechts auf Internet« wahrscheinlich schlicht die Kohle fehlt. Die Panik der Loser wüchse, während die Lebensqualität der smarten Netzexistenzen ins beinahe Unermeßliche steige.

Es muß dies »Beckerhafte« (Gerhard Polt), dies auratisch Simpelnietzscheanische sein, was die Onliner »erotischer«, »flexibel«, »leistungsbereit« mache, vulgo neuerlich ein paar Bytes dümmer. »Ich will Macht und Einfluß«, posaunt, wer »dazugehört« zur Big Community der ekstatisch Medialisierten. »Das Online-Sein verändert das Bewußtsein«, konstatiert »Spiegelreporter« nicht ganz falsch und featured Paulus Neef, den Pionier der quicken Blahexistenzen, welche täglich »die Bosse der Old Economy heraus(fordern)«. Neef, Gründer der Multimediaagentur Pixelpark und »Galionsfigur einer neuen Elite«, liest dem »Proletariat der vernetzten Wissensgesellschaft« leise die Leviten, wie's der Netzstil verlangt. Der Aff' steht am Ende einer Entwicklung, die das Katzbuckeln vor den Zwängen der Ausbeutergesellschaft zur hohen Tugend und zum Wunsch permanent-freiwilliger Selbstversklavung umdeutet. Die »Vision einer Menschheit, die am Netz hängt«, perfektioniert weihevoll und schaumsprachengeboren die »Marktwerdung des Menschen« (Horst Tomayer). Das notwendige »Life-Long-Learning« bedeute »Innovation, Verantwortung und Gestaltungsfreiheit« und nicht Enzensbergers selige, sondern Schlaubergers »Mediensouveränität« ohne Quengler und Querulanten: »Da brauchen sie keinen Betriebsrat ... Dann kommt keiner im Traum auf die Idee, nach geregelten Arbeitszeiten zu fragen.«

Die obszöne Erotik der Exploitation zu toppen und die Netnarrheit auf die fällige Everesthöhe zu hieven, dafür braucht es allerdings den »Spiegel«-Kommentar: »Er hat verloren, und das ist er nicht gewöhnt. Er zeigt sich weich, auch das ist New Economy.«

Trotz Hardware: Die weiche Rübe rules.

Netzliteratur

Sind die Herrschaftsverhältnisse geregelt, dackelt irgendwann die »Kultur« hinterher und verschafft sich, z. B. als Quatschbude der »nicht-linearen Echtzeit-Verknüpfung« und »Assoziations-Blaster« zwecks »Gewinnung von nutzbaren Wörtern oder Sätzen« (berlinerzimmer.de), ihre Auftritte auf der Bühne der Sensiblen, Wachen, Kreativen und skribierenden Müllwegbringer. Das »Forum der Dreizehn« des Rendsburger Nordkollegs (nordkolleg.de) diskutiert Probleme des Domain Grabbings. »Lieber Thorsten, das ist doch lächerlich. Wer soll uns denn was wegnehmen? Was denn? Eine Domain-Adresse? Lachhaft, entschuldige. Wir sind doch nicht in einem James-Bond-Streifen. Gut, wir wollen

das geheimhalten, niemand soll wissen, daß die wilde Dreizehn nach einem wilden und geheimen Geheimnis sucht«, quallt der notorische Dieb Heiner Link (er bestiehlt z. B. Eugen Egner und nobilitiert die stümperhaften Plagiate zur genialen Verbesserung des Originals), und die Kumpel rhabarbern um die Wette, wie man via Homepage seinen erbärmlich eitlen Mist lancieren soll.

Jeder Kulturfurz freilich hat ein Programm und so Gedanken: H. Links quasi semantisch und contenty netrelavante »an Anitas Titten« oder Mirko Bonnés »Todtnauberggedanken«: »Celan denkt Heidegger heil / die Haken am Brunnenkreuz – / er / vom Berg, / der Toten-Au, / auf der Hut. / Zeichne, / Klugscheißer, / Knabenkrautfresse, / Nordmoos ins Gastbuch, / Marsch, / du Stern, / höheres Moor, / ins Gasbuch, / ins Gasbuch. / Ach, Antschel. / Stimme. / Still.« Darob ernten Deutschlands »Grübeldichter« schöne »Tage in Rendsburg«, was zweifellos die Ziele der gemeinhin mies behandelten Arno-Schmidt-Stipendiaten einlöst: Texte mit »Nachhaltigkeit«, ja »Geschichtsfähigkeit« zu schaffen, so Norbert Niemann gegenüber der »Frankfurter Rundschau« (9.9.1999), und, »eine positive Setzung«, den Waren- und Betriebscharakter der Literatur, die man gleich »saisonalen Hollywoodfilmen oder ... Popmusik« verscherbele, zu konterkarieren durch Diskussionen »ohne Anwesenheit der Medien«. Vor dem streng geheimen Chatting brummt die Proklamation: »Schließlich sind es längst nicht mehr die Autoren, die Literatur definieren. Vielmehr werden die Autoren und damit die Literatur von den herrschenden Verhältnissen definiert.«

Die eine Antidefinitionsmacht »protestiert ganz leise« (»Zeit«, 9.9.1999), die andere, das 1999 abgespulte »Null«-Projekt des DuMont Verlages (einsehbar unter dumontverlag.de), produzierte genuine »Netzliteratur«. Eine Sternkarte illustriert den Grad der mutmaßlichen Verlinktheit der Poeten, »die die spezifischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums nützen« (Georg M. Oswald in »Die Welt«, 9.10.1999). Sie halten sich für »Schriftsteller«, die »auf den Betrieb reagieren und eingreifen«, »ohne Drehbuch, ohne feste Inszenierung«, und »die Texte, die dabei entstehen, sind durchaus auch literarisch interessant«, sofern Literatur durchaus auch literarisch interessant sein soll.

Der Brechtsche Aktivleser erfährt aus den Tiefen der Conceptnetart u. a., wie der dekonstruktivistisch ambitionierte Schwatzwächter Thomas Meinecke am 26. April 1999, den bis dato angefallenen Müll Revue passieren lassend, bei dem Versuch, »etwas zu finden, das so in keiner auf Papier gedruckten Anthologie oder Zeitschrift zu lesen wäre«, findet, daß, den unvermeidlichen Th. Hettche referierend, »die Rituale des Bleistifts nicht mehr gelten« und selbst ohne Handkes frühe Fummelstücke »das Journalhafte, Fragmentarische als besonders gut ins Internet passend ..., sozusagen Pop«, dünke.

Rainald Goetzens megalomanisches Geschnatter zu imitieren, der herkuleischen Aufgabe kommen tapfer die (teils identischen) Dandys von »pool« (ampool.de) nach, um zu vermelden, welche hippe Dichterparty steigt, wo Herr Krausser rumbölkt, Chr. Kracht die Schuhe putzen läßt, wie Schulterklopfen und Namedropping gehen und was des weiteren nicht interessiert: nämlich, verlautbaren die Initiatoren Elke Naters und Sven Lager, die »eigenen, neuen Formen«, »der Versuch, Literatur und Leben zu verbinden« und, achgottele, »eine moderne Netzvariante des literarischen Salons«.

It’s Tom Kummer speaking: 8 reasons why our partners say POOL is the best choice: it makes you, not high, but MORE: more capable / more powerful / more attractive / more clever / more sexy / more smart / more efficient / more happy / WHATS WRONG WITH THAT?

Evenduöll, wie der Sturmlauf wider das »Word-Posing«, J. Laarmanns fröhlich bis depressiv verwildertes Mediendiarium jlfrontpage.de, am 31. Juli 2000 reflexiv und Meinecke-metadiskursiv preisgibt: »Das Tagebuch nervt gerade ... denn alles, was hier stehen könnte, darf hier nicht stehen ... supergeheimnisvolle Geheimnisse also – pure shit und totale Rücksichtnahme, nicht zuletzt auf sich selbst. Hi-Gloss-Glam-Gossip-Pussis werden sich freuen können, denn der Tag, an dem everything revealed wird, ist nah.«

Und sie kam, die Stunde, zu der man wußte, »das ganze Internet-Geblubber geht einem manchmal schon auf den Nerv« (ebd., 4. August), manchmal im Absolutiv.

Konkret 09/00, S. 47

Rayk Wieland

Sein Leben

Kulturkolumne

Seit Monaten stehen die Memoiren von Marcel Reich-Ranicki an der Spitze der Bestsellerlisten. Das in der Deutschen Verlagsanstalt erschienene Buch mit dem Titel *Mein Leben* hat sich mittlerweile über eine halbe Million mal verkauft, und niemand scheint besonders erklärungsbedürftig zu finden, daß diese Erinnerungen die im Bestseller-Genre eher beheimateten Schwarten wie *Der Weg zur finanziellen Freiheit* von Bodo Schäfer oder *Mein langer Lauf zu mir selbst* von Joschka Fischer weit hinter sich lassen – außer, er, Marcel Reich-Ranicki, selber, der in einem Gespräch mit der »Bunten« jedenfalls entschieden versucht hat, das Gespräch von Sexual-Internas einer Kritiker-Kollegin weg und auf den Erfolg seiner Memoiren hin zu lenken: »Sagen Sie mal«, unterbricht er dort den ihn interviewenden Faselanten müde, »es ist für mich ein wichtiges Thema. Wissen Sie, daß von meinem Buch jetzt 545.000 Stück verkauft sind? ... Weit über eine halbe Million. Und Übersetzungen in acht Sprachen.«

Acht Sprachen, das ist etwas mehr, als selbst notorische Fernsehkasper normalerweise einfahren: Nicht liegen kann es an der literarischen oder dokumentarischen Qualität des Werks, das einen Lektor hätte gut gebrauchen können; auch die paar Literaturbetriebs-Enthüllungen, die Reich-Ranicki nur dezent ausplaudert, können den Erfolg des Buches kaum rechtfertigen; ebenso steht es mit seinen doch sattsam bekannten Einlassungen zu Freund und Feind in der überschaubaren literarischen Welt; und hinzu kommt, daß Reich-Ranickis Buchhalter-Leben hinter der Schreibtischkante furioser Partien und psychologisch brisanter Momente ermangelt. Die schrecklichen Erlebnisse und Erfahrungen, die er in seiner Jugend unter dem Naziregime machen mußte, sind ein anderes Kapitel. Sollte aber gerade dieses die zuvörderst Deutschen massenhaft zum Kauf der Autobiographie bewogen haben?

Es hat in den letzten Jahren eine Reihe von Büchern, Filmen und Wortmeldungen zur Shoa gegeben, die ein großes Publikum fanden. Dazu zählen Daniel Goldhagens Studie über Hitlers willige Vollstrecker, Steven Spielbergs Film »Schindlers Liste«, und dazu zählt auch die Walser-Bubis-Debatte um angemessene Formen des Gedenkens. Das frappierende Interesse der Deutschen an diesem Diskurs könnte evtl. damit zu tun haben, daß hier Entlastungsmodelle angeboten und Effekte eines positiven nationalen Selbstbezugs erzielt wurden. Nachdem etwa Goldhagen den über Jahrhunderte gewachsenen eliminatorischen Antisemitismus als Ursache des Massenmords an den europäischen Juden herausgearbeitet hat, attestiert er den Deutschen für die Zeit nach 45 überraschenderweise demokratische Reife; in Steven Spielbergs Film agiert ein positiver deutscher Held; und Martin Walser führt ein von seiner Vergangenheit entlastetes normales Deutschtum im Schilde.

Reich-Ranicki verfährt in seiner Lebensrückschau ähnlich. Auch seine Autobiographie kann als eine happy-ending Holocaust-Story gelesen werden. Er hatte Glück und überlebte, und während er mit eigenen Augen ansehen mußte, wie seine Eltern ins Gas selektiert wurden, kam er durch eine Laune des Zufalls davon. Seine Schilderungen der Deportation, des Lebens im Warschauer Getto, der alltäglichen Mißhandlungen durch die Deutschen, so erschütternd sie sind, werden allerdings fatalerweise durchweg begleitet von Lobeshymnen auf die deutsche Kultur und speziell die deutsche Literatur, die ihm stets Insel der Seligkeit und Zufluchtsort in einer Welt voll beispielloser Greuel geblieben ist.

Im Oktober 1938 wird er, 18 Jahre alt, als einer der ersten aus Berlin nach Polen deportiert. Sein Gepäck besteht aus einem Balzac-Roman, einem Reservetaschentuch und einem unsichtbaren Schatz: »Aber ich hatte noch etwas auf die Reise mitgenommen, was freilich unsichtbar war ... Denn ich hatte aus dem Land, aus dem ich nun vertrieben werden sollte, die Sprache mitgenommen und die Literatur, die deutsche.« Auf der einen Seite die Nazibestien, die seine gesamte Familie, die Familie seiner Frau, die Schulfreunde ermorden, auf der anderen Seite die unbefleckte deutsche Kultur – dieser Dualismus zwischen konkreten deutschen Menschen und erhabener deutscher Kunst ist Axiom und Angelpunkt der Erinnerungen. Und es kommt Marcel Reich-Ranicki gar nicht in den Sinn, daß jene, die es auf sein Leben abgesehen hatten, dieselbe Erziehung genossen und dieselbe Literatur im Tornister hatten wie er selber. »Des Sieges der Alliierten«, erinnert er, »war ich den ganzen Krieg über sicher ... Daran war wohl das preußische Gymnasium schuld, das mir immer wieder, auch im Deutschunterricht, beigebracht hatte, daß in der Geschichte der Menschheit letztlich stets die gerechte Sache triumphiere.«

Nun ist zwar Reich-Ranicki weder sein glückliches Überleben der Shoa noch sein beruflicher Erfolg in der Bundesrepublik vorzuhalten oder vorzuwerfen – um ihn, Marcel Reich-Ranicki, geht's ausnahmsweise nicht. »Wer dem Getto entkommen ist«, dekretiert Hermann Gremliza (in KONKRET 10/99) zu Recht, »darf sich jeden unserer Ansprüche an sein Leben verbitten.« Geklärt werden soll lediglich, warum die Deutschen ihm seine Erinnerungen abkaufen wie Steuertips.

Die Marktgängigkeit einer bestimmten Sorte von Holocaust-Artikeln zu erhellen, verlohnt es vielleicht, einen Blick auf eine der berühmtesten Schriftstellerinnen der Welt werfen: das jüdische Mädchen Anne Frank. Ihr Tagebuch ist eines der erfolgreichsten Werke der Literatur dieses Jahrhunderts. Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung

an der TU in Berlin, hat vor Jahren auf eine heikle Ursache für die anhaltende Popularität des Buches hingewiesen: »Auf das Seelenleben des ›ungewöhnlich begabten und empfindsamen Kindes‹ (Verlagstext) konzentriert sich ein Interesse, das die Realität des Völkermordes kaum ahnen läßt. Das Grauen des Holocausts ist in Annes Tagebuch begreiflicherweise nicht thematisiert, der Beginn für die Autorin und das Ende der Aufzeichnungen fallen zusammen ... Der Transfer der Verfolgungssituation in die private Lebenswelt versteckter Verfolger, bei der Fakten millionenfachen Mordens nicht zur Handlungsebene gehören, erlaubt Annäherungen ohne den existentiellen Schrecken, der den Leser bei der Beschreibung von Erinnerungen ans Getto, ans KZ und an die Vernichtungslager erfaßt. Der Schrecken steht der Empathie im Wege.«

Der Schrecken steht der Empathie bei Marcel Reich-Ranicki keineswegs im Wege. Die Grausamkeiten des Lebens im Getto werden in seinen Erinnerungen nicht ausgespart. Empathie stellt sich in seinem Fall über einen Umweg her: Als Mitgefühl der Deutschen mit einem Menschen, der unentwegt ihre Kultur hochhält und lobpreist und den die Nazis dessenungeachtet mit Verfolgung, Mißhandlung und Tod bedrohen. Mit einem, der damit sogar noch nach dem Krieg fortfährt: ins Land der Täter übersiedelt, um ihnen und ihren Kindern die deutsche Literatur nahezubringen. Mit einem, dessen beispiellose Karriere in Deutschland als eine Art Heimkehr und späte Wiedergutmachung gelten könnte.

So verstanden handelt es sich bei dem Plot von Marcel Reich-Ranicki um einen hollywoodreifen Stoff, in dem Unschuld, Verfolgung und Todesnähe schließlich in die wunderbare Rettung, in Vergebung und Erfolg münden. Einen Stoff, dessen Held vergibt, ohne zu vergessen, und vom Getto-Juden zum Literaturpapst aufsteigt. Einen Stoff, in welchem die Deutschen ein Volk spielen, dessen Ideale über seine Grausamkeiten triumphieren. Und um ein Happy-End, das das Publikum nicht nur zu erbauen, sondern sogar über seine eigenen Verfehlungen zu trösten vermag. Wenn in den Erinnerungen von Marcel Reich-Ranicki der Vorhang fällt, bleibt kein Auge trocken.

Konkret 09/00, S. 48

Georg Seeßlen

Die Konsensmaschine

Die Berliner Ausstellung »Sieben Hügel« inszeniert das totalitäre Weltbild der Neuen Mitte

1

Das Museum ist der schönste und schrecklichste Ort der bürgerlichen Kultur. Hier wird aufgehoben und ermordet, geraubt und verstanden, aufgeklärt und gelogen. Das Museum verwandelt Geschichte in Ästhetik, Ästhetik in Ideologie, Ideologie in Familienglück. Die Legende geht, daß das bürgerliche Museum irgendwann selbst gemerkt hat, daß etwas mit ihm nicht stimmt. So erfand man so furchtbare Dinge wie »Museumspädagogik" oder den »Ausstellungsevent«. Ich glaube nicht an diese Legende. Ich stelle mir vielmehr vor, daß man in den Museen gemerkt hat, daß die meisten Menschen nicht mehr kommen, um sich in den Beutekammern von Kapitalismus und Kolonialismus die Erkenntnis der Welt und ihrer Ordnung vorgaukeln zu lassen, sondern um des Alptraumes willen, der hinter den Exponaten und in den Vitrinen steckt, wegen der Geister, die sich ja, wenn etwas so augenscheinlich »gezeigt« werden soll, aus den Bildern bewegen müssen. War das nicht unser Lieblingsspiel: den besten Dreh zu finden, um die Ordnung, die man sich im Museum herzustellen bemüht, im lustvollen Chaos versinken zu lassen? Alles, was nun das »moderne Museum« verabscheut, die strengen kubischen Räume, die serielle Sauberkeit des Ausgestellten und seine sinnlose Überfülle, das manische Trachten nach Vollständigkeit und Genauigkeit, war die eigentliche Tugend dieser bürgerlichen Schlüsselinstanz. Ein Museum ist, wenn man es nur mit dem richtigen Blick betritt, nichts anderes als die äußere Dingwelt eines Horrorfilms. Man hat die Gegenstände aus einem Leben entfernt, ihrer Geschichte entzweit, des Gebrauchs beraubt, und nun schreien sie nach dem Blut der Täter, greifen sich aber gern schon einmal das Hirn eines unschuldigen Besuchers, wenn es denn unschuldige Besucher im Museum gibt.

Dieses Museum der schönen Alpträume, in dem die Dinge und die Besucher sich selbst überlassen bleiben, gibt es nicht mehr häufig. Was nach dem bürgerlichen Museum kam – die Ausstellung als Event, das selbstreferentielle Museum (das Museum der Musealisierung, sozusagen) – , versucht erst einmal, seinen Raum aufzubrechen und sich dramaturgisch zu dynamisieren. Die Gespensterjagd, die im alten Museum noch möglich war, ist nun gleich mit ausgestellt, mein kleiner Spaß, die Dinge auch anders zu sehen, ist mir genommen, denn nun sagt jedes Exponat, jede Legende: Du muß die Dinge anders sehen! Was krank ist, zeitgemäß krank an der Verwandlung des Museums in einen Ausstellungsevent, zeigt exemplarisch die »Jahrhundert-Ausstellung« im Berliner Martin-Gropius-Bau, schon in ihrem Titel, »Sieben Hügel«, offen unbescheiden, ein neues virtuelles Rom, eine Weltmacht positiver Wissenschaft und Ästhetik ankündigend, die wahre »Weltausstellung«, und im Gegensatz zu dem Hannoveraner Fiasko, wenngleich etwas mürrisch in den Feuilletons kritisiert, vom Publikum angenommen: bescheidener in den Dimensionen und zugleich umfassender im Anspruch.

Die »Sieben Hügel« sind zugleich ein rhetorisches Gebilde, das uns nicht weniger als die Sinnfrage am Beginn des 21. Jahrhunderts beantwortet, in einer Art von ironischem Enzyklopädismus, für das man hundertundeins Metaphern gefunden hat: Zum Projekt der Ganzheit und Vollständigkeit werden wir nicht mehr zurückkehren können, weder im Glauben noch im Träumen, weder im Wissen noch im Konstruieren, aber das Fragmentarische soll nicht zum Widersprüchlichen führen, es ist nur Praxis eines Großen und Ganzen, das den ganzen Ballast von Zweifel, Angst und Kritik über Bord wirft: eben nicht Science Fiction (denn die phantasiert ja nur von den Katastrophen und macht Angst vor der Zukunft), sondern maßvoll positives Denken für eine Zukunft, die sich auf möglichst breiter Basis entwickeln soll.

Das ganze Projekt also ist eine ziemlich gewaltige Konsensmaschine, und was der Kritik an Fehlendem und Verdrängtem auffiel – etwa, daß die Maschinen der Zivilisation nicht in Zusammenhang mit ihrer faschistischen Praxis gezeigt werden, daß überhaupt jedes Ding oder Unding zwar auf Nutzen und Zukunft, fast nie aber auf seine Geschichte hin befragt wird, daß es einen Terror der Offensichtlichkeit gibt, die einem um so mehr sich aufdrängt, je mehr man vom zugleich grandiosen und albernen Entrée im »Kern« in die Peripheren von Glauben, Wissen, Träumen geschleudert wird – , das alles ist viel weniger »Fehler« als Programm. Hier sollen alle, alt und jung, klug und dumm, kritisch und affirmativ, auf ein neues bürgerliches Projekt eingeschworen werden, in netter Form, ein bißchen spielerisch, ein bißchen künstlerisch, ein bißchen sachlich, und daß man beständig an Jules Verne denken muß und seine unterhaltsamen Visionen für den progressistischen Teil des Bürgertums seiner Zeit, ist auch kein Zufall. Daß der Mensch einer ist, der zugleich mit Neutrinos, mit Gen-Modellen, mit Voodoo-Puppen und mit Worten spielt, einer, für den es nicht ausgemacht ist, daß Fortschritt immer nur in eine Richtung geht, steht hier so fest, wie daß es eine neue Gründerzeit jenseits der neoliberalen Eruption geben wird, die sich aus einer eigenwilligen Projektion des Meta-Konsenses ergibt: Religion, Wissenschaft, Kunst, Technik, Logik, Bewußtsein, Traum und Phantasie, all das soll nun nicht mehr im Widerspruch zueinander stehen, es genügt nicht einmal das Nebeneinander, vielmehr geht es jetzt um ein Miteinander. Hier erscheint als Ausdruck glücklicher Harmonie, wenn in Indien ein Atomkraftwerk und ein hinduistischer Sakralbau ikonographisch ineinander

verschwimmen. Hier wird selbst aus dem Spaß, Roboterhunde gegeneinander Fußball spielen zu sehen, ein Übermalungsprojekt, hier will jeder Raum mitsamt seinen Dingen wieder zum organischen Körper werden.

Auf den ersten Blick vielleicht ist die Ausstellung »Sieben Hügel« ein durchaus menschenfreundliches Unterfangen, Wissenschaft und Kunst miteinander in Beziehung zu bringen, den Stand des Wissens möglichst populär zu vermitteln und als großes Meta-Projekt so etwas wie ein Vertrauen in die Zukunft herzustellen. Warum auch nicht, könnte man meinen, wenn's uns dann besser geht. Auch daß die »wissenschaftlichen« Legenden und die Katalogbeiträge zu dieser Ausstellung von einer geradezu herzzerreißenden Schlichtheit des Denkens sind, stört erst beim zweiten und dritten Hinschauen, nämlich dann, wenn man begreift, daß diese Ausstellung als Konsensmaschine nicht Grundlagen für den Dialog schafft, sondern diesen durch Ideologie zu ersetzen trachtet.

2

Man gerät zuerst in einen Lichthof, dessen Exponate als »Kern« inszeniert sind. Wenn man sich sogleich in der Kommando-Zentrale des Erzschurken aus einem der James-Bond-Filme wähnt, ist das kein Wunder, denn der Raum wurde von deren Production Designer Ken Adam gestaltet. Der hochgeschätzte Künstler hat zum Gelingen dieser sozusagen halbfuturistischen Filme viel beigetragen, indem er in seine Kulissen so etwas wie eine »Privatmythologie« einbaute, in der es um eine Illusion von Übersicht und Kontrolle, um den Widerspruch des Technischen und des Organischen und um eine spezielle Dramaturgie von Fluchtwegen, Kanälen und Wiedergeburtshöhlen geht. Der Ausstellungsraum funktioniert genau in dieser Weise (so daß es beinahe überflüssig ist, daß wir mit einer Wand-Projektion noch einmal an den James-Bond-Kosmos erinnert werden): Das Zentrum ist eine mitten in den Raum gesetzte Weltkugel, in deren Inneres wir sehen können, es gibt die gewohnte Kampfarena (besagte Roboterhunde und ein anderes Working-Machines-Spiel), es gibt den Versuch, den eckigen Raum beständig mit organischen Formen aufzuweichen, und schließlich gibt es die Fluchtröhren und Zeitfallen (in einer lassen wir uns von Neutrinos durchschießen, in der anderen verlieren wir, ob sich drehender visueller Eindrücke, ziemlich nachhaltig das Gefühl für oben und unten). So schleudert uns die Dramaturgie förmlich nach außen (manchmal – ich weiß nicht, inwieweit dies intendiert ist – landet man buchstäblich draußen und muß sich, wenn man seine Eintrittskarte nicht verloren hat, noch einmal vom Eingang und vom Kern in die Neben- und Überräume werfen lassen).

Was hier geschieht, ist offenkundig ein sehr heftiger Dialog zwischen Technik und Kunst. Das könnte ebenso vergnüglich sein wie die Erkenntnis des Umstandes, daß der Kern der Welt (und der Welt-Anschauung) nichts anderes als ein begehbarer James-Bond-Film ist, allerdings führt uns diese Dramaturgie nicht nur an etlichen Warnzeichen vorbei (die Serie von Selbstporträts eines Malers etwa, der nach einem Schlaganfall seine Person erst langsam wieder erkennt), sondern schleudert uns auch, als virtuelle Kernexplosion, durch die Geburtskanäle in jene Bereiche, in denen Ich und Welt verschmolzen sind. Vom Kern, darauf muß man erst mal kommen, geraten wir sogleich in die Abteilung »Dschungel«. Der Weg zwischen Wissenschaft und Kunst führt dann in den »Weltraum« (in dem mehr geträumt als gewußt wird) über die »Zivilisation«, worunter wir uns Städte und Maschinen vorstellen können (auch scheint die Gegenüberstellung einer Dampfmaschine und einer Vase mit Karl-Marx-Porträt dieses und jenes zu sagen), zum »Glauben«, von dort zum »Wissen«, schließlich zum »Träumen«, und dort, genauer gesagt, zum Spielen.

Natürlich könnte man diesen Weg noch einmal gehen, und wenn man es tut, merkt man um so deutlicher, daß der Konsens dieser Dramaturgie eines siebenhügeligen Spielbergs weder auf ein aufklärerisches noch ein zivilisatorisches Projekt hinauswill. Die bereits erwähnte, nun ja, Einfachheit der Legenden mag zunächst als eine Form des Entgegenkommens der wissenschaftlichen Elite gegenüber der gesellschaftlichen Mitte erscheinen. Aber wo, zum Beispiel, die »Knoff-Hoff-Show« im Fernsehen gleichsam von einem wissenschaftlichen Olymp herunter das Sichtbare als kleines Wunder präsentiert, ist die Sichtbarkeit hier das Programm, das buchstäblich am Kern der Sache ansetzt. Und tatsächlich lesen wir da: »Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert des Visuellen sein.« So dogmatisch, wie uns das anspringt, könnte es als furchtbarer Allgemeinplatz erscheinen, aber es ist die Voraussetzung für eine weitere Annahme, die dem Konzept der Ausstellung zugrunde liegt und die nicht weniger dogmatisch verkündet wird, nämlich die »Zusammenschau« von Kunst und Wissenschaft. Die Wissenschaft soll ihre »Bilderfeindlichkeit« aufgeben und sich nicht allein ihrer »Visualisierungstechniken« bedienen, sondern das Visuelle in sich einschreiben. Und die Kunst soll von ihrer Wissenschaftsfeindlichkeit lassen. Diese programmatische Harmonie der beiden Sinnsysteme, die sich in den »Kunst- und Wunderkammern« der Renaissance ebenso fand wie in den Visionen des progressistischen Bürgertums der »Gründerzeit«, träumt mehr noch von einer weiteren Symbiose: »Vernunft und Gefühl als untrennbare Einheit«.

3

Die lustvolle Chaotisierung des Museums durch den Blick (des rebellischen Kindes) ist in einem Event wie diesem absichtsvoll erschwert. Seine Ideologie ist so elastisch, daß sie der Subversion gleichsam stets vorbeugt und nachgibt. Natürlich spielt dabei auch eine Portion Selbstironie ihre Rolle – nicht bloß im »Weltraum« verschwimmen die Grenzen zwischen dem Realen und der Fiktion, man kann im Gropius-Bau auch ohne weiteres einen erfundenen Kult in den

»Glauben« plazieren (und nur wer aber auch gar nichts kapiert hat, protestiert gegen solche Frivolität gegenüber der »harten« Wissenschaft). Nein, wenn man einen Einspruch gegen die fatale Harmoniesucht dieses Konzepts der virtuellen Hauptstadt formulieren will, dann tut man am besten daran, ihre innere Widersprüchlichkeit selbst hervorzuholen. Ken Adam, heißt es, habe im »Kern« eine »grandiose Wissenslandschaft der Zukunft für den Lichthof des Martin-Gropius-Baus« entworfen und ihn »in eine temporäre Kathedrale der Wissenschaft verwandelt«. Das Bild geht ganz gewiß nicht auf: Wie alle seine Räume steht auch dieser kurz vor der Explosion, die Kathedrale verwandelt unsere wissenschaftliche Neugier in ästhetisch-moralisches Empfinden, dem wir nur in den Dschungel entkommen können. Bei Adam nämlich haben sich Kunst und Wissenschaft geweigert, eins zu werden, und diese Ur-Verweigerung gegenüber dem ideologischen Konstrukt können die sechs anderen Hügel nicht ungeschehen machen, auch wenn sie auf überaus schlichte Weise (Räume, die von Einzelteilen einer einst ganzen Kugel bestimmt werden, wie in der Sektion »Glaube«) die Sehnsucht des Fragments nach der Ganzheit formulieren.

Wenn allein das Visuelle zählt (und der Text nur noch als Verständigungshilfe für einen Diskurs der Offensichtlichkeit dient) und zu diesem Zweck Wissenschaft und Kunst sich vereinen sollen, und zwar im Blick des miteinander verschmolzenen Renaissance-Fürsten und Gründerbürgers, dann können beide – die ästhetische und die wissenschaftliche Reaktion auf die Welt – ihre Schnittstelle nur in der Ideologie finden. Verlangten sie vorher einander gegenseitig die verpaßte Aufklärung ab, so sind sie nun gezwungen, aneinander dumm zu werden. Und wenn es auch Exponate in dieser Ausstellung gibt, die sich ihren Eigensinn gegen das Meta-Kunstwerk des Events bewahren, so ist auf den »Sieben Hügeln« doch vor allem vieler Wissenschaft und vieler Kunst beim Dumm-Werden zuzusehen.

4

Die »Jahrtausend-Ausstellung« hat die Museen als ihre Materiallieferanten gleichsam »gecrackt«, nun aber nicht, um erstaunliche Zusammenhänge, bizarre Gleichzeitigkeiten und Widersprüche nachzuweisen, sondern um eine Einheit auf neuer Grundlage zu schaffen. Die »Wissenslandschaft« und die »Kathedrale« sind dafür gerade die richtigen unpassenden Bilder: So wie die Landschaft nur noch ein Erlebnispark sein kann (indem alles, was erlebt werden kann, deutlicher vorgeschrieben ist als im Museum), so kann die Kathedrale des Wissens auch als temporäre nicht verleugnen, daß sie in erster Linie der Illusion dient. Die Schlichtheit der wissenschaftlichen Texte macht in diesem Zusammenhang Sinn. Sie handeln nämlich von der Imitation von Wissen und vom Fake-Denken. »Wissen wird im 21. Jahrhundert von grundlegender Bedeutung sein.« Sehr schlau! Aber da es nun auch visuelles und ästhetisches Wissen sein soll, wird es weder einen Bruch im »Wissen« und Wissen-Spielen geben noch einen Dialog zwischen Wissen und Macht. Weder als Teil der Inszenierung noch auch nur als begrifflicher Vorschlag kommt das Wort »Kritik« in dieser Ausstellung vor. Mit ihrer radikalen Forderung nach der Einheit des Vielfältigen erklären die »Sieben Hügel« der Postmoderne den Krieg; das gecrackte Museum wird hier neu zusammengesetzt zum Weltbild der Neuen Mitte, die sich auf keine Widersprüche einlassen will. Sie möchte in ihren Wissenslandschaften spazieren gehen, ohne erschreckt zu werden; man stellt, das soll die Aufgabe der Kunst sein, neben den Visualisierungen ein paar moralische Mahnmale auf, die nicht weiter stören, und bastelt ansonsten an der Meta-Ideologie des nächsten Jahrtausends: an einer Dynamisierung des Wissens in einem Netz der Welt-Bilder. »Wissen ist die durch menschliches Vermögen geordnete und nach Bedeutung gefilterte Information« – nur das Subjekt dieses Vermögens und der Träger dieser Bedeutung bleiben ungenannt.

5

Einerseits ist dies wohl eine der ersten Ausstellungen, die das Internet imitiert (davon, daß es ständig zitiert wird, ganz abgesehen), andrerseits aber macht sie zugleich auch das »richtige Ding« zum Fetisch. Nur daß dieses Ding nicht mehr in Reih und Glied der »Sammlung« liegt oder steht, sondern in einer theatralischen Inszenierung ein kleines Wunder verrichtet. Jeder Raum ist daher nicht nur Erinnerung an, Darstellung und Imitation von Wissen, sondern seine Erzählung. Die Räume, die »Bilder und Zeichen des 21. Jahrhunderts« innerhalb der einzelnen Wissenshügel noch einmal strukturieren, sind Erzählungen dieses Wissens; die älteren, die mythischen Formen der Vermittlung legen sich um die jüngeren, die wissenschaftlichen und die ästhetischen (als feindliche Geschwister, wenn man so will). So ist das Wissen der Zukunft offensichtlich viel eher eine mythische Installation, eine Erzählung des Wissens mit beinahe so vielen Autoren wie Zuhörern und -seherinnen. Nicht der »Selbstbedienungsladen« von Wissen und Empfinden entsteht da, auch nicht die »Schule«, von der wir zu gut wissen, wie sie vor allem Wissen vernichtet, sondern ein allgemein verbindliches Programm. In der Abteilung »Wissen« erfahren wir zum Beispiel: »Die Verbrechen, mit denen dieser planmäßige Völkermord an sechs Millionen europäischen Juden sowie anderen Kollektivopfern des Rassenwahns ausgeführt worden ist, sind als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzusehen, wie sie erstmalig von den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als schwerste und durch kein ›gnädiges‹ Vergessen einzuschränkende Untaten definiert worden sind.« Was kann ich wissen? Was darf ich hoffen? Nicht viel. Denn nicht nur in solchen Sätzen ahnen wir, um was es geht, nämlich um eine Reorganisation des Wissens als verläßliche Grundlage dessen, was man »anzusehen« hat, was »definiert worden« ist undsoweiter. Man muß ein paar Schritte weiter gehen, hinaus aus dem Museum, um zu sehen, was in diesem Fall eben nicht Bild geworden ist

(sieht man von Schrift-Resten ab), das System des Terrors der Gestapo-Gefängnisse.

6

Die hilflose Sprache im visuellen Diskurs von Wissenschaft und Ästhetik ist, so scheint es, ein Teil des Programmes. Er dient nur noch der Festschreibung und Sicherung, setzt ansonsten weder der Überwältigung noch der Infantilisierung etwas entgegen. Die Regentschaft von Allgemeinplatz und Trivialität ist beschlossene Sache, wenn den »Bildern und Zeichen« kein anderer Diskurs abverlangt wird, als zu beweisen, daß die Zukunft eine Sache von Bildern und Zeichen sei. Oder, um es in einem hübschen logischen Blackout von Heinz von Foerster zu sagen: Die »Unentscheidbarkeit« einer Frage zeige sich daran, »daß es zu dieser Frage so viele grundverschiedene Antworten gibt«. Die Produktion des Konsenses macht, indem sie die »grundverschiedenen Antworten« auf einen Allgemeinplatz reduziert, aus einer unentscheidbaren eine entscheidbare Frage. Dann natürlich muß uns vor der Zukunft nicht bange sein.

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 8/2000 über die Münchner Antoni-Tàpies-Retrospektive

Konkret 09/00, S. 51

Otto Köhler

Papa, was hast du im Krieg gemacht?

Was deutsche Historiker über das Engagement ihrer Ziehväter für den Nationalsozialismus denken. Eine Revue zum Historikertag in Aachen

Daß »die deutsche Geschichtswissenschaft im ganzen – ›nach der mühelosen Beseitigung nationalsozialistischer Wucherungen‹ – in ruhiger Kontinuität fortschritt«, stand in einem Buch, das 1993 in jenem Ullstein-Verlag erschien, den der Revisionistenführer Rainer Zitelmann für einige Jahre in eine befreite Zone verwandelt hatte. Das Buch ist zugleich die Dissertation von Manfred Kittel, einem besonderen Angestellten des Instituts für Zeitgeschichte, das Zitat im Buch-Zitat stammt von Werner Conze, und damit haben wir auch schon den ganzen verdorbenen Krautsalat beisammen, an dem die westdeutschen Geschichtslehrer und -professoren auch auf dem am 26. September bevorstehenden Historikertag in Aachen zu würgen haben werden. Der hat im übrigen bereits mit einer »technischen Panne bei der Anzeigenwerbung« für das Programmheft begonnen: einer ganzseitigen Anzeige für »Quellenbelegte Geschichte!« im neonazistischen Grabert-Verlag. Am Würgen wird der Senf, den Kittels Chef und Doktorvater Horst Möller als Nolte-Laudator der gärenden Delikatesse beigab, schon gar nichts ändern: Es muß jetzt endlich alles raus.

Und das ist nicht nur der Skandal um das Institut für Zeitgeschichte, der fortbestehen wird, solange dessen Geschicke von Horst Möller geleitet werden. Vor allen Dingen wird die Diskussion weitergehen, die schon den letzten Historikertag beherrscht hat: die Auseinandersetzung mit jenen Historikern, Sinnstiftern der westdeutschen Zivilgesellschaft, die sich weigern, ihre eigenen Grundlagen zu erforschen. Jüngere Historiographen, die zum Teil auch schon das Halbjahrhundert an Lebensjahren überschritten haben, wie Götz Aly, Peter Schöttler, Ingo Haar und Michael Fahlbusch, werfen ihnen vor, daß sie überhaupt nicht bemerkt haben, wie sehr insbesondere zwei Gründerfiguren der westdeutschen Sozialgeschichte – Werner Conze und Theodor Schieder – als Volkstumsforscher im NS-Staat Vordenker der Vernichtung waren. Fahlbusch: »Wir stehen vor dem Faktum, daß die von ihrer Profession her dazu berufenen namhaften Historiker 40 Jahre lang ihren Beitrag dazu geleistet haben, Material zur Aufklärung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorsätzlich mehreren Generationen in Deutschland vorenthalten und gefälscht zu haben. Wichtige Spuren der Vergangenheit wurden verwischt. Die künftige historiographische Forschung wird der heiklen Frage nachgehen müssen, wie es möglich war, daß die Volkstumsforschung sich aus einer dezidiert annexionistischen Forschung und einem Instrumentarium für die Vernichtungspolitik zu einem international angesehenen Forschungszweig der ethnographischen Forschung entwickeln konnte, ohne daß Einwände gegen ihre scientific community vorgebracht wurden.«

Die Antwort sucht, rechtzeitig zum Historikertag, ein Buch zu liefern, in dem siebzehn führende westdeutsche Geschichtswissenschaftler zur Kontinuität der deutschen Historiographie verhört werden: *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus.* Ein gelungenes Werk, aus dem noch ganze Generationen von Soziologen, Psychiatern, und hoffentlich am Ende nur noch Paläontologen Honig saugen können.

Gleich der erste der Befragten, der Göttinger Emeritus Rudolf Vierhaus, wiegelt ab, die Diskussion über »Kontinuitäten in der deutschen Geschichtswissenschaft« sei ja nicht neu, sie habe jetzt nur »eine (nicht gerade förderliche) Emotionalität« bekommen wegen der »Stoßrichtung der Kritik«, die sich gegen die »arrivierten ›Schüler‹ richtete, weil sie ihre Lehrer nicht nach ihrem Verhältnis zum Nationalsozialismus befragt und durch ihr Schweigen die notwendige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verzögert« hätten. Mumpitz für Vierhaus: »Die Geschichtswissenschaft«, befindet er, hätte »Wichtigeres zu diskutieren.« Ende der Diskussion, die freilich auf den folgenden Seiten des Interviewbandes erst richtig losgeht.

Hans-Ulrich Wehler scheint Historiker, insbesondere aber seinen Lehrer, den Vernichtungsplaner Schieder, grundsätzlich für saudumm zu halten, denn, antwortet er, er würde »nie so weit gehen wie Aly und sie als ›Vordenker der Vernichtung‹ bezeichnen«. Grund? Hat Aly gefälscht, haben sie, zum Beispiel, nie etwas von »Entjudung« (Schieder) geschrieben? Nein: »Das gehört nicht zu ihrem Plausibilitätshorizont.« Und überhaupt habe sich Schieders und Conzes Sprache nach 1945 sehr – das muß man würdigen – verbessert: »Im Gegensatz zu Aly würde ich behaupten, daß ihre Texte und ihr Schaffen nach 1945 nicht mehr im Schatten der Sprache und der Entscheidungen standen, die sie als Mittdreißiger trafen.« Den Schatten hatte ihnen ihr neuer Staat gern abgekauft – bei aller Dummheit sind Historiker doch die schlaueren Schlemihle.

Die Interviewer haben – ihre Lehrer wiederum kennend – mit nicht unmittelbar nachweisbarer Ironie die Frage gestellt: »Kann man intellektuelle ›Entgleisungen‹ wie im Falle Conze und Schieder durch ein vorbildliches Wissenschaftlerdasein in der Bundesrepublik kompensieren?« – Na ja, antwortet Gerhard A. Ritter, Vorsitzender des Historikerverbandes 1976 – 1980, 1945 mußte man Deutschland aufbauen »mit Menschen, die nicht nur, wie Kant sagt, aus krummem Holz, sondern auch aus faulem Holz gemacht waren«. Außerdem waren Schieder und Conze gar nicht so faul, sondern haben »wichtige Bücher nach 1945 geschrieben«.

Wolfrum Fischer, emeritierter Wirtschaftshistoriker an der FU, will gerade bei Conze und Schieder – Denkschriften über Umvolkungsvorhaben der Nazis hin oder her, gut das war eine »Überraschung« – gar nicht erst von »Entgleisungen sprechen, sondern lieber, na, sagen wir mal so: »daß deren gesamtes Werk, das, was an ›Entgleisungen‹ vielleicht vorhanden war, so weit überragt, daß man ihre Persönlichkeit nach ihrem Lebenswerk und nicht nach – möglicherweise frühen ›Entgleisungen‹ beurteilen sollte«.

Und Lothar Gall, der als ehemaliger Schieder-Assistent nach 1945 eigentlich nur festzustellen vermochte, daß die personelle Kontinuität bei den Historikern weitgehend abgerissen sei, legt eines der schönsten Bekenntnisse ab. Er, der übrigens die Lust verloren zu haben scheint, seine schon vor ihrer Fertigstellung berühmt gewordene Abs-Biographie zu Ende zu schreiben – hat er etwas entdeckt, was selbst ihm die Sprache verschlägt? – , Gall also meint: »Allerdings muß ich sagen, daß der heutige Vorwurf, Wolfgang J. Mommsen, mein damaliger Kollege in Köln, und ich hätten Schieder nicht nach seiner Vergangenheit gefragt, etwas weltfremd ist. So wie es damals war, und vielleicht ist es sogar heute noch so, erlaubten es die hierarchischen Abstufungen nicht, zu fragen: ›Sagen Sie, Herr Schieder, was haben Sie eigentlich vor 1945 gemacht?‹ Nicht, daß sich die Frage nicht stellte, aber es gab dazu nicht die Gelegenheit. Man stand zu ihm als Professor nicht in dem Verhältnis, diese Fragen zu erörtern. Man kam nicht einmal durch das Vorfeld. Es ist nicht die Frage, warum wir uns nicht trauten, sondern es war ein Thema, das sich zur Erörterung nicht anbot ... Wehler, Mommsen und ich waren noch junge Leute, und bei vielen Dingen hat man sich dann gesagt, die NS-Vergangenheit wird wohl so gewesen sein, aber nun lassen wir das mal auf sich beruhen.«

Gall weiß als Fachhistoriker, was seine Sache ist und was nicht: »Aber das sehen Sie mir als Individuum nach, wenn ich die Rolle des Historikers und die des Staatsanwalts auch heute noch als die am stärksten auseinanderliegenden ansehe.« Doch der ihm geistverwandte Michael Stürmer sieht das ganz anders. Er ist ein Staatsanwalt, der die Bestimmungen der Prozeßordnung über die Verjährung genau kennt und darum auf die Frage nach »intellektuellen ›Entgleisungen‹ wie im Falle Conze und Schieder« kurzerhand das Verfahren einzustellen vermag: »Unsere Strafrechtsphilosophie besagt, daß es Verjährung gibt – für Steuervergehen genauso wie für Mord – , da der Rechtsfriede irgendwann wieder herrschen soll.«

Gall wiederum liegt der Freispruch Schieders näher als die Verjährung: »Natürlich klingen die Vokabeln in unseren Ohren furchtbar. Es ist aber etwas anderes, ob man hier die Frage der mittel-/osteuropäischen Probleme in den Vordergrund stellt oder diese Äußerungen allein im Licht der Erfahrung von Auschwitz sieht.« »Natürlich« gebe es »Formulierungen in den Schriftstücken, die uns vorliegen, die besonders grell klingen«, aber, meint Gall, man müßte – und dazu fehlt ihm wohl die Zeit – »einmal genau sehen, wie sich das in den jeweiligen Kontext einordnet.«

Die Assistenten haben sich um die Vergangenheit ihrer Hochschullehrer gekümmert, aber unter einem exklusiv fürsorglichen Aspekt. Im Kleingedruckten, in der Fußnote 5 zu seinem Beitrag in *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus* legt Wehler ein umfassendes Geständnis ab: »Als Schieder 1966 zum Vorsitzenden des Verbandes der Historiker Deutschlands (1967 – 1972) gewählt wurde, erwarteten die Kölner Assistenten Angriffe aus der DDR. Um für sie gewappnet zu sein, habe ich damals von Schieders Veröffentlichungen vor 1945 gelesen, was ich bis dahin noch nicht kannte. Manche Formulierung empfand ich erwartungsgemäß als zeitabhängig, aber selten vom nationalsozialistischen Ungeist geprägt. Selbst sein Handbuch-Beitrag über den italienischen Faschismus (1940) deutete diesen, schien es, primär als moderne Entwicklungsdiktatur in einem industriell relativ rückständigen Land ...«

Nebenbei: In solchem Fürsorge-Auftrag hätten bis 1976 die Assistenten nahezu aller Vorsitzenden des Historikerverbandes tätig werden müssen. Vom Nazigegner Gerhard Ritter (1948-1953) einmal abgesehen, der allerdings zu den Vertrauten des von den Nazis umgebrachten Judenfeindes Gördeler gehörte, war dann – 1953 bis 1958 – der einschlägige Volkstumshistoriker Hermann Aubin, der nach seiner Flucht aus Breslau 1946 umstandslos Aufnahme an der möglichst emigrantenfrei gehaltenen Universität Hamburg fand, Vorsitzender des Verbandes. Dann folgte Hans Rothfels (1958 – 1962), der Nestor deutschnationaler Volkstumskunde, von 1926 bis 1934 Kampfhistoriker an der Grenzlanduniversität Königsberg, Lehrer von Schieder und Conze, Abgott aller nationalistischen Studenten, gegen dessen Abberufung aus rassischen Gründen durch eine kenntnislose Berliner Kultusbürokratie der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund entschlossen, wenn auch vergebens Widerstand leistete – NSDAP-Mitglied Theodor Oberländer, der kommende Volkstumsstar der Universität, absolvierte bei ihm noch einen von hohem Respekt getragenen Abschiedsbesuch. Nach seiner Rückkehr aus der von Ignoranten erzwungenen Emigration entwickelte Rothfels sein Konzept für »Zeitgeschichte«, gab zusammen mit dem ehemaligen SS-Mitglied und Geschichtsdilettanten Theodor Eschenburg – einem bemerkenswerten Vertreter der oral history des schwachen Gedächtnisses – die »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« heraus und pflegte so eine Kontinuität, die – nach einigen Unterbrechungen – im Zeitgeschichtschef Horst Möller ihre Erfüllung findet.

Der nächste im Amt des Historikerverbandsvorsitzenden war Karl Dietrich Erdmann (1962 – 1967), der das Riezlertagebuch so bearbeitete, daß keine deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg mehr herauskam – das war im übrigen auch ein Herzensanliegen von Hans Rothfels. Und dann folgten – etwas Besseres fand sich nicht – die Königsberger Rothfelsschüler und Vernichtungsplaner Theodor Schieder (1967 – 1972) und Werner Conze (1972 – 1976),

an denen jetzt plötzlich – ja, wer hätte das auch nur gedacht – der Verband der Historiker Deutschlands soviel zu kauen hat. Eine Kontinuität, die sich – so oder so – gewaschen hat.

»Natürlich frage ich mich heute, wenn ich lese, was beide im Zweiten Weltkrieg oder kurz davor publiziert haben, warum wir ihnen nicht kritischere Fragen gestellt haben«, schreibt Heinrich August Winkler, der seine Fragen nach der Vergangenheit für seine Arbeit über den Berliner Straßenkampf gegen Clara Zetkin aufsparte, wo er an vorderster Front stand. Und er gibt zu: »Ich vermute, wir wollten es so genau nicht wissen.«

Geschichtssinnstifter Michael Stürmer aber hat im Streit um Schieder und Conze eine beneidenswerte Ausgangsposition: »Was meine persönliche Karriere anbetrifft, so bin ich gegen den Widerstand Schieders berufen worden ... Schieder betrachtete meine Berufung 1973 als personal insult.« Und so darf er, obwohl Schieder und Conze bei den Nazis eigentlich nur »halt – mehr oder weniger – mitgeschwommen« sind, heute über seine 1973 glücklicheren Konkurrenten taktvoll triumphieren: »Dennoch haben jene Schieder-Schüler, die die ganze Welt unter ihre kritische Sonde nahmen, ihren Chef nie gefragt: ›Papa, was hast du denn im großen Krieg gemacht?‹ Das wäre weder taktvoll noch karrierefördernd gewesen.«

Stürmer, der etwas gegen »blutleere« Historiker hat, aber sogar einen Wolfgang Abendroth schätzt – nicht für seinen Marxismus, sondern weil er ihm den kaum blutleeren »Carl Schmitt vermittelte« – , war eine »wissenschaftliche Beschäftigung mit Nationalsozialismus« einfach »zu deprimierend«. Denn: »Das war mir viel zu nahe, zu schmerzlich, als Teil des kollektiven Leidens.« Wohl deshalb war er einer der ersten Verteidiger Ernst Noltes, welcher Auschwitz in Stalins fernen Gulag verlegte.

Aber auch die Fritz-Fischer-Kontroverse um die deutsche Schuld am Ersten Weltkrieg habe er immer für »eine falsche Debatte« gehalten. Schließlich sei er selber, Stürmer, »nun schon länger theoretisch und praktisch in der internationalen Politik tätig«. Ja, auch praktisch. Und darum weiß er: »Krieg ist das komplexeste Geschehen.« Doch Fischer sei »moralisch und einseitig« gewesen und habe »in die Irre gehen« müssen, denn: »Wie kann jemand die deutschen Kriegsziele untersuchen, ohne das geringste von wirklicher Politik zu verstehen?« Stürmer dagegen versteht. Und so ist es ihm »ja halbwegs verständlich, wenn der Kaiser sagte, daß jetzt mit den Serben abgerechnet werden müsse: ›Jetzt oder nie!‹ Sonst wäre deutsche Glaubwürdigkeit dahin und Österreich-Ungarn zerschmettert.«

Das erklärte Stürmer am 25. März 1999 zwischen 14 und 15.15 Uhr im Berliner Axel-Springer-Haus. Seine Interviewer haben dankenswerterweise das Datum festgehalten, und ich erinnere mich, was an diesem Tag sonst noch geschah: Gut vier Stunden später begann das ZDF-Special »Bomben auf Belgrad«, dann meldete die ARD-Tagesschau, daß der Bundestag »parteiübergreifend« übereinstimme, nur die PDS ..., und anschließend informierte ein ARD-Brennpunkt darüber, daß die Serben ihren »Völkermord auch im Angesicht der Nato-Luftschläge« fortsetzten. Deutschland hatte tags zuvor mit dem Nato-Bombardement zur Rettung der deutschen Glaubwürdigkeit begonnen. Und das war auch dem nun schon länger theoretisch und praktisch in der internationalen Politik tätigen Historiker nicht entgangen. Stürmer stellte also gleich – dieses hinreißende Geständnis steht auf Seite 361 des Bekenntnisbandes – die alles schlagende Verbindung von Wilhelm II. zu SchröderScharpingFischer und deren Verbündeten her und war zufrieden: »Am gestrigen Tage hat das sogar die Nato in bezug auf den Kosovokonflikt gesagt: ›Jetzt oder nie!‹«

Daß irgendeiner der deutschen Großhistoriker im Frühjahr 1999 laut ein kritisches Wort zum dritten deutschen Krieg gegen die Serben im 20. Jahrhundert geäußert hätte, ist nicht bekannt, so etwas gab es nur bei den Engländern und Franzosen. Stürmer kann da – das unterläuft ihm manchmal – grundehrlich sein: »Der Historiker ... ist eben ein Kind seiner Zeit ... Er hat Lust sich einzumischen, ist letztlich ein öffentlicher Diener, der aus staatlichen Quellen bezahlt wird, Lehrer ausbildet und sich rechtfertigen muß.« Schließlich braucht auch der freiheitlichste Rechtsnachfolgestaat, den es je auf deutschen Böden gab, seine Politikberater, so wie das Vorgängerreich seine Conzes und Schieders.

Vademecum zum Historikertag

Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus. Herausgegeben von Rüdiger Hohls und Konrad H. Jarausch. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 2000, 528 Seiten, 44 Mark

Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Herausgegeben von Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle. Fischer Taschenbuch 14606, Frankfurt/Main 1999, 368 Seiten, 24,90 Mark

Michael Fahlbusch: *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die »Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften« von 1931 – 1945*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1999, 887 Seiten, 138 Mark

Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918 – 1945. Herausgegeben von Peter Schöttler, Suhrkamp-Taschenbuch 1333, Frankfurt/Main 1997, 344 Seiten, 24,80 Mark

---

Otto Köhler schrieb in KONKRET 8/2000 über das Jubiläum des »Kongresses für kulturelle Freiheit«

Konkret 09/00, S. 54

Matthias Thieme

Was hat er? Was treibt ihn?

Der Schriftsteller und Satiriker Eckhard Henscheid läuft aus dem Ruder

Eckhard Henscheid ist verärgert. Je nachdem, welches Buchprojekt gerade ansteht, sind alle (außer den »pionierkühn« und weise zur alten Rechtschreibung zurückmarschierenden »FAZ«-Herausgebern) entweder dummdeutsch, von Mißverständnissen geleitet oder, seit neuestem, schlicht obszön. Grass, Rinser, Ranke-Heinemann und Reich-Ranicki werden dank Henscheids Recyclingprosa auch zum zehntausendstenmal noch entlarvt.

So dummobszön sie alle sein mögen, »man kann es aber inzwischen nicht mehr hören« (Joachim Rohloff in KONKRET 6/2000). Gleichwohl ist es bemerkenswert, daß keiner der bisherigen Rezensenten des neuen Henscheid-Buchs (Co-Autor: Gerhard Henschel) *Das Jahrhundert der Obszönität* sich an den Seiten 503/504 gestoßen hat. Besonders obszön scheinen Henscheid hier »der einstige Mauthausener KZ-Häftling und verantwortliche Naziverbrechens-Verfolger Simon Wiesenthal«, der »allzeit bereite professionelle Entlarver Henryk Broder« und »der jüdische Mitbürger und CDU-Mann Michel Friedman«. Am allerobszönsten findet Henscheid offensichtlich Wiesenthals klugen Satz: »Antisemitismus ist eine Krankheit, die keine Juden braucht.« Für Henscheid, der längst keine Argumente mehr nötig zu haben scheint, ist dieser Satz »so oder so natürlich der pure logische Unsinn mit dem trüben Schein eines höheren«. Die These (nicht das überall zu beobachtende Phänomen) vom »Antisemitismus ohne Juden« wird schon in der Kapitelüberschrift von Henscheid zu einer »neuartigen Randärgerlichkeit« erklärt. Einen Nachweis, warum Wiesenthals Satz »Nonsens« sei, bleibt Henscheid schuldig. Dafür drischt er ressentimentgeladen auf eine von ihm angeblich aufgespürte Bereitschaft »seitens jüdischer oder auch anderer Instanzen und Einzelbescheidwisser« ein, »den ›Antisemitismus‹ gar zu freigebig zu verstreuen«.

Man darf sich wundern: Jüdische Instanzen »verstreuen« Antisemitismus. Was sind das überhaupt für gefährliche »jüdische Instanzen«, über die Henscheid da so andeutungsvoll raunt? Und warum ist Wiesenthal der verantwortliche Naziverbrechens-Verfolger? Verglichen mit den obszönen Juden kann Henscheid sogar dem Exschatzmeister der hessischen CDU, Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein, noch sympathische Seiten abgewinnen. Dessen Lüge, die in der Schweiz gewaschenen CDU-Millionen seien »das Vermächtnis wohlhabender jüdischer Mitbürger«, sei zumindest nicht antisemitisch gewesen, beharrt Henscheid und steigert sich zum furiosen Finale. Nicht etwa der Wahn des Antisemiten, sondern die Rede vom Antisemitismus erscheint ihm »gar zu freischwebend gedankenarm oder im Gegenteil spitzfindig«. Selbst die von Horkheimer/Adorno in ihren *Elementen des Antisemitismus* beschriebene Ticketmentalität der modernen antisemitischen Subjekte schreibt Henscheid plötzlich den Juden zu. Das »häufig, ja meist blind gebuchte Ticket ›Antisemitismus‹« berge »eine Dosis Obszönität«, die der Auschwitz-Leugnung »nur graduell nachsteht«. Wiesenthal ist in Henscheids Augen also nur graduell weniger obszön als ein ostdeutscher Neonazi. Düster und bedrohlich wird es Henscheid ums Herz angesichts der angeblich inflationären Rede vom Antisemitismus. Von Wiesenthal, Broder, Friedman und »jüdischen Instanzen«, so deutet er schließlich an, drohe, man faßt es nicht, »jene Tyrannei, wie sie Göring im Zusammenhang der Nürnberger Gesetze gesagt haben soll: ›Wer Jude ist, bestimme ich.‹« Antisemitismus ohne Juden gibt es nicht, und wer so was dennoch behauptet, ist eine Art göringscher Tyrann: So will es Henscheid wohl doch nicht gemeint haben, trotzdem gibt er sich als ein von unerbittlichen Juden verfolgtes Opfer.

Henscheid, dessen Idiosynkrasie gegen Ignatz Bubis allgemein bekannt ist, leugnet mit dem von dumpfer Aggressivität durchzogenen Text nicht nur die weiterhin aktuellen Erkenntnisse der Frankfurter Schule; sein emotionaler Reflex ist ein gutes Beispiel für den Mechanismus der falschen Projektion. Ob es ähnlich dem etwa von Achtundsechzigern bei allerhand unpassenden Gelegenheiten gern verwendeten Faschismusvorwurf auch einen falschen Antisemitismusvorwurf gibt, spielt bei der Widerlegung von Henscheids grundfalscher These, es gebe keinen Antisemitismus ohne Juden, keine Rolle. Der Kritischen Theorie zufolge beruht der Antisemitismus auf falscher Projektion. Dabei ist nicht das projektive Verhalten entscheidend, sondern der Verlust der Reflexion. Der Antisemit versetzt »das sprungbereite Innen ins Äußere und prägt noch das Vertrauteste als Feind. Regungen, die vom Subjekt als dessen eigene nicht durchgelassen werden und ihm doch zu eigen sind, werden dem Objekt zugeschrieben: dem prospektiven Opfer.« Alle nicht zugelassenen Wünsche, allen Selbsthaß, alle Machtgier projiziert der Antisemit ins Bild des Juden, das Spiegelbild seines Selbst. »Anstatt in sich zu gehen, um das Protokoll der eigenen Machtgier aufzunehmen«, schreibt das antisemitische Subjekt »die Protokolle der Weisen von Zion den anderen zu«. Die Außenwelt fungiert als Abladestelle für verdrängte Regungen. »In der antisemitischen Paranoia drücken die Antisemiten nur sich selber aus; die Paranoia ist unabhängig vom realen Objekt, gegen die es sich richtet«, schreibt Lars Rensmann in seinem Buch *Kritische Theorie über den Antisemitismus*. »Antisemitismus überlebt mit Juden und, noch besser, ohne sie.« So sieht noch der Mordlustige im Opfer den Verfolger, wird die ganze Welt zum Inbegriff des auf sie Projizierten. Nach Adorno/Horkheimer kann das zwanghaft projizierende Selbst nur sein eigenes Unglück extrovertieren, dessen Quellen es nicht kennt. Antisemitismus ist demnach ein im projizierenden Subjekt entstehender paranoider Wahn, der mit realen Juden nichts zu tun hat. »Der faschistische Antisemitismus muß sein Objekt gewissermaßen erst erfinden.«

Was Henscheid nicht verstanden zu haben scheint, ist, daß jeglicher Antisemitismus von vornherein und immer ohne Juden funktioniert, daß die Abwesenheit von Juden das antisemitische Wahngebäude sogar eher fördert, weil die Juden als noch abstrakter, versteckter, mächtiger und unsichtbarer halluziniert werden können. Wiesenthals Satz ist eine kluge Zusammenfassung dieser Erkenntnis: »Antisemitismus ist eine Krankheit, die keine Juden braucht«. Wenn Henscheid dies als »Nonsens« bezeichnet, macht er sich lächerlich. Ein Blick nach Ostdeutschland genügt, um Henscheids Text als »puren logischen Unsinn« zu erkennen. »Menschen, die noch nie einen Juden gesehen haben, können leidenschaftliche Antisemiten sein, oft ist sogar der Mangel an jeder konkreten Erfahrung mit Juden Voraussetzung für die Entwicklung antisemitischer Einstellungen. Der Antisemitismus als kollektives Phänomen kann auch sehr gut ohne Juden existieren; in Ländern, in denen es längst keine Juden mehr gibt oder nur noch sehr wenige, in Polen zum Beispiel oder in der Bundesrepublik, gibt es immer noch einen vitalen Antisemitismus – eben einen Antisemitismus ohne Juden«, schreibt richtig der von Henscheid ebenfalls angegriffene Henryk M. Broder. Auch Jürgen Elsässer hat darauf hingewiesen, daß es der Zählebigkeit antisemitischer Stereotype nützt, »wenn sie sich nicht an lebenden Subjekten blamieren. Je weniger Juden in der Realität anzutreffen sind, um so mehr werden sie Opfer globaler Phantasien.«

Welche Abgründe sich auftun, wenn man Henscheids Unfug weiterdenkt, ist schnell gesagt: Angenommen, die Quelle des Antisemitismus läge nicht ausschließlich im Subjekt des Antisemiten und Antisemitismus sei abhängig von der Existenz, der Zahl, dem Verhalten der Juden – was die Opfer des Wahns zu seiner Ursache umlügt – , dann wäre es nicht nur möglich, die Antisemiten durch ein Wohlverhalten der Juden zu besänftigen, dann wäre die wirksamste Antisemitismus-Bekämpfung die Entfernung der Juden, Hitler der konsequenteste Anti-Antisemit und Henscheid der klügste Schriftsteller im Jahrhundert der Obszönitäten und Mißverständnisse. Da dies nun wirklich »Schwachsinn« (E. H.) ist und Henscheid, der als Vertreter der »Neuen Frankfurter Schule« beweihräuchert wird, die Forschungsergebnisse der alten Frankfurter Schule selbst mit einer doppelten Dosis seines Wunschdenkens nicht widerlegen kann, ist auch seine Prinzeninschutznahme der reine Blödsinn. Mit seiner Vermächtnis-Lüge habe Sayn-Wittgenstein an eine »verheuchelt philosemitische Mentalität« appelliert, so Henscheid. Einmal abgesehen davon, daß sowohl Philosemitismus als auch Antisemitismus derselben Gleichmacherei entspringen, die der jüdischen »Rasse« besondere Attribute zuschreibt, ist Sayn-Wittgensteins Behauptung natürlich von Friedman völlig zu Recht als antisemitisch bezeichnet worden. Denn die angeblichen Geldgeber erschienen hier als versteckte, unfaßbare, abstrakte, um es mit Henscheids verschleierndem Wort zu sagen: jüdische Instanzen.

Die Juden stehen für den wahnhaft projizierenden Antisemiten sowohl hinter dem Kapitalismus als auch hinter dem Sozialismus, können als versteckte »Strippenzieher« z. B. PDS und CDU gleichzeitig sponsern, selbst wenn sie, so Sayn-Wittgensteins antisemitische Phantasie, schon tot und damit vollends unfaßbar und abstrakt sind. Beim Engagement gegen die Rechtschreibreform stand Henscheid von Anfang an angeblich eher unfreiwillig Seit' an Seit' mit selbstbewußten Deutschen wie Botho Strauß, Heimo Schwilk, Ulrich Schacht und Ernst Jünger. Die Rückkehr seiner geliebten »FAZ« zur alten Rechtschreibung wird Henscheid nun endgültig zum Reichsparteitag mit Wagnermusik. Noch ist es nur ein »kleiner deutscher Ruhmestag« für Henscheid, doch »die Fanfare der ›FAZ‹« wird ihm schnell zum »mächtigen Posaunenschall«, und er dröhnt, von Nationalgefühl und Reinhaltung der deutschen Sprache völlig besoffen, vom »stolzen Blattuntertitel« der »Zeitung für Deutschland«.

»Antijüdische Haltungen scheinen oft Hand in Hand zu gehen mit einer zweideutigen Vorstellung von der Rolle und Bedeutung der Sprache in der modernen Gesellschaft. Nichtjuden werden von Antisemiten als regelrechte Wahrheitsfanatiker dargestellt, die in ihren moralischen Gefühlen ständig aufs tiefste verletzt werden vom jüdischen Verrat an der von Gott gegebenen Sprache«, schreibt Leo Löwenthal in seinen Schriften zur politischen Psychologie des Autoritarismus. Vielleicht kann Henscheids deutscher Koller auch als Beispiel dafür gelesen werden, »wie innig Sexus und Sprache sich verschränken« (Adorno). Henscheid im Alter, das heißt Aufstehen für Deutschland. Mit seinen hartnäckig vorgetragenen »Wagner-Märlein« springt Henscheid unbeirrbar immer wieder den germanenmythosbesoffenen Relativierern, den wagnerschen Judengotthassern, die immer noch auf Erlösung durch den arischen Christus hoffen, bei (und das, leider, in KONKRET 6/97), schwatzt von lediglich »taktisch-antisemitischen« Tönen Wagners und Hitlers (!), die, allein Henscheid weiß warum und behält's wie immer für sich, »ohne jede Glaubensüberzeugung« zustande gekommen seien. Starrsinnig hält Henscheid trotz des klugen Buchs von Paul Lawrence Rose, der mit dem ganzen Blödsinn der zwei Wagner, dem Hirngespinst, man könne die Opern vom Antisemitismus ihres Verfassers trennen, aufräumt, am Ammenmärchen vom tollen Komponisten fest. Was hat er, was treibt ihn, fragt man sich und liest das Kapitel zum »Spätschwachsinn« Jüngers in der *Kulturgeschichte der Mißverständnisse* noch mal nach. Henscheids frühere Bücher bleiben großartig. Doch auf seine neueren Texte zu Wagner, zur Rechtschreibreform und zum Antisemitismus ohne Juden passen nur des immer öfter daherwalsernden Meisterschreibers eigene Kategorien: dummdeutsch und obszön.

Matthias Thieme lebt als freier Autor in Berlin

Konkret 09/00, S. 56

René Martens

Buch des Monats

Achim Laude/Wolfgang Bausch: Der Sport-Führer. Die Legende um Carl Diem. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 2000, 240 Seiten, 34 Mark

Was die Aufarbeitung ihrer Vergangenheit im Nationalsozialismus betrifft, sind die bundesdeutschen Sportorganisationen unschlagbar. In keinem anderen gesellschaftlichen Bereich wurde und wird so viel verfälscht und verdrängt wie hier. Die Fakten über die Rolle des Sports im Faschismus sind zwar bekannt – aber vornehmlich unter Sporthistorikern. Und deren Diszipin wird in der Öffentlichkeit noch weniger wahrgenommen als andere Geisteswissenschaften.

Es gibt keine Person, anhand derer sich die Geschichte der Lügen besser nachzeichnen läßt als am einflußreichsten deutschen Sportpolitiker der Nachkriegszeit: Carl Diem (1882-1962), der 1936 die Olympischen Spiele in Berlin zu einer erfolgreichen Propaganda-Show für das NS-Regime machte und vielen Kräften des Sportbetriebs heute noch als Übervater gilt.

Der Sport-Führer. Die Legende um Carl Diem – die erste umfängliche Abhandlung, die sich an ein breiteres Publikum richtet – ist keine Biographie, wie Achim Laude und Wolfgang Bausch betonen. Vielmehr rekapitulieren die Autoren anhand von Artikeln, Vorträgen, Briefen und Tagebuchauszügen Diems sportpolitisches Wirken. Mehr als die Hälfte ihrer Arbeit widmen sie seiner Rolle im Faschismus: Der geborene Würzburger war nie NSDAP-Mitglied, und er hatte keinerlei Sympathie für den Antisemitismus, zumal seine Frau nach der Definition der Nazis eine »Vierteljüdin« war. Dennoch stützte und verherrlichte er das System – was einerseits begründet liegt in seinem »fast unstillbaren Drang nach Anerkennung«, andererseits in seiner Demut gleichkommenden »preußisch-soldatischen Pflichtauffassung« (Laude/Bausch).

In kleinerem, aber angemessenem Rahmen handeln die Autoren die interessanteste Phase des deutschen Sports ab: die Zeit zwischen 1900 und 1933. Sie ist so aufschlußreich, weil sich die damalige bürgerliche Sportideologie nur in Nuancen von der unterschied, die später die Nazis vertreten sollten. »Die erzieherischen Ziele, die Diem mit Hilfe des Sports erreichen wollte, mußte er ... nicht einmal ändern: Zu ähnlich war der von ihm vertretene Wertekatalog dem der Nationalsozialisten«, schreiben Laude/

Bausch.

Schon anläßlich des Ersten Weltkriegs hatte Diem getönt: »Der Krieg lehrt uns die Notwendigkeit des deutschen Sports.« Ganz in seinem Sinne schrieb Hitler ein paar Jahre später in *Mein Kampf*, Sportunterricht sei »in großen Zügen schon die Vorbildung für den späteren Heeresdienst«. Diem vertrat in der Weimarer Zeit sogar im heutigen Sinne moderne Positionen: »Der regelmäßig körperlich Geübte schafft für sich und die Volkswirtschaft einen materiellen Mehrwert«, schrieb er 1920. Das beherzigen jetzt Firmen, die für ihre Angestellten Fitneß-Studios einrichten.

Die Autoren räumen zwei von Diems zahlreichen Funktionen besondere Bedeutung ein. Neben der Organisation der Olympischen Spiele 1936 war das seine Arbeit als Sportdiplomat: Als Leiter der Auslandsstelle des Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen (NSRL) organisierte er internationale Sportbegegnungen, um ein Interesse an Völkerverständigung vorzugaukeln. Im Februar und März 1940 fanden in Deutschland dreizehn internationale Wettkämpfe statt – unter Beteiligung von Dänemark, Belgien und den Niederlanden, ein paar Wochen später allesamt überfallen von der Wehrmacht.

Diese Überfälle sah Diem als die Fortsetzung des Sports mit anderen Mitteln. Im Juni 1940 jubilierte er: »Sturmlauf durch Frankreich, wie schlägt uns alten Soldaten, die wir nicht mehr dabeisein können, das Herz, wie haben wir mit atemloser Spannung ... diesen Siegeslauf verfolgt. Diese fröhliche Begeisterung, die wir in friedlichen Zeiten bei einem ... sportlichen Wettstreit empfanden, ist in die Höhenlage des kriegerischen Ernstes hinaufgestiegen.«

Nachdem Deutschland den internationalen Sportverkehr im Frühjahr 1943 eingestellt hatte, war Diem als Truppenbetreuer unterwegs und pries in mehr als hundert Vorträgen den Heldentod sowie seine vermeintlichen Gemeinsamkeiten mit dem »olympischen Gedanken«. Im März 1945 animierte er in einer Rede auf dem Reichssportfeld sogar HJ-Mitglieder, »den Opfertod nicht zu scheuen«. Diems Wahn zeitigte Wirkung, denn anderthalb Monate später ließen, so Laude/Bausch, »mindestens 2.000 Angehörige der HJ-Volkssturmeinheiten beim letzten, militärisch völlig sinnlosen Versuch der Rückeroberung des ... Reichsportfeldes ihr Leben«.

Nach dem Ende des Dritten Reichs wirkte Diem als Rektor der Sporthochschule Köln und als Präsidiumsmitglied im Nationalen Olympischen Komitee. Im Fragebogen der britischen Verwaltung hatte er unterschlagen, für den NSRL tätig gewesen zu sein – der Weg zurück in die Sportpolitik war frei. Und das war nur der Auftakt zu einer Reihe von Geschichtsverfälschungen in Sachen Diem. Noch 1986 pries Hans Hansen, der gerade gewählte Präsident des Deutschen

Sportbundes (DSB), Diems »unerschütterlichen Kampf gegen den gleichgeschalteten Sport des NS-Regimes«, obwohl der Besagte an der Planung und Durchführung der Gleichschaltung beteiligt war, wie Laude/Bausch belegen.

Ohne Makel ist ihr Buch indes nicht. Man merkt ihm an, daß es in Teilen auf einer Diplom-Arbeit basiert. Sollten die Autoren sie stilistisch überarbeitet haben, so ist das kaum spürbar. Darüber hinaus neigen Laude und Bausch zur Redundanz: »Daß die Eigenständigkeit des Sports, die (Diem) immer wieder reklamierte, eine Chimäre war«, muß man, sinngemäß, ein bißchen zu oft lesen.

Das schmälert den Wert von *Der Sport-Führer* aber nur geringfügig. Das erste Buch über den Organisator der perversesten Olympischen Spiele aller Zeiten kommt nicht nur gerade recht, weil sich der olympische Betrieb – der ja immer noch regiert wird von schwarzbraunen Gestalten wie dem IOC-Präsidenten Juan Antonio Samaranch, einst Minister im faschistischen Spanien – in diesem Monat in Sydney feiert. Was Laude/Bausch schreiben, ist noch unter einem anderen Aspekt aktuell: Als kürzlich fast die gesamte Springer-Presse auf Antifa-Kurs umschwenkte, mußte sich »Sport Bild« als Blatt fürs Grobe beziehungsweise Braune bewähren. »Bei Eduard Geyer fühlt man sich an die guten alten deutschen Eigenschaften erinnert wie Anstand, Ordnung, Sauberkeit«, schrieb das Blatt über jenen Zonen-Volkstribun vom FC Energie Cottbus. »Es gibt Beispiele, da kommen Spieler mit 28 Jahren zu mir, denen ich dann sagen muß: ›Nimm die Füße vom Stuhl, sitz gerade‹«, wird Geyer zitiert. »Mich kotzen Spieler an, wenn sie drei Ohrringe tragen.« In einem dazugehörigen Kommentar mit der denkwürdigen Headline »Werte über den Geldsack hinaus« heißt es, es könne »wirklich nicht schaden ..., wenn die Bundesliga-Trainer ... ihren Jung-Millionären ... erklären, daß äußerer Anstand mit innerer Größe zusammenhängt. Wenn sie Disziplin als ein Zeichen von Stärke werten. Und beweisen können, daß solche Stärke den Charakter stählt ... Helft dieser taumelnden Jugend, ihr Ede Geyers, gebt ihnen wieder Halt.« Ein Appell, der auch von Carl Diem hätte stammen können.

Konkret 09/00, S. 57

Daniel Petersen

FilmTheater

Cube - Pitch Black

Cube

Regie: Vincenzo Natali; mit Maurice Dean Wint, Nicole deBoer; Kanada 1997 (Constantin); 90 Minuten; seit 13.7. im Kino

Pitch Black

Regie: David Twohy; mit Vin Diesel, Raadha Mitchell, Cole Hauser; USA 2000 (VIP); 108 Minuten; ab 7.9. im Kino

Wer sich darüber aufregt, daß Filme immer teurer werden, übersieht gern, daß allein durch die größere Menge an Kapital viel eher etwas für Filme abfällt, die früher als aufwendig und teuer und vielleicht schwer zu vermitteln galten, heute aber als Schnäppchen durchgehen. Technologie und Know-how, für die sündhaft teuren Pioniere erschaffen und dann den Tieren zum Ausweiden überlassen, sowie ein ausreichend konditioniertes Publikum stehen nunmehr für Produktionen bereit, die für die erste Liga zu starlos, zu eindimensional, zu kurz oder auch zu schräg sind und deswegen vor nicht langer Zeit höchstens im Fernsehen oder direkt in der Videothek landeten; dort eben, wohin der B-Picture seit Ende des Studiosystems abgewandert war. Gerade der phantastische Film profitiert von den nach Gebrauch allgemein verfügbaren neuen Computertricksereien, denn seine B-Version als klassischer Genrefilm, seit jeher mythisches und ikonographisches Unterfutter der Großfilme, muß damit nach langer Verbannung und trotz begrenzten Budgets nicht mehr trashig aussehen und kann wieder dort angeboten werden, wo er hingehört: im Kino.

Der B-Film, der seit seinem offiziellen Niedergang vor grob vier Jahrzehnten anstelle der produktions- und vertriebsökonomischen zunehmend ästhetische Konnotationen, nämlich lieblos und schrottig zu sein, aufgedrückt bekam, ohne zum Independent geadelt zu werden, hat sich berappelt. Und manchmal scheint es, als könne die Brillanz der Kernidee eines B-Films durch seine Schründe, d. h. durch ungelenkes Spiel, staksige Dialoge, platte Charaktere oder hanebüchene Handlung, klarer hindurchscheinen als durch eine hochglanzpolierte Oberfläche.

Mit »Cube« und »Pitch Black« kommen nun zwei grundverschiedene und doch beispielhafte Vertreter des phantastischen B-Films zu uns, die es sich leisten können, einige Enden ihres Gefüges flattern zu lassen, ohne daß ihre eigentlichen Qualitäten berührt würden. Wie jeder gute B-Film sind sie quasi die Novelle, die gegenüber dem Roman auf eine einzige narrative Idee zugespitzt ist, ohne mit langen Landschaftsbeschreibungen, Nebenhandlungen, Charakterentwicklungen oder mit angestrengter Herleitung der Ereignisse sich aufzuhalten.

»Cube«, bereits 1997 entstanden und schon länger für den Videomarkt angekündigt, hat nun doch einen hiesigen Verleih gefunden, woran die gestiegene Popularität des Genres und deBoers (»Deep Space Nine«) bestimmt nicht schuldlos sind. Filme, deren Wirkung auf der klaustrophobischen Enge eines beschränkten Schauplatzes beruht, verlieren einiges von ihrer Substanz, wenn diese Enge nicht den Gesichtskreis des Zuschauers ausfüllt. Und »Cubes« Schauplatz ist von geradezu mathematischer Reduktion wie das darin ablaufende Drama: Fünf willkürlich zusammengeworfene Personen schlagen in einem wohnzimmergroßen Kubus die Augen auf und können nun nicht viel tun, als herumzurätseln, warum und auf welche Weise sie dort hingelangt sind und wie sie wieder rauskommen, bevor sie verdursten. Erster Erkenntnisschritt: In jeder der sechs Wände befindet sich eine Tür zu einem weiteren Kubus, möglicherweise mit einer Falle versehen, die jedesmal mit anderen Mordmechanismen den Betretenden tötet. Das Muster herauszufinden, nach dem ein Kubus mit einer Falle ausgestattet ist, wird auf der Suche nach einem Ausgang zur Überlebensfrage.

Das mathematische Gerüst des Dramas füllt sich mit Leben, denn nicht nur die Kuben, auch die Charaktere werden im Verlauf des Films so gegeneinander verschoben, daß Funken sprühen, und im Eifer des Gefechts verficht mancher ganz zweckrational, daß man, um für die Fitteren das Risiko zu minimieren, den unwägbar Geistesverwirrten seinem Schicksal überlassen sollte. Am Ende steht das Drama in der einfachen Schönheit einer Gleichung da, aus der alle eigensinnigen Variablen herausgekürzt sind.

Bei dieser dramatischen Konstellation, die andere Produktionsfirmen als viel zu »verkopft« abgelehnt hätten, beläßt es der Film und leistet sich damit einen Luxus, den kein großer durchbekäme. Am Ende kippt der Kubus durch die Verweigerung einer Erklärung ins Surreale: Nicht mal der Architekt der Außenhülle der riesigen Anlage, der zufällig unter den Gefangenen ist, kann ihren Sinn und Zweck wiedergeben; es sei ein babylonischer Gesamtbau, an dem jeder ohne Anweisung und Abstimmung vor sich hin gewerkelt habe, so daß er immer weiter gewachsen sei, ohne daß ein einzelner über seinen Konstruktionsplan hätte Auskunft geben können. Nichts als die schnörkellose Metapher einer sich selbst bauenden Welt ist es geworden, einer Welt, die subjektlos und schicksalhaft ihren Vollzug betreibt, indem sie ihre

wimmelnden Subjekte, ihre einstigen Schöpfer, zu dienstbaren Objekten degradiert, die dem Ganzen wahllos, aber keineswegs zufällig zum Opfer fallen oder auch nicht.

Wo sich »Cube« in schwindelnde Höhen der Abstraktion aufschwingt, da wühlt »Pitch Black« in den schwarzen Tiefen der Seele. Ein Raumschiff stürzt auf einem unbekannten Planeten ab, nur knapp ein Dutzend Passagiere und Besatzungsmitglieder überleben. Blitzhaft tut sich ein Abgrund an Urängsten auf: die Furcht vor der Dunkelheit, jene Angst, die schon den Frühmenschen und jedes Kleinkind umtreibt, die mit einem steigenden Maße an Aufgeklärtheit nicht schwindet, sondern nur hinter die lichten Konstruktionen zurückweicht, die der Sapiens um sich herum zimmert und die auf ihn einstürzen, sobald sie unter Druck Risse zeigen. Es mußte erst ein billiger SF-Film kommen, um den heute gern vergessenen substantiellen Zusammenhang sinnfällig zu machen.

Die Überlebenden, darunter ein Sträfling und seine Bewacher, müssen sich zusammenraufen, um der Finsternis zu widerstehen, und nebenbei einige halbinteressante Charakterkonflikte ausfechten, die in einem Anfall von Qualitätshuberei ins Drehbuch gerutscht sind. Wie es sich für einen B-Film gehört, beläßt »Pitch Black« es bei der Kanonisierung bewährter Gestaltungen (z. B. merkwürdig allgemeingültig aussehenden Monstern) und spinnt damit das für jedes Genre so wichtige Netz des mythischen Motivvorrats weiter, ohne das Großfilme kein Material hätten. Am Ende steht bei diesem, wie bei »Cube«, wie bei jedem Film, in dessen Verlauf eine Art Querschnitt der Menschheit in eine unbekannte Situation geworfen und bei dem Versuch, ihrer Herr zu werden, schrittweise dezimiert wird, die Frage, ob eine und wenn ja, welche Personenkonstellation übrigbleibt. Und auch hier können Filme wie »Cube« und »Pitch Black« sich einiges mehr an Unvorhersehbarkeit leisten als aufgeblasene A-Genrefilme der letzten Zeit – etwa »Deep Blue Sea« oder »Mission to Mars«. Würden sie im guten alten Double feature präsentiert, wären beide Filme eine multiperspektivische Illustration von Ursprung und Dialektik der Aufklärung. Anscheinend kann eine Flaschenpost, die die Atmosphäre verlassen hat und die nun durch den leeren Raum treibt, nur mehr von einem Raumschiff aufgefangen werden.

Konkret 09/00, S. 58

Colin Goldner

Bewußtsein ohne Gehirn?

Mit großem Vergnügen sonnen sich deutsche Spitzenpolitiker im Glanz seiner Heiligkeit, des Dalai Lama, eines speziellen Freundes alter Nazis

Zugegeben, der Mann ist ein Phänomen. Dutzende von Büchern sind über ihn geschrieben und Filme gedreht worden, ganzen Generationen und Kontinenten gilt er als Inbegriff von Friedfertigkeit, Güte und in stoischem Gleichmut ruhender Erkenntnis. Er rage, wie es in einer der zahllosen Hymnen über ihn heißt, über die Menschheit hinaus »wie der Himalaya über alle anderen Gipfel unseres Planeten: zeitlos, gigantisch, respektvoll, tolerant, geduldig, bescheiden, schlicht, humorvoll, herzlich, sanft, geschmeidig, erdhaft, harmonisch, transparent, rein und immer wieder lachend und lächelnd«. Die Rede geht, unschwer zu raten, um den Dalai Lama, Gottkönig Tibets, der, wie es weiter heißt, »in einer Welt der Böswilligkeit, des Materialismus und der Korruption den guten Willen, die Sphäre des Geistes und die Lotosblume der Reinheit« repräsentiere, »im Wirbel der Nichtigkeiten und der Hektik den Sinn und die Ruhe und die Festigkeit«. Und so fort, ohne Ende.

Ein Phänomen ist der Mann, weil er all das eben gerade nicht ist. Und weil, wie weiland in Andersens Märchen von den neuen Kleidern des Kaisers, niemand sich zu sagen traut, daß Seine Heiligkeit, Oberhaupt der Gelbmützen und ozeanischen Weistums gepriesen, parbleu!, einen Stuß daherschwatzt, daß die Lichter ausgehen. Kaum ein Satz, den er zum besten gibt – sieht man von jener Handvoll Spruchblasen ab, die Petra Kelly ihm eintrichterte – , enthält auch nur ein Gran Sinn: »Daß Erscheinungen unter letztgültiger Analyse nicht gefunden werden können, zeigt an, daß sie nicht wirklich existieren. Da sie leer sind in bezug auf die konkrete Existenzweise, in der sie erscheinen, ist klar, daß sie im Kontext und Wesen der Leere in bezug auf inhärente Existenz existieren. Daß etwas nicht gefunden werden kann, heißt also, daß es nicht nicht existiert, sondern daß es nicht wirklich existiert.« Derlei Erkenntnis, so die große Leuchte der Weisheit, sei freilich nicht innerhalb eines einzelnen Menschenlebens zu gewinnen. Es bedürfe Tausender aufeinanderfolgender Leben über eine Spanne von »Trillionen und aber Trillionen von Jahren«, um in solch schwindelnde Höhen des Geistes vorzudringen.

Aber er, Jamphel Yeshe Ngawang Lobsang Yeshe Tenzin Gyatso, 14. Dalai Lama, Herrscher über das Land des Schnees und Bewahrer des rechten Glaubens; Wiedergeburt seiner dreizehn Vorgänger im Amte und zugleich Emanation der höchsten Gottheit auf dem Dache der Welt, des elf-, gelegentlich auch sechzehnköpfigen und tausendarmigen Chenrezig, der in grauer Vorzeit und in Gestalt eines Affen die weibliche Gottheit Tara bestiegen und so das Volk der Tibeter gezeugt haben soll – er glaubt wirklich daran. Zwei Warzen unterhalb seiner Schulterblätter, so Seine Heiligkeit und wiederum allen Ernstes, seien der Beweis, daß er tatsächlich niemand anderer sei als Chenrezig selbst: Diese *small bumps of flesh* stellten unzweifelhaft Überbleibsel von dessen zusätzlichen neunhundertachtundneunzig Armen dar. Außerdem verfüge er über Ohren von einer Größe, wie sie allen göttlichen Wesen eigen sei.

Nein, Tenzin Gyatso ist keineswegs ein Komiker, obwohl seine enorme Popularität im Westen vor allem den Hanswurstiaden zuzuschreiben ist, die er fortlaufend veranstaltet. Wenn er bei seinen Vorträgen unmotiviert loskichert oder auf seinem Thron hin- und herschaukelt, daß es aussieht, als werde er jeden Augenblick herunterfallen, gerät sein Publikum regelmäßig in Verzückung. Auch wenn er sich – rituell? – beidhändig unter den Achseln kratzt.

Niemand hat bisher die Frage gestellt, ob dieser Mensch noch richtig tickt, eine Frage, die bei Päpsten, Gurus und Ayatollas ansonsten durchaus und berechtigt gestellt wird. Millionen gilt er als Hoffnungsträger und Lichtgestalt. Stars und Sternchen sonnen sich in seinem Glanz, von Tina Turner bis Mutter Beimer, kaum ein Politiker, der sich nicht danach drängte, von ihm einen Glückswedel umgehängt zu bekommen. Vorneweg Otto Graf Lambsdorff, der sich als besonderer Gönner und Förderer des tibetischen Buddhismus geriert, gefolgt von Solms, Gerhard, Westerwelle und wie sie alle heißen, die Bannerträger des freien Geistes. Antje Vollmer, ganz Theologin, schnulzt dem Gottkönig vor, sie höchstpersönlich könne bezeugen, Tibet sei ein Land »mit einer ganz besonderen Aura«. Diese stamme nicht nur aus seiner besonderen Nähe zum Himmel, nein, nie zuvor habe sie in einem Land »so eine tiefe spirituelle Frömmigkeit erlebt. Wer wissen will, was Religion auch sein kann – was unser alter Kontinent Europa schon gar nicht mehr weiß – , der kann es heute vielleicht nur noch in Tibet so erfahren.« Als Geschenk überreichte sie dem Dalai Lama, der, wie sie voller Rührung anmerkte, von gläubigen Tibetern mit dem Namen »Wunscherfüllendes Juwel« bedacht werde, einen Bergkristall. Erwartungsgemäß ergriff der solchermaßen Geehrte sofort die Gelegenheit, den tieferen Symbolgehalt des Geschenks zu erörtern: »Dieser Stein symbolisiert die spontane Natur unseres Geistes, welcher frei ist von jedweden Verunreinigungen. Wenn von außen auf den Kristall Lichtstrahlen treffen, dann entstehen verschiedene Farben. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß unser klarer makelloser Geist ungeheure Energie freisetzen kann.« Daß im tibetischen Buddhismus der Begriff des »Wunscherfüllenden Juwels« für etwas ganz anderes steht, nämlich für den Phallus (des Lama), verschwieg der »höchste Lehrmeister des Tantra«, der sich im Westen publikumswirksam als zölibatärer Mönch präsentiert, wohlweislich.

Eine Ahnung, worum es dem Gottkönig tatsächlich geht, hat kaum jemand in seiner hiesigen Fangemeinde. Man will es auch gar nicht wissen. Man interessiert sich nicht wirklich für Tibet, nicht für die Geschichte des Landes, nicht für politische Fragen und Probleme; noch nicht einmal wirklich für den tibetischen Buddhismus. *Little Buddha, Kundun,* eine Horde fußballspielender Mönchsbuben: mehr als ein paar mystizistisch angehauchte Platitüden und romantisierende Klischees will man gar nicht haben. Ein *Free-Tibet*-Aufkleber auf dem Kofferraumdeckel, und schon ist man zum Gutmenschen mutiert. Konsequent wird alles unterdrückt, was das Bild des Dalai Lama ankratzen, liebgewonnene Projektionen zum Platzen bringen könnte. Um so frenetischer der Applaus, je platter dessen Phrasen, je durchsichtiger seine Selbstdarstellung als Friedensfürst, als heroischer Vorkämpfer für Menschenrechte und demokratische Prinzipien. Selbst der größte Unsinn bleibt unwidersprochen.

Man muß nicht lange kratzen an der Fassade des Gottkönigs, um zu entdecken, was dahintersteckt. Plötzlich erscheint er als das, als was *er* sich vorkommt: als Vajradhara, Weltenführer und höchster der Buddhas, dem es um nichts anderes geht als um das Erringen unumschränkter und allumfassender Macht; um den zielstrebigen Ausbau von Einfluß und letztlich (auch wenn das noch ein paar Inkarnationen dauern sollte) um die Errichtung einer weltenumspannenden Buddhokratie. Shoko Asahara läßt grüßen, der japanische Giftgasguru, der mit ganz ähnlichem Anspruch daherkam: Der Sarin-Anschlag auf die Tokioter U-Bahn vom 20. März 1995 war nur der Auftakt zu einem bis ins Detail ausgearbeiteten Plan, mit Hilfe eines gigantischen Arsenals an Waffen und Kampfstoffen (vor allem aus Beständen der ehemaligen Sowjetunion) eine buddho-faschistische Weltherrschaft zu errichten, ein tausendjähriges Reich, mit ihm, Asahara, als Regenten und Meister. Seine Ideen bezog er aus *Mein Kampf* sowie dem Shambala-Mythos des tibetischen Buddhismus; seine Legitimation aus zwei Empfehlungsschreiben, mit denen Seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama ihn ausgestattet und hochoffiziell zum »kompetenten religiösen Lehrer« erklärt hatte.

Bestritten wird prinzipiell alles, was die Faschismuskompatibilität des tibetisch-buddhistischen Okkultwesens belegt; mit Nachdruck insbesondere dessen Nähe zur Theosophie Helena Blavatskys, deren Rassenlehre, empfangen angeblich auf übersinnlichem Wege von tibetischen Lamas, zur Grundlagenliteratur alter und neuer Nazis zählt. Himmlers enormes Interesse an Tibet – er halluzinierte von einer »okkulten Achse Berlin-Lhasa« – basierte wesentlich auf Blavatskys Schriften. Daß der Dalai Lama sich ständig in Theosophenzirkeln aufhält und unlängst erst die Neuherausgabe eines Blavatsky-Bandes mit einem lobenden Vorwort versehen hat, wird einfach ausgeblendet.

1939 erreichte eine von Himmler persönlich protegierte Expedition Lhasa. Zu den Unterredungen, die die Angehörigen dieser Expedition, geleitet von dem Biologen und Ahnenerbeforscher Ernst Schäfer, mit den Regenten des Dalai Lama führten – dieser selbst war zwar schon im Amt, allerdings als kleiner Junge und ohne reale Machtbefugnis – , verweigert der Gottkönig bis heute jegliche Auskunft. Nachgewiesen sind die regen Kontakte, die er nach seiner Exilierung mit den Überlebenden jener SS-Delegation pflegte, etwa mit dem seinerzeitigen Hauptsturmführer Bruno Beger, der 1971 als NS-Kriegsverbrecher (»Rassenspezialist von Auschwitz«) verurteilt wurde, aber nur eine kurze Haftstrafe abzusitzen hatte. Bis in die 90er Jahre hinein traf man einander mehrfach zu herzlichen Gesprächen.

Auf die Frage, in einem Interview von 1997, ob er von der Verstrickung seines Freundes Heinrich Harrer in das Naziregime gewußt habe – Harrer war als SA-Mann (seit 1933!) und späterer SS-Oberscharführer überzeugter Nazi gewesen – , gab der Dalai Lama tiefen Einblick in seine Art von Geschichtsverständnis: »Natürlich wußte ich, daß Harrer deutscher Abstammung war – und zwar zu einer Zeit, als die Deutschen wegen des Zweiten Weltkrieges weltweit als Buhmänner dastanden. Aber wir Tibeter haben traditionsgemäß schon immer für Underdogs Partei ergriffen und meinten deshalb, daß die Deutschen gegen Ende der vierziger Jahre von den Alliierten genügend gedemütigt worden waren.« Geleugnet werden auch die Begegnungen mit Miguel Serrano, dem langjährigen Vorsitzenden der »Nationalsozialistischen Partei« Chiles. Serrano, ehedem Botschafter Chiles in Österreich, gilt als Vordenker des »Esoterischen Hitlerismus«; in seinen Publikationen halluziniert er, der »Führer« sei nach wie vor am Leben und plane, von einer unterirdischen Basis in der Antarktis aus mittels einer riesigen Ufo-Flotte das »Dritte Reich« zu vollenden. Auch auf Serranos Œuvre hat tibetisch-buddhistischer Obskurantismus enormen Einfluß ausgeübt.

Von alledem am wenigsten Ahnung haben wollte die Münchner SPD, die sich vor Begeisterung fast überschlug, als es ihr unlängst gelang, den tibetischen Gottkönig zusammen mit Otto Schily auf ein Podium zu setzen. Weltweit ließ sie das Gespräch der beiden via Internet übertragen. Was denn Bewußtsein sei, las Schily seine Stichworte vom Blatt, wie es entstehe und ob es welches geben könne ohne Gehirn. Endlose Schwadronaden, Gekichere, Faxen ins Publikum. Fragen nach den undemokratischen Strukturen und autokratischen Herrschaftsmustern in der exiltibetischen Kommune, nach der Unterdrückung religiöser Minderheiten, der Unterschlagung von Spendengeldern, der bewußten Fälschung tibetischer Geschichte, nach der vorsätzlichen Verschärfung der Konflikte mit Peking kamen ebensowenig vor wie Fragen nach dem Mißbrauch von Kindern bei der Rekrutierung monastischen Nachwuchses, der sexuellen Ausbeutung von Mädchen und Frauen, der Repression gegen Homosexuelle, der Rechtfertigung von Todesstrafe und Euthanasie. Wer solche Fragen stelle, so Otto Schily, habe »Haß im Denken«, mit solchen Leuten gebe er sich grundsätzlich nicht ab.

Colin Goldner hat kürzlich das Buch »Dalai Lama. Fall eines Gottkönigs« veröffentlicht (Alibri Verlag)

Konkret 09/00, S. 60

Günter Amendt

Friends and their strangers

Über Bob Dylans □ never ending tour□

Zugegeben, es war ein Fehler, auf die Frage, was ich von der Nobelpreis-Nominierung Bob Dylans halte, überhaupt zu antworten. Anstatt einfach zu sagen, es sei mir scheißegal, habe ich dummerweise auch noch öffentlich zu begründen versucht, warum ich die Nobilitierung Dylans für ziemlich daneben halte. Das war vor knapp einem Jahr in Meerbusch am Rhein. Die vernetzte und auch sonstwie äußerst kommunikative Fangemeinde hörte mit. In Hannover, Berlin und Dresden, am Rande von Dylans Frühsommertour 2000, wurde ich nun wegen meiner Unbotmäßigkeit heftig kritisiert und bis zur Belästigung angegangen.

Sich auf Dylan einzulassen setzt ein gewisses Maß an Eigensinn voraus und die unnachgiebige Anstrengung, sich von der allgemeinen Verblödung nicht irremachen zu lassen. Viele von Dylans *dedicated follo□ ers* sind unter der Last dieser Anstrengung müde geworden. Man kann es nachvollziehen. Was es im Alltag bedeutet, sein Interesse an Dylan öffentlich zu bekunden, hat Wolf Reiser in seinem »Rolling Stone«-Artikel vom Juni 2000, der mit einer Liebeserklärung an Dylan beginnt, es aber schafft, die in *e□ er□ kind of lo□* erforderliche Distanz zum Objekt des Begehrens zu wahren, treffend beschrieben: »Um auf einer normalen Dummstehrum-Party mit TV-VIPchens, Zielgruppenmembern, Moneymakern und menschlichem, mobil kommunizierendem Event-Füllmaterial auf schnellstem Weg kaltgestellt zu werden, muß ich nur etwas über das letzte Dylan-Konzert in Aschaffenburg oder Tampach daherfaseln.« Hohn, Spott und Verachtung sind dir gewiß.

Mancher Dylan-Liebhaber scheint nun die beabsichtigte Heimholung seines Idols in den Olymp der bürgerlichen Hochkultur als Auszeichnung des eigenen Beharrungsvermögens und Bestätigung seiner jahrelangen Gefolgschaft zu begreifen. Quasi als Kompensation für erlittene Demütigungen: Wird der Meister kanonisiert, sind auch seine Jünger gesalbt. Danach kann sich nur sehnen, wer in dieser Welt zu Hause ist oder ihr zuzugehören trachtet.

Und was sagt Dylan? »I have dined with kings / I've been offered wings / And I have never been too impressed«, sagt er. Dylan dürfte nicht sonderlich beeindruckt sein, sollte er nach mehrfacher Nennung – die Nominierungsnummer wurde bereits 1997 angeschoben und wird seitdem jedes Jahr neu aufgelegt – irgendwann vom Nobelkomitee tatsächlich ausgedeutet werden. Er wird den Preis entgegennehmen, oder er wird ihn zurückweisen, wie seinerzeit Jean-Paul Sartre. Es ist egal, denn der Preis bedeutet nichts. Nichts, was mit Dylans Schaffen zu tun hätte. Bereits seine Nominierung beruht auf einem Mißverständnis.

Wie kann jemand, der gerade Dylans Performance in Zürich, Stuttgart, Oberhausen, Köln, Hannover, Berlin, Dresden und Regensburg gesehen oder den Mittschnitt gehört hat, auf die Idee kommen, diese Show ausgerechnet mit einem Literaturpreis auszeichnen zu wollen? Das war keine Dichterlesung. Das war eine furiose Rockandrollshow. Den Rock wieder zum Rollen zu bringen, daran arbeitet Dylan schon seit Jahren. »Now it's just rock, capital R, no roll, the roll's gone« klagte er in dem »Biograph« (1985) beigelegten Booklet. Damals wünschte er sich noch, daß Leute wie der Gitarrist Charlie Sexton einmal »big stars« werden würden. Sexton habe das *feeling*. Jetzt, fünfzehn Jahre später, hat er ebenjenen Charlie Sexton in seine Band geholt neben Larry Campbell, David Kemper am Schlagzeug und Tony Garnier, der den Laden am Baß zusammenhält. Wo immer Dylan und seine Band in der Schweiz, in Deutschland oder Italien eine Bühne betraten, spielten sie eine Show auf hohem Niveau. (Von dem, was Dylan in Skandinavien gemacht und gebracht hat, weiß ich nur, was im Internet unter www.expectingrain.com zu lesen ist.)

Dylans Stimme ist fest und ausdrucksstark. Auch körperlich scheint er topfit, so als habe er sich auf Maggies Schönheitsfarm einer Kur unterzogen. Von der Bühne kommt eine geballte Ladung Energie. Die Auswahl der Songs und die Reihenfolge ihres Einsatzes ist die vielleicht beste Set-Dramaturgie in Dylans Neverendingtour, denn wo das Strenge mit dem Zarten, wo Starkes sich und Mildes paarten, da gibt es einen guten Klang.

Die Band beginnt akustisch mit »Roving Gambler« oder einem anderen Traditional aus dem Fundus amerikanischer Populärmusik. Dann folgen drei oder vier Dylan-Klassiker aus den 60er und 70er Jahren, begleitet von einfach schönem, weil schön einfachem Gitarrenspiel. Manchmal kommt die Mandoline, manchmal die Mundharmonika hinzu. Ein satter *happ□ -sound* Sehr amerikanisch. Dylan beendet das akustische Opening mit Songs wie »To Ramona« oder »Tomorrow is a long time«, in einer anrührenden Zartheit gesungen, manchmal nur noch gehaucht.

Mit den E-Gitarren und Songs wie »Memphis Blues«, »Drifter's Escape«, »Country Pie« ändern sich der Sound und die Stimmung. Es wird dramatisch. Die markanten Punkte in diesem Teil der Show setzt er mit Liedern aus »Time Out Of Mind«. Jeden Abend neu breitet er mit »Love Sick«, diesem schockierend düsteren Song, das Drama einer gescheiterten Liebe aus. »I'm so sick of love«, singt er angeekelt voller Abscheu und Verbitterung: »I wish I'd never met you«. Am Ende aber bricht die zynische Gefühlsabwehr des um eine Liebe betrogenen Mannes zusammen, und er muß gestehen: »I'd give

anything to beeeeeeeeee with you.« Auch »Can't Wait«, »Love Sick« und »Not Dark Yet« inszenierte Dylan als ein hoch dramatisches Spiel mit Trennungs-, Verlust- und Todesmetaphern. Am erstaunlichsten aber ist, daß auch jene totgeklampften Protestsongs aus grauer Vorzeit, die Dylan selbst einmal als *finger-pointing songs* bezeichnet hat, noch immer funktionieren. Wenn er »Blowing in the wind«, »The Times They Are A-Changin'«, »Forever Young« oder »Masters Of War« anstimmt, wird jeder noch so geringe Anflug von Nostalgie weggewischt von der entsetzlichen Erkenntnis, daß alles, was Dylan schon vor drei Jahrzehnten beklagt und hinterfragt hatte, noch immer auf der Tagesordnung steht, nur daß sich, anders als damals, heute kaum noch jemand für diese Tagesordnung zu interessieren scheint.

»Cold Iron Bound« in der, wie man heute zu sagen pflegt, dekonstruierten Kölner Version wäre noch einer besonderen Erwähnung wert. Doch es ist sinnlos, einzelne Songs hervorzuheben und die verschiedenen Konzerte vergleichend in Beziehung zu setzen. Ob er nun wie in Stuttgart und Oberhausen einen Kammerton suchte oder wie in Köln und Berlin auf *high-energ*□setzte, Dylan führt in jedem seiner Konzerte das Publikum durch die ganze Vielfalt von Stimmungen und Gefühlen, die seine Songs auszulösen vermögen.

Dylans Gitarrenspiel ist kühn und verwegen. Er spielt falsch, so falsch, wie Picasso falsch gemalt hat. Die Ausstattung der Show – Licht und Kostüme – entspricht dem minimalistischen Konzept, dem die *ne*□ *er ending tour* von Anfang an folgte. Es ist der konsequente Verzicht auf Effekthascherei. Nur im E-Teil, wenn die Band in Rage gerät, beginnt auch Dylan sich im Rhythmus der Musik zu bewegen. Er reißt die Gitarre hoch, das Schallloch fast auf Kinnhöhe wie einst Jimi Hendrix, er preßt die Knie zusammen, geht in die Hocke und schwenkt die Gitarre wie Chuck Berry. Dylan zitiert Rock'n'Roll-Klischees. Das ist höchst amüsant und ziemlich komisch.

Im Spätsommer wird Dylan seine Europatour fortsetzen und in Hamburg, Frankfurt und Münster – *one night onl*□– auftreten. Die Vorfreude darauf wäre größer, wenn man sich darauf verlassen könnte, daß das Publikum auf das zwangsneurotische Mitklatschen verzichten würde. Es ist nun mal so, daß die Deutschen kein Taktgefühl haben. Auch haben offenbar viele Konzertgänger noch nicht verstanden, daß ein Konzert keine Karaokeveranstaltung ist. Wenn die Leute dann auch noch, wie in Dresden, alkoholisiert mitsingen, obwohl sie nicht singen können und auch den Text nicht im Kopf haben und die wenigen Zeilen von Dylans Liedern, die sie in Erinnerung haben, sächsisch eingefärbt in dein Ohr grölen, dann beginnst du sogar den lästigen Körperkontrollen am Eingang der Konzertarenen einen Sinn abzugewinnen. Denn hätte ich in diesem Augenblick eine Waffe zur Hand, ich könnte für nichts garantieren.

Kon□ *erte in Deutschland: Hamburg 28.9., Frankfurt am Main 29.9. und M*□ *nster 1.10.2000*

Günter Amendt schrieb in KONKRET 8/2000 über Psychodelica im postindustriellen Zeitalter

Konkret 09/00, S. 62

Gerald Düwelsdorf

Melodie & Rhythmus

FM Einheit; FM 451 (Compilation)

Irgend jemand hat mal geschrieben, man solle den Blixa Bargelds die Goethe-Institute überlassen. Genau. Die Theater dazu. Doch was wie ein frommer Wunsch klingt, ist ein normales Phänomen im Kulturbetrieb. Was hätte aus den Einstürzenden Neubauten anderes werden können, als Trommler der postmodernen Thing-Rituale, die hierzulande »Theater« heißen. Das hätte nur der Kulturstalinismus verhindern können. Freiwillig gehen die nicht in die Produktion zurück.

FM Einheit, der ehemalige Schlagzeuger der Neubauten, hat seit einiger Zeit sein eigenes Label: FM 451 – die Fortsetzung der Neubauten mit anderen Mitteln. Die Compilation enthält einen Ausschnitt aus dem Label-Repertoire. Als Einstieg dient der vermeintlich smoothe Track mit funky guitar aus FM Einheits neuem Projekt mit der Sängerin Gry. Caféhausmusik für Cappuccinotrinker im neuen Berlin-Mitte.

Die Stücke – Theatervertonungen, hörspielartige Gebilde – entstanden in unterschiedlichen Formationen, einige in Zusammenarbeit mit Bargeld. So überrascht es nicht, daß sie nach wie vor nach den Neubauten klingen. FM Einheit ist älter geworden, aber nicht weiser: Er beschwört noch immer Geister und Irrationalität. Tiefe, schwere Töne, düstere Sounds in dissonanter bis atonaler Harmonik – diese Komponenten lassen die Art von wohligem Schauder entstehen, bei der man eine Gänsehaut bekommt und sich gut dabei fühlt. FM Einheit reproduziert eine Menge Todsünden der deutschen Romantik. Todsünde im wahrsten Sinne des Wortes, denn typisch für beide – FM Einheit und die Romantiker – ist die Morbidität. Ersterer gestaltet sie im kleineren (»Hammermörder«) oder größeren Stil (»Apocalypse live«, »Radio Inferno«) als Teutonen-Pop.

In »Ulrike Meinhof Paradies« wird das Deutschsein zum Problem. Das Stück fungiert nach »Kaiser Wilhelm Overdrive« und »Adolf Hitler Enterprise« als dritter Teil eines »akkustischen Roadmovies«. Soll heißen: Es geht um deutsche Kontinuität. Das Stück über die RAF-Kämpferin behandelt die Isolationshaft im toten Trakt, teilt aber auch Meinhofs Mitgefühl für die Nation: »Erinnern sie sich noch? Zwei furchtbare Weltkriege! Soll es schon wieder losgehen?« – »Und was war das Ende? Deutschland war ein Trümmerhaufen!« (O-Ton Meinhof im Stück). Andere O-Töne z. B. von Goebbels und einem Nachrichtensprecher der BRD legt FM Einheit über einen treibenden Beat und vereinheitlicht sie dadurch. Beethovens 5. gibt’s als Intro einmontiert – Kulturnation! Noch Fragen? Schlingensief hat ähnlichen Liebeskummer.

Konkret 09/00, S. 62

Uli Mentz

Melodie & Rhythmus

Kai Sichtermann/Jens Johler: Keine Macht für Niemand. Schwarzkopf & Schwarzkopf, Berlin 2000, 320 Seiten, 29,80 Mark

Daß die 68er-Bewegung mehr sein sollte als ein Berufsfindungsprozeß für verspätete Seiteneinsteiger à la Fischer und Trittin, kann man aus den frühen Ton-Steine-Scherben-Platten heraushören. Aber daß Musik keine Waffe ist, zeigten die Scherben – trotz anfänglicher Propagierung des Gegenteils – mit ihrer Entscheidung, nach fünfjähriger Berufspolit-Rockzeit die Landkommunenbewegung zu bereichern.

Kai Sichtermann, Ex-Scherben-Bassist, läßt in seinem Buch Leute aus dem Umfeld der Fresenhagener Protagonisten zu Wort kommen und streut eigene Erfahrungen ein. Heraus kommt Altbekanntes: Am System zweifelnde junge Menschen wollen sich in allen denkbaren Bereichen »selbstverwirklichlichen«, richten sich dabei zugrunde oder werden erfolgreiche Unternehmer oder Politiker.

Damals war es üblich, als Kulturlinker den letzten Mainstream-Popheulern wie Stones und Bap das Geld locker hinterherzuwerfen, aber von den Scherben zu erwarten, daß sie umsonst, also »nicht kommerziell« spielen – ein Anspruch, dem die Band oft Folge leistete. Über die daraus resultierenden Alltagsabsurditäten wird berichtet. Die Stärke des Buches, die nüchterne Beschreibung von Produktions- und Zerfallsprozeß der Rockband, wird allerdings zur Schwäche, wenn nirgends ein Hinweis auf historische Entwicklungen erfolgt und politische Streitpunkte bestenfalls als persönliche Animositäten skizziert werden – und das bei einer Band, die Songs wie »Sklavenhändler« und »Macht kaputt, was euch kaputt macht« gespielt hat.

Auf Anarcho-Polit-Rock-Frust in den 80ern folgten der Rückzug nach innen und das Bedürfnis nach künstlerischer Veränderung. Das Ex-Bandmitglied verrät die neue Methodik: 22 Tarotkarten wiesen den Weg zu ebensovielen lyrisch ambitionierten Stücken. Doch was die an ihrer Funktionalisierung leidende Band selbst auf esoterischer Blödsinn-Basis noch zustande brachte, bleibt trotz schlechter Soundqualität hörbarer als die aktuelle Suche nach neudeutscher Identität in Schlager und HipHop. Der aufmerksame Leser findet ohne Mühe zwischen den Zeilen die Erklärung, warum der bunte Haufen um Reiser und Co. es im Gestrüpp von idealistischen Agit-Prop-Parolen, echtem Interesse an Systemveränderung, unsinnigsten Kollektivansprüchen seitens des Publikums und eigenen künstlerischen Vorstellungen, schaffte, die Zeitgeistschlagerfuzzis Lindenberg, Westernhagen oder Niedecken schon in den 80ern alt aussehen zu lassen, und trotzdem scheiterte.

Konkret 09/00, S. 62

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

Joe Jackson: Ein Mittel gegen die Schwerkraft. Musikalische Wanderjahre. Aus dem Englischen von Andreas Wostrack und Ursula Barth. Satzwerk Verlag, Göttingen 1999, 336 Seiten, 45 Mark

n n n n Der britische Allround-Popmusiker Joe Jackson »muß zwangsläufig über Musik schreiben«, steht auf Seite 28. Eine Seite weiter lesen wir forellenbachklar, warum das so ist: »Gescheitere Köpfe als ich haben seit Jahrhunderten die Frage erörtert, warum Dur-Tonarten □heiter□ klingen und Moll-Tonarten □traurig□ ... diese kleine Terz, allein diese Verminderun der dritten Note der Tonleiter um einen Halbton, verursacht ... eine gewisse Schwere. Wenn man, einmal nur zum Versuch, lediglich diese eine Note ändert und dadurch eine Moll-Melodie nach Dur transponiert, heben sich die Schatten, ergibt sich eine Leichtigkeit, die man vielleicht gar nicht haben will. Es wäre, als hätte man zuviel Zucker in den Kaffee getan.«

Noch zwei Seiten weiter heißt es über den Soundtrack zu »Exodus« aus den 60ern: »Aus Erfahrung weiß ich auch, daß ein Teil der ergreifenden Wirkung dieser Melodie ... durch die kunstvolle Kombination von Dur und Moll entsteht. In diesem Fall werden in eine Moll-Melodie wiederholt Dur-Harmonien eingefügt, und zwar an Stellen, an denen unser Ohr eigentlich einen Moll-Akkord erwarten würde. Dadurch erscheint es uns immer wieder, als ob sich die Wolken gerade heben wollten, aber sie tun es nie wirklich. Das ist es, was dieses Gefühl von Sehnsucht entstehen läßt.« Somit wäre die Frage nach dem Titel dieser Autobiographie einwandfrei geklärt.

Sehr zu unserer Beruhigung versteht Joe Jackson »die symbolische Kraft des Rock« nicht wirklich. »Image und Pose schienen mir viel weniger wichtig zu sein als die Musik. Ich hatte Schwierigkeiten zu verstehen, warum es für viele Altersgenossen genau umgekehrt war.« Der Mann hat im Gegenteil sehr viel verstanden, wie auf Seite 51 nachzuprüfen ist: »Entweder ist Musik eine Kunstform oder nicht, und ich sage, sie ist es. Sie ist die Königin der Künste, und sie ist der nächstbeste Zugang, den wir Sterblichen zum Göttlichen besitzen.« – Das ist doch bis auf die Sache mit dem Göttlichen im Prinzip grundrichtig gesagt. Wer so was schreibt, kann kein schlechter Mensch sein und ein schlechter Musiker erst recht nicht. Jetzt möchte man eigentlich nur noch gerne wissen, wie so einer in der Welt und, viel schlimmer, in der Musikerhalbwelt überhaupt zurecht kommt. Und weil wir nicht alles zitieren können, nehmen wir hiermit allen Lesern auf der Stelle das Gelübde ab, sich umgehend dieses Buch zuzulegen.

Konkret 09/00, S. 63

J□ rg Sundermeier

Problem Kontext

Antwort auf Kai Degenhardts Kritik der linken Musikkritik (KONKRET 8/2000)

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift hat sich Kai Degenhardt die Musikkritik der »sich noch so nennenden Linken« angeschaut und ist zu erschreckenden, jedoch zugleich völlig erwartbaren Ergebnissen gekommen: Er findet, wohin er auch schaut, nur Texte, in denen ein »erwachsener linker, also doch irgendwo der Aufklärung verpflichteter Journalist« über Musiker spricht, wie sonst nur die »Ponyhof-Mädchen« über ihren Reitlehrer. Da werden in »Taz«, »Spex«, »Jungle World«, »Junger Welt« und auch KONKRET Popstars ganz einfach »distanzlos angeschwärmt«! Und überhaupt scheinen sich die einstmals Poplinken freiwillig in die Marginalisierung begeben zu haben. Während es früher immerhin noch Ton Steine Scherben und Bettina Wegener gab, flüchten sich heute die Anhänger der »Popmusik-Kultur« nur noch »in Dissidenz«. Auf Pogrome und die Veränderungen der Welt nach 89 gebe es keine Reaktionen mehr – schlimm!

Daher rät Degenhardt, sich auf die Suche nach »einleuchtenderen Kriterien« zu machen, denn, so gibt er einen Merksatz vor: »Musik bleibt eine Tätigkeit, die danach zu beurteilen ist, welche tatsächlichen Wirkungen sie hat.« Und wirklich, Kai Degenhardt hat in einigen Punkten recht: Die Musikkritik in den erwähnten Publikationen ist oft sehr auf Äußerlichkeiten fixiert. Hätte er besser gesucht, hätte er Schlimmeres gefunden. In jeder dieser Publikationen hat es schon mehrfach das Lob einer dissidenten Geste gegeben, die dem jeweiligen Kritiker beziehungsweise der Kritikerin allein deshalb als eine dissidente Geste erschien, weil die Sängerin, der Sänger oder der DJ behauptete, daß es sich hier um eine dissidente Geste handele. Auch wird noch immer ein harter Sound als Aufruf zur Revolution gefeiert, und hinter einer Knöpfchendrehung am Sampler wird schnell der Weltgeist vermutet.

Nämlicher Befund gilt im übrigen auch für einen Großteil der dort geleisteten aufgeregten Filmkritik, für Buchkritik und überhaupt für Kulturbetrachtung, die selbst die Redaktion einer – was ihre Marktbedeutung angeht – kaum relevanten Spartenpublikation dazu zwingt, einen Film, eine CD oder ein Buch, der/die/das älter als drei Monate ist, nicht mehr zu beachten.

Das allerdings liegt nicht etwa allein an einer falschen linken Strategie:

Es sind tatsächlich oft Ponyhof-Jungs und

-Mädchen, die hier schreiben. Zum einen befinden sie sich, sofern sie in irgendeiner Form versuchen, von ihrer Kulturkritik zu leben, bereits in einer Marktposition. Entweder (und das ist gerade bei den hier zu verhandelnden Blättern der Fall) streben sie bei aller linken Selbstverortung nach einem Posten bei »Zeit«, »FAZ«, »FR« usw. und nutzen einerseits die nicht geringe Anerkennung, die linke Publikationen in den Redaktionen bürgerlicher Blätter haben, und andererseits die Textnot, die linke Medien aufgrund ihrer – soweit überhaupt vorhandenen – schlampigen Zahlungsmoral beinahe immer haben. Sie nutzen sie als Quereinstieg in die Branche. Nirgends macht man sich leichter einen Namen als mit ein paar gut plazierten Artikeln in »Taz«, »Spex«, KONKRET und »Jungle World«. Ganze Schwärme von Glossenschreibern, Großkritikern, ja sogar Fernsehmoderatoren können da nur zustimmen.

Zum zweiten aber werden die Kritiken angesichts der oben beschriebenen Aufgeregtheit selbst zu nichts mehr als einem Text mit reinem Gebrauchswert degradiert. Die Plattenfirma ködert den Schreiber mit dem Angebot, eine geile CD für nix zu bekommen. Nur für einen Text. Die Zeitungen setzen sich selbst unter den Druck, Service bieten zu müssen. MTV und Viva schließlich gebieten über die Macht, anläßlich neuer CDs einen Trend auszurufen. Der Autor und seine Redaktion machen da nichts selbst, sie machen nur mit. Es geht folglich in den Popmusik-Texten immer um die neueste CD eines Künstlers, die Anlaß zu einem Artikel bietet wie sonst nur noch ein runder Geburtstag. Selbst zur Geißelung eines Musiktrends wird eine CD vorgeschoben. Dieser Musikjournalismus ist eine erweiterte Kaufberatung. Eine weiterreichende Betrachtung ist da von vornherein fast ausgeschlossen.

Selbst »Spex« hat sich vollends von einer Musikbetrachtung, die nicht an Tourneen und Veröffentlichungen gekoppelt ist, verabschiedet. Nun tut Degenhardt allerdings so, als sei diese Entwicklung freiwillig vollzogen worden. So einfach geht es aber nicht. Einer über die Produktverhandlung hinausgehenden Popkultur-Kritik sind enge Grenzen gesetzt. Aus oben genannten Gründen sind die Redaktionen da skeptisch. Und: Fast immer sind es gerade diejenigen Texte, in denen das Links-Sein des Künstlers, des Textautors und sogar seiner Leserinnen und Leser schlicht vorausgesetzt wird, die sich der größten Beliebtheit erfreuen. Fast alle oben genannten Zeitschriften kämpfen mit ihrer Auflagenhöhe, sind also hoch erfreut, wenn ihre Texte gern gelesen werden. Gerade das Feuilleton ist, da die Linke seit Jahren fast jede Gelegenheit vorbeiziehen läßt, in den herrschenden rechten Kulturkampf einzugreifen, tatsächlich eher ein Spielplatz. Und dient zur Abonnenten-Befriedigung. So wird dann ein geil dreinschauender antizionistischer Bombenleger durch eine linkskatholische Autorin einem pickeligen Gymnasiasten angepriesen, der mal wieder auf der Suche nach Waffen gegen seine esoterischen Eltern ist. Und alle sind’s zufrieden. So weit, so schlecht.

Genauso schlecht aber ist, was Degenhardt als Kriterium für eine künftige Musikkritik fordert: daß Musik eine Tätigkeit bleibe, die danach zu beurteilen ist, welche tatsächlichen Wirkungen sie hat. Geht das? Und: Welche Wirkungen mag er meinen? Auf die bald kommende Revolution wird er doch wohl nicht ernsthaft hoffen. Also Friede, Freude, Glück? Beim Musikantenstadl wären wir da nicht falsch. Soll Hannes Wader zurückkommen? Auch nicht?

Hat also Degenhardt Kriterien an der Hand, um die Bedeutung Public Enemys für die Entwicklung des HipHop einerseits und der schwarzen Befreiungsbewegung andererseits zu messen? Gibt es da nicht tausend Bewertungskriterien? Und ist das nicht alles eine Frage der Interpretation, der Bewertung von Symbolpolitiken und also dann doch letzten Endes des Geschmacks? Gerade als Linker will Degenhardt so argumentieren, als existiere Kunst im kontextfreien Raum – dann aber geht es bei Warhol nur darum, seinen Pinselstrich zu beurteilen. Oder darum, die Popkultur aufgrund ihrer nur aus dem Kontext heraus zu erklärenden Leistung gleich ganz zu negieren. Will er vielleicht das? Nicht die Kunst, der Kontext ist das Problem. Zudem geht Degenhardt bereits in der Annahme fehl, daß die in linken Medien publizierenden Kulturkritiker allesamt auch Linke seien. Sie selbst sehen das zum Teil sehr anders.

Schließlich und zuletzt aber ist es ein reichlich anmaßender Anspruch, von Musik und gerade von Popmusik zu verlangen, daß sie explizit auf die politischen Ereignisse zu reagieren habe. Liebeslieder und Songs über das Wetter schaden nicht, und mancher Soundtüftler und mancher Songwriter wirkt immer dann sehr dumm, wenn man ihn über Politik reden läßt. Vor allem aber zeugt es schlicht von Degenhardts Unkenntnis des Genres, wenn er behauptet, niemand in der Popkultur habe sich zu den politischen Umbrüchen der letzten zehn Jahre geäußert. Er sollte die von ihm gerügten Publikationen besser noch mal genau lesen. Dort findet sich das nämlich noch. Nur nicht immer.

Jörg Sundermeier ist Verleger und Journalist. Er lebt in Berlin

Konkret 09/00, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Herrn Thomas Stanglmaier, 82284 Grafrath

Betr.: Ihre Dorfchronik *Grafrath in alten Ansichten*, Band 2

Sehr geehrter Herr Kommunalhistoriker!

Am 1. Jahrestag der berühmten Sonnenfinsternis anno ‘99 hock ich mit einer kühlen Halben hell im Wirtsgarten des Gasthauses Dampfschiff und blättre perplexvergnügten Sinnes in Ihrer Ortschronik. Wir Tomayers kamen ja 1946 (mit der Quittung für Hitler und Henlein im Handgepäck) aus dem nazibereinigten Sudetenland an den Amperstrand, an welchem speziell ich sehr wohl Gefallen fand, wurde ich doch an der Zwergschule in Wildenroth alias bayerisches Bethlehem in die Künste von ABC und Einmaleins sowie von Beten und Gehorchen aufs vortrefflichste eingewiesen. Ferner lernte ich hier Kühehüten, Kartoffelkäfersammeln, Radfahren und Fußballspielen, bevor mich das Schicksal 1960 in fremde Städte berief. Heißa, wie mir die Erinnerung an die Jugend roundabout Währungsreform hochkam angesichts der damaligen dörflichen Gesellschaft: die Klosterwirtin mit ihren »Mammut-Schnitzeln«, der rustikale Jägersmann mit seinem derben Latein, der Frühholz-Martl und der von ihm betreute Gemeindestier, der Burschenverein und seine Inszenierung des Stückes »Das Lenerl vom Königssee«, der Totengräber und der Limonadenfabrikant.

Und wie erst rührten mich an die Bilddokumente der Weihe der Fahnen der Vereine, der fett bestickten Banner des Gesangsvereins (»Rein wie Gold, stark wie Erz / Sei des deutschen Sängerherz«), der Freiwilligen Feuerwehr, des Heimat- und Trachtenvereins und des Soldaten- und Kriegervereins, mit ihren herausgeputzten Fahnenjunkern und Fahnenmüttern und Festjungfrauen beim Aufmarschakt. Wehmütig stimmte mich indes das Bild jenes Ortsgeistlichen, der gerade das Feuerwehrgerätehaus mit Weihwasser näßt, wird er doch wenig später des Mißbrauchs kleiner Mädchen überführt werden. Und der Klosterbruder A., den Ihre Chronik dito zeigt? Heilandsack, wie oft ist er mir, als ich zirka neun, zehn Lenze zählte, an die Wäsche gegangen. What shells, tempi passati. Aber, lieber Ortschronikleiter, was meinen Sie als Mitglied des HJ/BdM-Gruppenbildes mit Lehrer (Herbst 1936) mit »*schon* damals?«? Was will dies »schon« bedeuten? Und was ist braune Magie? Maggi ist braun. Und wenn denn schon braune Magie: Ist die ein Strudel? Einen Strudel aus Äpfeln giebt es, und auch in der Amper sieht man bei Hochwasser sich Strudel bilden. Aber der Faschismus ist doch kein Strudel. Hätten Sie das damals um zwölfe gesagt, hätten Sie das Mittagläuten in Dachau erlebt. Und dann das »ahnungslos« – warum nicht ein bißchen wortspielerischer, sagen wir *SA*hnungslos? Lassen Sie uns, bevor die nächste Auflage in Druck geht, die Sachen ein bißchen überarbeiten. Unter uns zwei alten Grafrathern. Damit sich die vom Bürgermeister im Geleitwort erwünschte »Muse« seitens des Betrachters einstellt. Gell, Clio.

Konkret 09/00, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Katastrophen, in denen eine Menge Wohlhabender ums Leben kommen, gehen als warmer Regen auf die Anzeigenabteilung der »Frankfurter Allgemeinen« nieder. Unter vielen schwarz umrandeten Großformaten auch dieses:

Mit großem Bedauern haben wir von der Flugzeugkatastrophe am 25. Juli in der Nähe von Paris erfahren, bei dem viele deutsche Staatsbürger ihr Leben gelassen haben.

Wir nehmen Anteil an dem Leid des deutschen Volkes und unser herzliches Beileid gilt den Hinterbliebenen und Freunden im Namen unserer Organisation.

Wer trauert da? Feinkost Käfer? Rolex? Chemises Lacoste? Ihre Anteilnahme wäre nur zu verständlich, haben sie doch auf einen Rums hundert Kunden verloren. Aber denkste – herzlich leid tut das Leid des deutschen Volkes dem

Vorstand der türkisch-islamischen Union (DITIB) Köln e.V.

Schleimscheißer.

Wenn ein Mitarbeiter der »Bild«-Zeitung Gelegenheit hat, mit einem zu sprechen, der lesen und schreiben kann, wird die Redaktion ganz andächtig:

Prof. Peter Sloterdijk, der führende deutsche Denker. »Bild«-Gespräch mit Deutschlands berühmtestem Philosophen der Gegenwart.

Der Schumi unter den Denkern. Was wird er sagen zu der Frage, die »Bild« unter den Nägeln brennt: »Herr Professor, müssen wir Angst haben vor der Gentechnik?« Sloterdijk antwortet aber nicht wrummwrumm, sondern:

Die Vorsichtigen werden am Ende die Gewinner sein.

Wenn das der führende deutsche Denker ist, brauchen wir aber dringend Green Cards für Philosophen.

Sozialwissenschaftler kennen das Phänomen der selffulfilling prophecy. An Matthias Rüb, dem Korrespondenten der »Frankfurter Allgemeinen« für unsere vorübergehend jugoslawisch besetzten Gebiete, können sie lernen, was selbstverarschende Berichterstattung ist:

Milosevic will die Wahlen mit allen Mitteln gewinnen

überschrieb er den Text, den er zur Vorbereitung der Nachbereitung verfaßte, die Deutschlands Politiker für den Fall planen, daß die Jugoslawen anders wählen, als sie sollen. Der Bundeskanzler nannte eine solche Wahl bereits sprachregelbildend eine Machtergreifung. Rübs düstere Analyse, daß Milosevic im Gegensatz zu allen anderen Kandidaten aller Zeiten und Länder die Wahlen mit allen Mitteln gewinnen wolle, war freilich nur um den Preis der Mitteilung zu haben, daß der Balkan-Hitler die Wahlen auch verlieren könne, diese also irgendwie freie sein müßten. Aber das werden dann auch die letzten gewesen sein:

Es ist klar, daß Miloseviv am »Superwahlsonntag« vom 24. September gewinnen will, was es zu gewinnen gibt: Er plant, der erste direkt gewählte Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien zu werden, die beiden Kammern des Belgrader Bundesparlaments unter seine Kontrolle zu bringen,

was sie in der Diktatur des Balkan-Hitler bis heute gar nicht sind?

sowie schließlich in den Städten und Gemeinden Serbiens die Niederlage bei den Kommunalwahlen vom November 1996 zu korrigieren.

Dazu habe der Diktator »ausländische Beobachter« eingeladen, darunter jedoch keine aus Staaten,

die sich an der »faschistischen Aggression« während des Bombenkrieges der Nato um das Kosovo beteiligt haben,

faßt man's? Daß die »FAZ« aber dem Rüb die Umbenennung der humanitären Mission zur Verteidigung der Menschenrechte und zur Verhinderung eines zweiten Auschwitz in »Bombenkrieg der Nato um das Kosovo« hat durchgehen lassen, ist, wenn da nicht der Alkoholteufel sein Fähnchen in der Redaktion gehißt hat, ein Zeichen bedenklicher Knochenerweichung. Und es wird immer schlimmer:

Was die Welt unter diesen Umständen von einem Präsidenten Milosevic zu erwarten hat, braucht sie nicht wirklich zu schrecken: Berechenbarkeit und internationale Orientierung. Aber sie hätte auch einen robusten Führungswillen zu gewärtigen, die Akzentuierung des nationalen Interesses und, daran geknüpft, den zurückhaltenden, selektiven Einsatz seiner militärischen Mittel.

Aber das ist schon, zehn Zentimeter neben Rüb, der Karl Feldmeyer, zum Ruhme des Präsidentschaftskandidaten George W. Bush, der die Wahlen mit allen Mitteln nicht gewinnen, die beiden Kammern des Parlaments nicht unter seine Kontrolle und seine Niederlage bei den vorletzten Kongreßwahlen nicht korrigieren will, weshalb er auch keine Wahlbeobachter aus Staaten braucht, die sich nicht an den friedenschaffenden Maßnahmen gegen Jugoslawien beteiligt haben. So geht selffucking journalism.

Der Bischof Johannes Dyba ist tot. Der CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz trauert:

Mit ihm haben wir einen großen Kämpfer für die katholische Kirche und einen leidenschaftlichen Verfechter für eine ethisch wehrhafte Demokratie verloren.

Kurz vor seinem Tod hatte Dyba das geplante Gesetz zugunsten gleichgeschlechtlicher Partnerschaften einen »Schritt in die Degeneration« genannt und beklagt, daß »importierte Lustknaben« die gleichen Rechte bekämen wie Ehemann und Ehefrau. Zuvor hatte er die Abtreibung einen »Holocaust der Ungeborenen« genannt. Der Vorwurf, daß er damit Auschwitz zur Allerweltsgeschichte und zwei von drei Frauen zu KZ-Wärterinnen mache, hätte ihn nicht getroffen – von den Menschensorten, die von den Nazis in Konzentrationslager gesteckt worden waren: Juden, Schwule, Kommunisten, hat er keine besonders gemocht. Er war ein leidenschaftlicher Verfechter einer ethisch wehrhaften Demokratie.

Ein ebenso leidenschaftlicher Verfechter einer ethisch wehrhaften Demokratie ist der Günther Kunert. Noch die Frage, ob daß mit zwei s geschrieben werden soll, reift ihm zur Unterrichtseinheit in Gemeinschaftskunde:

Nicht nur, was die neuen Regeln vorschrieben, sondern auch und vor allem, wie sie »von oben herab durchgedrückt« worden seien, empöre alle freiheitlich denkenden Bürger, sagte der Schriftsteller Günther Kunert. Jemand, der einen großen Teil seines Lebens in der DDR verbracht habe, fühle sich an diktatorische Praktiken erinnert: Die Einführung der neuen Regeln wirke auf ihn wie ein Staatsstreich. Er rufe allen Bürgern zu »Wehret den Anfängen«, sonst fänden sie sich unversehens in einer Halb-DDR wieder.

Daß mit zwei s ist Halb-, daß mit vier s ist Ganz-DDR. Endlich begreift man, was Kunert und seine Freunde unter Honecker gelitten haben müssen.

Weil, wo jeder gefragt wurde, keiner ihn gefragt hat, ist er überhaupt nicht beleidigt, sondern meldet sich halt ungefragt, in einem Leserbrief:

Alle Menschen und Schriftsteller,

nicht alle Kinder und Nasenbohrer,

die ich gefragt habe, hielten die Reform für falsch bis peinlich. Die einen kritisierten ihre gedanklichen Ansätze, die anderen, daß diese inkonsequent und im Ergebnis verwirrend geplant worden seien. Ich wollte diese Verschrobenheit, die sich Reform nennt, einfach ignorieren.

Es also mit Reform machen wie mit Gesetze von Sprache als Ganzes. Nicht ohne zu machen bißchen Reklam noch:

»Sterben will gelernt sein« heißt mein neues Buch. Das gilt auch für das Sterbenlassen sinnloser Reformansätze. Die DDR kippte nach 40 Jahren, dieses Regelwerk sollte keine vier überstehen.

Lutz Rathenow, Berlin

Alle Schriftsteller und Toten, die ich gefragt, wollten sterben nicht gelernt sein worden von Verschrobenheiten einfach Ignorierer.

(Nachtrag zu Seite 9:) In seinem Interview mit der »Bild«-Zeitung macht der Professor Hajo Funke, Extremismusexperte von der FU Berlin, die Anmerkung:

Die Mutter mag keine Ausländer, der Bruder schlägt auch. Und wenn selbst dem Polizisten im Neubauviertel Ausländer egal sind, fühlen sich die rechten Schläger als Vollstrecker des insgeheim geteilten Volkszorns.

So nah an der Wahrheit war er nie. Zwar ist es nicht so, wie es Funke sagen und die »Bild«-Zeitung gerade noch verstehen konnte, nämlich daß die rechten Schläger den Zorn des Volkes insgeheim teilen und vollstrecken, sondern daß das Volk insgeheim die vollstreckende Tat des Schlägers billigt – aber das wäre ein Stückchen Wahrheit zuviel gewesen, für das Volk, das billigt und »Bild« liest, und für des Professors Dienstaufsicht.